Das Establishment antwortet der APO

Eine Dokumentation

Herausgegeben von Hans-Joachim Winkler
in Zusammenarbeit
mit Helmut Bilstein

C. W. Leske Verlag Opladen 1968

Das dpa-Foto auf der Umschlagseite zeigt den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz (rechts), bei dem gescheiterten Gesprächsversuch am 12. 4. 1968 im Rathaus Schöneberg mit den ApO-Vertretern (von links) Christian Semler, Dr. Klaus Meschkat (Vorsitzender des Republikanischen Clubs), Pfarrer Brandt und Dr. Ekkehard Krippendorff (früher FU-Assistent).

Verlags-Nr. 19004

Umschlag von Hanswerner Klein, Opladen
Druck und Buchbinderarbeit von
Dr. Friedrich Middelhauve GmbH, Opladen
Printed in Germany

Inhalt

Einleitung

Die Herausforderung des Establishments

Gewitterneigung kann ein Meteorologe rechtzeitig voraussehen. Wo und wie das Gewitter sich entlädt, ist jedoch schwer vorauszusagen. Die deutsche Gesellschaft – ähnlich wie viele andere Industriegesellschaften – lebt wieder einmal unter einer Gewitterfront. Dabei hat es – beginnend mit dem Besuch des Schahs von Persien im Juni 1967 – schon mehrere Blitzschläge gegeben. Sie kamen für die gesellschaftlichen Wettervorhersager, die Meinungsforscher, überraschend.
Diese Dokumentation soll mit den Stimmen aus dem Establishment schlaglichtartig die besonderen Aspekte dieses neuen politischen Klimas beleuchten. Die Gewitterlage kann man mit dem Schlagwort „*Unbehagen*" bezeichnen. Die Pole, zwischen denen es gelegentlich zu gewittrigen Entladungen kommt, werden heute *Establishment* und *Außerparlamentarische Opposition* (ApO) genannt. Alle Begriffe sind Schlagworte. Zum Wesen des Schlagwortes gehört, daß man es nicht genau definieren kann.
Der Ausdruck Establishment wurde Ende der 50er Jahre aus England übernommen. Im weiteren Sinne gehört zum Establishment jeder, der sich mit der Gesellschaft und ihren Verhältnissen arrangiert hat. Im engeren Sinne zählt zum Establishment jeder, der in Politik, Wirtschaft, Kirchen, Verbänden, Massenmedien und all den anderen Institutionen unseres pluralistischen Systems Verantwortung trägt. Dieser engere Begriff war maßgebend bei unserer Auswahl der „Stimmen des Establishments", wobei der Schwerpunkt bei den *politisch* Verantwortlichen liegt.
Das Synonym für Establishment war in der Weimarer Republik der Ausdruck „*System*". Beide Begriffe enthalten Kritik an den jeweils bestehenden Herrschaftsverhältnissen. Sie sind Ausdruck von Dissenz. Dennoch besteht ein gewisser Unterschied. Wer in Weimar das „System" ablehnte, meinte damit nicht nur die herrschenden Kreise, sondern die demokratische Verfassung mit allen Institutionen. Ablehnung des Establishments dagegen bedeutet eigentlich nur Ablehnung der „Etablierten", jedoch nicht automatisch auch der demokratischen Institutionen und der Verfassung im ganzen. Für den Weimarer Kritik-Begriff „System" bot sich als Alternative nur ein anderes System. Das Wesen des Establishment-Begriffes liegt im Statischen, in der Erhaltung des Status quo, in mangelnder Offen-

heit, in einem gewissen Anti-Intellektualismus, wie er besonders unter dem Kanzler *Ludwig Erhard* mit seinen Pinscher- und Gammler-Thesen vorgeherrscht hat. Die Alternative zum kritisierten Establishment liegt nicht in einem anderen Verfassungssystem, sondern in einem auf der Basis der gegenwärtigen Verfassungsordnung dynamisch geführten, demokratisch legitimierten und kontrollierten Gemeinwesen. Nur für eine Minderheit der Establishment-Kritiker, u. a. in einigen SDS-Gruppen konzentriert, besteht die Alternative in einem völlig anderen herrschaftsfreien „System", das nach ihrer These nicht durch *Evolution*, sondern nur durch *Revolution* zu erreichen ist.

Mit dieser Feststellung ist schon der Bogen zum anderen Pol des heutigen Spannungsfeldes geschlagen: zur ApO. Sie wuchs parallel zur Verfestigung des Establishments nach Bildung der Großen Koalition im Dezember 1966. Außerparlamentarische Opposition hat es immer gegeben – in der Geschichte der Bundesrepublik z. B. besonders deutlich in den Fragen der Wiederbewaffnung, der Aktion „Kampf dem Atomtod" 1958 oder der Spiegel-Affäre 1962. Sie hat im demokratischen System ihren legitimen Platz neben der parlamentarischen und der innerparteilichen Opposition. Dieser Platz wurde bisher von kleineren Gruppen, Zeitungen u. ä. besetzt. Die ApO ist demgegenüber nach Qualität und Quantität ein anderer Bereich. Sie entstand, relativ unbemerkt, im gesellschaftlichen Mikrokosmos der Universität und hat inzwischen so auf den Makrokosmos unserer Gesellschaft übergegriffen, daß sie zur schwersten Herausforderung wurde, die das Establishment der Bundesrepublik bisher erlebt hat.

Die rechte außerparlamentarische Opposition ist inzwischen über den neuen Kristallisationskern NPD durch die Präsenz in fast allen Landtagen weitgehend zur parlamentarischen Opposition geworden. So gibt es im Gegensatz zur Weimarer Zeit in der außerparlamentarischen Opposition kaum eine Polarisierung nach rechts und links. Die heutige ApO in der Bundesrepublik steht *links*, und zwar von linksliberal bis linksradikal. Dabei versteht die letztgenannte Richtung das Establishment im Sinne des Weimarer Begriffes „System" und fordert Alternativen, die schon von der Wurzel her anders strukturiert sind als unser bestehendes Verfassungssystem. Obwohl die ApO keine geschlossene Einheit darstellt und keine einheitlichen Ziele vertritt, hat ihre Herausforderung an das Establishment viele Fragen gestellt und Unruhe ausgelöst.

Diese Herausforderung im politischen Bereich der Bundesrepublik ist kein isoliertes Phänomen. Andere Nationen erleben trotz anderer Traditionen und Strukturen ähnliches, wobei durch die modernen Kommunikationsmittel, besonders des Fernsehens, Ereignisse und Protestformen in fremden Ländern sofort auch bei uns politisch für die ApO relevant werden. Hinzu kommt das „Unbehagen" bzw. die Unsicherheit durch neue Strukturen und Prozesse auch in den unpolitischen Bereichen der Gesellschaft.

Vom 2. Vatikanum in der katholischen *Kirche* über die Spannungen zwischen Konservativen und Modernisten im Bereich der protestantischen Kirchen, den technisch-finanziell bedingten Konzentrationen in der *Wirtschaft* über nationale Grenzen hinweg, den neuen Formen in allen Bereichen der *Kunst*, dem Strukturwandel im *Leistungssport* durch Kommerzialisierung oder Politisierung bis zum Wandel uralter sexueller Verhaltensweisen durch die „Pille", – überall sind Veränderungen in bisher ungekanntem Tempo und Ausmaß sichtbar.

Derartige Veränderungen im politischen und gesellschaftlichen Bereich haben u. a. zwei soziale Folgen: einmal sind sie für die Betroffenen schmerzhaft, zumindest „unbehaglich". Außerdem werden sie vom Bewußtsein erst mit einer gewissen Verzögerung registriert. In den *„goldenen fünfziger Jahren"* haben die zahlreichen Bemühungen unter der Vorsilbe *„wieder"* vom *Wieder*aufbau bis zur *Wieder*eingliederung verdeckt, daß unter dieser Vorsilbe relativ wenig Altes restauriert, sondern zahlreiche neue Strukturen entstanden sind.

Bei der heutigen Spannung zwischen Establishment und Mehrheit der Bürger einerseits sowie der ApO andererseits dürfte dieser Strukturwandel die Hauptursache sein. Dem „Bürgerrecht auf Zufriedenheit" (M. Walden) steht bei den Kritikern die Bürgerpflicht auf Bewältigung der neuen Strukturen und Zukunftsaufgaben, auf Leben mit Konflikten gegenüber. Die Spannungen sind also eher eine Bewußtseins- als eine Generationsfrage.

Dieser Kern der Spannung ist schon seit Ende der 50er Jahre sichtbar. Zahlreiche Aufsätze, Denkschriften und Reformvorschläge zeugen davon. Erst als das Establishment diese geistige Herausforderung nicht oder nicht genügend sichtbar annahm, kam es zu jenen ungewohnten Aktionen und zu jener Infragestellung jeglicher Autorität durch Studenten und andere Gruppen, – eben zu jenem, was man heute unter dem Schlagwort ApO zusammenfaßt.

Verstärkt wurde die Herausforderung durch zwei weltpolitische Tendenzen. Einmal verschwand mit dem Abflauen des *Kalten Krieges* in unserer Gesellschaft der Antikommunismus als Faktor des *Konsensus*. Zum zweiten verlor das *Leitbild* einer westlichen „freiheitlichen" Gesellschaft dadurch an Anziehungskraft, daß die USA als westliche Führungsmacht mit dem Rassenproblem und dem Vietnam-Krieg diesem Leitbild nicht mehr entsprachen. Es ist kein Zufall, daß sich die ersten Gewitterentladungen in West-Berlin ereigneten; denn dort hatten auf Grund der isolierten Lage antikommunistischer Konsensus und amerikanisches Leitbild noch bei einer großen Zahl der Bürger Gültigkeit *. Übrigens gelten ähnliche Leitbild-

* Der Herausgeber dankt für die Beschaffung von Berliner Material u. a. Herrn Eberhard Aleff, stellv. Leiter der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Berlin.

probleme für die kommunistisch regierten Staaten mit entsprechender Unruhe unter jenen, die nachzudenken gewohnt sind.
Neben dieser weltweiten Tendenz gibt es in der Bundesrepublik nach Meinung der ApO zahlreiche andere *Faktoren des „Unbehagens"*. Sie sollen hier vereinfacht skizziert werden, um die Reaktionen und Antworten aus dem Establishment besser zu verstehen. Zu diesen Faktoren gehören Tabus in der Deutschlandpolitik, Stillstand in der Europafrage, Meinungsmanipulationen durch den Springer-Konzern, verschleppte oder nur zögernde Reformen auf dem Gebiet der Gemeinschaftsaufgaben vom Bildungs- bis zum Gesundheitswesen, die Notstandsgesetzgebung zusammen mit staatlicher Parteifinanzierung und Diätenerhöhung der Abgeordneten als machtpolitische und ökonomische Sicherung des Establishments, Pochen auf Autoritäten, wo – etwa im Fall von Bundespräsident Lübke – keine Leistung mehr dahintersteht, Erstarrung des Parteiensystems (Große Koalition) und damit Sterilität des Regierungssystems, um nur einiges Wesentliche zu nennen.
So ergibt sich aus dieser Sicht der ApO in der Bundesrepublik ein System, in dem die „Etablierten" in Politik, Verwaltung, Justiz, Wirtschaft, Kirchen, Massenmedien, Kultur und allen sonstigen Bereichen ein auf Konkurrenz basierendes Leistungssystem vortäuschen, tatsächlich aber fast ausschließlich damit beschäftigt sind, gemeinsam ihre Macht zu erhalten. Wer das annimmt, muß logischerweise die Zukunft unserer Gesellschaft als äußerst gefährdet ansehen.
Verschärft wurden die Spannungen zwischen Establishment und ApO, als aus Demonstration und stellenweise harter Reaktion des Establishments eine Eskalation der Gewalt entstand, die mit dem Mordanschlag auf einen der ApO-Sprecher, *Rudi Dutschke*, am Gründonnerstag 1968 und den anschließenden Osterunruhen ihren vorläufigen Höhepunkt fand.
Im Anhang dieser Dokumentation sind die Normen verzeichnet, auf die sich das Establishment bei seiner machtpolitischen Reaktion stützen kann. Die Zeittafel zeigt den Weg der Eskalation. Die Zusammenstellung von ApO-Slogans verdeutlicht den ungewohnten, gelegentlich rüden, vor keiner Autorität haltmachenden Ton dieser Auseinandersetzung. Die Literaturauswahl zeigt, in wie kurzer Zeit und wie vollständig die Äußerungen und Programme der ApO in Büchern und Broschüren ihren Niederschlag gefunden haben.
Demgegenüber fehlt es an einer Zusammenstellung von Stimmen aus dem Establishment. Zwar hat der *Bundestag* nach sehr langem Zögern zu der Herausforderung schließlich in einer aktuellen Stunde und zwei Sondersitzungen mit langen Monologen Stellung genommen (s. Zeittafel). Außerdem sind jeden Tag in den Massenmedien Stimmen des Establishments zu hören, die man als Antwort auf die Herausforderungen werten kann. Diese Antworten sind jedoch verstreut, oft verklausuliert, teilweise nur indirekt

wiedergegeben oder sie werden von ApO-Angehörigen nicht zur Kenntnis genommen. Gerade die letzte Erfahrung ergab sich aus zahlreichen Gesprächen mit Studenten. Andererseits zeigte sich bei den Vertretern des Establishments häufig Unverständnis gegenüber der Herausforderung. Die Folge dieses gegenseitigen Nichtverstehens ist die Unfähigkeit, miteinander zu sprechen. Das liegt nicht nur am angeblichen Generationsunterschied oder an der manchmal stark soziologisierten Ausdrucksweise von ApO-Sprechern, sondern auch an der Praxis unserer Verantwortlichen, Dinge stets vorsichtig anzusprechen, damit nur ja niemand daran Anstoß nehmen kann.

Wenn auch zur Zeit noch kaum ein Dialog zwischen Establishment und ApO in Gang gekommen ist, so haben gerade die jüngsten Monologe innerhalb des Establishments nach der Eskalation der Spannungen doch einige Ansätze für eine Dialog-Chance geliefert. Diese Chance zu vergrößern, ist mit der Sinn dieser Dokumentation. Wie groß diese Chance ist, wird im Anschluß an die Stimmen in einer vorläufigen „Zwischenbilanz" erörtert.

Zu diesem Zweck sind Stimmen des Establishments, vorwiegend von Politikern, aber auch von Wissenschaftlern und anderen Funktionsträgern unseres Systems, hier zusammengestellt worden. Die Auswahl der Stimmen stellt bewußt eine pointierte Hervorhebung dar. Die Stimmen sind nämlich aus dem Zusammenhang gerissen. Es sind also meistens nur die Kernthesen der jeweiligen Antwort. Wir sind uns der Gefährlichkeit dieses Verfahrens bewußt, zumal wir auch keine Rücksicht auf Proporz u. ä. genommen haben. Andererseits hat alles verklausulierte Wenn und Aber, alles „Jein" des bisherigen Monologes im Establishment bisher nicht weitergeführt.

Unsere Skrupel gegenüber diesem Verfahren sind in dem Maße geringer geworden, in dem wir feststellten, daß neuerdings die Stimmen des Establishments zum Teil viel offener und konstruktiver geworden sind, als es gemeinhin von ihren Kritikern unterstellt wird. Im übrigen schätzen wir das Risiko des Mißverständnisses einer zitierten Stelle aus einer Rede geringer ein als die Gefahr, daß überhaupt kein Dialog zustande kommt. Für übervorsichtige Differenzierungen und Monologe scheint uns die Gewitterneigung im politischen Klima schon zu weit fortgeschritten zu sein.

Die Antworten des Establishments sind in drei größere Gruppen unterteilt, wobei diese Einteilung den Reaktionsstufen auf die Herausforderung entspricht: Die erste, von der ApO und vielen neutralen Beobachtern wegen ihrer Härte am meisten kritisierte Reaktion galt der *Erhaltung der vermeintlich bedrohten Ordnung*. Als zweite Reaktion fragte man nach den *Ursachen des Unbehagens*, wie es sich in den Unruhen geäußert hatte. Die dritte Gruppe umfaßt die verschiedenen *Reformvor-*

schläge. Schon in der ersten Gruppe zeigen genug Stimmen, daß auch im Establishment die Antworten auf die Herausforderung keineswegs einheitlich sind, daß also das Establishment nicht nur aus autoritären Ordnungsfanatikern besteht, wie manche Kritiker behaupten. Auch in den beiden anderen Gruppen sind die Stimmen des Für und Wider, soweit das möglich war, dialektisch angeordnet.
Ein weiteres Bedenken gegen das angewandte Verfahren kann darin liegen, daß hier Stimmen aus unterschiedlichen Stadien der Eskalation der Unruhen nebeneinanderstehen. Dazu ist zweierlei festzustellen: Einmal ist jede Stimme mit Datum angegeben, also an Hand der Zeittafel leicht in die jeweilige politische Situation einzuordnen. Außerdem sind besondere Zeitumstände, etwa die Osterunruhen, keinesfalls eine Rechtfertigung für undemokratisch-autoritäre Äußerungen Verantwortlicher. Sie können allenfalls als Erklärung dienen.
Das Konglomerat von „Unbehagen" und Protest, was man heute als ApO bezeichnet, ist in seiner Mehrheit noch *außerparlamentarisch*. Ob daraus eine starke *antiparlamentarische* Bewegung wird, entscheidet letztlich das Establishment selbst. Dabei werden als Antwort auf die Herausforderungen verständnisvolle Stimmen und verbaler Reformeifer kaum mehr ausreichen. Nicht Blitzableiter in Form von Reden oder Polizeimaßnahmen, sondern nur Taten können die Gewitterlage ändern.

Hamburg, im Juni 1968

Hans-Joachim Winkler
Forschungsstelle der Akademie
für Wirtschaft und Politik

1. Reaktion: Erhaltung der Ordnung

a) Macht und Grenzen der Staatsgewalt

Dr. Richard Jaeger (CSU)

in der „aktuellen Stunde" des Bundestages (154. Sitzung am 9. 2. 1968) zum Rücktritt des Berliner Senats unter Heinrich Albertz nach den Unruhen beim Schah-Besuch 1967, zu der Rücknahme der Fahrpreiserhöhung durch den Bremer Senat nach Demonstrationen im Januar 1968 und zur Aktion junger Offiziere zum Schutz der Predigt von Prof. Thielicke in Hamburg am 13. 1. 1968:

„. . . Der Dreiklang von Freiheit, Recht und Staat bildet eine unauslösliche Einheit. Vielleicht haben wir in der Vergangenheit in diesem Hause wie auch im staatsbürgerlichen Unterricht von der Bundeszentrale bis zu den Volksschulen allzuviel von der Freiheit und ihren Rechten gesprochen und allzuwenig vom Staat und seiner strengen Pflicht. *(Beifall bei den Regierungsparteien.)* . . .
Wir haben erschreckende Erschütterungen der Staatsautorität erlebt, als eine Landesregierung wegen der Studentenunruhen zurückgetreten ist, eine andere vor dem Druck der Straße kapituliert hat. Aber am meisten hat es mich doch erschüttert, daß ein Mann, der zum Wahrer des Rechts in besonderer Weise berufen ist, den mein Kollege Güde emphatisch den „Großrichter" genannt hat, daß der Bundesminister der Justiz nichts anderes in der „Welt" zu empfehlen weiß, um Gottesdienststörungen zu verhindern, als den Gesang religiöser Lieder bis zu vier Stunden. *(Beifall bei der CDU/CSU. – Unruhe bei der SPD.)*
Statt die Hamburger Staatsanwaltschaft an ihre Pflicht zu erinnern, nach § 167 der Strafprozeßordnung ein Offizialdelikt zu verfolgen, wird hier die Ohnmacht des Staates als Ideal propagiert. *(Beifall bei der CDU/CSU.)*
. . . Ich spreche aber auch den jungen Soldaten Dank und Anerkennung aus, die in Hamburg in der Michaelskirche für Ruhe und Ordnung eingetreten sind und die Heiligkeit des Hauses gewahrt haben. *(Beifall bei der CDU/CSU.)*
Sie haben das viel diskutierte Leitbild des Staatsbürgers in Uniform durch ihr Verantwortungsbewußtsein in die Wirklichkeit übersetzt. Sie haben Mut gezeigt und allen anständigen Demokraten Mut gemacht. An diesem Vorbild orientiert, rufen wir Christlichen Demokraten jedem Minister,

jedem Rektor und jedem Polizeipräsidenten zu: Landgraf, werde hart! *(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU. – Oho-Rufe von der SPD.)*"

Quelle: „Das Parlament", Jg. 18, Nr. 7, v. 14. 2. 1968.

Ernst Benda (CDU),

Bundesinnenminister, nach den Osterunruhen:

„Sollten sich die polizeilichen Mittel als nicht ausreichend erweisen, könnte eine Situation entstehen, in der die freiheitgesinnte Bevölkerung zum Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung aufgerufen werden muß."

Quelle: „Die Zeit" vom 19. 4. 1968, S. 8.

Karl Heinz Schmitz (CDU),

Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin in einem Interview mit der „Zeit" zur „Selbsthilfe" Westberliner Bürger gegen Anti-Vietnam-Demonstranten bei einer amerikanischen Militärparade in Berlin-Neukölln:

Frage: Halten Sie Prügel für ein legitimes Mittel gegenüber Andersdenkenden?

Antwort: Ja, soweit der Bürger ein gesundes Empfinden dafür hat, wie weit er seinerseits gehen darf.

Frage: Also Faustrecht zur Abwehr einer Beleidigung?

Antwort: Das kann durchaus angemessen sein; die Demonstranten haben sich ja auch gewehrt.

Quelle: „Die Zeit" v. 8. 9. 1967.

Ernst Benda (CDU),

Bundesinnenminister, am 30. 4. 1968 vor dem Deutschen Bundestag im „Bericht der Bundesregierung zur innenpolitischen Situation" nach den Osterunruhen über den SDS und die Justiz:

„. . . Wir haben nun schon seit einem Jahr eine Eskalation des Irrsinns erlebt. Der Tod von Benno Ohnesorg, der verbrecherische Mordanschlag auf Dutschke, das sinnlose Sterben von Frings und Schreck sind die traurigen Markierungen dieses Irrweges. Der Staat muß sich natürlich Gedanken darüber machen, wie er eine Wiederholung derartiger Vorgänge verhindern kann.

. . . Seit dem Attentat auf Dutschke fanden zahlreiche friedliche Demonstrationen statt, zugleich aber auch Aktionen mit Gewaltanwendung, deren Ziel im wesentlichen Einrichtungen des Verlagshauses Springer waren. Nach den mir von den Herren Innenministern der Länder gemachten Angaben fanden in diesen fünf Tagen jeweils in bis zu 27 Städten Demonstrationen statt. In insgesamt 26 Fällen, also etwa einem Fünftel,

waren sie mit Ausschreitungen, Gewaltakten oder schwerwiegenden Rechtsverletzungen verbunden. An den einzelnen Tagen waren an Demonstrationen im Bundesgebiet jeweils zwischen 5000 und 18 000 Personen beteiligt – die Teilnehmer der Ostermärsche sind hier nicht eingerechnet –; an Demonstrationen mit Ausschreitungen beteiligten sich jeweils zwischen 4000 und 11 000 Personen.

... Nach den von den Herren Innenministern der Länder mitgeteilten Zahlen ist inzwischen gegen insgesamt 827 Beschuldigte ein polizeiliches Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Diese Verfahren werden der Staatsanwaltschaft zugeleitet; es kann natürlich heute nicht gesagt werden, in wie vielen Fällen Anklage erhoben werden wird oder Verurteilungen erfolgen werden ...

Von den Beschuldigten sind 87 bis zu 18 Jahre alt, 210 zwischen 19 und 21 Jahren, 246 zwischen 22 und 25 Jahren; 286 Personen sind älter als 25 Jahre. Nach Berufen aufgegliedert, ergibt sich folgendes Bild: 92 sind Schüler, 286 Studenten, 185 Angestellte, 150 Arbeiter, 31 sonstige Berufe, 97 ohne Beruf, unbekannt ist der Beruf bei 26 Personen.

Meine Damen und Herren – diese Aufgliederung scheint mir zu zeigen, wie falsch es wäre, die Gewaltaktionen als Studentenunruhen zu bezeichnen. *(Beifall.)*

Wenn bei einer Organisation verfassungsfeindliche Bestrebungen zutage treten, muß der Verfassungsschutz ihr erhöhte Aufmerksamkeit widmen. *(Zurufe von der CDU/CSU: Auch in Hessen!)*

Es hat in der Vergangenheit vereinzelt Zurückhaltung bei der Überwachung des SDS durch den Verfassungsschutz gegeben. Nach den Vorgängen der Ostertage halte ich diese Zurückhaltung nicht mehr für angebracht. *(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der SPD.)*

Ich beabsichtige, dort, wo es noch Schwierigkeiten geben sollte, bei den zuständigen Stellen auf eine Überprüfung der früher geäußerten Auffassungen zu drängen ...

Die weitgehend vom SDS gesteuerten gewalttätigen Aktionen haben erhebliche Unruhe in die Bevölkerung getragen; mit überwältigender Mehrheit lehnt sie die Ausschreitungen ab und befürwortet energische staatliche Maßnahmen. *(Beifall bei der CDU/CSU.)*

Noch gewichtiger ist das Bekenntnis des Grundgesetzes zu einer streitbaren Demokratie. Die Artikel 9 Absatz 2, 18 und 21 Absatz 2 des Grundgesetzes könnten an Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie überhaupt nicht oder vielleicht nur einseitig gegen eine politische Richtung angewendet würden.

Zugleich ist aber zu bedenken, daß ein Verbot des SDS heute nur diese Organisation, nicht dagegen die Träger radikaler Ideen an sich treffen würde. Die Anhänger des SDS würden sofort in befreundete Organisationen ausweichen; schon heute bestehen Doppel- oder Mehrfachmitglied-

schaften in vergleichbaren, oft nicht weniger militanten Gruppen, die dann sofort weiter radikalisiert werden würden. Das Verbot des SDS würde daher zwangsläufig eine Kette weiterer Verbotsverfahren auslösen. Die notwendige und rechtlich zulässige Überwachung dieser Organisation würde durch ein Verbot eher erschwert werden. Ein Verbot würde Solidaritätserklärungen selbst unpolitischer oder nichtradikaler Studenten oder Professoren wahrscheinlich zur Folge haben. Das Verbot würde als Beweis dafür gelten, daß den staatlichen Behörden außerdem – wie es dann hieße – wieder einmal nichts eingefallen sei.
Das Verbot würde – dies ist vielleicht der wichtigste Grund – den schon begonnenen Prozeß der Selbstbesinnung der Studentenschaft, selbst bis in den SDS hinein, und die Isolierung der radikalen Elemente in der Studentenschaft verhindern oder doch abbremsen. *(Beifall bei der CDU/CSU.)*
... Das Rechtsbewußtsein des Volkes müßte erschüttert werden, wenn begangene Straftaten entweder überhaupt nicht oder nicht nachhaltig oder nicht binnen angemessener Frist geahndet würden. *(Beifall bei den Regierungsparteien.)*
Nach meiner Meinung besteht kein begründeter Anlaß in der deutschen Richterschaft, sich gegen einen solchen Appell zur Wehr zu setzen. *(Beifall bei den Regierungsparteien.)*
Dieser Appell erwartet nicht mehr, allerdings auch nicht weniger, als daß Gesetz und Recht gewahrt werden. Dies ist die Aufgabe aller Organe des Staates, einschließlich der Justiz. *(Beifall bei der CDU/CSU.)*
Das zu sagen, bedeutet keine Mißachtung der verfassungsmäßig garantierten und von der Bundesregierung selbstverständlich respektierten Unabhängigkeit der Richter. *(Zustimmung in der Mitte.)*"

Quelle: „Das Parlament", 18. Jg., Nr. 19 v. 8. 5. 1968.

Franz Amrehn (CDU),

CDU-Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus, zur Begründung der Großen Dringlichkeitsanfrage der CDU:

„... Die Existenz der demokratischen Ordnung hängt davon ab, ob es gelingt, den zerstörerischen Umtrieben an den Universitäten und auf der Straße ein Ende zu bereiten oder nicht. Die Autorität der Staatsgewalt gerät unter die Räder, wenn sie diese Aufgabe nicht bewältigt. Die Überzeugungskraft der Demokratie muß leiden, wenn sie damit nicht fertig wird. Unsere eigene Geschichte hat uns hinreichend gewarnt. Wir können deshalb nicht mehr tatenlos zusehen ...
Ihnen sind Hochschulreform, Vietnam-Krieg, Gefangene in Griechenland nur Vorwände zur Durchführung von politischen Gewaltaktionen gegen unsere eigene Ordnung. Sie richten sich nie gegen die Unfreiheit des kom-

munistischen Regimes. Dagegen fordern ihre Anführer ungeniert die politische Umwälzung bei uns.

Wir möchten wissen, warum es bisher nicht möglich war, das halbe Dutzend bekannter Anführer, die ebenso oft schon festgenommen waren, endlich anzuklagen. Die Autorität des Staats macht sich lächerlich, wenn ein und dieselben Personen bei jedem Krawall neue Straftaten begehen und für einen Tag festgenommen werden, aber nach einem halben Jahr noch nicht einmal eine Anklageschrift erhalten haben, geschweige denn auf der Anklagebank oder im Kittchen sitzen. Hier muß jetzt für jegliche Beschleunigung gesorgt werden. In Berlin wird es solange keine Krise geben, als wir uns von innen als krisenfest erweisen. Da gibt es bei der Bevölkerung keinen Zweifel. Den anarchistischen Unruhestiftern ist der beabsichtigte Einbruch in die Arbeiterschaft nicht gelungen. Ihnen das Handwerk zu legen, ist die Frage der politischen Führung und ihrer Entschlossenheit. Berlins Bevölkerung hat nicht zwanzig Jahre Bedrohungen und Einschüchterungsversuchen widerstanden, um sich von terroristischen Narren um die Früchte ihrer Anstrengungen bringen zu lassen . . ."

Quelle: „Berliner Politik", Monatszeitschrift des Landesverbands Berlin der CDU, H. 3, März 1968, S. 3.

Erich Duensing,

Polizeipräsident von Berlin, auf einer Pressekonferenz nach dem 2. 6. 1967 zum Vorgehen seiner Beamten:

„. . . Nehmen wir die Demonstranten als Leberwurst, nicht wahr, dann müssen wir in die Mitte hineinstechen, damit sie an den Enden auseinanderplatzt."

Quelle: „Der Abend" v. 6. 6. 1967.

Professor Dr. Jacob Taubes,

Professor für Judaistik und Religionssoziologie an der Freien Universität Berlin, in einem Brief v. 20. 12. 1966 an den Regierenden Bürgermeister Albertz, nachdem er Augenzeuge einer Demonstration geworden war:

„. . . Ich bin bestürzt, daß einer Aktion von Studenten, die sich in zivilen Formen bewegte und im Rahmen demokratischer Spielregeln hielt, mit einem polizeilichen Vorgehen begegnet wurde, das ich als Augenzeuge nur als brutal und provokativ bezeichnen kann. In einem Land, in dem vor nicht allzulanger Zeit Träger staatlicher Uniformen die schlimmsten Verbrechen ausführten, sollten Uniformträger angehalten werden, sich streng im Rahmen der durch den Anlaß erforderten Maßnahmen zu halten. Gebrüll, Festnahmen, Tätlichkeiten gegen lediglich diskutierende junge Studenten – das erweckt allzu böse Erinnerungen. Daß am Ende noch ein

Senatssprecher die Studenten als Unruhestifter und Rowdies verurteilt, also ein Urteil fällt, das die Objekte der Gewalt schuldig spricht, läßt mich doch die äußerste politischen Zurückhaltung, die ich mir als amerikanischer Bürger sonst in dieser Stadt auferlege, aufgeben und hat mich bewogen, Ihnen meine Sorgen vorzutragen . . .
Was immer der Anlaß war, der die Studenten auf den Plan rief – weder Anlaß noch Zielsetzung der Studenten stehen hier zur Debatte –, das nackte Auge nahm die nackte Gewalt der Polizei wahr, die erst die Störung des Verkehrs verursachte."

Quelle: B. Larsson: Demonstrationen. Ein Berliner Modell (Voltaire Flugschrift 10), Berlin 1967, S. 97 f.

„Kölner Stadt-Anzeiger"

am 25. 4. 1968 in einem Kommentar zum Vorgehen der Polizei bei den Osterunruhen 1968:

„ ‚Die Autorität des Rechts muß mit großer Energie gewahrt werden', mahnt der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Schmidt. Der frühere Bundespressechef und jetzige CDU-Abgeordnete Felix von Eckardt forderte die ‚bedingungslose Durchsetzung der bestehenden Gesetze'. Die beiden waren nicht die einzigen Politiker, die sich gegen die ‚radikale Minderheit' unter den Anti-Springer-Demonstranten wandten. – Keine Silbe der Kritik aber kam von oben her an die Adresse einer radikalen Minderheit in Uniform – an Polizeibeamte, die Recht und Gesetz nicht weniger mit Füßen traten. – Viele Polizisten haben offenbar nicht die Autorität des Rechts gewahrt, sondern sie mit Energie untergraben. Sie haben Menschen mißhandelt und blutig geschlagen – gegen das Gesetz. Denn die Polizei darf nicht nach Belieben schimpfen und prügeln, auch nicht im Einsatz gegen Randalierer. – Tausende von Fernsehzuschauern konnten am Oster-Wochenende in einer Nachrichtensendung ein halbes Dutzend Polizeibeamte bei der Demonstranten-Hatz beobachten. Sie liefen hinter einem flüchtenden jungen Mann her und malträtierten ihn mit Gummiknüppeln. – Was sich sonst in diesen Tagen Polizisten erlaubten, wurde von Fotografen festgehalten, von Augenzeugen aus Berlin, Hamburg oder Frankfurt berichtet: Studentenautos seien von uniformierten Rowdys demoliert, Demonstranten als ‚Drecksäue' und ‚Schweine' beschimpft, weibliche Demonstranten in den Unterleib getreten worden . . . Niemand weiß, ob nicht viele Ausschreitungen von Protestierern nur die Reaktion auf solche Ausbrüche waren. – In unseren Gesetzen gibt es keine Rechtfertigung für solche staatlichen Übergriffe. Die Rechtsordnung tritt nicht außer Kraft, wenn es gegen Gesetzesbrecher, Krawallmacher und Gewalttäter geht. Natürlich muß sich auch der Rechtsstaat verteidigen. Aber er muß das mit einem abgestuften System von Maßnahmen tun . . ."

Harald Ingensand,

Senatsdirektor beim Kultussenator von Berlin, in einer Studie vom 11. 6. 1967 für den West-Berliner Senat:

„... Man kann einmal, einige Male Demonstranten durch Polizeieinsatz zerstreuen. Es wird von Mal zu Mal schwerer ... Man kann nicht gegen Massen regieren – und 5000, 10 000, 15 000 Studenten sind Massen, die auf die Beine bringen zu können sich manche Partei glücklich schätzen würde ...
Eine bloße Verstärkung des Einsatzes staatlicher Gewalt wird verheerende Folgen haben: Sie treibt die Masse der Studenten unter die Parolen der extremen Linken. Diese findet keine große Gefolgschaft, wenn der Staat überzeugend maßvoll auftritt. Sie bekommt die intellektuelle Führung, wenn sich der Staat so zeigt, wie sie ihn als autoritäre Obrigkeit in ihrer Ideologie vertritt."

Quelle: Vervielfältigtes Schreibmaschinenmanuskript.

Hermann Oxford (FDP),

FDP-Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus von Berlin, in der Debatte über die Unruhen am 2. 11. 1967:

„... Auch in den Reihen der Polizei ... gibt es sicher noch Beamte, die z. B. in einer Vietnam-Demonstration schlechthin die Störung von Sicherheit und Ordnung, in einzelnen Demonstranten den Aufrührer gegen die Staatsgewalt sehen. Diese Ansicht gilt es zu bekämpfen. Sie ist teilweise auch auf eine nicht sachgerechte Ausbildung der Polizei zurückzuführen. Denn solange in den offizellen Büchern – *(Zuruf von der CDU: Das ist einfach eine Unterstellung!)* – hören Sie erstmal zu, dann sollten Sie sich äußern – denn solange in den offiziellen Büchern für die Polizeiausbildung noch vorwiegend militärische Worte benutzt werden wie ‚Spähtrupp', ‚Einsatz', ‚Brückenkopf', ‚Einkesseln', ‚Niederkämpfen', ‚Hinterhangstellung', ‚Stoßtrupp', ‚Schützenkette' – das klingt alles mehr nach der Heeresdienstvorschrift –, ist eine Ausbildung der Polizei auf demokratische Verhältnisse und für ihre Verwendung zur Erledigung ihrer zivilen Aufgabe zumindest fragwürdig ..."

Quelle: Abgeordnetenhaus von Berlin, Stenographische Berichte.

Dipl.-Psychologe Helmut Kentler,

Pädagogisches Zentrum Berlin, nach den Unruhen beim Schah-Besuch im Juni 1967 vom Berliner Senat angesichts des erfolgreichen Beispiels des Münchener Polizei-Psychologen Rolf Umbach mit der Beratung der Polizei beauftragt, jedoch nach Meinungsverschiedenheiten bald wieder von diesem Auftrag entbunden:

„. . . Die Polizei West-Berlins hat meines Erachtens darunter gelitten, daß ihr immer mehr politische und pädagogische Aufgaben zugemutet wurden. Wenn die Springer-Presse nach dem starken Arm der Polizei rief – und die Springer-Presse war hier nur Sprachrohr der Mehrheit der Bevölkerung –, dann hieß das doch, die Polizei solle den Politikern die Mühe, sich mit der Studentenschaft auseinandersetzen zu müssen, abnehmen und den Studenten einen Denkzettel verabreichen.

Daß einige Polizeiführer und durch sie auch einige Polizeibeamte dieses Ansinnen aufnahmen und von ihm ihren Polizeidienst am 2. Juni bestimmen ließen, wird nur verständlich, wenn man annimmt, daß in weiten Kreisen der Polizei ein vordemokratisches Denken herrscht, das in der Polizei in erster Linie ein Organ staatlicher Gewalt und damit ein Instrument der den Staat beherrschenden Gruppen sieht.

Folge dieser obrigkeitlichen Einstellung sind eigenartige undemokratische hierarchische Vorstellungen: So neigte die Polizei zum Beispiel allgemein dazu, die Diskussionen auf dem Kurfürstendamm lediglich unter verkehrstechnischen Gesichtspunkten zu beurteilen. Es fällt augenscheinlich schwer, zu begreifen, daß es in der Demokratie kein Grundrecht auf fließenden Verkehr, wohl aber auf Diskussion, freie Meinungsäußerung, auf Demonstration . . . gibt . . .

Gegen die Entartung der Polizei zu einer paramilitärischen Einheit ist durch die Einstellung eines Polizeipsychologen gar nichts getan. Es ist vielmehr eine Aufgabe der Politiker, den Standort und die Aufgaben der Polizei in einer demokratischen Gesellschaft neu zu bestimmen und daraus Konsequenzen für Ausbildung und Dienst der Polizei zu ziehen."

Quelle: „Der Spiegel", Nr. 33 v. 7. 8. 1967, S. 33.

Dr. h. c. Kurt Georg Kiesinger (CDU),

Bundeskanzler, als CDU-Vorsitzender bei einer Wahlveranstaltung auf dem Marktplatz in Biberach (Baden-Württemberg) am 22. 4. 1968 immer wieder von einem Lied junger Demonstranten unterbrochen: „Maikäfer flieg — in Vietnam ist Krieg — Mütter und Kinder brennen — die Deutschen aber pennen — bei der CDU." H. W. Graf von Finkenstein: „Mit Kurt Georg Kiesinger auf Wahlreise" schildert Kiesingers Reaktion am Mikrofon:

„Nun habe ich genug . . .", stößt er zornig hervor, und dann mit einer vagen Geste an alle und jeden: „Ich bitte Sie, wollen Sie sich das weiter gefallen lassen? Dann sehen Sie zu, ohne Gewalt anzuwenden, daß diese Schreier den Platz räumen!"

Es ist ein heikler Moment. Wer will, kann es geradezu als eine Aufforderung verstehen, auf dem Wege der Selbstjustiz, gegen die doch der Kanzler während der ganzen Reise ununterbrochen anpredigt, die Störenfriede samt ihren Holzkreuzen abzuräumen. Für einen Augenblick tatsächlich, stockt vielen der Atem. Aber die Biberacher Bürger werden nur langsam

tätig. Ein paar Minuten schwanken die Holzkreuze hin und her, ein junges Mädchen rollt am Boden, ein Siebzehnjähriger wird im Polizeigriff und mit Handschellen über den Platz gezerrt, dann ist die Ruhe wiederhergestellt. Eine Gänsehaut bleibt zurück.

Quelle: „Die Welt" v. 25. 4. 1968.

Maria Stein

(„Bonner Prominenz an der Wahlfront") schildert die Szene ähnlich:

„Es ging alles schnell ohne krasse Gewalt. Doch als Kiesinger weitersprach, hatte er nicht die Gesichter jener Biberacher gesehen und deren Worte gehört, die ihre Jacken ausgezogen hatten und aus ihrer Genugtuung darüber, endlich einmal sogar mit dem Segen von oben zuschlagen zu können, gar keinen Hehl machten."

Quelle: „Handelsblatt" v. 25. 4. 1968, S. 22.

Horst Lange,

Mitglied des Deutschen PEN-Zentrums (Bundesrepublik) und der Akademie für Wissenschaften und Literatur, Mainz:

„Kappt dem Teufel sieben Schwänze,
Schickt den Dutschke an die Grenze,
Jagt den Langhans durch das Brandenburger Tor,
(Das sein großer Ahn' erbaute,
Er ist nur ein kleiner Schaute!),
Exmittiert den Knaben-Chor! –
Tut den Nannen gleich dazu,
Dann gibt's endlich Ruh!"

Quelle: Leserzuschrift an den „Spiegel", Nr. 14 v. 1. 4. 1968, S. 20.

Hans-Georg von Studnitz,

rechtskonservativer Publizist, schreibt in der Osterausgabe der „Welt am Sonntag" zu den Osterunruhen, die dem Verlagshaus Axel Springer galten:

„. . . Der Reichstagsbrand verzehrte den Weimarer Staat, der Versuch, das Berliner Springer-Haus in Flammen aufgehen zu lassen, könnte leicht zum Anfang des Endes der Bundesrepublik werden.

Die Worte, die Kiesinger und Schütz am Karfreitag fanden, waren scharf in der Verurteilung des Geschehenen. Aber ist es hiermit allein getan? Wer dem Bürgerkrieg nicht in seinen Anfängen wehrt, versagt der diesen Staat tragenden Gesellschaft den Schutz . . ."

Quelle: „Welt am Sonntag", Nr. 15 v. 14. 4. 1968.

Karl-Günther von Hase (CDU),

Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, in der Fragestunde des Bundestages, 171./172. Sitzung in Beantwortung folgender Anfragen zu Notstandsübungen der Bundeswehr:

Wolfram Dorn (FDP): „... Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Kommandeur der Heimatschutztruppe des Verteidigungskommandos Düsseldorf, Oberstleutnant Zimmer-Vorhaus, in einem Zeitungsbericht die Frage bejahte, ob er die Idee zu seinem Übungsbefehl – ‚Saalschlachten, Krawalle und Straßenkämpfe der außerparlamentarischen Opposition, die eindeutig erkennbar von Feindkräften gesteuert werden' – durch die Unruhen während des SPD-Parteitages bekommen hat?"
Karl-Günther von Hase: „Der Vorfall ist der Bundesregierung bekannt. Der betreffende Kommandeur hat die sogenannte Ausgangslage seiner Übung auf Aktionen abgestellt, die eindeutig erkennbar von einem äußeren Gegner eingeleitet und gelenkt wurden. Die Verknüpfung dieser Ausgangslage mit aktuellen innenpolitischen Vorgängen hat jedoch zu der Mißdeutung Anlaß gegeben, als gehöre es zum Auftrag der Heimatschutztruppe, auch in innerpolitische Vorgänge einzugreifen. Das Vorkommnis ist ein Einzelfall ...
Hansheinz Schmidt (Kempten, FDP): Herr Staatssekretär, könnte diese Äußerung damit in Zusammenhang stehen, daß seit etwa drei Wochen bei den einzelnen Einheiten der Bundeswehr kriegsstarke Bereitschaftszüge ständig bereit gehalten werden, um eventuelle Übergriffe der Studenten zu verhindern?
Staatssekretär von Hase: Dieser von Ihnen angeführte Bereitschaftsgrad trifft nicht zu. Es ist lediglich über die Wochenenden in einigen Unterkünften eine Verstärkung der Wachen erfolgt, aber keineswegs in einer kriegsstarken Form, wie Sie es eben erwähnt haben.
Schmidt (Kempten, FDP): Herr Staatssekretär, ist Ihnen nicht bekannt, daß zumindest im Bereich einer Division ein solcher Befehl erfolgt ist und bei sämtlichen Einheiten dieser Division solche Bereitschaftszüge mit Schnellfeuergewehren, Tränengas usw. bestehen?
Staatssekretär von Hase: Es ist Angelegenheit der Kommandeure, für den Bereitschaftsstand der Truppe die entsprechenden Befehle zu geben. Es ist aber kein genereller Befehl für die Bundeswehr in dieser Hinsicht ausgegeben worden ..."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 20 v. 15. 5. 1968, S. 13.

Dr. h. c. Kurt Georg Kiesinger (CDU),

Bundeskanzler, auf der Wahlkundgebung in Biberach am 22. 4. 1968 angesichts häufiger Zwischenrufe zur Frage der Notwendigkeit von Notstandsgesetzen:

„Warum nicht? Je mehr Geschrei dieser Art ich höre, desto deutlicher wird mir, wie notwendig es ist, in unserem Lande für Ordnung zu sorgen. Die Notstandsgesetze, die wir vorbereitet haben, bedrohen niemandes Freiheit in diesem Land. Was würde geschehen, wenn eines Tages durch Druck von außen eine Notstandssituation in unserem Land entstände und wir ebenso hilflos – ich zum Beispiel als Bundeskanzler – den Gewalttätigkeiten gegenüberständen, wie das in der letzten Woche der Fall war? Sie wissen, daß der Bundeskanzler keine eigenen Polizeikräfte hat ... Ich spreche nicht gegen Diskussionen und Demonstrationen. Ich spreche – ich sage das ausdrücklich – gegen diejenigen, die bei Demonstrationen Gewaltakte gegen Menschen und gegen Sachen begehen."

Quelle: Mitgeteilt von Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (CSU) in Fragestunde des Bundestages, 171./172. Sitzung, zit. nach „Das Parlament", Nr. 20 v. 15. 5. 1968, S. 13.

Helmut Schmidt (SPD),

Vorsitzender der SPD-Fraktion, in der 154. Sitzung des 5. Bundestages v. 9. 2. 1968 zur Frage der angemessenen Mittel beim Polizeieinsatz und zur Verantwortung der Politiker:

„... Ein letztes Wort an diejenigen, die im Land oder in den Städten oder an den Universitäten amtliche Verantwortung tragen. Sie haben die Gesetze und das Recht zu wahren und dafür zu sorgen, daß der, der sich gegen das Recht vergeht, vor seinen Richter kommt, und daß wer die Rechte anderer buchstäblich mit Füßen tritt und buchstäblich mit Steinen bewirft, daran gehindert wird, dies zu tun. *(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Dazu brauchen aber die, die amtliche Verantwortung tragen, nicht etwa den Vorsatz zur ‚Härte' oder zum ‚Durchgreifen'. Für jede Behörde und für jeden Beamten gilt zu jeder Zeit der Grundsatz: Die Mittel, die der Staat einsetzt, haben im angemessenen Verhältnis zu Anlaß und Zweck zu stehen. *(Beifall bei der SPD.)*

... In meinen Augen haben politische Vorgesetzte wenig Respekt verdient, wenn sie am Ort und zum Zeitpunkt des Einsatzes der Polizei die Polizei sich selbst überlassen und nachher kluge Worte machen. *(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien und bei Abgeordneten der FDP.)*

Über Autorität redet man nicht – schon gar nicht nachträglich –, sondern man übt sie am Orte, wenn es noch Zeit ist, aus. Das gilt für uns alle. *(Beifall bei den Regierungsparteien und bei Abgeordneten der FDP.)* ..."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 7 v. 14. 2. 1968.

Karl Moersch (FDP)

in der Bundestagssondersitzung zu Hochschulfragen, 175. Sitzung am 7. 5. 1968 über die Pflicht des Politikers, sich bei Unruhen an Ort und Stelle zu orientieren:

„. . . Die Frage der Reformen, die notwendig sind, ist eine Frage nach Ihrer Gesinnung, nämlich vor allem nach der Gesinnung der Mehrheit dieses Hauses . . . Zum Beispiel hätte man sich vorstellen können, daß an den unruhigen Tagen in Berlin nicht nur einige Bundesminister in Bonn zur Beratung zusammengetreten wären, sondern daß der eine oder andere sich auch einmal an Ort und Stelle informiert hätte über das, was dort wirklich vorgegangen ist und sich nicht nur auf die amtlichen Berichte verlassen hätte, die von vielen der Beteiligten bestritten werden und von demjenigen bestritten werden müssen, der sich an Ort und Stelle informiert hat. Ich kann Ihnen nur sagen, Sie sollten Ihre Informationen aus erster Hand beziehen und nicht im bequemen Sessel in Bonn warten, bis Sie Informationen auf dem Dienstweg bekommen haben . . ."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 20 vom 15. 5. 1968, S. 5.

Klaus Schütz (SPD),

Regierender Bürgermeister von Berlin, erklärte zum Beschluß des Verwaltungsgerichts Berlin vom 17. Februar 1968, der das vom Senat erlassene Verbot einer Vietnam-Demonstration für den 18. Februar 1968 aufhob, in der Sendereihe „Wo uns der Schuh drückt":

„Ich will hier nicht in eine allgemeine Urteilsschelte eintreten. Aber man wird doch mal fragen dürfen, warum nicht auch Berliner Wohnviertel vor Belästigungen geschützt werden sollen und ob unsere Erfahrungen mit diesen radikalen Minderheiten nicht auch gewürdigt werden müssen. Wir haben dieses Urteil selbstverständlich befolgt. Das ändert nichts an den Tatsachen, die uns bestimmt hatten, die Anträge abzulehnen."

Quelle: Landespressedienst Nr. 36 v. 19. 2. 1968.

Verleger Dr. Hans Kapfinger,

im Bundestagswahlkampf 1961 an der Kampagne gegen den SPD-Kanzlerkandidaten Willy Brandt beteiligt, in seiner Zeitung nach den Osterunruhen:

„. . . Während die Polizei versagte, verteidigten Berliner Arbeiter ihren Arbeitsplatz. Das haben sie immer getan. Hier rächt es sich, daß die Berliner Polizei von ihrer politischen Führung immer zurückgepfiffen wurde. Der Berliner Senat ist schwach; auch der Regierende Bürgermeister ist schwach. Er hatte sich bereit erklärt, mit den Demonstranten zu diskutieren. Diskussionen helfen hier nichts mehr. Es geht nicht gegen Springer, es geht gegen den Staat, um die Aufrechterhaltung der Ordnung . . ."

Quelle: „Passauer Neue Presse" v. 16. 4. 1968.

Professor Dr. Golo Mann,

Professor für Neuere Geschichte an der Technischen Hochschule Stuttgart, erläutert in einem „Stern"-Artikel seine differenzierte Stellung zum SDS wegen dessen Gewalttheorie:

„... Wo ich gegen den SDS bin: Zu viele dieser jungen Leute sind hochmütig und intolerant. Für sie ist alles gleich schwarz, was nicht so weiß ist, wie sie selber sind. Aus Südostasien und Südamerika tragen sie Begriffe nach Deutschland, die herher nicht passen.

... Sie glauben an ‚revolutionäre Gewalt'. Ich nicht. Denn abgesehen davon, daß revolutionäre Gewalt fast immer mehr Schlechtes als Gutes gebracht hat, müßte *ihre* revolutionäre Gewalt an der Macht des Staates und des Volkes, das in dieser Frage zu neun Zehnteln mit dem Staat eins ist, jämmerlich scheitern. Zudem haben die Ostertage gezeigt, daß sie selber für Revolution gar nicht taugen, weil sie in ihrer Mehrheit viel zu brav dafür sind. Darum sollten sie das leichtsinnige Gerede von Revolution sein lassen ..."

Quelle: „Stern", Nr. 18 v. 3. 5. 1968.

Hessischer Landtag

In der Debatte am 14. 12. 1967 über Vorfälle an der Universität Gießen, wo Versuche des Verfassungsschutzes aufgedeckt worden waren, linke Studentengruppen, vor allem den SDS, durch angeworbene Studenten zu überwachen. Der für die Aktion verantwortliche Staatssekretär Wetzel vom Hessischen Innenministerium mußte daraufhin gehen.
Demgegenüber hat der Innenminister von Schleswig-Holstein, Hartwig Schlegelberger (CDU), am 6. 2. 1968 einen Beschluß der Kieler Universität scharf kritisiert, die nach ähnlichen Vorfällen wie in Gießen Aktivitäten des Verfassungsschutzes in ihrem Bereich als Denunziantentum betrachten will.

Ministerpräsident Dr. Georg-August Zinn (SPD):

„... Aber ich bin der Meinung, daß derjenige, der disziplinarwidrig handelt oder sich wegen irgendeines Verhaltens strafbar macht, deshalb noch lange nicht ein Staatsfeind ist. Das ist das Entscheidende. *(Abg. Klocksin [SPD]: Sehr richtig! – Beifall bei SPD und teilweise bei CDU und FDP.)*

... Wenn sich ein staatsfeindliches Verhalten nicht auf Einzelmitglieder – die ja auch in unseren Parteien gelegentlich auftauchen –*(Abg. Stein [FDP]: Sehr gut! Herr Strauß hat das praktiziert!)* oder Einzelgruppen beschränkt, sondern wenn die Organisation als solche nach Auffassung des Bundesinnenministers als staatsfeindlich zu betrachten ist, muß er sie nach dem Gesetz verbieten.

... Es dreht sich aber hier gar nicht darum, ob der Verfassungsschutz legal handelt oder nicht – unabhängig von dem Verhalten des Angestellten in

Gießen –, wenn er V-Leute zu internen Beobachtungen von Studentenorganisationen, die ohnehin die Eigenschaft haben, auf den Markt zu gehen und vorher zu verkünden, was sie vorhaben, einsetzt. Es dreht sich vielmehr darum, daß durch eine solche Maßnahme, deren Legalität man nicht bezweifeln oder nicht bestreiten kann, das Gegenteil dessen erzielt wird, was eigentlich unser aller Aufgabe und auch die Aufgabe des Verfassungsschutzes ist, nämlich die Radikalisierung der gesamten Studentenschaft, die sich mit dem SDS und den betroffenen Gruppen solidarisch erklären würde, zu verhindern.
Das ist ja nicht nur meine Meinung. Das ist die Meinung maßgebender Persönlichkeiten; nicht nur der Rektoren der hessischen Universitäten, nicht nur der Senate, nicht nur der Studentenschaft. Das gilt genauso für den Rektor, den Senat und die Studentenschaft von Heidelberg und Göttingen. Das gilt auch für München ...
Eine Maßnahme des Verfassungsschutzes mag formal legal sein. Sie kann aber das Gegenteil des Verfassungsschutzes zur Folge haben. Unsere Aufgabe muß es sein, zu verhüten, daß aus Verfassungsfreunden Verfassungsgegner werden."

Hermann Stein (FDP):

„... Der Herr Ministerpräsident hat sehr klar und eindeutig erklärt, daß er das dort Veranlaßte mißbilligt und nicht für Rechtens hält. Zuletzt hat das Bundesinnenministerium klargemacht und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß dieses Ministerium und der verantwortliche Minister dort diese Vorhaben an der Universität Gießen für rechtmäßig halten ...
Wir wollen doch sicher eins gemeinsam: daß unsere jungen Menschen, besonders die an unseren Universitäten, die Führungskräfte von morgen auf allen Gebieten, zu aufrechten Demokraten erzogen werden, die frei und offen jedermann gegenüber ihre Meinung vertreten. Diese jungen aufrechten Demokraten werden wir aber nicht bekommen, mit Bestimmtheit nicht, wenn auch in unserem Staat eine Gesinnungsschnüffelei betrieben wird ... Unser demokratischer Rechtsstaat ist – wie ich meine – solange so gut, und er wird solange auch Vertrauen von allen haben, solange er bereit und in der Lage ist, mit demokratischen, rechtmäßigen und verfassungskonformen Mitteln sich auch mit der schärfsten Opposition – ob sie nun inner- oder außerparlamentarischer Art ist – auseinanderzusetzen und bei dieser Auseinandersetzung die besseren Argumente und nicht die Macht zählen."

Dr. Walter Wallmann (CDU):

„... Das ist die Wahrheit, wenn es darum geht, über den Verfassungsschutz zu reden, und es ist – ich sage es noch einmal, Herr Radke – unehrlich, nach draußen hin so zu tun, als handele es sich um eine Angelegen-

heit, die schmutzig sei, im Innern dann aber einen gesetzlichen Auftrag an bestimmte Personen dieses Staates zu geben und sie in dem Augenblick, wo sie diesen Auftrag ausführen wollen, sofort fallenzulassen ..."

Quelle: *Hessischer Landtag, IV. Wahlperiode, 22. Sitzung, Stenographische Berichte, S. 179 ff.*

D. Dr. theol. h. c. Heinrich Grüber,

Propst zu Berlin, wendet sich gegen die mit der ApO sympathisierenden evangelischen Theologen und Pfarrer sowie gegen die Störungen mehrerer Ostergottesdienste:

„... Man soll einzelne Äußerungen von Pfarrern und Professoren nicht überbewerten, wenn sie nicht symptomatisch sind. Wenn man mehr als fünfzig Jahre im kirchlichen Dienst steht, dann weiß man, daß es keine noch so ausgefallene Sache geben kann, für die sich nicht irgendein evangelischer Theologe einsetzt. Ich möchte auch nicht auf die Schriftauslegung jenes Frankfurter Pfarrers eingehen, der in Jesus ein Vorbild für Gewaltmaßnahmen sieht. Wenn man die Bergpredigt liest, kann man auch zu einer anderen Auffassung kommen. Aber das er ausgerechnet die Tempelreinigung als Beispiel für die Berechtigung von Gewaltmaßnahmen anführt, ist mehr als merkwürdig.
Die im Evangelium geschilderte Maßnahme Jesu bezweckte ja, der Entweihung des Heiligtums entgegenzutreten. ‚Mein Haus soll ein Bethaus sein, Ihr aber habt eine Räuberhöhle daraus gemacht', so sagte es Jesus. Wenn dieser Pfarrer zu einer drastischen Maßnahme im Sinne der Tempelreinigung hätte greifen wollen, so wäre dazu Gelegenheit gewesen, als in den Osterfesttagen junge Menschen in Frankfurt Ärgernis erregten und den Gottesdienst störten, als sie neben die Kanzel ein Plakat stellten ‚Jesus, Martin Luther King, Dutschke' ..."

Quelle: *Artikel „Die Verantwortung der Kirche", in: „Die Welt" v. 29. 4. 1968.*

Dr. Gustav Heinemann (SPD),

Bundesminister der Justiz, in einer Rundfunkrede am Ostermontag 1968:

„... Wer mit dem Zeigefinger allgemeiner Vorwürfe auf den oder die vermeintlichen Anstifter oder Drahtzieher zeigt, sollte auch daran denken, daß in der Hand mit dem ausgestreckten Zeigefinger zugleich drei andere Finger auf ihn selbst zurückweisen. Damit will ich sagen, daß wir alle uns zu fragen haben, was wir selber in der Vergangenheit dazu beigetragen haben könnten, daß ein Anti-Kommunismus sich bis zum Mordanschlag steigerte und daß Demonstranten sich in Gewalttaten der Verwüstung bis zur Brandstiftung verloren haben ...

Es besteht kein Anlaß zu bezweifeln, daß Polizei und Justiz tun, was ihre Aufgabe ist. Wichtiger aber ist es, uns gegenseitig zu dem demokratischen Verhalten zu verhelfen, das den Einsatz von Polizei und Justiz erübrigt ... Zu den Grundrechten gehört auch das Recht zum Demonstrieren, um öffentliche Meinung zu mobilisieren. Auch die junge Generation hat einen Anspruch darauf, mit ihren Wünschen und Vorschlägen gehört und ernst genommen zu werden. Gewalttat aber ist gemeines Unrecht und eine Dummheit obendrein. Es ist eine alte Erfahrung, daß Ausschreitungen und Gewalttaten genau die gegenteilige öffentliche Meinung schaffen, als ihre Urheber wünschten. Das sollten, so meine ich, gerade auch politisch bewegte Studenten begreifen und darum zur Selbstbeherrschung zurückfinden ..."

Quelle: „Die Zeit", Nr. 16 v. 19. 4. 1968.

Rechtsanwalt Heinrich Hannover,

Verfasser mehrerer Bücher zu rechtspolitischen Fragen, bedauert, daß im Konflikt zwischen Demonstrationsfreiheit und Straßenverkehr noch keine höchstrichterliche Entscheidung vorliege, und kritisiert den bisherigen Einsatz der staatlichen Machtmittel:

„... Es bedurfte eines jahrzehntelangen Entwicklungsprozesses des politischen Bewußtseins, um den Streik, der im Kaiserreich als ‚Nötigung' bestraft wurde, als ‚sozialadäquate' Kampfmaßnahme der Arbeiterschaft zu begreifen. Wir befinden uns erst am Beginn eines Demokratisierungsprozesses, an dessen Ende vielleicht die Erkenntnis stehen wird, daß auch die Blockierung des Straßenverkehrs, Go-ins und andere direkte Aktionen als ‚sozialadäquate' Formen unmittelbarer Demokratie toleriert werden müssen.

Bei einer Justiz, die sich noch nicht bewußt ist, daß sie alle Tage repressive Gewalt in Schutz nimmt oder selbst ausübt, die nur deshalb nicht als ‚Nötigung' gilt, weil sie der Aufrechterhaltung bestehender Herrschaftsverhältnisse dient, haben diese gewaltlosen Aktionsformen der Linken keine Tolerierung zu erhoffen. Um so merkwürdiger, daß Polizei und Justiz Gewehr bei Fuß gestanden haben, als Gewalt gegen Personen, ein bisher der Rechten vorbehaltenes Kampfmittel, ausgeübt wurde. Die Mehrzahl der Jubelperser, die unter Duldung der Berliner Polizei mit Eisenstangen und Stöcken auf friedliche Demonstranten eingeschlagen haben, sind bisher ebensowenig angeklagt worden wie die Rädelsführer des studentenfeindlichen Mobs, der sich anläßlich der Berliner Vietnam-Gegendemonstration austoben durfte. Die Tradition läßt sich nicht verleugnen."

Quelle: „Die Zeit", Nr. 18 v. 3. 5. 1968.

Paul Lücke (CDU),

Bundesinnenminister a. D. in einem Interview mit „Pardon, die deutsche satirische Monatsschrift", auf die Frage:

„Halten Sie Protestaktionen, die notfalls auch Gewalt einschließen, für berechtigt, wenn die Grundlagen unserer Demokratie gefährdet sind?"
„Protestaktionen, die Gewalt einschließen, halte ich nur unter den eng umrissenen Voraussetzungen für zulässig, unter denen die Staatsrechtslehre das Widerstandsrecht anerkennt. Diese Voraussetzungen hat das Bundesverfassungsgericht im KP-Urteil vom 17. August 1956 wie folgt definiert:

1. Das Widerstandsrecht kann nur im konservierenden Sinne, d. h. als Notrecht zur Bewahrung oder Wiederherstellung der Rechtsordnung, nicht aber für eine Revolution benutzt werden.
2. Das mit dem Widerstand bekämpfte Unrecht muß offenkundig sein.
3. Alle von der Rechtsordnung zur Verfügung gestellten Rechtsbehelfe müssen so wenig Aussicht auf wirksame Abhilfe bieten, daß die Ausübung des Widerstandes das letzte verbleibende Mittel zur Erhaltung oder Wiederherstellung des Rechts ist."

Quelle „Pardon", H. 1/1968.

Brigadegeneral Dr. med. Hermann Wulf,

Kommandeur der Hamburger Heeresoffizierschule, ließ zur „Orientierung" seiner 800 Schüler und Mitarbeiter eine Erklärung verteilen, in der er darlegte, warum er seinen Soldaten nahegelegt hatte, am 13. Januar 1968 zu einem Gottesdienst des Theologie-Professors Thielicke in die Hamburger Michaeliskirche zu gehen:

„Professor Thielicke rief mich zum Jahreswechsel in meiner Wohnung an und schilderte mir folgende Situation:
In der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche seien neben den bekannten Störaktionen des Gottesdienstes auch Knallkörper geworfen worden . . . Professor Thielicke befürchtete ähnliche Vorkommnisse bei seiner Predigt in der Michaeliskirche am 13. Januar 1968. Drohungen dieser Art waren ihm gegenüber ausgesprochen worden . . .
Anläßlich der regelmäßig freitags stattfindenden Besprechung des Lehrkörpers der Heeresoffizierschule II gab ich am 12. Januar 1968 den hier dargestellten Sachverhalt bekannt. Daraufhin kam es zu einer Diskussion über die Frage, wie man sich in einem solchen Falle verhalten solle. Die Meinungen gingen erheblich auseinander. Die Diskussion wurde beendet, ohne daß eine einheitliche Auffassung bestand.
Ich sprach dabei aus, daß ich mich unter die Kanzel setzen würde, um im Falle von Tumult und eventueller Panik (Rauchkörper mit Ruf: „Feuer, Feuer!") durch mein eigenes Verhalten beruhigend zu wirken. Neuralgische Punkte seien die Kanzel und die Südempore. Mögliche Gottesdienst-

besucher ermahnte ich, sich keineswegs in Handgreiflichkeiten verstricken zu lassen. Dabei habe ich auf die §§ 166 und 167 des Strafgesetzbuches – Störung des Gottesdienstes und Gotteslästerung – hingewiesen. Ich brachte zum Ausdruck, daß an den neuralgischen Punkten Theologen und Mitglieder des Kirchenvorstandes sitzen würden. Im Falle einer Bitte um Unterstützung durch diese Herren sei jeder Gottesdienstbesucher zur Hilfe berechtigt. Mir ist heute noch nicht bekannt, wie viele Herren der Heeresoffizierschule II den Gottesdienst besucht haben."

Quelle: „Der Spiegel", Nr. 22 v. 5. 2. 1968, S. 18.

Brigitte Freyh (SPD),

Bundestagsabgeordnete, zu den Pressionen, denen sie während der Beratungen der Notstandsverfassung ausgesetzt war. Frau Frey stimmte übrigens bei der namentlichen Schlußabstimmung mit „nein":

„. . . Nicht nur bei dieser Demonstration vor meiner Haustür und auf den Grundstücken meiner Nachbarn, sondern bei der gesamten Entwicklung macht mich die Atmosphäre von Haß und Mißtrauen besorgt, die so stark hervorzutreten beginnt. Als ich vorschlug, einigen der Anwesenden in meiner Wohnung meinen Standpunkt darzulegen, wurde mir erwidert, dann liefen diese wenigen Gefahr, von den anderen als korrumpiert betrachtet zu werden. Wie soll unter solchen Voraussetzungen eine sachliche Diskussion möglich sein?

Viele der Demonstranten gehörten vermutlich der gleichen Partei an wie ich selbst. Ich war und bin nicht bereit, öffentliche Erklärungen gegen die SPD abzugeben, die ich als Abgeordnete im Bundestag vertrete, zumal ich ja in der SPD-Bundestagsfraktion meine Auffassungen offen und fair vertreten kann.

Ich bin der Überzeugung, daß die Aufgaben unserer Demokratie nur in sachlicher und nüchterner Prüfung zu lösen sind, nicht unter dem Druck von Sprechchören und fanatischer Schwarzweißmalerei. Fragen, die so wichtig sind wie die Notstandsgesetzgebung oder die innere Situation meiner Partei, lassen sich nicht mit Megaphonen und auf Schulhöfen diskutieren und klären."

Quelle: Leserbrief in: „Die Welt" v. 31. 5. 1968.

Generalstaatsanwalt Erich Heimeshoff,

Hamm, zu den nach den Osterunruhen von verschiedenen Politikern erhobenen Forderungen, Unruhestifter im Schnellverfahren abzuurteilen, wogegen schon der Deutsche Richterbund am 19. 4. 1968 protestiert hatte, und zur Kritik des Publizisten Paul W. Wenger („Die Welt" v. 29. 4. 1968), daß die Justiz nicht rechtzeitig gegen den SDS eingeschritten sei:

„. . . Die Unruhe unter den Studenten hat politische Ursachen. Ihr kann mit dauerhaftem Erfolg nur politisch begegnet werden. Die Justiz ist kein

Instrument zur Durchsetzung politischer Vorstellungen. Sie hat auch nicht auf Kommando der Regierung oder des Parlaments einzuschreiten oder nicht einzuschreiten, zu tun oder nicht zu tun, was politisch opportun oder inopportun ist. Sie kann auch nicht am Tage nach der Tat ein rechtskräftiges Urteil präsentieren. Aber es ist auch nicht in ihr Belieben gestellt, ob sie tätig werden will oder nicht. Sie hat vielmehr einen präzise formulierten und zwingend vorgeschriebenen Auftrag des Gesetzes auszuführen . . ."

Quelle: Leserbrief in: „Die Welt" v. 21. 5. 1968.

Parl. Staatssekretär Heinrich Köppler (CDU),

antwortet für das Bundesinnenministerium im Bundestag auf eine Anfrage des CDU-Abg. Dr. Josef Hofmann, ob Studenten die finanzielle Förderung nach dem Honnefer Modell entzogen werden solle, wenn sie sich bei den Unruhen nachgewiesenermaßen an Brandstiftungen, Sachbeschädigungen, Körperverletzungen usw. beteiligt hätten:

„. . . Nach den Richtlinien für die Studienförderung nach dem Honnefer Modell, die mit den Ländern abgesprochen worden sind, ist ein Student für die Förderung geeignet, wenn er neben guten Leistungen charakterliche Reife, fachliche Leistungen und Verständnis für die Umwelt zeigt. Charakterliche Reife und Verständnis für die Umwelt zeigt er in der Regel dann nicht, wenn er strafbare Handlungen begangen oder an ihnen teilgenommen hat. In diesen Fällen vertritt die Bundesregierung die Meinung, daß solchen Studenten die Förderung sofort zu entziehen ist. *(Abg. Dr. Hofmann [Mainz, CDU]: Wenn ich mit einer Frage meinen Dank für diese Antwort verbinden kann, Herr Staatssekretär, dann sei das damit getan!)*"

Quelle: „Das Parlament", Nr. 22 v. 29. 5. 1968, S. 9.

Oberregierungsrat Manfred Schlager (CSU),

in der 2. Lesung der Notstandsverfassung (174. Sitzung des Bundestages am 15. 5. 1968) zur Frage des inneren Notstands und des Mißbrauches der Bestimmungen:

„. . . Nun gereichte es natürlich den Notstandsgegnern bisher zum Vorteil, daß sich die Diskussion um die Notstandsgesetze aus einem Gefühl der Sicherheit, des Fernliegens von möglichen inneren Gefährdungen heraus vollzog. Aber diese Erwartung kann trügerisch sein. Dafür sind ja nun leider die letzten Unruhen in Paris, aber auch die Unruhe bei uns ein nicht zu übersehendes Zeichen. Denken Sie vor allem an die Gewalttätigkeiten in Berlin, aber auch zum Teil in München . . .

Matthöfer (SPD): Herr Abgeordneter Schlager, ist es Ihnen bei Ihren Bemerkungen zu den Osterdemonstrationen entgangen, daß der Herr Bundeskanzler, der Herr Bundesinnenminister und alle anderen verantwort-

lichen Politiker in der Bundesrepublik bisher mehrfach ausdrücklich festgestellt haben, daß es sich bei den Osterdemonstrationen keineswegs um einen Fall des inneren Notstands gehandelt hat?

Schlager (CDU/CSU): Ja, ich bin auch der Auffassung, daß es sich hier um keinen inneren Notstand gehandelt hat. *(Lachen bei der FDP.)* ...

Zuzugeben ist natürlich, ... daß bei jeder Ermächtigung zur Einschränkung eines Grundrechtes – und vor allem auch eines Grundrechtes wie das der Freizügigkeit – die Möglichkeit einer mißbräuchlichen Anwendung nicht ausgeschlossen werden kann ...

Moersch (FDP): Herr Kollege Schlager, sind Ihre verfassungsrechtlichen Ausführungen mit dem Bundesinnenminister abgestimmt?

Schlager (CDU/CSU): Nein, Herr Kollege Moersch, sie sind nicht abgestimmt. *(Lachen bei der FDP. – Zuruf von der SPD: Man merkt's!)*

Schmidt (Hamburg, SPD): Darf ich Sie fragen, Herr Kollege, ob Ihre Reden mit dem Koalitionspartner abgestimmt sind? *(Lachen bei der FDP.)*

Schlager (CDU/CSU): Verehrter Herr Kollege Schmidt, ich verstehe Ihre Frage nicht; Sie müßten es ja in erster Linie wissen, ob diese meine Ausführungen mit Ihnen abgestimmt sind. Im übrigen muß ich Ihnen sagen: wenn sie Ihnen nicht gefallen, darf ich Sie darauf hinweisen, daß jeder Abgeordnete nur seinem Gewissen verantwortlich ist.

Vizepräsident Schoettle: Gestatten Sie noch eine Frage, Herr Abgeordneter Schlager?

Schlager (CDU/CSU): Bitte sehr!

Schmidt (Hamburg, SPD): Es fällt mir schwer, die Antwort in eine Frage zu kleiden, Herr Kollege, aber vielleicht unterbricht mich der Präsident nicht ganz so schnell.

Vizepräsident Schoettle: Ich denke, Sie werden sich bemühen.

Schmidt (Hamburg, SPD): Ich fand es nicht sehr angemessen, was Sie bisher ausgeführt haben. *(Heiterkeit und Beifall bei der FDP.)* ..."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 21 v. 22. 5. 1968, S. 6.

b) Die Schaukeltheorie: links—rechts

Dipl.-Pol. Heinrich Lummer (CDU),

vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. 4. 1968:

„... Es ist in diesen Tagen oft die Bemerkung zitiert worden: Der Feind steht rechts. – Ich glaube, daß die Bemerkung heute so falsch ist, wie sie damals falsch war. *Wenn diese Demokratie Feinde hat, dann stehen sie rechts und links, und sie bedingen einander und sie werden sich wechselseitig hochschaukeln, wenn wir nicht aufpassen ... (Beifall bei der CDU.)*"

Quelle: Abgeordnetenhaus von Berlin, Stenographische Berichte.

Kurt Mattick (SPD),

MdB und Landesvorsitzender der Berliner Parteiorganisation, warnt die sozialdemokratischen Jugendorganisationen, „Die Falken“ und „SHB“, sich an der 1.-Mai-Veranstaltung der ApO in West-Berlin zu beteiligen:

„... Für die SPD ergibt sich ... ein besonderes Problem. Gliederungen und Organisationen, die sich der Sozialdemokratischen Partei zugehörig fühlen, in ihrem Hause leben, auf ihre Unterstützung rechnen, aber mit ihrem Namen Schindluder treiben, werden in Formationen an der Demonstration der antidemokratischen Kräfte teilnehmen. Sie werden sich dort wohl fühlen, wo nicht nur andere Maireden gehalten werden, sondern insbsondere wieder der antisozialdemokratische Standpunkt vertreten wird und das Schlagwort des ‚Establishment‘ ähnliche Wirkungen erzielen soll wie früher bei den Nazis das Schlagwort von dem ‚System‘ ... Die Geschichte lehrt, daß der Machtanspruch einer Minderheit immer der Reaktion hilft ...“

Quelle: „Berliner Stimme“, hrsg. v. Landesverband Berlin der SPD, Nr. 17 v. 30. 4. 1968.

Dr. h. c. Kurt Georg Kiesinger (CDU),

Bundeskanzler, in der 169. Sitzung des Bundestages vom 30. 4. 1968:

„... Natürlich ist es wahr, daß die extreme Linke Wasser auf die Mühlen der extremen Rechten geleitet hat. Wenn es uns gelingt, mit der Studentenfrage auf die richtige Weise fertig zu werden, d. h. wirklichen geistigen Kontakt mit den Studenten zu bekommen – auch wenn sie in vielen Fragen anderer Meinung bleiben werden als wir –, wenn es uns gelingt, die Gewaltakte bei den Demonstrationen zusammen mit den Studenten aus der Welt zu schaffen, dann ist ein gefährliches Element beseitigt, das der NPD bei dieser Wahl Auftrieb gegeben hat ...“

Quelle: „Das Parlament“, Nr. 19 v. 8. 5. 1968.

Dr. Walter Althammer (CSU),

in der Etatdebatte des Bundestages, 165. Sitzung vom 2. 4. 1968:

„... Ich glaube auch – und das geht jetzt an die Kollegen von der FDP –, wir müssen uns klar darüber sein, daß wir in diesem Parlament nicht mehr so diskutieren können, als seien wir drei Parteien in der Bundesrepublik allein. *(Abg. Rasner [CDU/CSU]: Sehr richtig!)*
Es ist so, daß sich heute linksextreme und rechtsextreme Kräfte gegenseitig hochschaukeln und daß wir alle bei unserem Verhalten im Parlament und auch draußen diese Gesichtspunkte berücksichtigen müssen ...“

Quelle: „Das Parlament“, Nr. 15 v. 10. 4. 1968, S. 8.

Helmut Schmidt (SPD),

Vorsitzender der SPD-Fraktion in der 169. Sitzung des Bundestages v. 30. 4. 1968 zur Gefahr von rechts und links:

„... Ich darf es einmal vereinfachen und sagen, daß sich hier eine zukünftig w-förmige Verteilung der politischen Stimmen in unserem Wählervolk andeutet, d. h. mit einer starken Mitte – das ist das Dach in der Mitte des W –, aber ebenso mit der starken Aufbietung der Flügel links außen und rechts außen.
Wir alle wissen, nicht nur aus der Erfahrung der ersten deutschen Demokratie, sondern ebenso aus der Erfahrung, die andere demokratische Industriegesellschaften Westeuropas in unserer Generation gemacht haben, daß eine solche w-förmige Verteilung der politischen Neigungen und Meinungen der Stimmbürger dazu führen kann, daß die stabilen, in ihrer demokratischen Gesinnung stabilen Parteien der Mitte unter den Dauerzwang zur ewigen Koalition geraten *(Abg. Lücke [CDU]: Sehr richtig!)* und auf diese Weise auch in die Gefahr geraten, entweder sich dauernd wegen kleiner Dinge zu zerstreiten, damit sie ihr sogenanntes Profil trotz der Dauerkoalition wahren können, oder aber eben darauf zu verzichten, ihr eigenes Gesicht deutlich voneinander abzuheben, was dann dazu führt, daß die beiden Flügelparteien von außen – vielleicht sind es nicht nur je eine, sondern mehrere – möglicherweise sogar gemeinsam – auch das haben wir in Deutschland erlebt und erleben es heute wieder – von rechts außen und links außen mit dem gleichen Argument und mit dem gleichen Wort – wie z. B. ‚Schwatzbude' aus dem Munde des SDS – operieren.
(Beifall bei den Regierungsparteien.)
Diese Gefahr aufzuzeigen, heißt nicht schwarzzumalen, sondern kann doch nur bedeuten, daß man sich dieser Möglichkeit entschlossen stellt, daß man das Selbstbewußtsein entwickelt und auch in anderen weckt, das Selbstbewußtsein, das Kraftbewußtsein der parlamentarisch-demokratisch gesonnenen Parteien ..."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 19 v. 8. 5. 1968.

c) Der Wunsch nach Ruhe und Bestand des Erreichten

Jürgen Weigand,

Polizeikommissar in Hannover zu Demonstranten während der Osterunruhen 1968:

„Niemandem passiert etwas, wenn er die vier großen ‚F' beachtet: Feierabend, Fernsehen, Filzpantoffeln und Flaschenbier'."

Quelle: „Der Spiegel", Nr. 18 v. 29. 4. 1968, S. 60.

Dr. h. c. Heinrich Lübke,

Bundespräsident, am 31. Dezember 1967 in seiner Fernsehansprache zum Jahreswechsel:

„... In den vergangenen zwölf Monaten haben kleine Minderheiten außerhalb der demokratischen Parteien politische Schlagzeilen gemacht. Ihre Aktionen fanden eine Beachtung, die in keinem Verhältnis stand zu der Zahl ihrer Anhänger. Leider müssen wir feststellen, daß Radau und Terror organisierter Gruppen, mögen sie noch so unbedeutend sein, von außen her leicht gewertet werden als Anzeichen des Unfriedens, der revolutionären Gesinnung und damit der inneren Schwäche im ganzen Volk.
Man spricht wenig von der großen Zahl der Menschen, die ihre Pflichten in der Familie, im Beruf und auch in der Gemeinschaft ernst nehmen sowie von den zahlreichen jungen Leuten, die bestrebt sind, sich möglichst umfassend zu bilden und auszubilden, um ihre Aufgaben zufriedenstellend erfüllen zu können. Dabei gründet sich auf sie unsere jetzige und unsere künftige soziale Sicherheit. Und sie werden es auch sein, denen wir es zu danken haben werden, wenn uns Ordnung und Wohlstand erhalten bleiben ..."

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 1 vom 3. Januar 1968.

Das Präsidium der Industrie- und Handelskammer zu Berlin:

„Wirtschaft und Wohlstand können nur gedeihen, wenn Ordnung herrscht. Ordnung und Sicherheit sind auch die Voraussetzungen für die Investitionen, die allein das Wachstum der Wirtschaft und zugleich die Vollbeschäftigung ermöglichen. Das gilt wegen der politischen Lage Berlins ganz besonders für unsere Stadt.
Das Präsidium der Industrie- und Handelskammer weiß, daß es mit der Bevölkerung der Stadt, besonders mit der großen Zahl der Arbeiter und Angestellten übereinstimmt, wenn es die Anwendung von Gewalt als In-

strument politischer Auseinandersetzungen verurteilt. Wer die freie Zufahrt nach Berlin gefährden will, zeigt, daß er die wirtschaftlichen Grundlagen Berlins untergraben, sich also als Fünfte Kolonne betätigen will. Er gehört vor die Schranken der Gerichte ...
Alle Berliner wissen, daß sie es den Schutzmächten verdanken, wenn sie in Freiheit leben und arbeiten können. Sie haben kein Verständnis für sinnlose Angriffe und Ausschreitungen, bei denen links- und rechtsradikale Parolen verwendet werden.
Diese Tatsache sollten sich alle diejenigen vor Augen halten, die etwa weitere Maßnahmen planen, die zu Ausschreitungen führen können. Sie schaden Berlin und gefährden die Sicherheit der Arbeitsplätze in unseren Betrieben."

Quelle: Anzeige im „Tagesspiegel" v. 21. 4. 1968.

Franz Amrehn (CDU),

MdA, auf der vom West-Berliner Senat einberufenen „Freiheitskundgebung" als Gegenaktion gegen die Vietnam-Demonstration vom 18. 2. auf dem John-F.-Kennedy-Platz am 21. 2. 1968:

„... Hier findet heute kein Scherbengericht statt. Hier wird auch keine Minderheit in Bausch und Bogen verurteilt. Hier wird auch nicht die Aufhebung von Grundrechten gefordert. Was wir aber wollen, ist dies: einen deutlichen Trennungsstrich ziehen zwischen der Bevölkerung unserer Stadt und jenen revolutionären Kräften, die uns schweren Schaden zufügen. Das gefährliche Rüpelspiel der Randalierer muß jetzt ein Ende haben ...
Wir haben nicht über 20 Jahre lang unsere freiheitliche Existenz gemeinsam verteidigt, um sie dann von einer Schar anarchistischer Weltverbesserer zerstören zu lassen. Wir haben es jetzt satt, daß in unserer Stadt offen zum Umsturz aufgerufen werden kann. Das ist nicht Meinungsfreiheit, sondern Volksverhetzung. Wir haben es jetzt satt, daß in den Räumen unserer Universität zu kriminellen Handlungen gegen Senat und Staat aufgefordert werden kann. Wir haben es satt, daß unsere Hauptverkehrsstraßen immer und immer wieder blockiert werden können. Wir haben es satt, daß unser Geschäftsleben dauernd gestört wird, und wir haben es auch satt, wenn einzelne Stadträte sich nicht genieren, an den Umzügen der Extremisten teilzunehmen.
Es gibt ein Recht auf Demonstration, gewiß, aber es gibt kein Recht auf revolutionäre Umtriebe und Straßenterror. Es gehört zur Geschichte unserer Stadt, daß am 16. Juni 1953 die rote Fahne mutig vom Brandenburger Tor heruntergeholt wurde. Das ist aber nicht geschehen, liebe Berlinerinnen und Berliner, damit heute die Fahne der Revolution unter gerichtlichem Schutz zu Massen durch unsere Straßen getragen werden kann. Das Grundgesetz ist die liberalste Verfassung der Welt, aber sie kann

nicht so liberal sein, daß ihre Gegner uns damit wieder um alle Freiheiten bringen dürften . . .
Aber wer hier jetzt Unruhe stiftet durch Randalieren, hindert Besucher, nach Berlin zu kommen und hier zu kaufen, hindert Kaufleute, Aufträge zu erteilen und in Berlin zu investieren. Damit rührt er an die Existenzgrundlagen unserer Arbeit in unserer Stadt und damit rührt er an unserer politischen Sicherheit. Dagegen müssen wir uns jetzt zur Wehr setzen . . ."

Quelle: Landespressedienst Nr. 39 v. 21. 2. 1968.

Karl-Heinz Schmitz (CDU),

Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, über die Gefährdung der Autoritäten durch die ApO:

„. . . Gefährlicher ist der geistige Angriff auf die Substanz unserer Gesellschaftsordnung. Ziele dieses Angriffs sind dabei vorwiegend alle Grundlagen der Autorität, ob diese nun personeller oder sachlicher Natur seien. Bundespräsident, Regierung, Gerichte und Professoren sind ebenso Ziel dieser Angriffe, wie Lehr- und Lernfreiheit, die Freiheit der Presse und der Rede. Bezeichnend ist dabei die Besessenheit jener selbsternannten Elite, mit der sie schwarz-weiß malt. Dabei haben sich auch genügend intellektuelle Mitläufer gefunden, deren Auftreten gelegentlich masochistische Züge aufweist. Es ist bestürzend zu sehen, wie gefeierte Namen sich in die Prozession der Mao-besessenen Bilderstürmer einreihen, ohne kritische Umschau zu halten. Das Wort: ‚Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist' gilt nicht nur für linkssozialistische Stadträte . . ."

Quelle: „Berliner Politik", Monatszeitschrift der CDU Berlin, H. 4, April 1968.

Matthias Walden,

Kommentator beim „Sender Freies Berlin" und bei der Tageszeitung „Die Welt", am 2. 9. 1967 in seinem Artikel „Das Bürgerrecht auf Zufriedenheit":

„. . . Es soll und kann nicht bestritten werden, daß die Gesellschaft, jede Gesellschaft, unvorteilhafte Züge hat, die sich zur Veränderung geradezu anbieten. Die träge konsumierenden, denkarbeitsscheuen, seelisch faulen, unkritischen und primitiv egoistischen Besitzbürger könnten eine vernünftige Unruhe gewiß brauchen. Sie zu einem kritischen Unbehagen an der absoluten Zivilisation zu inspirieren, ist eine lohnende Aufgabe denkender Köpfe. Diese Aufgabe ist durch pseudo-revolutionäre Unvernunft und durch Behelligung der Mehrheit aber nicht zu lösen . . .
Menschen, die etwas mehr Phantasie haben als die verwirrten Rebellen, haben erkannt, daß Meinungsfreiheit und geordneter Straßenverkehr miteinander zu vereinbaren sind. Denn die Meinungsfreiheit wird nicht erschlagen und nicht einmal beschädigt, wenn ihren Äußerungen nicht aus-

gerechnet die belebteste Kreuzung des Boulevards zur Verfügung steht. Die Meinung der Mehrheit, die dort lieber Autofahren als diskutieren, die lieber etwas einkaufen als sich gegen das eigene ‚Establishment' erhitzen lassen will, hat schließlich auch ihre Rechte. Eine Hausfrau, die am Samstagabend Butter und Kochtöpfe kaufen will, muß von ideologischen Behelligungen jugendlicher Rebellen verschont bleiben. Sie hat Mann und Kinder zu Hause, sie denkt mit allem Recht an das Gelingen des Sonntagsbratens und nicht an den chaotischen Halbgott der Rotchinesen.
Nach Krieg und Krise, nach Jahren des Hungerns und Frierens, nach historischen Umgestaltungen aller Art und ihren zerrissenen Wegen ist Normalität, ist der Wunsch nach ein paar sensationslosen Lebensjahren dem revolutionären Gespött möglichst zu entziehen. Nicht jeder Mensch will immer Feuer, viele wollen Wärme. Eine träge Gesellschaft ist zum Glück nicht jedermanns Geschmack, aber eine fanatisierte auch nicht. Das Leben ist kurz. Jeder entscheidet bei uns, ob er es in der Vulgärboheme einer Kommune oder in der Biederkeit des sozialen Wohnungsbaues verbringen will. Einer möge den anderen unbehelligt lassen . . ."

Quelle: „Die Welt" v. 2. 9. 1967, S. 2.

Professor Dr. Herbert Weichmann (SPD),

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, in der Bürgerschaftssitzung nach den Osterunruhen in Hamburg:

„. . . Die Welt von gestern, die Zeit nach dem Kriege, mag der jungen Generation schon weit zurückliegend scheinen, aber für uns ist sie noch erlebte und erlittene Zeitgeschichte, die wir geformt haben und in der vom deutschen Volk bewundernswerte Leistungen erstellt worden sind. Aus dem geistigen, politischen und materiellen Trümmerhaufen, den uns ein verbrecherisches Regime hinterlassen hat, haben die Bürger dieses gespaltenen Staates, die Bürger dieser von ihrem Hinterland abgeschnittenen und in ihrer Lebensader, der Elbe, durch Wracks verbarrikadierten Stadt ihre Heimat, ihre Arbeitsplätze, ihre Wohnstätten wieder neu erstehen lassen. Hamburg ist buchstäblich aus der Asche wiedererstanden und sein Name gilt wieder in der Welt. Auf dieses Werk dürfen alle stolz sein, die Alten, die noch einmal von vorn anfangen mußten, die Ausgebombten vor ihren Trümmern, die Soldaten, die aus dem Krieg heimkehrten, die Flüchtlinge und Vertriebenen, die sich wieder eine neue Stätte friedlichen Schaffens erarbeitet haben, die damals Jungen, die seither ihr Stück Verantwortung übernommen und ihre Leistungsfähigkeit bewiesen haben. Wir haben uns eine gesetzliche Ordnung gegeben, welche die erstellten Leistungen in der Freiheit des Schaffens und Denkens ermöglicht hat, und die in diesem Hohen Hause vertretenen politischen Parteien haben sämtlich, in der Regierung oder auch auf den Bänken der Opposition, die erforderliche Ver-

antwortung übernommen und getragen. Wir haben Meinungsverschiedenheiten gehabt, wie es zum Wesen eines freien Staates und Bürgers gehört, wir haben aber niemals die Welt im Grundsatz in Frage gestellt, sondern zäh, konkret, der Sache des Aufbaus hingegeben, Stein auf Stein gesetzt, bis jenes stattliche Gebäude entstanden ist, das wir heute stolz wieder unser Hamburg nennen können . . ."

Quelle: Die Aufgabe des Rechtsstaates. Kundgebung des Senats in der Sitzung der Bürgerschaft am 24. April 1968, herausgegeben vom Senat der Freien und Hansestadt Hamburg – Staatliche Pressestelle, S. 5 ff.

Helmut Schmidt (SPD),

Fraktionsvorsitzender, in der Sondersitzung des Bundestages (169. Sitzung v. 30. 4. 1968) über das gegen früher erreichte Maß an Freiheit:

„. . . Wenn wir sagen, unser gegenwärtiger Staat, unsere gegenwärtige Gesellschaft, habe tausend Fehler, dürfen wir wohl, ohne hier von irgendjemandem Widerspruch zu finden, sagen: Das, was vorher war, hatte tausendmal tausend Fehler, und das, was gleichzeitig drüben in der DDR ist, hat hunderttausend Fehler. *(Beifall bei den Regierungsparteien.)*
Und das, was vorher auf deutschem Boden war, der erste Versuch einer deutschen Demokratie, der 1930 kaputtging und sich dann noch bis zum 30. Januar 1933 hinquälte, hatte viele, viele, viele tausend Fehler. Und das, was davor war, das Deutsche Reich Wilhelms II., hatte zigtausend Fehler. Das alles muß man auch mitsehen, wenn man sagt, daß unser heutiger Staat fehlerhaft ist und unsere heutige Gesellschaft mit vielerlei Problemen und Krankheiten behaftet ist, die es zu lösen und zu heilen gilt . . .
Wenn man diese letzten drei, vier, fünf Generationen unseres Volkes und all diese Staaten und Gesellschaften, die wir miteinander gebildet hatten, noch einmal vor dem geistigen Auge vorüberziehen läßt, wird man sagen müssen, daß dieser Staat Bundesrepublik Deutschland in der jüngeren Geschichte unseres Volkes derjenige Staat ist, der für seine Bürger – bisher jedenfalls – das größte Maß an Freiheit verwirklicht hat. *(Allseitig lebhafter Beifall.)*
Das werden wir und wollen wir uns nicht kaputtmachen lassen *(erneuter lebhafter Beifall)*, weder von rechts noch von links . . ."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 19 v. 8. 5. 1968.

Emil Franzel,

sudetendeutscher, rechtskonservativer Publizist, Objekt von Protesten zahlreicher politischer und kirchlicher Kreise, nachdem er für den „Adenauer-Preis" 1968 nominiert worden war. In der „Süddeutschen Zeitung" vom 6. 5. 1968 werden Teile des inkriminierten Artikels wiedergegeben, den Franzel Ende September 1967 im Regensburger „Tages-Anzeiger" geschrieben hatte:

„... Er (Springer) könnte sich die Wanzen bald vom Leibe schaffen, wenn er nicht so merkwürdige Hemmungen gegen die Anwendung der einzig dafür tauglichen Mittel hätte. Man kann Ungeziefer eben nur mit den geeigneten mechanischen und chemischen Mitteln vertilgen, nicht mit gutem Zureden."

Der Tages-Anzeiger stellt dazu fest, bei dem von Franzel gebrauchten Bild von ‚Wanzen und Ungeziefer' handele es sich ‚selbstverständlich um eine Metapher'. Wenn ein Berliner Gericht das Flugblatt mit der angeblichen Aufforderung zweier Berliner Studenten zur Brandstiftung als Satire gewertet habe, dann sei Franzels stilistisches Bild ‚wirklich nicht mehr als ein verbildlichender Ausdruck'."

Dr. Rainer Barzel (CDU),

Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, in der 169. Sitzung des 5. Bundestages vom 30. 4. 1968:

„... Es gibt zwei Strömungen, meine Damen und Herren, die gegensätzlich sind. Das ist aus meiner Sicht nicht ungefährlich. Da gibt es einmal die Strömung der Unruhe: Unruhe von Intellektuellen und von jungen Menschen, aber auch von Bergarbeitern und von Bauern und von älteren Angestellten und von Mittelständlern und vielen anderen. Es gibt auch Unruhe wegen der mangelnden Fortschritte in der deutschen Einheit, wegen der Lage in der Bildungspolitik, wegen der Lage Europas und aus vielen Gründen mehr.

Aber zum anderen gibt es unverkennbar das Bedürfnis nach Ruhe im Volk, nicht nur nach Ordnung, sondern auch nach Ausruhen. Es besteht das Gefühl: Nun haben wir wieder aufgebaut, es ist alles ganz schön, nun laßt uns einen Zaun drum machen und die Sonne hereinscheinen und endlich einmal Pause machen von all den Strapazen. Dieses Gefühl ist doch auch vorhanden, meine Damen und Herren.

Ich weiß nicht, was diesem oder jenem sympathischer ist. Ich weiß nur, daß unserem Volk aus objektiven Gründen diese Pause nicht erlaubt ist. Denn wir sind herausgefordert, mindestens wirtschaftlich, eine neue Anstrengung durch Leistung zu machen, um morgen ein modernes Land bleiben zu können. *(Beifall bei den Regierungsparteien.)* ...

Die von rechts außen mißbrauchen das Bedürfnis vieler Bürger nach Ordnung. Sie mißbrauchen die Sorge manches durch Berufs- oder Strukturver-

änderung Betroffenen. Sie mißbrauchen das nationale Gefühl. Die von links außen mißbrauchen den Reformeifer, den Fortschrittsdrang, die überfällige Universitätsreform und manchen Mangel unserer Gesellschaft. Einig sind sich beide in diesem Mißbrauch von Mißständen. Sie sind sich aber auch einig darin, daß sie darauf verzichten, uns zu sagen, wie es denn besser werden sollte. Konkret werden diese Herrschaften leider nie *(Beifall bei der CDU/CSU.)*

... Es ist nicht unsere Absicht, mit administrativen Mitteln Ruhe zu erzwingen, gar noch für uns selbst. Auf diese Weise kann und muß für unser Volk nur die Gesetzmäßigkeit garantiert werden. Dies zu unterscheiden, scheint uns wichtig; denn wir glauben, Demokratie braucht ebenso schöpferische Unruhe, Diskussion und Kritik wie Gesetzmäßigkeit. In der Gesetzmäßigkeit ist der Fortschritt auf eine demokratische Weise möglich *(Beifall bei der CDU/CSU.)* ..."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 19 v. 8. 5. 1968.

d) Arbeiten anstatt Politisieren

Hermann Schwörer (CDU),

MdB, auf der Gauversammlung des „Schwäbischen Alpvereins" in Donstetten, Kreis Münsingen:

„... Wenn junge Leute heute demonstrieren, dann tun sie es aus Langeweile, weil sie mit ihrer Freizeit nichts anzufangen wissen. Würden sie, wie andere junge Leute, statt dessen Bäumchen pflanzen, hätten sie keine Langeweile ..."

Quelle: „Frankfurter Rundschau" v. 20. 5. 1968.

Herbert Theis (SPD),

in der Debatte des Abgeordnetenhauses von Berlin am 8. 7. 1967 über die Unruhen während des Schah-Besuches:

„... Ich darf auch sagen, daß sich eine große, breite Enttäuschung in den Kreisen der Bevölkerung aufgetan hat, die täglich ihrem Brotverdienst nachzugehen haben. Auch der Arbeiterschaft und, ich darf sagen, den jungen Kräften in allen Gewerkschaftsorganisationen wird das Treiben dieser undemokratischen Kräfte zuviel, wenn sie wissen, daß sie morgens in der Frühe den Dienst antreten müssen, um das schwere Geld zu verdienen, und zusehen müssen, wie heute durch Demonstrationen der Unterricht in den Universitäten nicht durchgeführt werden kann ..."

Quelle: Stenographische Berichte, S. 140.

Dr. Wolfgang Haus (SPD),

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, in der Debatte über die Unruhen am 8. 2. 1968:

„. . . Doch es geht dabei nicht um die Selbstjustiz der Bevölkerung. Wir wissen, was unsere Arbeiter beispielsweise von dieser Kerntruppe des SDS halten. Und der Ruf aus dem Spitzenfunktionärskörper des SDS, man möchte *mit Tausenden von Arbeitern im Norden Berlins* doch einmal diskutieren, der brauchte eigentlich nur aufgegriffen zu werden, um ein schlimmes, direktes Zuschlagen jener Arbeiter zu bewirken. Alle die Arbeiter, die, weil sie billige Zeitungen lesen und nicht Marcuse und Lenin gelesen haben, nach Dutschkes Meinung nicht das nötige gesellschaftliche Bewußtsein haben, die nennt er kurz und deutlich Idioten, Bewußtseinszurückgebliebene – und ausgerechnet sie sollen nach einigen Jahren seine Massenbasis abgeben. Ich glaube, wir haben in seinem Interesse allen Grund, zu verhindern, daß er mit der ‚Massenbasis' allzu unmittelbar in Berührung kommt. Es darf eben nicht auf diese Direktaktion hinauslaufen, es wird vielmehr Aufgabe der Polizei sein, eben der dafür zuständigen Organe, mit allen legalen Mitteln, mit allen dem Einzelfall angemessenen harten Mitteln, wenn nötig, den Gewalttätern zu begegnen . . ."

Quelle: Abgeordnetenhaus von Berlin, Stenographischer Bericht.

Professor Dr. Gerhard Kade,

Professor für Statistik und Ökonometrie an der TH Darmstadt; aus der vom Berliner Senat gebildeten „Strukturkommission" ist Professor Kade inzwischen ausgeschieden. Rede am 6. 3. 1968 in der Technischen Universität Berlin:

. . . 1. Wer Kritik übt, die geeignet ist, die gegebenen Herrschaftsverhältnisse in Frage zu stellen, stört unsere Ordnung, ist Pinscher, Miesmacher, Nestbeschmutzer oder zersetzender Intellektueller. „Wir lassen uns unser Berlin nicht kaputtmachen."

2. Wer etwa zu äußeren Formen der Kritik greift, die die Aufmerksamkeit breiter Schichten auf sich ziehen könnte, nur weil anders keine Reaktionen mehr im Dunstschleier einer gläubigen Gefolgschaft zu erzielen sind, verletzt den guten Geschmack, Anstand und Sitte und ist am zweckmäßigsten durch Hinweis auf Bart, Langhaarigkeit oder Kleidungsgewohnheiten zu diffamieren . . . Daß sich das dann leicht in Aktion umsetzen läßt, haben diejenigen Teilnehmer der „Freiheitskundgebung" erfahren müssen, die nur zufällig ein ähnliches modisches Empfinden haben wie die Ersatzjuden dieser Stadt.

3. Für diejenigen, denen solche Zuordnung von Barttracht und Gesinnung vielleicht doch noch zu vordergründig ist, hat man dann die seit langem liebgewonnene Entlastungsformel parat: der Osten, die Kommunisten, geht doch nach drüben, wenn es euch hier nicht paßt etc. Damit ist auch

gleich alles das erledigt, was ein großer Teil der Studentenschaft heute nach zwanzig Jahren eines primitiven und unreflektierten Antikommunismus, der schon zur Zeit seiner Entstehung fast ebenso fragwürdig war wie heute, für sich entdeckt haben: die kritische Gesellschafts- und Wirtschaftsanalyse, die auch den Marxismus als einen methodischen Ansatz gelten läßt.

Damit sind die Reaktionsschemata der Herrschenden und ihrer gläubigen Untertanen eindeutig jenseits aller rationellen Modelle von Weltorientierung und Lebensbewältigung fixiert. Wer anders ist als wir, wer bereit ist, über eine Kritik an Symptomen, gegen die man seit langem immun ist, hinaus etwa Kritik an dem System zu üben, stört, darf verprügelt werden, zur Emigration aufgefordert werden, und zwar von einer aufgeputschten Masse, die längst verlernt hat, daß der Kopf auch noch eine andere Funktion hat als die, beide Ohren auseinanderzuhalten. „Dutschke raus aus West-Berlin." „Tausche zehn Studenten gegen einen kleinen Flüchtling." „Dutschke Volksfeind Nr. 1." Stellt sich das subjektive Rechtsbewußtsein der Herrschenden bei 50 000 Jubel-Berlinern nicht ein, so wird die Zahl entsprechend verdoppelt oder verdreifacht: die größere Zahl ersetzt das Denken; die Akklamation kommt von denen, die man im Verein mit Springer für solche Veranstaltungen manipuliert hat, sicher häufiger durch Unterlassungen als durch bewußte Aufhetzung.

Welche Chancen hat nun aber eine Politik der Vernunftzerstörung auf lange Sicht? Zunächst müssen diejenigen, die sich vorschnell der Gunst der Masse vergewissert haben, sich klar machen, womit sie diese Reaktion gegen die unbequemen Kritiker erkauft haben, und welche Konsequenzen das für diese Stadt und die politischen Verhältnisse in ihr hat. Es ist sicher schwierig, den als Alibi liebgewonnenen Erzfeind von links aufzugeben und einzusehen, daß eine auf Rationalitätsverzicht und emotionell abgesichertem Aha-Erlebnissen ruhende Politik den Boden fruchtbar werden läßt für ein Wiederaufleben faschistischer, nationalistischer und völkischer Weltanschauungsparteien, denen eine Zerstörung der Vernunft schon immer zugute kam.

Es wird höchste Zeit, daran zu erinnern, daß es der studentischen Protestbewegung oder auch der außerparlamentarischen Opposition im weiteren Sinne um Aufklärung, um kritische Vernunft und damit um die Beteiligung breiterer Schichten an der politisch-gesellschaftlichen Willensbildung geht. Hier trifft eben der in der Auseinandersetzung zwischen Bevölkerung und Studentenschaft häufig vernommene Hinweis „die sollen lieber studieren" vollständig ins Leere. Diese Studenten studieren gerade mehr als das in unserem augenblicklichen Bildungssystem verlangt wird, einem System, das den Spezialisten für den ökonomischen Reproduktionsprozeß ausbildet und Rationalität nur soweit für nötig hält als die technisch-ökonomischen Bedingungen dieses Reproduktionsprozesses in Frage stehen.

Diese Jugend, die sich kritisch mit Vergangenheit und Gegenwart dieses Staates auseinandergesetzt hat, kann es sich nicht leisten, weitere 20 Jahre Restauration und Versäumnis der Demokratisierung mitanzusehen und sich von denjenigen, die dieses Versäumnis zu verantworten haben, die Formen ihrer Kritik vorschreiben zu lassen ...

Quelle: „Berliner Extradienst", Nr. 20 v. 9. 3. 1968.

Der Präsidialausschuß des „Coburger Convents"

der Landsmannschaften an deutschen Hochschulen trat im Oktober 1967 mit einer 8-Punkte-Erklärung an die Öffentlichkeit:

„... Das Mandat der Studentenvertreter beschränkt sich auf die studentische Selbstverwaltung. Wir sprechen den Allgemeinen Studentenausschüssen (AStA) sowie dem Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) auf Grund ihrer derzeitigen Verfassungen das Recht ab, zu politischen Fragen, die über den Rahmen der Hochschulpolitik hinausgehen, Stellung zu nehmen.
Unter „Politisierung der Studenten" kann für uns nur das begrüßenswerte, konstruktive Interesse des einzelnen Studenten an den politischen und gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit verstanden werden. Art, Weg und Richtung muß dem Studenten selbst und der jeweiligen Reife seiner Einsicht, Zusammenhänge zu erkennen und deren Ursachen und Wirkungen zu unterscheiden, überlassen bleiben.
Sicherlich ist Freiheit wertlos, wenn sie nicht die Freiheit zu irren bedeutet. Wir verabscheuen jedoch die von einer studentischen Minderheit als erstrebenswert verkündete Auffassung und Haltung, wonach Unruhe und Aufstand mit Provokation, Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch und Ordnungsstörung Aufgabe des deutschen Studenten sei.
Unsere Grundsätze zeigen einen anderen Weg.
Sie lassen ebensowenig Raum für eine neurotische außerparlamentarische studentische Terror-Opposition wie für leninistische, maoistische oder anarchistische Ideologien ..."

Quelle: Anzeige in der „Welt" v. 30. 10. 1967.

Helmut Schmidt (SPD),

Fraktionsvorsitzender, in der 169. Sitzung des Bundestags v. 30. 4. 1968:

„... Auf der anderen Seite haben junge Leute natürlich auch nötig, daß ihnen die Grenzen gezeigt werden. Was mir am meisten innerlich Sorge macht, ist die bei einem Teil der Jugend, bei einem Teil der studentischen Jugend, bei einzelnen und bei Gruppen von ihnen zu beobachtende elitäre Arroganz, die genausogut von rechts außen kommen könnte *(Beifall bei den Regierungsparteien)*, dieses Elitebewußtsein, alles, aber auch alles besser

zu wissen als die dummen Arbeiter, die dummen Angestellten, die dummen Politiker, die dummen Professoren. ‚Dumm' wäre ja noch das wenigste; ich habe mir im Wahlkampf viel schlimmere Beschimpfungen aus studentischem Mund anhören müssen. Das macht mir eigentlich noch viel mehr Angst als die Gewalttätigkeiten, bei denen ich sehe, daß die Studenten darüber inzwischen sehr viele zweite und dritte Gedanken haben und viele von ihnen inzwischen meinen, sie müßten sich das wohl anders überlegen.
Aber was die Saat dieser Überheblichkeit ist, daß man eine Elite sei – als ob sie schon etwas geleistet hätten! *(Beifall bei den Regierungsparteien und den Abgeordneten der FDP.)* Es gibt Eliten auch in demokratischen Gesellschaften, aber die beruhen auf Leistung; nur durch Leistung kann man ins ‚Establishment' aufsteigen –. *(Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien.)* . . ."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 19 v. 8. 5. 1968.

Professor Dr. Ernst Fraenkel,

Professor em. für Politische Wissenschaften an der Freien Universität Berlin, in zwei Vorträgen, der erste auf den Universitätstagen der FU am 19. 1. 1967, und der zweite vor dem „Demokratischen Club", Berlin, einer Gegengründung zum Berliner „Republikanischen Club", dem Zentrum der ApO, am 26. 10. 1967 zur Frage des „politischen Mandats" der Studentenschaft, jetzt zusammengefaßt in E. Fraenkel: Universität und Demokratie, Stuttgart u. a. 1967.

Für politisches Engagement:

„. . . Eine Demokratie, die nicht bereit ist, Opposition intra et extra muros als Verfassungsgrundsatz anzuerkennen, würde die Universität in eine ungünstigere Position zurückwerfen, als sie sie in der vordemokratischen Periode besessen hat.
In der autonom-heterogenen Demokratie ist das Gemeinwohl nicht vorgegeben, sondern weitgehend das Ergebnis frei und offen ausgetragener Konflikte, Diskussionen und Auseinandersetzungen.
. . . Das Privileg ihrer konstitutionell geschützten Autonomie legt den Universitäten die moralische Verpflichtung auf, ihre Studenten im Geist des Non-Konformismus zu bilden.
Und ebensowenig kann im Zuge einer reinen Fachausbildung die allgemeine Bildung erworben werden, die erforderlich ist, um auch nur im Ansatz die Fragestellungen zu begreifen, die der politischen Anthropologie und politischen Philosophie der pluralistischen Demokratie zugrunde liegen. Diese Chance muß allen Studenten gewährt und darf nicht dadurch verbaut oder beeinträchtigt werden, daß in den ersten Semestern, in denen sie am aufnahmefähigsten und aufnahmebereitesten sind, ihr Studium allzu stark reglementiert wird . . . (S. 34)

Gerade weil unsere Demokratie als pluralistische Demokratie ständig der Gefahr der Desintegration ausgesetzt ist, kommt sie mit einer Universität nicht aus, die sich damit begnügt, tüchtige Funktionäre zu schulen. Die pluralistische Demokratie erwartet und verlangt von der Universität, daß sie eine Universitas litterarum ist . . . (S. 35)

Warnung vor dem politischen Engagement:

„. . . Das ‚politische Mandat', das die Studentenschaft für sich in Anspruch nimmt, hat ihr kein Universitätsgesetz, keine Universitätssatzung und kein Universitätsbeschluß gewährt. Dieses ‚politische Mandat' ist usurpiert. Es stützt sich auf revolutionäres Recht. Ob es sich durchsetzen wird, hängt von dem Willen zur Macht derer ab, die dafür verantwortlich sind, zu verhüten, daß die Körperschaft des Öffentlichen Rechts ‚Freie Universität' sich in einen Universitätssowjet verwandelt . . . (S. 67 f.)
Wer wie ich vor fast einem halben Jahrhundert in der Anfangsphase der studentischen Selbstverwaltung einem AStA angehört hat, braucht von dem Wert und der Bedeutung des Berliner Modells nicht erst überzeugt zu werden. Er weiß aber auch, daß die Vorstellung, man könne die Organe studentischer Macht, mehr noch als Ausgangsposition für eine Umwandlung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung benutzen, einen Frontalangriff gegen die Idee und Realität der studentischen Selbstverwaltung darstellt. Die Befürworter dieser Vorstellung unterminieren nicht nur jede öffentliche Autorität, sie diskreditieren auch den Gedanken der Autonomie. Sie haben kein Verständnis dafür, daß es ohne Autorität keine Freiheit gibt, und sie diskriminieren jeden als ‚autoritär', der die Utopie einer menschlichen Gemeinschaft ohne Autorität verwirft . . ." (S. 69)

Dr. Herbert F. Frankel,

University of California (Berkeley), in einem Leserbrief:

„Ich glaube, mit diesem Brief Ihrer Stadt einen Dienst zu erweisen, in der ich ein Jahr aufs angenehmste verbracht habe. Die amerikanische Öffentlichkeit betrachtet die jüngste politische Entwicklung in der Bundesrepublik und Berlin kritischer, als man es in Deutschland glaubt, und aus völlig anderen Gründen. Niemand ist in den USA auf den Gedanken gekommen, die Studentenschaft von Berkeley niederzuknüppeln, als diese gegen den Vietnam-Krieg demonstrierte. Im Gegenteil: Im Zuge des demokratischen Prozesses, welcher der ständigen Kritik bedarf, um lebensfähig zu bleiben, ist diese Gruppe zum Kern einer von den Senatoren McCarthy und Kennedy geführten neuen Politik geworden. In der Bundesrepublik und insbesondere in Berlin scheint sich ein Relikt des Kalten Krieges der fünfziger Jahre gehalten zu haben. Strammer Antikommunismus wird mit

Demokratie verwechselt. Man ruft nach ‚Ruhe und Ordnung' statt nach kritischer Öffentlichkeit. Verblüffend dabei ist der Blick auf die USA und die Erwartung von Zustimmung für diese Haltung. Das Gegenteil ist der Fall: Das Presseecho auf die vom Berliner Senat veranstaltete Anti-Studenten-Demonstration war in den USA überall negativ; man schätzt hier das ‚gesunde Volksempfinden' mit Lynchakten nicht sonderlich hoch ein. Vielmehr werden unangenehme Erinnerungen an die Vergangenheit wachgerufen. Die Weltsituation hat sich geändert; für die USA ist die Sowjetunion ein Partner geworden. Sollte der Antikommunismus die einzige Wurzel der deutschen Demokratie gewesen sein, so ist es kritisch um ihre Zukunft bestellt."

Quelle: „Der Tagesspiegel" v. 28. 4. 1968.

Oswald Paulig (SPD),

Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion in Hamburg, anläßlich der Kundgebung des Senats in der Bürgerschaftssitzung am 24. April 1968:

„. . . Unsere Bevölkerung verlangt von den Organen des Staates, von Regierung und Parlament, daß in diesem Land Freiheit und Ordnung herrschen, und zwar nicht in dem obrigkeitsstaatlichen Sinne ‚Ruhe ist die erste Bürgerpflicht', sondern in einem gesunden Spannungsverhältnis zueinander. So sollten wir auch die politische Unruhe der jungen Generation in den modernen Industrienationen bewerten.

. . . Der Wiederaufbau unseres Landes nach dem Kriege hat nach 1945 so sehr unter der Parole ‚Wohlstand und keine Experimente' gestanden, daß damit die geistige Auseinandersetzung, die wir hätten führen müssen, verschüttet worden ist. Volkswagen, Produktivitätsdenken sind keine Antwort auf die Rechtsnormen des vorigen Jahrhunderts. Ein geruhsames Leben, steigender Wohlstand und wohlverdienter Ruhestand sind keine Antwort auf konservative Hochschulverfassungen und auf die Erniedrigung des Menschen im Arbeitsleben, ganz gleich, ob an der Werkbank oder am Schreibtisch, unter die Normen moderner Steuerungstechnik.
Jetzt müssen Taten folgen . . ."

Quelle: Kurzinformationen der SPD-Bürgerschaftsfraktion Nr. 47 v. 24. 4. 1968.

2. Reaktion: Fragen nach den Ursachen

a) Auswirkungen des Bildungssystems

Professor Dr. Hans Wolfgang Kuhn,

Professor für Politische Bildung an der Universität Frankfurt/M., in einem Artikel „Reform statt Anpassung“:

„An der studentischen Protestbewegung bestürzt und irritiert die Öffentlichkeit wohl am meisten, daß es ausgerechnet Studenten und nächst ihnen Hochschulassistenten und ältere Schülerjahrgänge sind, die gegen die vorgegebene rechtsstaatliche Ordnung in der Bundesrepublik rebellieren. Das läuft der allgemein verbreiteten Erwartung zuwider, die heranwachsenden Akademiker hätten die ihnen von der Gesellschaft, genauer: die ihnen von Staats wegen gebotenen Aufstiegs- und Statuschancen mit Staatstreue und Ergebenheit für die herrschenden Gewalten zu honorieren. Und es bestätigte das tief eingewurzelte Vorurteil gegen Intellektuelle, denen vorgeworfen wird, daß sie ungeachtet ihrer sozialen Abhängigkeit für sich nichtkonforme Meinungen und das Recht auf Kritik ... in Anspruch nehmen ...

Das Vorurteil beginnt mit dem bequemen Terminus ‚Jugendlicher‘, der es gestattet, die an sich selbstverständlichen Erwachsenenansprüche eines Studenten – in der überwiegenden Mehrheit im Alter zwischen 21 und 28 Jahren – einfach wegzueskamotieren. Die Altersstruktur der Studentenschaft ist das Ergebnis unseres Bildungswesens in Schule und Hochschule – einschließlich Bundeswehr – und nicht Schuld der Studenten, unter denen freilich immer mehr dazu neigen, sich als eine Minderheit zu fühlen, die während runden zehn Lebensjahren von einer unvernünftig organisierten Gesellschaft deklassiert und diskriminiert wird. Die Disposition zum Aufruhr und zum Protest ist in der sozialen Situation angelegt ...

Die Feststellung, die Unruhe in der Studentenschaft erwachse aus einer altertümlichen, nicht angepaßten Universitätsstruktur, sollte allerdings nicht zu dem voreiligen Fehlschluß verleiten, der studentische Protest werde in dem Maße wieder verstummen, wie die Wissenschafts- und Lehrorganisation in den Hochschulen ‚modernisiert‘ würde. Die Universität ist – bildlich gesprochen – derzeit eine tektonische Verwerfungszone in unserer Gesellschaft, die es gestattet, Einblicke in Tiefenschichten zu gewinnen, die anderswo verborgen bleiben.

Einmal mobilisiert und formuliert, wendet sich der Protest nunmehr auch gegen eine systemkonforme Universitätsreform, die lediglich auf die optimale Funktionsfähigkeit der akademischen Administration und der Lehrverfahren abzielt. Denn die Erfahrungen, die die Protestbewegung inzwischen bei ihren Aktionen innerhalb und außerhalb der Hochschulen, bei Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg, gegen autoritäres Professorengehabe oder gegen kommunale Fahrpreiserhöhungen mit den Verwaltungsautoritäten und deren Reaktionsweisen gemacht haben, scheinen auch die kritischsten Verdächtigungen zu bestätigen und sogar Aktionen ‚etwas außerhalb der Legalität' noch nachträglich zu rechtfertigen ...
Aber die Veränderungen im politischen Bewußtsein, die bei der jüngeren Generation, und vermutlich nicht nur bei ihr, infolge der studentischen Protestbewegung im Laufe eines Jahres eingetreten sind, können allenfalls an Aktualität verlieren; rückgängig zu machen sind sie nicht.
Eine Universitätsreform, die versäumte, die Virulenz dieses hierzulande ungewohnten, aber herzerfrischenden kritischen Bewußtseins einzufangen und für Forschung und Lehre fruchtbar zu machen, wäre darum geschichtlich überholt, noch ehe sie recht in Angriff genommen werden könnte."

Quelle: „FAZ" v. 2. 3. 1968.

Walter Scheel (FDP),

FDP-Vorsitzender, in der 169. Sitzung des Bundestages vom 30. 4. 1968 über die Osterunruhen:

„... 46 % der Studenten sind mit den Studienbedingungen nicht zufrieden. Das gilt insbesondere für Studenten in den Massenfächern. Die Studenten üben Kritik an der Form der Darbietung des Lehrstoffs. 80 % der Studenten setzen sich daher dafür ein, daß Vorlesungen – z. B. zum Zweck der Diskussion – unterbrochen werden können. Dem liegt doch nichts anderes zugrunde als das, was wir hier auch im Bundestag erleben, nämlich das Bestreben, die Zusammenarbeit zu beleben. Wir ringen hier im Deutschen Bundestag doch selber um eine modernere Form der Diskussion und eine Belebung der Diskussion.
... 65 % der Studenten treten dafür ein, daß in den Studentenparlamenten auch politische Tagesfragen behandelt werden. 89 % sind der Auffassung, daß die Demonstrationen die Unzufriedenheit mit der Hochschulsituation zum Ausdruck bringen sollen, wohingegen 80 %, also etwas weniger, meinen, daß mit den Demonstrationen Unzufriedenheit und Unbehagen über die bestehende Gesellschaftsordnung als Ganzes zum Ausdruck gebracht werden sollen ...
35 % der Studenten und 25 % aller Jugendlichen sind der Auffassung, daß der Unterricht an der Schule beim Verständnis politischer Probleme nicht wesentlich geholfen hat. Das ist eine Frage, die wir in unsere bildungs-

politischen Überlegungen einbeziehen müssen. 63 % der Studenten und 78 % der Jugendlichen sind der Meinung, daß die im Grundgesetz verankerte Gleichheit vor dem Gesetz nicht garantiert ist – ein erschreckend hoher Prozentsatz –, sondern daß er zugunsten Angehöriger höherer Gesellschaftsschichten durchbrochen wird. 42 % der Studenten und 31 % der Jugendlichen haben die Überzeugung, daß das Bürgerrecht auf Bildung nicht verwirklicht ist, d. h. daß keine gerechten Berufs- und Aufstiegsmöglichkeiten bestehen. Ob sie objektiv, formal bestehen, spielt hier keine Rolle. Diesen Zustand zu begreifen, ist wichtig.

... Die Studenten nehmen keine Privilegien in unserem Staate in Anspruch, wie der Herr Bundeskanzler z. B. in einer Diskussion an der Universität hier in Bonn noch meinte. *(Zuruf von der CDU/CSU: Auch hier müssen Sie differenzieren)* – Ich komme noch auf den genauen Prozentsatz, Herr Kollege. *(Zuruf von der CDU/CSU: Es gibt eine Theorie von Marcuse – –!)* – Ich will das gleich beweisen. Sie nehmen keine Privilegien in Anspruch. Sie leben auch nicht auf Kosten der Bevölkerung. Nur rund 13 % erhalten Mittel nach dem Honnefer Modell, 8 % nach dem Bundesversorgungsgesetz. 15 % dagegen verdienen sich ihr Studium selbst, und mehr als 60 % leben von dem Geld ihrer Eltern. *(Bundeskanzler Dr. h. c. Kiesinger: Die Universität wird doch zum großen Teil vom Staat bezahlt!)* – Sie ist aber doch, Herr Bundeskanzler, eine Bildungseinrichtung des Staates, von der wir nicht sagen wollen, daß sie geschaffen worden ist, um Privilegierten zu dienen. Sie ist vielmehr eine notwendige Bildungseinrichtung des Staates ..."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 19 v. 8. 5. 1968.

Dr. med. Rolf Meinecke (SPD)

in der Bundestagssondersitzung zu Hochschulfragen, 175. Sitzung am 7. 5. 1968:

„... Wenn ich heute die Protokolle nachlese, stelle ich fest: es sitzt kaum jemand auf der Regierungsbank, hier wie dort, der sich in den vergangenen acht bis zehn Jahren nicht an diesen wohlmeinenden und drängenden Appellen beteiligt hätte. Darf ich einmal zitieren, was der Herr Bundesminister Schröder 1954 dem Verband Deutscher Studentenschaften zugerufen hat – das war also vor 14 Jahren –:

> Und wenn dann die echte Beunruhigung von den Hörsälen, den Werkbänken und Laboratorien ausgehen wird, dann werden sie gewiß die richtige Antwort erhalten.

Und dann sagte Herr Kultusminister Simpfendörfer, der wohl zu den Mitbegründern der CDU in Baden-Württemberg gehört:

> Restaurieren, Reparieren, Reformieren – das alles ist viel zu wenig. Es kommt jetzt darauf an, zu revolutionieren. *(Heiterkeit bei der SPD und der FDP. – Hört! Hört! bei der FDP.)*

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen diese Zitate nun wirklich nicht ersparen. Denn eine punktuelle Ausgangssituation vor den Ostertagen dieses Jahres anzunehmen, ist einfach historisch unwahr. *(Zustimmung bei der SPD und bei der FDP.)*
Und es sprach Professor Schiller von einer Demokratie der Rabiaten, in der jetzt jeder schreien müsse, wenn er nicht unter die Räder kommen wolle.
Ich könnte Ihnen reihenweise solche Zitate liefern. Ich wollte nur fragen: Was für eine Form und Art der Unruhe haben denn eigentlich diese Politiker damals erwartet? *(Heiterkeit.)*
Nun kommt der Zwischenruf nicht, auf den ich gewartet habe: ‚Natürlich keine Revolution'!
Ja, was sie nicht erwartet haben, das weiß ich; aber was sie erwartet haben, bleibt doch weitgehend unklar . . ."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 20 vom 15. 5. 1968, S. 8.

Dr. Hans Friderichs (FDP)

in der 154. Sitzung des Bundestages vom 9. 2. 1968:

„. . . Kann man es eigentlich Studenten verübeln, wenn sie nach folgender Erfahrung zum Protest schreiten? Zehn Jahre verlangen sie eine Reform der deutschen Hochschulen und Universitäten. Es tut sich nichts; sie werden auch nicht empfangen. Sie fangen an zu protestieren, und schon bekommen sie Gehör bei Ministerialbeamten und Politikern. Es ist ja geradezu eine Verlockung, zum Protest zu schreiten, wenn das der Erfahrungssatz im eigenen Bereich ist. *(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD.)* . . ."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 7 vom 14. 2. 1968:

Dr. Gerhard Stoltenberg (CDU),

Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, in der Bundestagssitzung zu Hochschulfragen, 175. Sitzung am 7. 5. 1968 zu Kompetenzfragen im Bildungssektor:

„. . . Nach der Verfassung und Rechtsordnung unseres Staates sind die Zuständigkeiten außerordentlich vielfältig und stark dezentralisiert. Sie liegen im Schwergewicht bei den elf Bundesländern, den 36 wissenschaftlichen Hochschulen und den 176 Fakultäten oder Abteilungen. Auf Grund bitterer geschichtlicher Lehren wurde im freien Teil Deutschlands nach 1945 der Grundsatz der Autonomie und Freiheit der Hochschulen gegenüber dem Staat besonders stark betont.

Dieser historische und psychologische Hintergrund muß uns bewußt sein, wenn wir neuerdings scharfe und generalisierende Urteile über das angebliche Versagen des Staates richtig bewerten wollen. Manche Kritiker, die heute den Kultusministern vorwerfen, sie hätten schon längst die Hochschulen gegen den Widerstand der Professoren grundlegend reformieren müssen, sprachen vor wenigen Jahren noch vom Machtmißbrauch oder der Bedrohung wissenschaftlicher Freiheit, wenn staatliche Stellen bei einem sachlichen Dissens mit Organen einer Hochschule in rechtlich einwandfreier Weise entscheiden wollen . . ."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 20 vom 15. 5. 1968, S. 1.

„Rheinischer Merkur"

in einem Leitartikel über die Existenzangst von Studenten der Sozialwissenschaften:

„Da . . . über 3000 Soziologie- und Politologie-Adepten kein klarer Berufsweg offensteht, hassen sie ihre Professoren zum Teil noch mehr als die Politiker, mit dem Vorwurf, sie hätten es verabsäumt, für sie die erforderlichen Posten rechtzeitig zu beschaffen. Hier liegt die soziologische Wurzel ihrer Angst, die sich in Gebrüll umsetzt. So führt eine Analyse der sich in Terrorlust kleidenden SDS-Panik wieder zu ihrem Ausgangspunkt zurück – zu der seit 1930 verschleppten Universitätsreform. Die jetzt erfolgte Explosion erfolgte vor allem durch jene Modefächer, die ihre ursprüngliche Zielsetzung als Hilfswissenschaften der Staatslehre verlassen und in professoraler Selbstsetzung der Lehrstuhl-Autonomie Tausende von Studenten den klassischen Hauptfächern entfremdet haben, um – auch das wird offen ausgesprochen – endlich das Juristenmonopol in den Ministerien durch Politologen und Soziologen zu brechen. Aus dieser Vision entsteht jetzt die Absicht, künstliche Berufe für die zuviel Ausgebildeten zu erfinden, und es fehlt den Chorführern auch durchaus nicht an der Phantasie . . ."

Quelle: „FAZ" v. 4. 5. 1968.

Olaf Radke (SPD),

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, auf dem Bundesparteitag der SPD 1968 in Nürnberg:

„. . . Nun, was erleben wir in unserem Leben? Das, was man Erfahrung nennt: daß kein Mensch in der Lage ist, autonome Entscheidungen allein nach seinen Wünschen und seinem Willen fällen zu können, daß er sich einfügen muß, daß andere Interessen da sind im Staat, soziale Schichten, Wirtschaftsinteressen, oder – wenn man einen älteren Ausdruck nehmen will – daß Klassenstrukturen gegeben sind usw.

Die Jugend aber weiß das noch nicht. Wie ist sie nach 1945 vorbereitet worden auf das, ich möchte einmal sagen, politische Geschäft? Es wurde eine, wie ich es nennen möchte, Pastoral-Demokratie gelehrt. Da kommen die Bürger zusammen, frei von allen Interessen. Die wählen den Besten an Charakter und Wissen. Und dann kommen die Besten, die so gewählt sind, im Bundestag zusammen und wählen nunmehr die Allerbesten. Das ist dann die Regierung. – Und nun kommt diese Jugend an die Universitäten, mit diesem Vorstellungsbild geprägt, lernt das Abenteuer des Denkens, das abstrakt ist – das ist angelegt in der ganzen Situation –, und sieht dann an den Universitäten Interessen, Herrschaftsstrukturen, autoritäre Strukturen, merkt plötzlich, daß das Bild, das ihr gelehrt wurde, nicht stimmt, weil eben in unserem Schulsystem der Sozialkundeunterricht einfach verkümmert ist oder formal gelehrt wird. *(Beifall.)*
... Dann darf man nicht an Symptomen herumdoktern, sondern dann muß man in die Gesamtanalyse des Bewußtseinsstandes unserer Jugend hineingehen, und dann müssen wir uns fragen: Haben wir neben den rein formalen Schulreformen durch Bau von Mittelpunktschulen und schöneren Schulräumen auch das Notwendige getan, den Bildungsinhalt endlich einmal unserer Zeit anzupassen? ..."

Quelle: SPD-Parteitag, Montag, 18. März 1968, unkorrigiertes Protokoll, S. 98.

Jürgen Eick,

Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", in einem Leitartikel „Zu lange Student":

„... Eine zu lange Ausbildungszeit macht die Studenten welt- und lebensfremd, macht sie anfällig für alle möglichen utopischen Heilslehren bis hin zum Marxismus und Maoismus. Im Beruf sieht sich vieles anders an. Unlängst meinte ein Vater: ‚Seit mein Sohn in der Praxis ist, haben wir wieder einen richtigen Gedankenaustausch, Gespräche, die nicht möglich schienen, solange er Student war.'
Es liegt auf der gleichen Linie, wenn man sich die Studienfächer ansieht, aus denen sich radikale Studentenführer vorwiegend rekrutieren; sie zeichnen sich besonders durch Praxisferne aus. Es sind die philosophischen Fakultäten und bestimmte soziologische Schulen, die sich inzwischen eine Begriffswelt gezimmert haben, in der die Wirklichkeit des normalen Sterblichen offensichtlich keinen Platz hat. Je praxisnäher der Studiengegenstand ist, je konkreter, je mehr mit dem späteren Beruf verbunden (Medizin, Chemie, Technik, Physik), um so weniger scheinen Studenten für weltumstürzlerische Parolen empfänglich ..."

Quelle: „FAZ" v. 4. 5. 1968.

Professor Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb,

Professor am Sozialökonomischen Seminar der Universität Hamburg und Direktor des Welt-Wirtschafts-Archivs, zum Thema „Reform der Universitätsverfassung und Studentenrevolte“:

„... Ob dieser Druck, der durch die Studentenrevolten ausgeübt wird, allerdings zu einem guten oder schlechten Ende führen wird, hängt davon ab, wie die zuständigen Instanzen der Universitäten und des Staates darauf reagieren werden. Man wird ganz bestimmt nicht einfach mit dem Winde segeln dürfen, den jene Studentengruppen entfachen. Man kann den Wind nur sinnvoll ausnützen, indem man mindestens streckenweise gegen ihn ankreuzt ...
Welche bildungs- und gesellschaftspolitische Aufgabe den Hochschulen zukommt, ist eine politische Entscheidung. Sie muß von Politikern gefällt werden, nicht von den Professoren. Der größte Teil der Professoren wäre damit überfordert. Daß man sie als Fachleute zu Rate zieht, soweit es dabei um konkrete Reformmaßnahmen geht, die Forschung und Lehre betreffen, ist selbstverständlich. Die Entscheidung kann man ihnen aber nicht überlassen. Gerade dies haben jedoch die Politiker getan aus Angst vor dem öffentlichen Ansehen, das die Professoren besaßen. Die Politiker haben sich auch hier wie auf so vielen anderen Gebieten vor den notwendigen Entscheidungen gedrückt und nur allzu gern den wissenschaftlichen Gremien immer wieder den Schwarzen Peter zugeschoben ...
Wenn die Politiker wirklich Hochschulreform gewollt haben, durften sie nicht vor der Autonomie der Hochschulen und der Professoren zurückschrecken. Nur hieße es, den Teufel durch Beelzebub austreiben, wollte man heute die Autonomie der Professoren noch durch die Autonomie der Studenten (sprich: der Studentenmanager) ergänzen. Die Politiker würden noch schuldiger werden, als sie es schon sind, wenn sie der Pressure Group der Studentenrevoluzzer heute genauso nachgeben würden, wie sie in den vergangenen Jahren der Pressure Group der Professoren nachgegeben haben ...“

Quelle: „Gegenwartskunde“, Leske-Verlag, Opladen, H. 1/68, S. 577.

Dipl.-Kaufmann Lieselotte Funcke (FDP),

in der Sondersitzung des Bundestages über die Osterunruhen am 30. 4. 1968 (169. Sitzung) zur Notwendigkeit, in der Schule auch zum Konflikt zu erziehen:

„... Unsere Jugend ist sozial ansprechbar, und sie wäre zum positiven Engagement zu gewinnen, wenn wir sie endlich in der Schule mit vollem Herzen zum Konflikt und zur ehrlichen Auseinandersetzung erziehen würden und nicht in einem falsch verstandenen Idealismus, der nämlich der späteren Wirklichkeit nicht standhält. Dazu aber brauchen wir Schu-

len, in denen nicht ungleiches voneinander getrennt, sondern zueinander geführt wird. *(Beifall bei der FDP und der SPD. – Zuruf von der CDU/CSU: Lesestunde!)* ..."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 19 v. 8. 5. 1968.

b) Wirkungen der Massenmedien

Matthias Walden,

Chefkommentator beim „Sender Freies Berlin" und Leitartikler bei der Tageszeitung „Die Welt":

„... Der terroristische Überdruck, der mit dem Attentat auf Rudi Dutschke folgte, hat nicht nur zu Verhärtungen auf der Seite der Aggressionsziele geführt, sondern die Schwachen das Fürchten gelehrt und die Beschwichtiger auf den Plan gerufen ... Ihr Ruf, nun endlich den jungen Leuten zuzuhören und mit ihnen sachlich zu reden, nahm rituelle Züge an, und sie erweckten den Anschein, das Schwenken von Palmwedeln sei ein probates Mittel zur Austreibung böser Geister ... Heinrich Albertz und Professor Dahrendorf bemühten sich sehr für einen neuen gewaltlosen Anfang zu werben, und sie scheuten sich nicht, dabei zwischen Selbstbezichtigung und Anbiederung zu wechseln ... Es sind in diesen Tagen ganz einfache Wahrheiten umgebracht worden. Aber sie können wieder zum Leben erweckt werden ... Zunächst ist es einfach nicht wahr, daß vor dem Chaos keiner den jungen Leuten zugehört habe, die, wie es jetzt immer heißt, ‚unruhig geworden sind' ... Die Rebellion sagt die Unwahrheit, wenn sie behauptet, die publizistischen Medien des ‚Establishments' seien ihr verschlossen und nähmen ihr die Chance, sich der Öffentlichkeit mit ihren Forderungen zu präsentieren. Die führenden und die verführten Köpfe dieser Umsturzgruppe wurden in ungezählten Fernsehinterviews vorgestellt, ihre Parolen, die sie auf Demonstrationen mit sich tragen, werden durch das Fernsehen millionenfach publizistisch multipliziert. Nachrichtenagenturen teilen Hunderten von Redaktionen in kilometerlangen Fernschreiben die Meinungen der sogenannten ‚ApO' ... mit, und nicht zuletzt sind es die Zeitungen des Hauses Springer, die, ihrer Informationspflicht genügend, diese Meinungen im Zitat unter die Leute bringen ..."

Quelle: „Die Welt" v. 22. 4. 1968.

Die Erklärung der Vierzehn

in der „Zeit", Nr. 16 v. 19. 4. 1968.

„Zum zweitenmal innerhalb eines Jahres hat blutige Gewalt die Studenten getroffen. So isoliert die Hintergründe des Mordanschlags auf Rudi Dutschke auch scheinen mögen, sie enthüllen den Zustand unserer Gesellschaft. Angst und mangelnde Bereitschaft, die Argumente der studentischen Opposition ernst zu nehmen, haben ein Klima geschaffen, in dem die gezielte Diffamierung einer Minderheit zur Gewalttätigkeit gegen sie aufreizen muß.

Dieses Klima ist systematisch vorbereitet worden von einer Presse, die sich als Hüterin der Verfassung aufführt und vorgibt, im Namen der Ordnung und der Mehrheit zu sprechen, mit dieser Ordnung aber nichts anderes meint als ihre Herrschaft über unmündige Massen und den Weg in einen neuen, autoritätsbestimmten Nationalismus. Das Bündnis von bedenkenlosem Konsumjournalismus und wiederauflebender nationalistischer Ideologie, das die demokratisch engagierten Studenten und Intellektuellen seit Jahren als ‚Linksmob', ‚Eiterbeule', ‚akademische Gammler', ‚Pöbel', ‚geistige Halbstarke', ‚Neurotiker', ‚Schreier' und ‚Schwätzer' verunglimpft, droht das Selbstverständnis der Deutschen in einer Welt der friedlichen Verständigung, der fortschreitenden Aufklärung und Zusammenarbeit auch zwischen verschiedenen Gesellschaftssystemen abermals zu zerstören. Leitartikel des Springer-Konzerns forderten schon Anfang 1967 dazu auf, die Stadt Berlin vom ‚immatrikulierten mobilisierten Mob' zu befreien ...

Die Unterzeichneten fordern darum, endlich in die öffentliche Diskussion über den Springer-Konzern, seine politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen und seine Praktiken der publizistischen Manipulation einzutreten. Sie erklären sich mit den Studenten solidarisch, rufen aber gleichzeitig dazu auf, sich bei allen Aktionen der Gewalt zu enthalten und der Angemessenheit der Mittel bewußt zu bleiben. Sie fordern die demokratischen Kräfte in unserem Lande, insbesondere an den Universitäten und Technischen Hochschulen, dazu auf, dem Problem einer demokratischen Öffentlichkeit vermehrte Aufmerksamkeit zu widmen und dabei mitzuwirken, ein vertieftes Bewußtsein der Gefährdung unserer innenpolitischen Lage zu schaffen.

Professor Theodor W. Adorno, Professor Hans Paul Bahrdt, Heinrich Böll, Professor Peter Brückner, Professor Ludwig von Friedeburg, Professor Walter Jens, Professor Eugen Kogon, Professor Golo Mann, Professor Alexander Mitscherlich, Hans Dieter Müller, Professor Heinrich Popitz, Professor Helge Pross, Professor Helmut Ridder, Professor Hans-Günther Zmarzlik.

13. April 1968"

Axel Springer,

Verleger, wendet sich in einem Brief an den Generalsekretär der Evangelischen Akademikerschaft, Pfarrer Horst Bannach, gegen den Vorwurf, daß die Zeitungen seines Konzerns „eine Mitverantwortung an den Unruhen und den damit verbundenen Gewalttaten tragen":

„. . . Als sich die Situation an den Universitäten zuspitzte, erfolgte die Anwendung von Gewalt nicht durch unser Haus, das dazu gar nicht in der Lage war, sondern von den bekannten radikalisierten Studentengruppen. Rudolf Augstein, der meinem Hause gewiß nicht sehr freundlich gegenübersteht, schrieb (‚Spiegel', 17/1968, S. 22):

‚Die zwei Toten der Ostertage gehen auf das Konto des SDS, daran gibt es keinen Zweifel.' Und er zitiert den Rechtsanwalt des SDS, Mahler: ‚Wir mußten von vornherein mit solchen Unglücksfällen rechnen. Sie sind im gewissen Sinne unvermeidbar.'

Augstein weiter: ‚Hier endet das Verständnis für die Lernprozesse des SDS und seiner ‚Guerilla-Taktik' . . .'

Trotzdem werden die Aktionen gegen das Verlagshaus Axel Springer häufig mit der Behauptung zu rechtfertigen versucht, die Zeitungen dieses Verlages hätten die Wut der Studenten herausgefordert. Zum Beweis werden gern Überschriften der ‚Bild'-Zeitung zitiert . . .

Überschriften stehen nicht für sich, sondern stets im Zusammenhang mit dem Artikel, zu dem sie gehören, und diese wieder im Zusammenhang mit den Ereignissen, auf die sie sich beziehen. Bei genauer Lektüre der ‚Bild'-Zeitung fällt die Behauptung, das Blatt habe planmäßig Stimmung gegen reformwillige Studenten gemacht, in sich zusammen . . .

Nicht einmal in Berlin ist das Verlagshaus Axel Springer übermächtig. In diesen Tagen ist die Untersuchung der unabhängigen Michel-Kommission über die Massenmedien in Westberlin erschienen. In dieser Untersuchung wird eindeutig festgestellt: ‚Zur Zeit ist eine verfassungswidrige Pressekonzentration in Berlin nicht ersichtlich . . .'

Zu dem gesamten Markt der Informationsmittel gehören heute die meinungsbildenden Illustrierten und Magazine, die nicht aus dem Hause Springer stammen, wie Funk und Fernsehen. Sie sind mit ihren viel Millionen zählenden Hörern und Sehern die weitaus größten Massenmedien und stehen mit ihrer politischen Haltung oft im Gegensatz zu der der Zeitungen aus dem Hause Springer.

Das Gegenteil der Monopolbehauptung ist richtig: Noch nie gab es, für jedermann erreichbar, so viele und so verschiedenartige Informationsmöglichkeiten wie heute.

Das Verlagshaus Axel Springer sieht den Grund für die Verketzerung der publizistischen Leistungen seiner Zeitungen in der Tatsache, daß in seinen Blättern konsequent eine Haltung und Meinung vertreten wird, die der der extremen Linken diametral entgegengesetzt ist. Diese Haltung unseres

Verlagshauses kommt in den vier Leitsätzen zum Ausdruck, nach denen sich die redaktionelle Arbeit der Zeitungen dieses Hauses vollzieht:
1. Eintreten für die Wiederherstellung der deutschen Einheit;
2. Aussöhnung zwischen Deutschen und Juden;
3. Ablehnung jeglicher Art von politischem Totalitarismus;
4. Bejahung der sozialen Marktwirtschaft.
Die Unruhe auf den Straßen wird keine grundsätzliche Veränderung der verlegerischen und redaktionellen Arbeit der Zeitungen des Hauses Springer bewirken. Sie werden sich weiterhin gegen jede extremistische Politik, gegen jeden Radikalismus von rechts und links wenden . . ."

Quelle: „Die Welt" v. 14. 5. 1968.

Bischof D. Kurt Scharf,

Bischof von Berlin, am 12. 4. 1968 zum Mordanschlag auf Rudi Dutschke:

„Der, an dessen Kreuzestod wir heute erinnert worden sind, sagt in seiner großen Bergrede: Mord beginnt beim bösen Wort über den Mitmenschen. Nicht der erst ist ein Mörder, der einen anderen totschlägt, sondern schon der, der ihn einen gefährlichen, wertlosen Lumpen nennt, einen verlausten Nichtstuer, einen Zerstörer der gesellschaftlichen Ordnung oder auch einen gottlosen bösen Tyrannen. Das verurteilende böse Wort über den andern ist schon der Anschlag auf sein Leben."

Quelle: „Der Spiegel", Nr. 20 v. 13. 5. 1968, S. 40.

Walter Scheel (FDP),

Parteivorsitzender, in der Sondersitzung des Bundestages am 30. 4. 1968 über die „Bild"-Zeitung:

„. . . Ich nenne diese Zahlen, damit jeder weiß, was er z. B. von den Berichten der ‚Bild-Zeitung' und von deren ‚Bild-Leser-Parlament' zu halten hat. Denn darin werden ja erschreckende Meinungen verbreitet, die wirklich die Öffentlichkeit verwirren können und die mit dazu beitragen, daß diese Frage nicht mehr rational, sondern in weiten Kreisen emotional betrachtet wird. Das kann der Situation in unserem Volke nicht dienlich sein.
(Beifall bei der FDP.)
Ich erwähne es auch, weil ein Mann z. B. wie Helmut Lemke, der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, kürzlich erklärte: Axel Springers Presse vertritt die Dinge, für die wir alle eintreten, und weil auch Professor Weichmann, der Hamburger Bürgermeister – ich bin immer etwas gerecht in meinen Darlegungen –, erklärte: Die ‚Bild-Zeitung' ist eine gute demokratische Zeitung. Es gehört aber zu einer demokratischen Zeitung, meine Damen und Herren, daß sie informiert, und zwar in umfassendem

Sinne, und daß sie den Leser auch zu einer kritischen Meinung führt, ihm nicht eine vorgefaßte Meinung unterbreitet . . ."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 19 v. 8. 5. 1968.

Professor Dr. Golo Mann,

Professor für Neuere Geschichte an der Technischen Hochschule Stuttgart, erläutert in einem „Stern"-Artikel seine differenzierte Stellung zum Programm des SDS:

„. . . Wo ich rückhaltlos für den SDS bin. Nämlich in der Frage ‚Springer-Konzern'. Und genau um sie ging es in den Ostertagen, wie auch in der ‚Erklärung der Vierzehn'. Die Machtballung des Springer-Konzerns ist zu einem zentralen Problem in der Republik geworden. Bloße Zahlen sagen hier nicht alles. Wägt man sie ab, so kontrolliert Springer nicht ein Drittel, sondern die Hälfte der deutschen Presse; und hat man einmal die Hälfte, so ist es zum Ganzen nicht weit. Auch Zeitungen, die Springer nicht gehören, passen sich bereits seinem Stil an.
Das gleiche tut die Bundesregierung. Wenn sie angesichts der Studentenunruhen nichts anderes zu sagen weiß als ‚Immer feste druff', so schmeichelt sie den durch die Springer-Zeitungen aufgepeitschten Volksstimmungen; und da wetteiferten alle Parteien miteinander, um nicht die Wahlen in Baden-Württemberg zu verlieren. Nur von ganz wenigen, gottlob noch wahrhaft unabhängigen Zeitungen und Zeitschriften wurden die Ereignisse der Ostertage gerecht dargestellt . . ."

Quelle: „Stern", Nr. 18 v. 3. 5. 1968.

Franz Josef Strauß (CSU),

Vorsitzender der CSU und Bundesfinanzminister, nach den Osterunruhen:

„Es ist geradezu grotesk, daß die, die angeblich gegen Nazismus, Rassismus und Faschismus kämpfen, sich gegenüber den Springer-Zeitungen genau der gleichen Methoden bedienen, mit denen seinerzeit Elemente wie Julius Streicher gegen die Juden gehetzt haben."

Quelle: „Die Zeit" vom 19. 4. 1968, S. 8.

Ernst Benda (CDU),

Bundesinnenminister, am 30. 4. 1968 vor dem Bundestag im „Bericht der Bundesregierung zur innenpolitischen Situation" über Springer-Konzern und Fernsehen:

„. . . Wenn man über die Situation der Presse spricht, muß man zugleich auch das Maß der Einflußmöglichkeiten auf die öffentliche Meinung sehen, welches die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten haben. *(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Einzelbeispiele auch der jüngsten Vergangenheit zeigen, daß hier auch ein erörterungsbedürftiges Problem besteht. *(Beifall bei der CDU/CSU und Abgeordneten der SPD. – Zuruf von der Mitte: Dringend! – Abg. Schmidt [Wuppertal, CDU]: Ohne jede Legitimation! Arrogante Gesellschaft!)* . . .“

Quelle: „Das Parlament“, Nr. 19 v. 8. 5. 1968.

Dr. Gerhard Stoltenberg (CDU),

Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, in der 154. Sitzung des 5. Bundestages am 9. 2. 1968 zur Frage der Berichterstattung über die ApO:

„. . . Es ist jedoch unverkennbar, daß bestimmte Fernsehsendungen einiger öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten in den letzten Monaten den linksradikalen Gruppen der Studentenschaft in ungewöhnlich ausführlicher Weise Gelegenheit zur Propagierung ihrer Ideen und Ziele gegeben haben. Die Bundesregierung erwartet, daß es in Zukunft zu einer stärkeren Berücksichtigung der Stellungnahmen und Meinungen der verantwortlichen politischen Organe, der demokratischen Studentenverbände und der Hochschulen selbst in den Programmen der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten kommt . . .“

Quelle: „Das Parlament“, Nr. 7 v. 14. 2. 1968.

Winfried Tromp (CDU),

Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, in der Debatte vom 18. 4. 1968:

„. . . Allerdings hat der SDS hier einen sehr guten Nährboden gehabt: Seit Jahren wird in diesem Lande eine Unzufriedenheit künstlich erzeugt durch eine verantwortungslose Presse. Ich meine nicht die Springer-Presse, sondern ich meine andere Blätter, die nur destruktive Kritik bisher durchgeführt haben. Wenn ein junger Mensch wöchentlich nur den Spiegel läse, könnte er zu keinem anderen Ergebnis kommen, als daß diese Bundesrepublik nichts aber auch gar nichts wert ist, daß es sich überhaupt nicht lohnt, irgendetwas für diese Bundesrepublik zu tun. Übrig bleibt ein Vakuum, und da kann man dann mit einer neuen Heilsbotschaft hineinstoßen . . .“

Quelle: Abgeordnetenhaus von Berlin, Stenographischer Bericht.

Walter Scheel (FDP),

FDP-Vorsitzender, in der 169. Sitzung des 5. Bundestages vom 30. 4. 1968:

„. . . Das Ziel der Osterdemonstrationen war ja das Haus des Verlages Springer. Springer ist ohne Zweifel in unserer innenpolitischen Auseinandersetzung ein Phänomen, an dem man nicht vorübergehen kann. Ich bin

davon überzeugt, es würde an der Politik des Springer-Verlages und es würde an Herrn Springer überhaupt keine Kritik geben – auch wenn er noch mehr Zeitungen und Zeitschriften herausgäbe, als er es tut –, wenn er Zeitungen herausgäbe, *(Zuruf von der CDU/CSU: Wie der ‚Stern'! – Heiterkeit in der Mitte.)* die jede für sich eine eigene Meinung hätten. – Herr Kollege, Sie haben völlig recht: wenn er etwa, um Beispiele zu nennen – das macht die Sache immer verständlich –, Zeitungen und Zeitschriften herausgäbe wie die ‚Welt', die ‚Bild-Zeitung', die ‚Zeit', *(Zuruf von der CDU/CSU: Oder den ‚Spiegel'!)* – oder den ‚Spiegel', den ‚Stern' und ‚Jasmin', Herr Kollege – warum denn nicht?! –, *(Abg. Rasner [CDU]: Einen so schlechten Geschmack hat er nicht!)* vielleicht auch ‚Konkret' und möglicherweise auch etwas für Sie, den ‚Bayern-Kurier'. *(Heiterkeit und Beifall bei der FDP.)*

Wenn Herr Springer diese Zeitungen und Zeitschriften herausgäbe, und zwar alle in der politischen Richtung, in der sie heute erscheinen, würde sich in der Öffentlichkeit keine Kritik gegen ihn regen. *(Abg. Rasner [CDU]: Wegen Gesinnungslosigkeit!)* – Keineswegs, Herr Kollege! Es gibt doch Beispiele, daß das geht. *(Abg. Rasner [CDU]: Dahrendorf! – Abg. Bauer [Wasserburg, CSU]: Als Drucker, nicht als Verleger!)* – Herr Kollege Bauer, wenn Sie hier auf die Qualität des Verlegers und das allerdings wichtige Moment der Quantität seiner Erzeugnisse zu sprechen kommen wollen, sollten Sie das nicht mit einer solchen Bemerkung über Drucker und Verleger abtun. Ich habe überhaupt nichts gegen den engagierten Verleger, aber ich hätte etwas gegen den engagierten Monopolverleger, – um das einmal extrem zu kennzeichnen.

Dr. Becher (Pullach, CDU/CSU): Herr Kollege Scheel, sind Sie der Meinung, daß z. B. das Fernsehen, das doch verpflichtet wäre, eine breite Meinungstoleranz zu beweisen, einen so breiten Fächer der Meinungen wie etwa vom ‚Bayern-Kurier' bis zu ‚Konkret' zuläßt, oder sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß dort genauso ein Meinungsmonopol herrscht, weil nämlich nur eine bestimmte Richtung zum Zuge kommt?

Scheel (FDP): Herr Kollege Dr. Becher, ich glaube, Sie täuschen sich. Ich habe z. B. zufällig den Herausgeber des ‚Bayern-Kurier' im Fernsehen reden hören. Wenn ich mich nicht irre, ist der Herausgeber des ‚Bayern-Kurier' immer noch der Herr Bundesfinanzminister. Er ist völlig frei, im Fernsehen seine politische Meinung zu sagen, sogar unter Inanspruchnahme einer bevorzugten Regierungszeit. Ich glaube, wir sollten nicht von einem Meinungsmonopol im Fernsehen sprechen. Es gibt Kritik am Fernsehen. Ich war eben etwas überrascht, daß die Kritik in diesem Hause ein so lebhaftes akustisches Echo gefunden hat. *(Abg. Rasner [CDU]: Das hat gute Gründe!)*

Daß es dort Kritik gibt, ist mir doch gar nicht unlieb. Wenn die unterschiedlichsten Gruppen das Fernsehen attackieren, ist das für mich im all-

gemeinen ein Beweis dafür, daß sich dieses Monopol große Mühe gibt, es allen unrecht zu machen – und das ist ebensoviel wie: allen recht. Daß sich dabei Schwierigkeiten ergeben, ist auch ganz selbstverständlich. Aber Herr Kollege Becher, der Sie die Frage gestellt haben, das unterscheidet ja gerade diesen Monopolbetrieb unter öffentlicher Kontrolle von einem Verleger, der nur *eine* politische Meinung vertritt. Denn das Merkwürdige an dem Verlagshaus Springer ist doch, daß er nicht ein so breites Spektrum an Zeitungen, ein Spektrum unterschiedlicher politischer Meinungen hat, sondern daß alle seine Erzeugnisse mehr oder weniger – und mit den unterschiedlichsten journalistischen Methoden – eine einheitliche politische Richtung vertreten. Das ist doch das Bedrückende an diesem Phänomen, gegen das ich auf wirtschaftlichem Gebiet überhaupt nichts habe ..."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 19 v. 8. 5. 1968.

Helmut Schmidt (SPD),

stellv. Parteivorsitzender und Vorsitzender seiner Bundestagsfraktion, in einem Artikel „Zum Thema Springer", der in einigen lokalen Zeitungen erschien:

„... Die militanten Drahtzieher und Einpeitscher hätten für ihre eigentlichen Ziele kaum sehr viel mehr Menschen auf die Straße gebracht als andere politische Splittergruppen. Daß sie trotzdem große Demonstrationen zustande brachten, liegt unter anderem auch daran, daß sie ein weit verbreitetes Unbehagen zu mobilisieren wußten, das mit dem Namen Axel Springer verbunden ist.
Demokratie ist heute ohne die modernen Instrumente der öffentlichen Meinung – Presse, Rundfunk, Fernsehen – und ohne Pressefreiheit nicht denkbar ... Dem entspricht aber ebenso eine öffentliche Verantwortlichkeit der Journalisten und der Verleger. In den Demonstrationen gegen Axel Springer kommt eine Vertrauenskrise eines Teiles der öffentlichen Meinung gegenüber einem Teil der veröffentlichten Meinung und damit zugleich ein Mißtrauen gegen die Funktionsfähigkeit der Demokratie zum Ausdruck ...
Es wäre Unsinn, einen Mann wegen seiner unternehmerischen Leistung bestrafen zu wollen; aber noch mehr aus einem zweiten Grunde kommt eine Enteignung Springers nicht in Betracht: ‚In der Tat ist die Presse überall dort, wo sie frei ist, zugleich privatwirtschaftlich organisiert.' So schrieb vor einigen Tagen mit Recht der Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Druck und Papier an einige Studentengruppen und fuhr fort: ‚Die von Ihnen vertretene Auffassung, daß die Abschaffung des Privateigentums in der Presse eine unerläßliche Voraussetzung für die Pressefreiheit sei, müssen wir als oberflächliche politische Propaganda zurückweisen.' Auch das ist richtig.

Gleichwohl bleiben die Fragen der Pressefreiheit, der Pressekonzentration und der regionalen Marktbeherrschung brennende Probleme. Übrigens keineswegs nur im Falle des Springer-Konzerns!

Axel Springer aber hätte heute sicherlich sehr viel weniger Sorgen, wenn er nach dem Vorbild von privaten Stiftungen oder von öffentlich-rechtlichen Anstalten durch kollegiale Kuratorien oder Aufsichtsräte dafür sorgen würde, daß seine Blätter die Pluralität der Meinungen in dem Maße widerspiegeln würden, wie dies der pluralistischen Gesellschaft entspricht. Gegenwärtig kann ihn niemand dazu zwingen. Man muß ihn aber fragen, ob nicht er selbst einen solchen Gedanken für klug hält. . .“

Quelle: „Bonner Depesche“, hrsg. v. Bundesvorstand der SPD, Nr. 4/68.

Hans Dieter Müller,

Verlags-Lektor und Autor von „Der Springer-Konzern“, München 1968, auf eine Umfrage der „Zeit“ zur Frage der Maßnahmen gegen die Pressekonzentration:

„. . . Siegt wieder die Lobby und die Furcht der Politiker über das gemeine Wohl, sollen sich die Studenten weiter auf die Straße setzen. Die Neuauflage der Plakette sollte diesmal die Aufschrift tragen: ‚Entmachtet Springer‘.“

Quelle: Umfrage „Werden wir richtig informiert“ in „Die Zeit“, Nr. 22 v. 31. 5. 1968, S. 18.

c) Die kleine Minderheit

William S. Schlamm,

rechtskonservativer und betont antikommunistischer Publizist, charakterisiert in der „Welt am Sonntag“ vom 19. 5. 1968 die ApO wie folgt:

„. . . In Deutschland und in der ganzen Welt ist der Appetit auf die kommunistische Revolution wieder erwacht; und ihn verspüren, wie gewöhnlich, zunächst einmal studentische Söhne guter Familien. Es hat seit hundert Jahren keine Revolution gegeben, die nicht von studentischen Bürgersöhnen getragen worden wäre. Seit mehr als hundert Jahren ist die kommunistische Revolution eine Herzensangelegenheit junger Leute zwischen zwanzig und dreißig; und zwar solcher junger Leute, die für einen solchen Spaß Zeit und Geld haben. Also von Studenten . . .

Von ein paar Berufshistorikern wie Professor Golo Mann abgesehen, hat kein intelligenter Mensch einen Zweifel daran, daß es sich bei den Unruhen schlicht und einfach um eine kommunistische Revolution handelt – freilich um eine kommunistische Revolution, die einige modische Ideen von revolutionärer Strategie hat. Gegenüber manchen Vorstellungen des SDS würde Lenin verständnislosen Ärger entwickeln – genauso, wie Marx sich über manche Vorstellungen Lenins mächtig geärgert hätte. Trotzdem war Lenin ein ausgezeichneter Marxist, und die SDS-Leute sind ausgezeichnete Leninisten.

Sie sagen es übrigens selbst.

... Da versichern die revolutionären Studenten und die revolutionären Professoren (wie Herr Bloch und Herr Abendroth und Herr Marcuse und Herr Adorno), daß sie Schüler von Marx und Lenin und Mao und Guevara und Liebknecht und Luxemburg sind. Sie sagen es aufrichtig und laut und mit Selbstbewußtsein. Und was tut die deutsche Gesellschaft? Sie will es nicht wahrhaben. Sie kratzt sich den Kopf und verleiht den aufrichtigen Revolutionären die höchsten Auszeichnungen der bürgerlichen Republik. Zum Teil liegt das an einer nicht zu begreifenden Blindheit gegenüber dem Wesen der kommunistischen Revolution. Es ist nämlich noch immer die Vorstellung verbreitet, daß gebildete, gepflegte und gescheite Leute nicht Kommunisten sein können; und da Herr Bloch zweifellos gescheit und Herr Adorno zweifellos gebildet ist, können sie also keine kommunistischen Revolutionäre sein. Aber einige der gescheitesten und besten Menschen, die ich kannte, waren kommunistische Berufsrevolutionäre. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren bestimmt zwei der attraktivsten Menschen ihrer Generation. Sie waren aber eben auch die Führer des Spartakusbundes.

Die kommunistische Revolution ist nämlich nicht eine Geschmacksache, sondern eine vehemente ‚Erlösungsidee'. Die wird entweder geschlagen, oder sie siegt ..."

Quelle: „Welt am Sonntag" v. 19. 5. 1968, S. 5.

Karl Moersch (FDP)

in der Bundestagsdebatte über den Bericht des Bundeskanzlers zur „Lage der Nation" 1968 gegen die Theorie der kommunistisch gesteuerten Unruhen:

„... Deswegen, glaube ich, sind Sie in einer so großen Verlegenheit, meine Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie jetzt zu der Frage der Studentenunruhen in Deutschland Stellung nehmen müssen, nachdem in Prag und in Warschau solche Studentenunruhen stattfinden. *(Abg. Matthöfer [SPD]: Und in Madrid!)* – Und in Madrid! Was gar nichts unterscheidet, Herr Matthöfer, ich gebe Ihnen gern recht. Ich gebe Ihnen das gern zu, wenn Sie das zur Erinnerung an die CDU sagen möchten; einverstanden.

Das ist es doch, was das Gemeinsame hier ausmacht, daß wir dann in den Zeitungen lesen – das ist das Kuriosum daran –, in Warschau habe die Regierung die Arbeiter aufgerufen, und sie habe ihnen freigegeben, gegen die Studenten zu demonstrieren. Das wird allgemein als demokratische Ungeheuerlichkeit empfunden; ich hoffe wenigstens, daß es so ist. Ich habe mir leider sagen lassen, daß das kürzlich auch in Deutschland seitens einer Regierung passiert ist, daß auch sie sozusagen zur Demonstration veranlaßt hat und daß nicht die gesellschaftlich wirksamen Kräfte von sich aus das getan haben. *(Beifall auf der Tribüne.)*

Vizepräsident Dr. Mommer: Einen Augenblick, Herr Abgeordneter Moersch! Auf der Tribüne wurden Zeichen des Beifalls oder des Unmuts geäußert. Ich mache darauf aufmerksam, daß das nicht gestattet ist; keine Beifalls- und keine Mißfallenskundgebungen auf der Tribüne, sonst muß ich die Tribüne räumen lassen. – Bitte fahren Sie fort, Herr Moersch!

Moersch, (FDP): Ich will damit nur sagen, daß die sehr oberflächliche Art der Betrachtungsweise, die etwa unseren unruhigen Studenten gegenüber angewandt wird, ihre ganz großen Gefahren hat, wenn sie mit dem Klischee nicht übereinstimmt, das auch in Zwischenrufen wiederholt aus Ihren Reihen hier in den letzten Wochen vorgetragen worden ist, zum Beispiel bei der Jugenddebatte. Wenn hier der ‚harte Landgraf' beschworen worden ist, wenn nach der Staatsautorität, nach der Ordnungsmacht und anderem mehr gerufen wird und wenn darauf von Kollegen dazwischengefunkt worden ist mit der Behauptung, das seien ja alles kommunistisch gelenkte Intrigen, die diese Studentenunruhen hervorgerufen hätten, dann müssen sich die Kollegen doch heute an die Brust schlagen und fragen, wo eigentlich die kommunistische Lenkung in Prag und in Warschau geblieben ist. Dort ist es nämlich die Gegenlenkung, die Lenkung der Art, die uns Herr Dr. Jaeger hier im Grunde empfohlen hat. Über diese Gemeinsamkeit, meine Damen und Herren von der CDU, bitte ich Sie noch einmal ernsthaft nachzudenken, damit wir uns künftig etwas sachlicher über die Frage der unruhigen Jugend unterhalten können, als es kürzlich in der aktuellen Stunde von Ihrer Seite durch einige Sprecher – das möchte ich ausdrücklich sagen – geschehen ist. Sie blamieren sich leider und Sie werden sich blamieren durch das, was außerhalb unserer Grenzen geschieht. Wir haben Anlaß darüber nachzudenken, ob es nicht daher kommt, daß Ihre Vorstellung von Staat und Demokratie leider eine andere ist als die, die die Liberalen davon haben müssen. *(Beifall bei der FDP.)* . . ."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 14 v. 3. 4. 1968, S. 13.

Klaus Schütz (SPD),

Regierender Bürgermeister von Berlin, vor dem Landesparteitag der SPD am 10./11. 2. 1968:

„Ihr müßt diese Typen sehen. Ihr müßt ihnen genau ins Gesicht sehen. Dann wißt ihr, denen geht es nur darum, unsere freiheitliche Grundordnung zu zerstören."

Quelle: „Berliner Stimme", hrsg. v. Landesverband Berlin der SPD, v. 17. 2. 1968.

Klaus Schütz (SPD),

Regierender Bürgermeister von Berlin, in Beantwortung einer Großen Dringlichkeitsanfrage von CDU und SPD zur Aktivität der ApO am 8. 2. 1968:

„. . . Hier versucht eine kleine Gruppe, eiskalt unsere Ordnung zu untergraben. Da sind bei denen keine Gefühle, außer dem der Zerstörung, und da helfen auf unserer Seite – lassen Sie mich das auch ganz offen sagen – keine billigen, auch keine abgestandenen Polemiken mehr, da müssen wir vielmehr leidenschaftslos und nüchtern unseren Weg sehen und ihn genau wie unsere Gegner eiskalt gehen . . ."

Quelle: Abgeordnetenhaus von Berlin, Stenographischer Bericht.

Klaus Schütz (SPD),

Regierender Bürgermeister von Berlin, vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. April 1968 nach den Osterunruhen:

„. . . Das, was wir hier in Berlin und in anderen Städten der Bundesrepublik Deutschland erlebt haben, hat im eigentlichen Ausgangspunkt nichts mit ‚unzufriedener Jugend' oder ‚Unbehagen an den bestehenden Verhältnissen' zu tun . . . Es handelt sich hier vielmehr um eine verhältnismäßig kleine Gruppe von entschlossenen Anführern. Sie versuchen, ihre Vorstellungen durch Mobilisierung von überwiegend jungen Menschen durchzusetzen. Dem Kern dieser Gruppen geht es nicht um das gerade im Vordergrund der Agitation stehende Thema, etwa Pressekonzentration, Vietnam oder allgemein Demokratisierung. Ihnen geht es allein darum, den freiheitlichen Rechtsstaat handlungsunfähig zu machen. Sachdiskussionen mit diesem harten Kern sind aussichtslos . . ."

Quelle: Landespressedienst Berlin Nr. 77 v. 18. 4. 1968.

Dr. Gerhard Stoltenberg (CDU),

Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, in der Bundestagssondersitzung zu Hochschulfragen, 175. Sitzung am 7. 5. 1968; die hier vorgetragenen Angriffe riefen bei zahlreichen Frankfurter Professoren, vor allem auch bei von Minister Stoltenberg nicht genannten und politisch noch nicht hervorgetretenen, einen scharfen Protest hervor:

„. . . Meine Damen und Herren! Für Reformen brauchen wir in unserer demokratischen Gesellschaft die ständige Unterstützung der öffentlichen Meinung. Wir würden uns Illusionen hingeben – ich sage das im Anschluß an die Aussprache vom vergangenen Dienstag –, wenn wir übersähen, daß das hohe Ansehen von Hochschullehrern und Studenten durch die Vorgänge der letzten Zeit beeinträchtigt ist. Die kritiklose Bewunderung der Professoren, ihre einsame Höhe auf der Stufenleiter des Sozialprestiges ist stellenweise in eine pauschale Verurteilung und Polemik umgeschlagen. Aber das neue Zerrbild des reaktionären, um seine Privilegien ängstlich besorgten Ordinarius verkennt die außerordentliche Vielfalt der Überzeugungen und Verhaltensweisen unter den Hochschullehrern. Ich glaube, man muß betonen, daß ihre große Mehrheit durchaus klar und grundsätzlich Reformen bejaht. *(Beifall bei der CDU/CSU.)* . . .

Allerdings wird auch sichtbar, daß viele Professoren als angesehene Fachgelehrte von neuen wissenschaftspolitischen und allgemeinpolitischen Fragen, die vor allem die Studenten mit Nachdruck stellen, wenig vorbereitet getroffen werden. Hier wirkt sich die nach 1945 vorherrschende betonte Distanzierung der Hochschulen von der Politik ungünstig aus. *(Beifall bei der CDU/CSU.)*

Es ist gut, wenn hier jetzt eine Korrektur erfolgt. Allerdings droht in einigen wissenschaftlichen Disziplinen in einem radikalen Umschlag schon stellenweise das andere Extrem einer einseitigen Politisierung und Ideologisierung.

Das politische Engagement mancher Hochschullehrer hat sich in den letzten Jahren auf die periodische Unterzeichnung von Protestresolutionen gegen ‚Bonn' beschränkt. *(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der SPD.)*

Hier gibt es in jüngster Zeit einige bedrückende Zeugnisse der Entstellung. Ich habe vor einigen Tagen ein Rundschreiben von Professor Dr. Ridder erhalten mit der freundlichen Einladung, einen Aufruf gegen die Notstandsgesetze zu unterzeichnen. *(Lachen bei der CDU/CSU.)*

Darin heißt es unter anderem – ich zitiere und bitte um Ihre Aufmerksamkeit –:

Erheben wir gemeinsam unsere Stimme gegen die Pläne einer Regierung, die unter Täuschung der Öffentlichkeit sich diktatorische Gewalt erschleichen will; *(Pfui-Rufe von der CDU/CSU – Zurufe von der CDU/CSU' Typisch Ridder!)* die bereit ist, die Bundeswehr gegen das eigene Volk einzusetzen; *(erneute Pfui-Rufe von der CDU/CSU.)* die bereits heute den Notstand mit Waffengewalt übt! *(Zurufe von der Mitte: Wo denn?)*

Es sind aus früheren Aktionen bekannte Namen, die unter diesem Machwerk stehen: Abendroth, Flechtheim, Hofmann, Maus und andere mehr, auch der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Studentenschaften gehört dazu. Obwohl nach allen Meinungsbefragungen der jüngsten Zeit die

Mehrheit der Studenten im Gegensatz zu einer lautstarken Propaganda und einer permanent falschen Unterrichtung der Öffentlichkeit nicht grundsätzlich eine Notstandsgesetzgebung ablehnt, wird hier eine öffentlich-rechtliche Körperschaft mit Zwangsmitgliedschaft und Zwangsbeiträgen rechtswidrig in den Dienst einseitiger politischer Propaganda-Aktionen gestellt. *(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der SPD.)*
Daß hier nicht das völlig legitime sachliche Für und Wider der Notstandsdiskussion im objektiven Urteil der Wissenschaftler zum Ausdruck kommt, sondern eine rein tendenziöse und bösartige Agitation, weiß Herr Ridder selbst. *(Beifall bei der CDU/CSU.)*
Er begründet nämlich seine Sprache der Entstellung und Verleumdung in seinem Anschreiben damit, daß jetzt – ich zitiere – ‚Rücksichtnahmen auf sonst angebrachte akademische Stilgepflogenheiten zurückstehen müssen' *(Zuruf von der CDU/CSU: Aber auch diesen Leuten gegenüber!) ein* Grundsatz, den ja auch manche linksradikalen Gruppen zum Schmerzen der Professoren in der universitären Auseinandersetzung durchaus beherzigen. *(Heiterkeit bei der CDU/CSU.)*
So kann man es auch bezeichnen, was mir als eines der unqualifiziertesten Dokumente deutscher Wissenschaftler seit den Zeiten der Nationalsozialisten und der alldeutschen Professoren erscheint. *(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der SPD.)*
Das sind, meine Damen und Herren, die gleichen Herren Ridder und Abendroth, die in ihrem letzten Aufruf gegen die Notstandsgesetze vor wenigen Wochen mit zahlreichen anderen erklärten, die Berliner Blockade habe doch bewiesen, daß das Grundgesetz ausreiche, mit allen Krisensituationen fertig zu werden, jene historische Auseinandersetzung der Jahre 1948/49, die vier Wochen vor der Verabschiedung des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat durch das Jessup-Malik-Abkommen endete.
Wir können die Radikalisierung eines Teils der Studenten, die sporadische Anwendung von Gewalt mit ihren tragischen Opfern nicht in den tieferen Ursachen verstehen, ohne auf das Wirken dieser relativ kleinen, aber lautstarken Gruppe von Hochschullehrern zu verweisen. *(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der SPD.)*
Sie verfälschen das Bild der deutschen Gegenwart und Geschichte der letzten 20 Jahre permanent und laden so in der politischen Sprengwirkung ihrer Thesen, etwa der hier zitierten Sätze, eine schwere Schuld auf sich. *(Beifall bei der CDU/CSU.)* . . ."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 20 vom 15. 5. 1968, S. 2.

Dr. Bert Even (CDU),

in der aktuellen Stunde des Bundestages zum Sternmarsch der Notstandsgegner (173. Sitzung am 10. 5. 1968) über die kommunistische Unterwanderung der Protestbewegung:

„. . . Das Volk soll in eine Notstandshysterie versetzt werden, in der es keine sachliche Diskussion, keine rationale Argumentation mehr geben soll, sondern nur noch emotionelle Gefühlsausbrüche. *(Zustimmung bei den Regierungsparteien.)* Das Volk soll gegen das frei gewählte Parlament aufgewiegelt werden. Es handelt sich insoweit um die Aktion nicht der außerparlamentarischen, sondern der antiparlamentarischen Opposition. *(Beifall bei der CDU/CSU.)* Dabei wissen wir sehr wohl, daß der Kreis der Notstandsdemonstranten äußerst verschiedenartig zusammengesetzt ist; viele Gutwillige sind darunter und viele Mitläufer, die überhaupt nicht wissen, von wem sie gesteuert sind und worum es eigentlich geht.
Es muß offen ausgesprochen werden, daß die ganze Demonstration von Kommunisten und Anarchokommunisten unterwandert ist. *(Sehr richtig! bei der CDU/CSU.)* . . . Das Parlament steht jetzt vor der Bewährungsprobe, sich von keiner Seite unter Druck setzen zu lassen. *(Beifall bei den Regierungsparteien.)*"

Quelle: „Das Parlament", Nr. 21 v. 22. 5. 1968, S. 7.

Peter Lorenz (CDU),

Mitglied der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, nach den Osterunruhen am 18. 4. 1968:

„. . . Nun werden, meine Damen und Herren, junge Menschen trotz aller Gefahren immer noch eher Verständnis für unüberlegtes Handeln und vorschnelle Entschlüsse erwarten können als diejenigen, die den revolutionären Kern derjenigen Gruppe bilden, die sich heute hier außerparlamentarische Opposition nennt. *Denn dieser Kern gehört überwiegend keineswegs zur jungen Generation, der man Überschwang nachsehen könnte. Das revolutionäre Establishment, also etwa die Herren Meschkat, Krippendorf, Agnoli wie auch die als Sprecher jetzt in Erscheinung getretenen Herren Enzensberger, Henze und Neuss (Abg. Lummer: Es sind sogar Professoren!)* werden ja wohl ebensowenig wie *Herr Rechtsanwalt Mahler oder die Professoren Gottschalch und Kade* in Anspruch nehmen wollen, die ‚unverstandene' junge Generation zu repräsentieren. *Starker Beifall.)*
Um so ernster und verwerflicher ist es, wenn sie Gewalt fordern und Gewalt vertreten. Denn sie müssen genau wissen, wovon sie reden und was sie tun. *(Beifall bei der CDU.)*
Es gibt darunter auch *einige ausländische Staatsbürger,* die schon manches Unheil angerichtet haben und bei denen man sich fragt, ob sie eigentlich

hier hergekommen sind, um mit uns zu leben und zu arbeiten, oder um in unserem Lande eine Revolution anzuzetteln. *(Beifall bei der CDU.)* Unter den Führern dieser Gruppe sind auch bemerkenswert *viele Angehörige des öffentlichen Dienstes* anzutreffen. Es ist schon ein merkwürdiges Dienst- und Treueverhältnis zu ihrem Staat, das diese Vertreter der außerparlamentarischen Opposition empfinden müssen, wenn sie gleichzeitig alles tun, um diese von ihnen so gehaßte staatliche Ordnung zu bekämpfen. Ich finde eigentlich, daß solche Revolutionäre schon aus Selbstachtung und wohlverstandenem eigenen Selbstverständnis ihre Dienstverhältnisse aufgeben müßten . . ."

Quelle: Abgeordnetenhaus von Berlin, Stenographischer Bericht 4.

Dr. Rainer Barzel (CDU),

Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, in der 169. Sitzung des Bundestages v. 30. 4. 1968 zu den Osterunruhen:

„. . . Es kamen Drahtzieher, die nach lange vorbereiteten Plänen – zum Beispiel in Beschlüssen des SDS von Frankfurt vom September – beschlossen haben, etwas ganz anderes zu machen: es kam zum Mißbrauch der Spontaneität. Infolgedessen kam das, was die Innenminister der Länder in ihrer Stellungnahme ‚organisierte Gewalthandlungen' und ‚organisierten Rechtsbruch' genannt haben. Wir tun gut daran, diesen Unterschied festzuhalten: das Spontane der Demonstration, das Mitgefühl und die Ablehnung eines Mordes einerseits und dann andererseits den Mißbrauch dessen durch eine Gruppe, die hier Umsturz will. Deshalb muß man die Unterscheidung hier noch weiter fortsetzen. Es gibt also nicht nur Kritik, und es gibt nicht nur eine außerparlamentarische Opposition, sondern es gibt in diesem Lande eine antidemokratische Aktion . . ."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 19 v. 8. 5. 1968.

Das Präsidium der SPD

gab nach einer außerordentlichen Sitzung am 17. 4. 1968 zu den Osterunruhen 1968 u. a. folgende Stellungnahme ab:

„. . . Eine kleine Gruppe radikaler Studenten, die sich vor allem im SDS organisiert hat, ist schon seit langem bestrebt, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen und die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu zerstören. Sie hat das Attentat zum Anlaß rechtswidriger Aktionen benutzt und dabei auch andere, die die Ziele des SDS nicht teilen, zur Mitwirkung verführt. Diesen letzteren rufen wir nachdrücklich ins Bewußtsein, daß jeder, der sich zu Gewalttaten der Verwüstung, der gemeinschaftlichen Sachbeschädigung, der Brandstiftung und zum Landfriedensbruch hinreißen läßt, nicht nur die Rechtsordnung verletzt,

sondern auch der Sache der Demokratie großen Schaden zufügt, der er angeblich nutzen will. Was immer Anlaß zu Unruhe oder Unmut sein mag, kann nur in fairer Diskussion geklärt werden ..."

Quelle: „Bonner Depesche", hrsg. v. Bundesvorstand der SPD, Sonderbeilage, April 1968.

Helmut Schmidt (SPD),

Vorsitzender der SPD-Fraktion, in der 169. Sitzung des Bundestages vom 30. 4. 1968 gegen die These von der „Kleinen Minderheit":

„... Aber so wie man Verständnis haben muß für die Polizei in besonderen Situationen, wie man verstehen muß, wenn sie sich einmal aus der Situation heraus vergreift, so müssen auch die Erwachsenen in Deutschland, glaube ich, Verständnis haben gegenüber manchen jungen Leuten, die nach dem Tode von Benno Ohnesorg und nach dem Attentat auf Rudi Dutschke tatsächlich doch zu vielen in einem Gefühl der ohnmächtigen Verzweiflung waren. Das muß man auch sehen und begreifen; das kann man auch nicht bloß einfach zudecken mit dem Wort von der ‚kleinen Minderheit der Rädelsführer'. Man muß auch sehen, daß die kleine Minderheit von Rädelsführern, die es weiß Gott gibt, zusammentraf mit einer psychologisch erschütterten, verzweifelten Situation bei vielen jungen Menschen – übrigens nicht nur bei jungen Menschen. Das dürfen vielleicht die Jungen uns, den Älteren, glauben: wir waren am Karfreitag zutiefst deprimiert, daß das alles in Deutschland nun wieder losgehen sollte, was wir hofften mit dem ‚Dritten Reich' endgültig hinter uns gelassen zu haben ..."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 19 v. 8. 5. 1968.

Professor Dr. Hans Achinger,

Professor für Sozialpolitik an der Universität Frankfurt, Mitglied der Sozialenquete-Kommission der Bundesregierung, in einem Leserbrief an die FAZ:

„Schon seit Monaten bezeichnet die Presse aller Richtungen die an studentischen Aktionen und an sich darin anschließenden Demonstrationen samt Straßenschlachten Beteiligten häufig als ‚Jugendliche'. Den Vogel haben inzwischen diejenigen Bonner Politiker abgeschossen, welche ‚auf eine rasche Aburteilung der Rädelsführer und der bei Gewalttaten ertappten Jugendlichen' dringen. In Wirklichkeit sind die Studenten und die meisten anderen Beteiligten in der Regel volljährig und wahlberechtigt. Mit den Exzessen oder anderen Besonderheiten der Reifezeit, über die es genügend psychologische Literatur gibt, kann hier also nichts mehr erklärt werden. Daß auch bei Erwachsenen im politischen Leben das Emotionale den Verstand überwiegen kann, ist nichts Neues.

Es scheint mir gefährlich, dieses Gerede von ‚Jugendlichen' im Zusammenhang mit der neuen politischen Opposition weiterzuführen. Dieses Gerede verschiebt die Frage der Verantwortung und läßt den Ernst der Opposition verkennen, die von reifen Menschen ausgeht. Dieses Gerede vom ‚Jugendlichen' verführt zu der Vorstellung, als ob hier etwa mit den Mitteln der Jugendpflege Fehlentwicklungen des Jugendalters repariert werden könnten oder sollten."

Quelle: „FAZ" v. 7. 5. 1968.

Professor Dr. med. Alexander Mitscherlich,

Direktor des Sigmund-Freud-Instituts Frankfurt/M.:

„. . . Vielleicht sollte ganz unprahlerisch darauf aufmerksam gemacht werden, daß es in der ganzen Welt die intelligentesten Studenten sind, die protestieren und aufstehen und selbst der Todesgefahr nicht ausweichen. Oft aus den oberen Sozialschichten stammend, hätten sie das Patent für die hohen Managerposten in der Tasche. Feige und profitlich sind sie nicht . . ."

Quelle: „Die Zeit", Nr. 17 v. 26. 4. 1968.

Bremer evangelischer Pfarrer,

einer der 33 Bremer Pfarrer, die an die Gemeinde der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche ein Protesttelegramm geschickt hatten mit der Bitte, sich bei Rudi Dutschke wegen der in der Christnacht 1967 bezogenen Prügel zu entschuldigen. Auf einer Diskussion im Bremer Theater am Goetheplatz erklärte dieser Pfarrer über seine Erfahrungen nach Unterzeichnung des Telegramms:

„. . . Es war mir nicht klar, wie unduldsam unsere Umwelt auf Minoritäten reagiert. Seit ich selbst über Nacht zu einer namentlich bekannten Minderheit gerechnet werde, weiß ich, was das heißt! Es heißt: Terrorisierung durch ständige Telefonanrufe; es heißt: Diffamierung und Verfälschung der eigenen Position durch angesehene Zeitungen ohne die Möglichkeit, eine Berichtigung durchsetzen zu können; es heißt: Rufmord; es heißt sogar: Aufforderung zum Boykott meiner Gottesdienste . . ."

Quelle: Bericht von Günther Mack „Man merkt, daß hier etwas lebt", in: „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt", Nr. 4 v. 28. 1. 1968.

„Rheinische Post",

die in Düsseldorf erscheinende, der CDU nahestehende Zeitung schreibt am 14. 5. 1968 über die Bonner Anti-Notstands-Kundgebung der ApO:

„Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß die Kräfte, die Bonn am Sonnabend in ein Meer von roten Fahnen getaucht haben, keine ganz kleine radikale Minderheit mehr sind, wie es die führenden Politiker in Regierung und Parlament oft hinstellen."

Carl-Heinz Evers (SPD),

Senator für Schulwesen in Berlin, in einer Rede vor Berliner Jungsozialisten am 15. 12. 1967:

„... Wir wissen, daß in unserer Stadt eine Reihe junger Menschen radikal geworden ist. Sie meinen inzwischen, unsere parlamentarische Demokratie sei im Auseinanderklaffen von Anspruch und Bewährung nicht mehr in der Lage, innerhalb dieser Grundordnung zu gesellschaftspolitischen Reformen zu gelangen. Deshalb greifen solche Gruppen inzwischen zum Teil zur irrationalen Illusion.

Da gibt es aber eine viel größere Zahl von jüngeren Menschen – Oberschüler, Studenten, Lehrlinge, Facharbeiter und andere –, die – zum Teil erhebliche – Kritik an politischen und gesellschaftlichen Zuständen und Vorgängen haben, die aber keineswegs unsere parlamentarisch-demokratische Grundordnung in Frage stellen oder gar abschaffen wollen. Sie wollen Verbesserung von Zuständen, sie wollen Reformen der gesellschaftlichen Institutionen, aber *innerhalb* unserer Grundordnung.

Und sie sind z. B. gerade *deshalb* gegen die Notstandsgesetzgebung, damit ja *gar* nichts an unserer freiheitlichen demokratischen und parlamentarischen Grundgesetz geändert wird.

Solche Gruppen – sie sind sehr vielschichtig, und sie reichen bei den Studenten bis in den RCDS hinein – sind ein hervorragender politischer Gewinn für die Demokratie in Deutschland."

Quelle: Vervielfältigtes Manuskript.

Professor Dr. Otto Stammer,

Ordinarius für Soziologie an der Freien Universität Berlin und Direktor des Instituts für Politische Wissenschaft. Otto Stammer war nach dem 1. Weltkrieg Mitbegründer und bis 1923/24 Vorsitzender des „Verbandes der Sozialistischen Studentengruppen Deutschlands und Österreichs". Vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses erklärte er am 22. 2. 1968:

„... Ich betrachte diese ganze Bewegung studentischer Aktivität, also nicht nur den SDS, sondern auch die gleichsam verbündeten Studentengruppen, als ‚soziale Bewegung', die mehr ist als eine reine Organisation, deren Charakter vor allem dadurch deutlich wird, daß sie in vielen ihrer Teile ... nicht organisiert ist, daß sie ideologisch ist, daß sie im Bewußtseinsmäßigen und in der Mobilität des Bewußtseins verankert ist ... Und das ist doch ein sehr interessantes Phänomen, daß das Ganze weniger organisatorisch-rational zu begreifen ist, wie die Terminologie des SDS lautet – man soll ja doch rationale Gesellschaftsgestaltung machen –, sondern im wesentlichen von der emotionalen Seite zu begreifen ist. Ich meine, daß die Kategorie ‚social movement', soziale Bewegung, die uns Rudolf Häberle, ein deutscher Emigrant, zur Verfügung gestellt hat, ge-

eignet wäre, das Ganze überhaupt in seiner Bedeutung in den Griff zu bekommen ... Das sind nicht einzelne Organisationen, die man verbieten kann und soll, sondern das ist eine soziale Bewegung, die man ernst nehmen muß ..."

Quelle: Rundfunkmitschnitt der Aussage.

d) Angezweifelte Autoritäten

Professor D. Helmut Thielicke,

Direktor des Seminars für Systematische Theologie, Universität Hamburg, „Statt einer Vorlesung" – Philippika eines Universitätsprofessors, gehalten am 11. 12. 1967 in Hamburg:

„... Was mich im Augenblick verzweifeln läßt, sind nicht die SDS-Drahtzieher, sondern das ist die Masse der Studenten, die nur in Spurenelementen gegen die neue Oligarchie der Funktionäre aufmuckt – gegen jene Funktionäre also, deren Hauptberuf wohl schon längst vom regulären Studium zu jener Geräuscherzeugung übergewechselt ist, die sie Hochschulpolitik nennen ...

Liebe Kommilitonen, ich bin so deprimiert, daß ich jetzt etwas sage, was ich hoffentlich bald wieder zurücknehmen kann. Nie würde ich lieber einen Irrtum eingestehen; ich lechze sogar danach, das zu tun. Zunächst aber spreche ich meine Verzweiflung aus: Ich glaube, *daß diesem unserm Volke nicht mehr zu helfen ist, und kann nur noch sagen: ‚Armes Deutschland!'* Ich habe mich sträflich in Illusionen gewiegt. Ich habe wirklich geglaubt, wir hätten den Nazismus überwunden, und ein neuer Hitler – auch mit veränderter Färbung – würde undenkbar unter uns sein ...

Obendrein geht es nicht einmal *nur* um die deutsche Universität, obwohl schon das gravierend genug wäre. Es geht um unser Volk und unser politisches Schicksal. Das sind große Worte, ich weiß ... Aber ich folge damit nur der programmatischen Intention derer, die ich für unser Unglück halte. Denn diese Leute nehmen die Not der Universität, an der wir alle – Professoren und Studenten! – *gemeinsam* leiden und die wir gemeinsam überwinden möchten, doch nur zum Anlaß und zum Sprungbrett, um in anarchistischer Zersetzung die Ordnung überhaupt zu zerstören. Ich sage übrigens bewußt nicht: unsere *gegenwärtige* Ordnung, die gewiß viele fragwürdige Züge aufweist und sicher der Reformierung bedarf, sondern die Ordnung *überhaupt*. Der Begriff eines zu attackierenden Establish-

ments meint sehr viel mehr als einen erstarrten Momentan-Zustand und eine autoritäre Struktur. Hinter ihm verbirgt sich eine generelle Verneinung von Autorität überhaupt und damit ein anarchistischer Impuls ...
Ich will meine Arbeit weiter tun und die Theologie, aber auch meine Theologiestudenten sind dabei ein Pflaster auf der Wunde. Doch in dem, was die Universität anbelangt, bin ich ins Mark getroffen. Möge dies alles von höherer Hand noch gnädig gewendet werden. In meinem menschlichen Zutrauen bin ich irre geworden ..."

Quelle: „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt", Nr. 51 v. 17. 12. 1967, S. 7.

Dr. Ludwig Losacker,

Direktor des Deutschen Industrieinstituts, Köln, in dem Leitartikel „Demokratie auf dem Prüfstand":

„... Die Folgen der Krawalle ... sind tief bedauerlich. Sie sind nicht das Schlimmste. Schlimmer ist, daß der Glaube in die Autorität des Staates und die Sicherheit unserer Demokratie erschüttert wurden. Dazu hat besonders manche die Ereignisse begleitende beschämende Erscheinung beigetragen. Der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Albertz, bot das Schauspiel, sei es politischer Ahnungslosigkeit oder gegen den Nachfolger gerichteter Ranküne. Er suchte den Beifall ausgerechnet derer zu gewinnen, die vorher seine Absetzung erzwungen hatten. Prof. Dahrendorf, dessen Hinwendung zur Politik viele Hoffnungen weckte, hat durch billiger Konformität entsprechende Anwürfe gegen Bundespräsident und Bundeskanzler leider viel von dem politischen Kredit eingebüßt, den man ihm einzuräumen bereit war. Denen zu imponieren, die entschlossen sind, die parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik zu beseitigen und ein Rätesystem einzurichten, ist noch keine Qualifikation für politischen Instinkt ...
Die Demokratie hat einen Rückschlag erlitten. Unsere Demokratie kann es sich nicht mehr leisten, weitere Einbußen an Autorität hinzunehmen. Jetzt haben die Regierungen in Bund und Ländern das Wort. Es wird nicht darauf ankommen, brutale Ausschreitungen mit noch brutaleren Mitteln zusammenzuknüppeln, sondern vor allem Beispiele souveräner Autorität und vorwärts gerichteter moderner Politik zu geben ..."

Quelle: „Unternehmerbrief des Deutschen Industrieinstituts", Jg. 18, Nr. 17 v. 25. 4. 1968.

Dr. Hans Friderichs (FDP)

in der 154. Sitzung des Bundestages vom 9. 2. 1968:

„... Aber solange bei den Studenten ein Kanzlerwort unwidersprochen im Raum steht, das da lauten soll: diese Große Koalition einigt sich bei

schwierigen Fragen entweder auf einen Kompromiß, oder sie klammert die Lösung aus, solange dürfen wir uns über ziellose Unruhe bei den Studenten nicht wundern, Herr Bundeskanzler. *(Beifall bei der FDP.)*
Wir leben eben nicht in einer konfliktlosen Gesellschaft. Die Glaubwürdigkeit in uns selbst, die wir hier in diesem Hause sitzen, ist nicht dadurch erhöht worden, daß der stellvertretende Parteivorsitzende der Sozialdemokraten im Herbst 1966 von der von der CDU und Herrn Bundeskanzler Erhard geführten Regierung den Offenbarungseid verlangte, um anschließend ein Go-in zu machen; so machen's die Studenten nicht. *(Beifall und Heiterkeit bei der FDP.)*
Wenn sie Go-in machen, dann, um zu übernehmen.
Ich glaube, wir sollten den Studenten wieder ein politisches und ein gesellschaftliches Ziel vor Augen stellen, und das sollten sich diejenigen, die diese Regierung tragen, merken. Den Studenten geben Sie kein Ziel durch Kompromiß im Grundsatz, sondern durch ein klares politisches Leitbild und den Mut zu Mehrheitsentscheidungen . . ."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 7 vom 14. 2. 1968.

Reinhold Rehs (SPD),

Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion und Präsident des „Bundes der Vertriebenen", in der Aussprache über den Bericht des Bundeskanzlers „Zur Lage der Nation":

„. . . Die Heimatvertriebenen haben am härtesten erfahren, was der Verlust der Geborgenheit in einem gesicherten Staat bedeutet. Sie haben nichts vergessen, weder die Selbstzerfleischung unter Weimar, noch die Hybris des Nationalsozialismus, noch die brutale Gewalt des östlichen Siegers. Sie bejahen deshalb den demokratischen Staat in dem uns verbleibenden freien Teil Deutschlands rückhaltlos und wollen nicht, daß er durch ständige Diffamierungen, die vor nichts mehr haltmachen, aufs Spiel gesetzt wird. Denn hier geht es entscheidend um die Frage der inneren Existenzsicherung der Nation.
Hier ist aber seit Jahren an der Autorität und Glaubwürdigkeit unserer jungen Demokratie, die ja durch ihre Institutionen – Parlamente, Regierungen und Parteien – repräsentiert wird, genagt worden. Die ganze bundesrepublikanische Politik, ihre führenden Persönlichkeiten sind so lange kollektiv der Unaufrichtigkeit, der Doppelzüngigkeit usw. bezichtigt worden, bis bei vielen jungen Leuten die Vorstellung von Autorität überhaupt zerstört worden ist . . ."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 14 v. 3. 4. 1968, S. 11.

Hans Koschnick (SPD),

Bürgermeister der Hansestadt Bremen, mit 38 jüngster Länderchef der Bundesrepublik, mußte eine mit der Mehrwertsteuer begründete Fahrpreisermäßigung der Straßenbahn am 24. 1. 1968 in öffentlicher Diskussion auf dem Domhof teilweise rückgängig machen, nachdem Schüler und Lehrlinge seit dem 18. 1. 1968 dagegen demonstriert und – mit als Folge von Übergriffen der Polizei – dabei auch Unterstützung von Gewerkschaftern gefunden hatten. Nach Meinung fast aller Kommentatoren zeigte der Bremer Fall ein großes Maß an Autoritätsverlust, weil die Preiserhöhung entweder willkürlich oder falsch begründet war und nun unter Druck zurückgenommen werden mußte.
Das Bremer Beispiel erfolgreicher Schüler-Demonstration machte in zahlreichen Städten Schule. Auf die Frage, ob sich die Demonstrationen nur gegen die Straßenbahntarife gerichtet hätten, antwortete Bürgermeister Koschnick:

„... Die Straßenbahn-Tarife stehen im Vordergrund. Ganz sicher hat das allgemeine Unbehagen gegen die gesellschaftlichen und staatlichen Zustände eine sehr große Rolle mitgespielt. Es kann auch nicht verhehlt werden, daß sich ein Großteil des Unmuts gegen die SPD richtet ..."

Quelle: Interview in „Der Spiegel", Nr. 5 v. 29. 1. 1968, S. 36.

Rudolf Augstein,

Herausgeber des „Spiegel", kommentiert die Osterunruhen 1968:

„... Bonns liebenswürdiger Plauderer Felix von Eckardt, MdB, hat den hübschen Vergleich gebracht, wenn an Bord eines Schiffes eine Meuterei wegen des Essens ausbräche, müsse die Meuterei unterdrückt und das Essen besser werden, beides gleichzeitig. Wie aber, wenn das Schiff von einer Volksvertretung kommandiert wird, die längst begonnen hat, die Masten zu Brennholz zu zerkleinern und das Segeltuch in die Schneiderei zu tun; die sich aller Mittel der Fortbewegung selbst begeben will? An die Verpflegung jedenfalls denken die Abgeordneten zuviel, und die Studenten zuletzt ..."

Quelle: „Der Spiegel" 17/68 v. 22. 4. 1968.

Landesbischof D. Hans Lilje

in seinem Bericht vor der Synode der Hannoverschen Landeskirche zu den Unruhen:

„... Ich möchte in diesem Augenblick alle diese Vorgänge einordnen in das Phänomen der immer weitergehenden Säkularisierung, in der die bestehende Ordnung nicht ohne weiteres mehr die überkommene Autorität in Anspruch nehmen kann. Sie wird sie neu formulieren, neu begründen und dann auch neu exerzieren müssen. Das gilt für die öffentliche Ordnung, für die Politiker, die allen Anlaß haben, diesen Fragen mit großer Sorgfalt nachzugehen, für die Vertreter der Pädagogik, die ja anderthalb

Jahrzehnte Zeit gehabt haben, in denen sie eine Menge Dinge über die Möglichkeiten einer Erneuerung der Pädagogik haben sagen können und auch gesagt haben, und das gilt ganz gewiß auch für die Kirche, die sich, falls sie es nicht längst getan hat, daran wird gewöhnen müssen, daß sie keine unbezweifelte Autorität selbstverständlich mehr in Anspruch nehmen kann, mindestens nicht gegenüber diesen Vertretern der jüngeren Generation. Ich hoffe, daß ich an diesem Punkte richtig verstanden werde. Selbstverständlich bezweifle ich nicht Recht und Pflicht zur Ausübung von Autorität überhaupt. Nur scheint mir das, was sich vor unseren Augen abspielt, darauf hinzuweisen, daß wir das Konzept von Autorität neu durchdenken müssen, daß Staat und Gesellschaft hier eine unerfüllte und unerledigte Aufgabe vor sich haben und daß die Kirche in einer ganz besonderen Weise darüber nachdenken muß, was dann ihrer Verkündigung die ihr eigentümliche Autorität verleihen könnte, die offensichtlich ebenso der Skepsis ausgesetzt ist wie alle anderen Formen von Autorität ..."

Quelle: „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt" Nr. 4 v. 28. 1. 1968, S. 11.

Dipl.-Kaufmann Liselotte Funcke (FDP)

in der 154. Sitzung des Bundestages vom 9. 2. 1968:

„... Meine Herren und Damen, worauf wollen wir denn heute Autorität glaubwürdig gründen? Auf die Tradition? Die ist bei uns abgebrochen und muß nur erst redlich und behutsam und glaubwürdig neu geknüpft werden. Auf metaphysische Vorgegebenheiten? Das Gottesgnadentum ist vorbei. Auf den Erfolg der führenden Generation? Selbst der Glaube an das Wirtschaftswunder ist erschüttert. Auf das größere Wissen der Erwachsenen? Spüren wir nicht alle, auf welch schwankendem Boden der bloße Autoritätsanspruch aus Lebensalter, Titel und Amt steht? *(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der SPD.)* ...

Die junge Generation fühlt, daß das heutige Leben in seinen Formen, in der Rangfolge der Wertvorstellungen, in der Lebensgestaltung und der Zweckgerichtetheit eben nicht mehr gültiger Maßstab für ihr Leben sein kann; denn sie steht vor einem Leben, dessen aktiver Teil über das Jahr 2000 hinausgreift. Niemand kann ihnen heute glaubwürdig sagen, was dieses Leben dann von ihnen fordert und was es ihnen bringt. Wir können ihnen dafür keine gültigen Leitbilder und kein ausreichendes Wissen liefern. Darum müssen wir schon etwas von unserer Selbstsicherheit verlieren, die sich nur zu oft in dem Ruf nach Ruhe und ‚keine Experimente' widerspiegelt ..."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 7 v. 14. 2. 1968.

Professor D. Ernst Käsemann

Erstmals nach 1948 trat der in der NS-Zeit wegen seiner Zugehörigkeit zur Bekennenden Kirche verfolgte Neutestamentler wieder mit einer politischen Erklärung hervor; diese war als Antwort auf eine Fernsehrede des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger gedacht, der ein scharfes Vorgehen gegen die ApO gefordert hatte:

„... Die Jugend, unwiderruflich dem 20. Jahrhundert ausgeliefert, sieht ihre Väter den Leitbildern des 19. Jahrhunderts verhaftet und dessen Methoden treu. Ihr Aufstand ist berechtigt. Denn er zeigt auf, was bei uns faul ist. Mehr kann man von ihr, der die Erfahrung noch fehlt, nicht erwarten. Als sie ungestüm wurde und man Angst bekam, ließ man sich zögernd und unter der Bedingung des Wohlverhaltens auf Diskussionen ein, um Schlimmeres zu verhüten. Als sie randalierte, besann man sich auf den Polizeiknüppel. Die nicht schrien, als die halbe Welt verbrannte und Millionen umkamen, haben plötzlich wieder Stimme und singen das alte Lied von Autorität und Ordnung, das die Deutschen schon stets faszinierte. Man bekämpft die Symptome der eigenen Krankheit trefflich bei anderen. Die NPD kriecht aus ihren Schlupfwinkeln, weil man den alten Nazis bei sich selber durch die Finger sah ...

Am stärksten ist unsere Demokratie von oben her gefährdet. Ernsthafte Selbstkritik wurde bisher nur von den Herren Heinemann und Albertz vernommen. So billig macht man es sich heute in der Bundesrepublik gerade von seiten der Hauptverantwortlichen. Das christliche Firmenschild wirkt unter solchen Umständen obszön.

Ich gehöre keiner Partei an, bin keiner Gruppe liiert, begehre keine Funktion, beteilige mich nicht an Demonstrationen ohne Risiko und bleibe ein ‚Fachidiot' unter vielen anderen. Die Rede des Herrn Ministerpräsidenten empfinde ich jedoch nicht nur als Muster der Einsichtslosigkeit, sondern auch als beleidigenden Versuch, mich dumm zu halten und mit alten Parolen und neuen Schreckgespenstern vor seinen Wahlkarren zu spannen. Fortan werde ich mit der rebellierenden Jugend demonstrieren."

Quelle: „Berliner Extradienst", Nr. 34 v. 27. 4. 1968.

c) Zum Unbehagen an der Verfassungswirklichkeit

Walter Scheel (FDP),

FDP-Vorsitzender, in der 169. Sitzung des 5. Bundestages vom 30. 4. 1968:

„... Zur Klärung der politischen Einstellungen innerhalb der Studentenschaft sind in diesem Frühjahr verschiedene Meinungsumfragen durchgeführt worden, aus denen ich einige Ergebnisse vortragen möchte, weil sie in dem Bericht des Bundesinnenministers nicht enthalten waren.

... Die Studenten sind von allen Bevölkerungsgruppen am besten über die politischen Probleme unseres Landes, aber auch über die politischen Probleme des Auslandes informiert. Sie haben zu diesen Problemen unter den Gruppen unseres Volkes auch die präzisesten Meinungen.

... Die Studenten sind von allen Bevölkerungsgruppen die entschiedensten Anhänger der Demokratie. Sie lehnen nichtdemokratische Regime am entschiedensten ab. Das müssen wir doch endlich einmal zur Kenntnis nehmen! *(Beifall bei der FDP. – Zustimmung des Abg. Dr. Lohmar [SPD].)* Es nützt nichts, daß wir als Beispiele hier immer wieder die extremen Studenten nennen. Wir müssen im Interesse der Objektivität die ganze Wahrheit sagen und dürfen die anderen Studenten nicht unterschlagen. *(Beifall bei der FDP.)*

... Allerdings – das muß ich hier auch sagen – lehnen 49 % der Studenten die Große Koalition ab. Das sind mehr als in den anderen Bevölkerungsgruppen. Nur 12 % geben eine eindeutige Zustimmung zur Großen Koalition zu erkennen. Im Vergleich dazu lehnen nur 41 % der Jugendlichen im allgemeinen nur 34 % der Gesamtbevölkerung die Große Koalition ab. *(Abg. Schmidt [Hamburg SPD]: Herr Scheel, sagen Sie doch endlich mal ‚Volk' statt ‚Bevölkerung'! Das letzte ist ein Luftschutzausdruck!)* – Na gut. Ich bin mir über die sprachlichen Hintergründe nicht ganz klar, aber vielleicht ließe sich darüber nachher noch einmal etwas sagen.

Wenn Sie diese Zahlen in eine Relation zu der Feststellung, daß die Studenten die am besten Informierten und die mit der präzisesten Meinung sind, setzen, sprechen diese Ergebnisse ja nicht gegen die Studenten; möglicherweise – ich bin ganz zurückhaltend – sprechen sie gegen die Funktionsfähigkeit der Großen Koalition. *(Beifall bei der FDP.)* ..."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 19 v. 8. 5. 1968.

Dipl.-Kaufmann Lieselotte Funke (FDP)

erwähnt in der Bundestagssondersitzung zur Hochschulreform (175. Sitzung am 7. 5. 1968) u. a. auch die Meinungsäußerungen während der Aktuellen Stunde v. 9. 2. 1968:

„. . . Es war doch bedrückend, in diesem Hause zu spüren, wie am 9. Februar überhaupt Applaus und gar starker Applaus nur entstand, sobald von Ruhe, Sicherheit und Durchgreifen die Rede war *(Beifall bei der FDP)*, und wie ruhig und fast unwillig man war, wenn es um das Verständnis der Ursachen ging . . .
Das Erschrecken in unserer Bevölkerung über die gestörte Ruhe und Ordnung und der Ruf nach der Ordnung war groß. Ich habe mich manchmal gefragt, und ich habe auch die Menschen gefragt: Welche Ordnung meint ihr denn? Meint ihr wirklich die konfliktreiche parlamentarisch-demokratische Ordnung, oder liegt euer Weltbild nicht doch noch bei stark autoritären Vorstellungen, wo eben die Ordnung, verstanden als das Bestehende, entscheidend durch die Polizei gewährleistet wird und Disziplin und Ordnung mehr in Unterwerfung besteht? Die Vorstellungen von der konfliktreichen Demokratie sind in unserer Bevölkerung nicht groß, und die Fragen der Politik stehen in weiten Teilen unserer Bevölkerung am letzten Ende. So trifft diese sich politisch engagierende Jugend auf eine völlig apolitische Bevölkerung. Das fängt im Elternhaus an . . ."

Quelle: „Frankfurter Rundschau" v. 14. 5. 1968.

Harri Ristock (SPD),

Stadtrat für Volksbildung, Mitglied des Landesvorstandes der Berliner SPD und Kreisvorsitzender in Berlin-Charlottenburg. Gegen Ristock ist wegen seiner Teilnahme an der Vietnam-Demonstration vom 18. 2. 1968 ein Parteiausschlußverfahren eingeleitet worden; bis zur endgültigen Klärung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe ruhen seine Vorstandsämter:

„. . . Das erste Mal in der deutschen Geschichte haben wir nach 1945 deutsche Jugend schlecht und recht demokratisch erzogen . . . Erzogen in der demokratischen Theorie und ausgestattet mit einem radikalen Gewissen erkennen sie die Widersprüche zwischen dieser demokratischen Theorie und der zum Teil reaktionären Praxis der sogenannten politischen Erwachsenen. Diese sogenannten politischen Erwachsenen sind trainiert im tagespolitischen Opportunismus, kennen die Schliche der Manipulationen der Massen, nutzen das Vokabular heuchlerischer politischer Sonntagsredner und verdecken die Grundwidersprüche unserer Zeit. Die junge Generation, die Demokraten, die Arbeiter, die Denkenden in diesem Land verurteilen zu Recht die totalitären Strukturen einiger sogenannter sozialistischer Länder. Aber sie vermissen die gleiche und eine notwendig viel härtere Aussage zum Hinmorden eines Volkes, des Volkes der Vietnamesen! Sie verurteilen die freundschaftlichen Beziehungen zu jenen reaktionären Militärdiktaturen in Mittel- und Südamerika, in Spanien, Portugal und in Griechenland. Wo bleibt der Aufschrei unserer Superdemokraten, wo bleiben die politischen Maßnahmen

für die in Konzentrationslagern und Zuchthäusern befindlichen Bürger dieser Völker? . . .
Man redet von der gespaltenen Welt, vom gespaltenen Land, von der gespaltenen Stadt. Man belobigt die Studenten in Warschau, in Prag und dann begegnet man in dieser Stadt politischen Argumenten mit Wasserwerfern, Polizeiknüppeln und Inhaftierungen. Eines sei an dieser Stelle einem Teil der politisch derzeitig Herrschenden gesagt: die Fronten laufen nicht vertikal, sondern horizontal. Die in Warschau, die in Prag und die in Berlin sind Freunde, haben die gleichen Gegner und Feinde. Gegner und Feinde in den erstarrten Bürokratien kommunistischer Staaten, Gegner und Feinde in der verfälschten, in Entartung befindlichen Demokratie in unseren Bereichen . . ."

Quelle: Unveröffentlichtes Manuskript einer Rede, gehalten am 17. 4. 1968 auf der Kundgebung „Macht einen neuen Anfang" in West-Berlin.

Fritz René Allemann

Schweizer Publizist und Deutschland-Experte, Autor des vieldiskutierten Buches „Bonn ist nicht Weimar" (1965) in dem Artikel „Bonn ist dennoch nicht Weimar":

„Die Große Koalition – täuschen wir uns nicht darüber – ist praktisch nichts anderes als die genaue politische Entsprechung zu jener nebelhaften ‚formierten Gesellschaft', von der Ludwig Erhard in seiner verhängnisvollen Vorliebe für ebenso wohltönende wie wolkige Formulierungen geträumt hatte: einer Gesellschaft der perfekten ‚Integration' und der ebenso spannungslosen wie trügerischen Eintracht, in der die austretenden Konflikte nicht ausgekämpft, sondern entweder versöhnt oder aber schlicht erstickt werden. Eine Demokratie ohne Opposition aber ist eine Suppe ohne Salz. Mit einem Unterschied: Aus Diätgründen mag man einmal salzlos essen müssen, weil das dem Körper gut bekommt. Die oppositionslose Demokratie jedoch schmeckt nicht nur fade; sie ist zudem noch eine unbekömmliche Kost, die entweder träge und schlaff macht oder aber heftige Abwehrreaktionen in einem Organismus erzeugt, der der Spannungen bedarf, um lebendig zu bleiben . . .
Solange die SPD außerhalb der Regierung stand, war sie zwar genauso ein Teil des ‚Establishment' wie jetzt, da sie im Kabinett sitzt. Aber sie beließ denen, die auf Veränderungen hofften – mit Ausnahme kleiner, von jeder Massenbasis abgeschnittener Außenseiter-Gruppen – zum mindesten die Hoffnung auf eine mögliche reformfreudigere Administration. In dem Augenblick aber, da diese Hoffnung durch die Große Koalition durchkreuzt wurde, begann der Weizen des Extremismus zu blühen. Wer die Demonstrationen und die Akte der Gewalttätigkeit, in denen sich die ‚Außerparlamentarische Opposition' gefällt, als Produkte einer raffiniert ausgedachten Umsturz-Strategie interpretiert – wie das vor allem die

Springer-Presse unentwegt tut –, der übersieht diesen Zusammenhang: Sie sind in Wahrheit weniger das Ergebnis eines robusten Machtwillens als eine Manifestation der Ohnmacht: Die Randalierer randalieren, weil sie keine andere Chance sehen, wie sie ihre Ablehnung der Zustände wirksam bekunden sollten."

Quelle: „Stern", Nr. 20 v. 19. 5. 1968.

Walter Scheel (FDP),

FDP-Vorsitzender, in der 165. Sitzung v. 2. 4. 1968:

„. . . Gestatten Sie der Opposition zu sagen, die Regierung entscheidet wenig, sie entscheidet langsam und sie entscheidet schlecht. Sie kommt mir vor wie ein Koloß, der ja nach dem bekannten Sprichwort auf tönernen Füßen steht, und sich – wenn überhaupt – nur ganz langsam zu bewegen wagt, weil er die berechtigte Furcht hat, daß bei schnellerer Bewegung die Füße wegbrechen könnten. *(Beifall bei der FDP.)*
Aber eins hat diese Regierung der Großen Koalition doch bewirkt: sie hat eine Klimaveränderung in der Innenpolitik im Gefolge gehabt, im Verhältnis der Öffentlichkeit zur Demokratie, und zwar keine günstige Klimaveränderung. Von der Regierung geht keine politische Inspiration aus. Sie mobilisiert nicht die demokratischen Kräfte in unserem Volk, und sie entfacht einfach keine Energien. Sie verheißt auch keine Ziele, die einen ansprechen, und es lohnt sich nicht, sich dafür politisch zu engagieren; ganz im Gegenteil – das ist, glaube ich, unter uns allen unbestritten –, sie verbreitet eher Resignation, Enttäuschung und Unruhe, manchmal sogar Widerstand . . .
Es gibt gar keinen Zweifel darüber, daß in weiten Kreisen unseres Volkes ein Mißtrauen – und ich meine, ein berechtigtes Mißtrauen – in die volle Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie entstanden ist. Ich will hier nicht behaupten, daß die Koalitionsparteien oder die Regierung der Großen Koalition die Ursache dafür seien oder sein könnten. Man kann nicht sagen, ob die Regierung der Großen Koalition Ursache oder Wirkung, Ursache oder Symptom dieser Entwicklung ist. Aber ich meine, wir alle sollten darüber nachdenken, wie wir diese Stimmung und Malaise in der deutschen Öffentlichkeit auffangen, was wir tun müssen, um die Interessen der Öffentlichkeit für die parlamentarische Demokratie wieder zu wecken, um die junge Generation zu engagieren, um ihr ein Ziel zu geben . . ."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 15 v. 10. 4. 1968.

Helmut Schmidt (SPD),

Fraktionsvorsitzender, in der 169. Sitzung des Bundestages v. 30. 4. 1968:

„... Dieser Staat hat seine Fehler, wenn Sie wollen, tausend Fehler. Diese Gesellschaft, diese Wirtschaft hat tausend Fehler. Übrigens hat jede Demokratie tausend Fehler, schon im Abstrakten, zum Beispiel den eingebauten Fehler, daß in der Demokratie derjenige, der regieren will, des Stimmzettels der Wähler bedarf, und damit die Wähler auch wirklich für ihn stimmen, muß er sich beim Volke beliebt machen, jedenfalls aber nicht unbeliebt. Das ist einer der eingebauten Fehler in einer Demokratie. *(Beifall bei den Regierungsparteien.)*
Da kann ich eine ganze Menge eingebauter Fehler hier aufzählen, nur um diese idiotische Oberlehrerillusion einmal vom Tisch zu kriegen, als ob die Demokratie etwas schlechthin Ideales wäre ...
Demokratie ist ein Prozeß und nicht ein Zustand. *(Beifall bei der SPD.)*
So haben also auch jugendliche Demokraten die Pflicht, das auszusprechen, was sie an Kritik und an alternativem Vorschlag in ihrem Kopf haben ..."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 19 v. 8. 5. 1968.

Dr. Helmut Lemke (CDU),

Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, in der Bundestagssondersitzung zu Hochschulfragen, 175. Sitzung am 7. 5. 1968:

„... Die Jugend – heute wie früher – ist ehrlich, hilfsbereit und selbstbewußt. Die technische Umgebung hat sie allerdings zugleich sehr viel nüchterner gemacht. Sie will die Wahrheit erfahren und Entscheidungen haben. Die bitteren Erfahrungen und Erkenntnisse der Älteren sind ihr nicht zugänglich: die Jugend kennt keine Unfreiheit, keine Arbeitslosigkeit, keinen Krieg, keine Zuteilung, keine Not, keine Angst, kein Reich, kein Königsberg, kein Breslau, sie kennt nicht den Wert der erstmals errungenen freiheitlich-sozialen Staats- und Gesellschaftsordnung. Die Jugend sieht vielmehr unklare Antworten zu den Ereignissen in Vietnam, in Kleinasien, zur Wiedervereinigungsfrage, zur Europa-Frage. Sie sieht das Ausweichen vor klaren Entscheidungen in innenpolitischen Fragen, jahrelange Verzögerungen in der Hochschulreform; sie empfindet, daß sie vielfach nicht gehört worden ist – daher die Skepsis gegenüber unserer parlamentarischen Parteidemokratie –, ohne allerdings andere Vorschläge zu haben, abgesehen von dem von allen abgelehnten antidemokratischen Rätesystem. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung, der soziale Rechtsstaat sei eben nicht da. Sie will hören, was also geschehen soll ...!

Quelle: „Das Parlament", Nr. 20 vom 15. 5. 1968, S. 3.

Dr. Hans Friderichs (FDP),

Mitglied der FDP-Bundestagsfraktion, in der Debatte zur Regierungserklärung „Zur Lage der Nation“:

„. . . Diese Generation, Herr Bundeskanzler – und das stört sie auch an dieser Regierung –, erwartet, daß die Politiker, wie hier, Sie im Kabinett, wieder mehr gestalten als verwalten.
Sie will eine auf die Zukunft bezogne Politik haben, die sich nicht darin erschöpft, verwaltungstechnische Korrekturen anzubringen, sondern die ein klares politisches Leitbild gibt, ein Leitbild, das Sie nicht schaffen können durch Kompromiß im Grundsatz, sondern mit der Mehrheitsentscheidung, dem Mut zur Entscheidung . . .
Diese Generation bemängelt das Demokratieverständnis, sie bemängelt es deswegen, weil zu lange vorgegaukelt worden ist, daß wir in einer konfliktlosen Gesellschaft leben, formiert genannt oder wie auch immer, einer Gesellschaft, die einfach nicht wahr war und die sie auch nicht als wahr angenommen hat, weil sie wußte, daß sie selbst täglich vor Konflikten stand, die man eben nicht mit Kompromissen lösen kann, sondern vor Konflikten, die man durch Entscheidungen lösen kann.
Ja, ich glaube, dieser Generation ist viel zugemutet worden; denn als sie begann, politisches Bewußtsein zu haben, wurde ein Wahlkampf geführt, auch um die Stimmen der jungen Generation, mit dem Slogan ‚Keine Experimente!‘ Meine Damen und Herren, ein Slogan ‚Keine Experimente!‘ ist das Unpolitischste, was sich eine politische Partei in einer Demokratie leisten kann; deswegen verliert sie einen Anspruch, dazu beizutragen, diese Generation zum Demokratieverständnis zu bringen . . .“

Quelle: „Das Parlament“, Nr. 14 v. 3. 4. 1968, S. 14.

Ernst Benda (CDU),

Bundesinnenminister, im Schlußwort zur 2. Lesung der Notstandsverfassung am 16. 5. 1968 über ein Gespräch zwischen Politikern und „engagierten“ Schriftstellern:

„. . . Bei diesem Gespräch sagte Heinrich Böll – ich glaube, er hatte recht, und wir haben den Vorwurf, den er damals manchem von uns machte, wohl verdient –, man erkenne den Politiker und die Qualität dessen, was er politisch wolle, auch an seiner Sprache; eine unklare oder, wie er, glaube ich, sagte, eine verluderte Sprache berechtige zu der Annahme, daß mit dem, was sie politisch aussagen soll, auch etwas nicht in Ordnung sei. Ich bitte sehr darum, daß Menschen wie Heinrich Böll im Lichte dieser Aussage einmal den Inhalt z. B. mancher der erwähnten Spruchbänder überprüfen. *(Beifall bei den Regierungsparteien und Abgeordneten der FDP.)* . . .“

Quelle: „Das Parlament“, Nr. 22 v. 29. 5. 1968, S. 15.

Günter Grass,

Schriftsteller, auf dem SPD-Parteitag 1968 in Nürnberg:

„... Warum protestiert die Jugend? Wer gefährdet hier den Staat, und wer ist in der Tat von Fall zu Fall parteischädigend? Wir müssen doch überlegen: Wer repräsentiert diesen Staat der Zeit? Wie stellt er sich einer Jugend dar, die mit den Hypotheken, den verschleppten Hypotheken ihrer Väter und Großväter auf diese Art und Weise nichts mehr zu tun haben will? Die beiden höchsten Staatsämter, das Amt des Bundespräsidenten und das Amt des Bundeskanzlers, sind besetzt von zwei Männern, die nicht eindeutig über ihre Vergangenheit während der Nazi-Zeit Auskunft geben können. *(Beifall.)*
Ich gebe zu, daß sich die SPD vielleicht nicht in der Lage sieht, weil sie durch die Große Koalition mit der CDU verbunden ist, hier über diese Tabuisierung zu sprechen ... Wenn wir mit der Jugend diskutieren wollen, ... dann müssen diese Dinge ausgesprochen werden. *(Beifall.)*
Es darf nicht sein, daß das passiert, was sich jetzt schon abzeichnet, daß, wie im Fall Krüger, Oberländer und Vialon von der DDR das Material gegen Kiesinger geliefert wird und die ‚National- und Soldatenzeitung', wie sie es jetzt schon mit Schlagzeilen tut, gleichzieht. Wir müssen das hier bei uns austragen, bevor die Argumente von der falschen Seite kommen. Nur so läßt sich mit dieser Jugend sprechen. Ihre Fragen sind berechtigt. Ich warne vor jeder Arroganz der Macht ..."

Quelle: SPD-Parteitag, Arbeitsgemeinschaft C, Unkorrigiertes Protokoll, S. 57.

Professor Dr. Walter Kreck,

Professor für Systematische Theologie an der Universität Bonn, schreibt zum Thema „Von der Unglaubwürdigkeit offizieller Politik – Gedanken zur Unruhe unter der Jugend":

„... Warum erscheint dieser jungen Generation unsere Gesellschaft weithin unglaubwürdig? Generell kann man sagen: Sie glaubt einen eklatanten Widerspruch zwischen der offiziellen Berufung auf unsere ‚freiheitlich-rechtsstaatliche Ordnung', auf Demokratie, und ihrer faktischen Praktizierung feststellen zu können ... Nicht zufällig ist für viele die Einstellung zum Vietnamkrieg eine Art Testfall. Man behauptet bei uns, die Freiheit, auch unsere Freiheit, werde in Vietnam verteidigt. Aber muß man nicht zu dem Schluß kommen, daß in Wirklichkeit amerikanische Weltmacht- und Wirtschaftsinteressen auf dem Spiel stehen, wenn man sieht, wie diese ‚Befreiung' mit den schrecklichsten Vernichtungswaffen gegen den Willen der überwiegenden Mehrheit des vietnamesischen Volkes durchgeführt wird – scheinbar legitimiert durch die Angst vor dem Kommunismus und dem gefürchteten Prestigeverlust einer großen Nation? Darüber

ließ uns die deutsche Presse weithin im dunkeln. Welche Diffamierungen mußten sich die gefallen lassen, die dagegen protestierten! Wie lange dauerte es, bis der Bundestag, der sonst so sehr die Selbstbestimmung der Völker fordert, sich vorsichtig dazu äußerte, und wie bedenklich ist es, wenn der Bundeskanzler ein deutliches Wort an die Adresse der verbündeten USA scheute mit der Begründung, wir Deutschen hätten nach unserer Vergangenheit dazu kein Recht! Als ob nicht das gerade ein echter Freundschaftsdienst gegenüber den USA im Sinne der besten Ideale dieser Nation sein könnte ..."

Quelle: „Frankfurter Rundschau" v. 25. 4. 1968.

Walter Scheel (FDP),

Bundesvorsitzender der Freien Demokratischen Partei, in der Aktuellen Stunde, 154. Sitzung des Bundestages am 9. 2. 1968:

„... Meine Damen und Herren, ich habe Abend für Abend erlebt, daß es in der Studentenschaft, bei der Jugend überhaupt eine große Mehrzahl gibt, die nicht antidemokratisch ist, sondern die die Demokratie mit mehr Leben erfüllen will. Es gibt eine Minorität antidemokratischer Jugendlicher. Wir können den Gutwilligen, die die Demokratie schützen und fördern wollen, keine Schlagworte entgegensetzen. Wir müssen – ich bin froh, daß Herr Dr. Barzel das gesagt hat – ihnen beweisen, daß wir eine offene Gesellschaft sind.

Aber sind wir das? Ist das, was wir formierte Gesellschaft nennen und wollen, eine offene Gesellschaft? Weichen wir nicht auch hier den Konflikten allzusehr aus, die nun einmal eine offene Gesellschaft kennzeichnen? Ist die Funktionsfähigkeit des Parlaments noch voll erhalten? Wenn der Innenminister in einer Broschüre sagt, daß die hier Versammelten eigentlich nur auf der Basis eines Wahlgesetzes hierher geschickt worden sind, das man höchstens als Meinungsmessung bezeichnen kann *(Hört! Hört! bei der FDP.)* und daß es eines anderen Wahlgesetzes bedürfe, wenn man ein funktionsfähiges Parlament haben wolle, ja, wundern Sie sich dann noch über Zweifel bei der Jugend? *(Beifall bei der FDP.)*

Ist es nicht so, daß in diesem Parlament wichtige politische Fragen nicht diskutiert werden? Ist es nicht merkwürdig, daß die Titelseiten aller Zeitungen in Deutschland seit Jahren über den Krieg in Vietnam berichten und hier nicht darüber gesprochen wird? Ist das nicht merkwürdig? *(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der SPD.)*

Ist es nicht merkwürdig, daß der Herr Bundeskanzler die DDR ein Phänomen nennt und sich schwertut, den Ministerpräsidenten der DDR mit seiner Amtsbezeichnung zu nennen? Ist es nicht merkwürdig, daß in der Öffentlichkeit immer noch eine lebhafte Diskussion über die politische Vergangenheit prominenter Repräsentanten unseres Staates geführt wird?

Dabei kommt es gar nicht so sehr darauf an, ob das zu Recht oder zu Unrecht so ist, sondern es kommt darauf an, daß man sich zu dem, was gewesen ist, bekennt, daß endlich Klarheit wird. *(Beifall bei der FDP.)*
Ist an der Entwicklung nicht auch der Herbst des Jahres 1966 schuld, in den doch so manche junge Menschen eine Hoffnung gesetzt haben und wo sich eine Partei ihres Führungsanspruchs, den sie hätte erheben können, praktisch begeben hat? *(Beifall bei der FDP. Zurufe von den Regierungsparteien.)*
Auch das, meine Damen und Herren, ist Ursache für das, was wir heute erleben. Da reicht es nicht aus, Herr Kollege Schmidt, wenn Sie heute im ‚Echo der Zeit' Kritik an dieser Regierung üben und sagen: diese Regierung muß mutiger werden. Das reicht nicht aus; diese Regierung sind nämlich Sie! . . ."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 7 v. 14. 2. 1968.

Karl Moersch (FDP)

in der Bundestagsdebatte über den Bericht des Bundeskanzlers „Zur Lage der Nation" 1968:

„. . . Es herrscht hier bei der Regierung eine andere Vorstellung von Gesellschaft und Staat, als in unserem liberalen Verständnis von Demokratie herrschen sollte. Für uns ist der Staat die Organisationsform der Gesellschaft. Für den Sprecher der Bundesregierung, wenn ich seine Antworten gestern recht nachgelesen habe, ist der Staat eine Sache an sich, gewissermaßen ein höheres Wesen. Deswegen leitet er ab, daß der Sprecher des Bundespresse- und Informationsamtes als Staatssekretär auch das Recht haben könne, gegen die Beschäftigung eines Journalisten in einer Fernsehsendung zu intervenieren, während wir Liberalen meinen, daß es dieses Recht überhaupt nicht gibt, weder für die Regierung noch für den Staat, sondern daß es nur das Recht gibt, Äußerungen zu kritisieren, die dort gemacht werden, und das, wenn es sein muß, in aller Schärfe.
Ich glaube, an diesem anderen Verständnis von Demokratie – und unser Verständnis ist durch das Grundgesetz gedeckt, wenn ich das hier mal sagen darf –, an diesem anderen Verständnis vom Wesen des Staates scheitert mancher Dialog zwischen den Vertretern der Bundesregierung sowie vor allem der CDU/CSU-Fraktion in diesem Hause und etwa der Studenten, die nicht Anhänger der parlamentarischen Gruppen, sondern durchaus demokratische Reformer sind. Sie finden eben nicht die gleiche Sprache, die diese Studenten sprechen, die demokratiewillig sind und die Demokratie reformieren möchten, wenn sie eine andere Vorstellung vom Staat vertreten, als sie den Grundrechten und der Stellung der Grundrechte in unserem Grundgesetz entspricht . . ."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 14 v. 3. 4. 1968, S. 13.

Heinrich Lummer (CDU),

Mitglied der CDU-Fraktion, im Abgeordnetenhaus von Berlin:

„. . . Diejenigen, die heute an Staat und Gesellschaft Kritik üben, orientieren sich zunächst immer an der Vernunft, der Rationalität. Bei näherem Hinsehen sieht es allerdings anders aus. Gerade die großen Vernunftanbeter, gerade Schüler und Studenten, die rational geschulte Akademiker werden wollen, rennen hinter emotionalen Symbolen her. Vietkong-Fahnen, Lenin- und Che-Guevara-Bilder, Plaketten aller Art auf allen denkbaren Körperteilen sind ganz gewiß nicht Ausdruck nüchterner und rationaler Argumentation, sondern ihr Gegenteil. Ebensowenig sind Ho-Tschi-Minh-Rufe, Tanzdemonstrationen und die charismatisch anmutende Führerrolle solcher Typen wie Dutschke ein Stück vernünftiger Beweisführung. Es ist die Flucht in die Emotion, die der nüchterne und in einem bestimmten Sinne weltfreie demokratische Staat nicht zu bieten vermag. Es gibt keine staatliche Jugendorganisation, in der man spielt und singt. Die Demokratie hat keine Helden, denen sie Lorbeer flicht. Und sie hat keine Lieder für die Jugend. Sie ist ganz entscheidend auf Diskussionen und vernünftige Auseinandersetzung angelegt. Darin liegt ihre Schwäche und ein Stück Erfolgsaussicht für solche Radikalen, die mit Gefühlen arbeiten. Die Nazis hatten Fahnen und ihre Lieder: die Kommunisten haben sie, die Demokratie amerikanischer und deutscher Prägung hat nur Schlager von Liebe, Heimweh und Träumen.
Wir müssen das sehen und fragen, ob ein Mensch ohne Werte des Gefühls und ihre Symbole auszukommen vermag, wenn er in einer Gemeinschaft lebt. Etwa das, was der Begriff Vaterland bedeuten kann . . ."

Quelle: „Berliner Politik", Monatszeitschrift des Landesverbands Berlin der CDU, H. 5, Mai 1968.

Professor Dr. Werner Stein (SPD),

Berliner Senator für Kultur und Wissenschaft:

„. . . Die Jugend erwartet von uns auch klärende Worte über schwierige Probleme, die wir nur allzuoft aussparen und nicht anpacken. Sicherlich sind wir oft in der Lage, untersuchen zu müssen, ob wir eine Demonstration, sagen wir etwa gegen die amerikanische Politik in Vietnam, zulassen können oder nicht. Aber die Jugend erwartet, daß wir auch ernsthafte Diskussionen darüber führen, was über die Politik in Vietnam zu sagen ist und welche Rückwirkungen sie auf uns selbst haben kann. Dasselbe gilt für die Pressekonzentration und andere schwierige Themen, die viel zu lange im Gesprächskatalog der Parteien gefehlt haben und wo die Jugend gesagt hat: hier ist einfach eine Lücke, die wir mit unseren Mitteln füllen. Und diese Mittel waren allerdings allzu oft unzulänglich und un-

brauchbar. Aber eine Schuld dafür haben die, die diese Fragen nicht offen angepackt haben und sie nicht so mit der Jugend diskutiert haben, wie sie sie diskutiert haben will. Das ist das Problem, auf das es hier ankommt . . ."

Quelle: Abgeordnetenhaus von Berlin, Stenographischer Bericht, 8. 2. 1968.

Willy Brandt (SPD),

SPD-Vorsitzender und Bundesaußenminister, auf dem Parteitag der SPD in Nürnberg am 18. 3. 1968:

„. . . Selbstkritisch müssen wir sagen: unter der Last der Alltagsarbeit, beim Herumschlagen mit unzähligem Kleinkram, haben wir es nicht hinreichend verstanden, die Gedanken der sozialen Demokratie, die den Weg in eine gute Zukunft zeigen, so deutlich zu machen, daß daraus eine zündende Idee im politischen Ringen dieser Tage werden konnte. Wir haben in den Jahren, die hinter uns liegen, durchweg solide Arbeit geleistet; aber die Arbeit an einem klaren gesellschaftspolitischen Konzept ist zu kurz gekommen. Manche Unsicherheit im Lande rührt daher, daß den Menschen unbequeme Wahrheiten vorenthalten wurden und daß ihnen nicht deutlich und überzeugend genug gesagt wurde, was sie von uns als Staat oder als Partei zu erwarten haben . . .
Ich meine nicht, Ruhe sei die erste Bürgerpflicht; aber es ist doch wohl so, daß von der Freiheit der Meinungsäußerung einige Leute Gebrauch machen, um Intoleranz und Terror zu etablieren. Das muß man sehen, und das darf man nicht hinnehmen. Pöbel bleibt Pöbel, auch wenn junge Gesichter darunter sind. Intoleranz und Terror, ob sie von links kommen oder von rechts, dürfen die Freiheit nicht benutzen, um sie zu zerstören. Wenn wir diese Lehre nicht gezogen haben, wenn wir nicht danach handeln und mit einigen Radaubrüdern nicht fertig werden, dann haben wir es nicht besser verdient . . ."

Quelle: „Tatsachen und Argumente", hrsg. v. SPD-Bundesvorstand, Nr. 238/68, S. 5.

Professoren der Freien Universität Berlin:

„Der Mordanschlag auf ein Mitglied unserer Universität und die daraus entstandenen Folgen konfrontieren uns mit wachsender Gewalt und dadurch mit der Gefahr der Anarchie. Die weitere Entwicklung ist noch nicht abzusehen. Für die Ursachen tragen nicht zuletzt die Inhaber der politischen Machtmittel die Verantwortung.
Das Vertrauen in die Demokratie schwindet wegen der immer sichtbarer werdenden Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Die Verständnislosigkeit und Immobilität der Regierenden und der sie tragenden

Parteien hat vielfach den Eindruck erweckt, daß nur drastischer Druck Verbesserungen bringen kann.
Die Situation erfordert mehr Einsicht, Offenheit und Selbstkritik, als die Verantwortlichen bisher in der Bundesrepublik und in der Stadt Berlin gezeigt haben. Eine Staatsgewalt, die sich gegen Proteste und Ausschreitungen von Studenten nur mit Hilfe der Polizei durchsetzen kann, trägt damit zu einer ständig gefährlicher werdenden Polarisierung und Eskalation der Konflikte bei.
In dieser Lage ist zu bedenken:
a) Demokratie ist keine bequeme Lebensform. Sie erfordert von allen Selbstkritik und die Bereitschaft zur Umstellung von erstarrten autoritären oder doktrinären Verhaltensweisen auf partnerschaftliche Beziehungen zwischen allen Mitgliedern der Gesellschaft.
b) Demokratie verlangt deshalb gewaltfreie Auseinandersetzungen mit anderen Meinungen und die Suche nach rationalen Lösungen im öffentlichen Leben.
c) Demokratie ist auf Aufklärung und damit auf Freiheit und Wahrheit der Information angewiesen. Presseorgane, die durch einseitige Manipulation und Deutung der Nachrichten systematisch zur Aufhetzung ihrer Leser mißbraucht werden, dienen dieser Aufgabe nicht."

Helmut Arndt, Richard F. Behrendt, Herwig Blankertz, Dieter Claessens, Fritz Eberhard, Jörg Eichler, Ossip K. Flechtheim, Carl Ludwig Furck, Klaus Günther, Walter G. Kühne, Georg Kümmel, Rudolf Lehnert, Karl-Heinz Lindenberger, Charles Harold Nichols, Alexander Schwan, Kurt Sontheimer, Rudolf Stephan, Peter Szondi, Jacob Taubes, Klaus Urich, Wilhelm Weischedel, Siegfried Wilking, Gilbert Ziebura

Quelle: Anzeige im „Tagesspiegel" v. 18. 4. 1968.

Professor Dr. Siegfried Landshut,

Prof. em. für Politik an der Universität Hamburg, in seinem Vortrag „Marx heute – Zur 150. Wiederkehr seines Geburtstages am 5. Mai 1968" vor der „Gesellschaft der Freunde und Förderer der Akademie für Wirtschaft und Politik, Hamburg":

„. . . Diese Selbstentfremdung des Menschen, diese Diremption, wie Marx diese Überwältigung des unmittelbaren Lebens durch die Ergebnisse der eigenen Tätigkeit des Menschen nennt, ist, seit Marx das Phänomen entdeckt hat, bis heute die gleiche geblieben . . .
Anpassung des eigenen Lebens und Strebens an die etablierten Verhältnisse – oder im neuesten Jargon: an das Establishment. Und je krasser und aufdringlicher die Fremdheit der etablierten Welt sich aufdrängt und es insbesondere von der Jugend als eine empörende Zumutung empfun-

den wird, die lebendige Menschlichkeit dem unmenschlichen System zum Opfer zu bringen, desto groteskere, ja mitunter karnevalistischere Formen nimmt dieser Aufstand gegen die eiserne Maske der Gesellschaft an. Die rebellierende Jugend folgt der Aufforderung von Marx: ‚. . . alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.' Nur zeigen die Maskierungen, die wilden Bärte, die abgegriffenen Pullover oder stilisierten Kostüme, in denen die Rebellen ihres eigenen Selbst habhaft zu werden versuchen, wie sehr sie selbst ein hilfloses Opfer der Selbstentfremdung geworden sind . . ."

Quelle: Manuskript, das demnächst in der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst" erscheint.

Professor Dr. Carlo Schmid (SPD),

Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder, in der Bundestagssondersitzung zu Hochschulfragen, 175. Sitzung am 7. 5. 1968, über das Unbehagen an der Verfassungswirklichkeit:

„. . . Es ist kein Zweifel, daß in Deutschland, in der Bundesrepublik, heute ein ‚malaise', ein Unbehagen mit unserer Verfassungswirklichkeit besteht. Bei den Studenten ist es am deutlichsten sichtbar. Aber sie sind nur die Spitze des Eisberges. Unter der Oberfläche ist sehr viel Eis. Ich meine damit nicht die Leute, die meinen, sie müßten unsere Maos sein . . .

Dieses Unbehagen hat viele Gründe. Zum Teil kommt es daher, daß man sich von der Großen Koalition – fast 90 % der Stimmen im Bundestag – Dinge versprochen hat, die man sich davon nicht hätte versprechen dürfen. Nun empfindet man Unbehagen darüber, daß von dem, was man sich versprochen hatte – Wunderdinge zum Teil –, nicht viel, jedenfalls nicht alles, geschaffen worden ist, und man denkt nicht daran, daß es aus Gründen, die wir nicht immer zu vertreten haben, nicht geschaffen werden konnte.

Dazu kommt noch etwas anderes, und das scheint mir vielleicht noch bedeutsamer zu sein. Unsere Jugend vor allem, aber auch wir anderen, haben es nicht so gut wie andere Völker. In unserem Staat gibt es nichts, das Glanz hätte. Es wird wahrscheinlich noch lange Zeit nichts in diesem Staat geben, das Glanz hat. Das liegt an dem Krieg; das liegt an den ‚tausend Jahren' und an manchem anderen noch dazu. Aber es ist so und es ist sehr schwer für ein Volk, im bloßen Grau des Alltags zufrieden mit sich selber und seinen Lebensordnungen zu leben *(Beifall bei den Regierungsparteien)* und mit dem, was in der amerikanischen Erklärung der Menschenrechte ‚pursuit of happiness' heißt. Das ist notwendig, aber es genügt für sich allein nicht. Der Mensch lebt nicht vom Wohlstand allein.

. . . Ein Volk muß das Gefühl haben, vor allen Dingen eine Jugend muß das Gefühl haben können, daß es für einen selber und für die Welt gut

ist, daß es diese Nation und ihren Staat gibt. Nur dann wird es mit der Leidenschaft unruhig sein können, die dem Staate guttut und die ihn nicht anfrißt wie Ratten. Dieses Selbstgefühl könnte von uns geschaffen werden, wenn wir unser Bildungswesen, unser Hochschulwesen – beides gehört zusammen, es gibt letztlich nur eines – so einrichten, daß jeder einzelne weiß, daß, wenn er will, er von Staats wegen die Möglichkeit hat, das in ihm an Begabung und Energie Angelegte voll zu entfalten. *(Beifall bei den Regierungsparteien.) . . .*"

Quelle: „Das Parlament", Nr. 20 vom 15. 5. 1968, S. 10.

3. Reaktion: Reformvorschläge

a) Die Annahme der Herausforderung

Willy Brandt (SPD)

in seiner Rede als Vorsitzender auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg am 18. 3. 1968:

„... Noch ist es nicht lange her, da machten wir uns Sorgen über die Indifferenz vieler junger Menschen. Wir kreideten ihnen an, sie dächten nur materiell, an Karriere und Pension. Und jetzt? – Jetzt, da junge Menschen, da Studenten zum Teil weit über jedes vernünftige Ziel hinausschießen und wissen, wogegen, aber noch nicht, wofür sie sind, jetzt fällt einigen nichts anderes ein als nach der Autorität des Staates zu rufen. Das kann nicht ausreichen. Dann gibt es Leute, die sich freuen, wenn Studenten in Prag und in Warschau, in Moskau und in Budapest demonstrieren, und es schön finden, wenn sie dort mit der Polizei in Konflikt geraten. Das, so gesagt und geschrieben, kann bis zur Heuchelei führen und die Jugend in eine immer stärkere Negation treiben ...
Nun, Jugend ist kein Verdienst, Alter ist kein Verdienst. Nach meinen Erfahrungen ist Jugend ein Kredit, der jeden Tag kleiner wird. Die Selbstherrlichkeit junger Leute ist ebenso töricht wie die Besserwisserei der Alten. Das sollte man sich täglich als Vater sagen. Hoffentlich sagen sich das manchmal auch die Söhne ..."

Quelle: „Tatsachen und Argumente", hrsg. v. SPD-Bundesvorstand, Nr. 238/68, S. 5.

Professor Dr. Klaus Oehler,

Professor für Philosophie an der Universität Hamburg:

„Das positivste Moment der studentischen Aktivität ... sehe ich in der politischen Bewußtseinsbildung und in der Zunahme der Einsicht in gesellschaftliche Zusammenhänge ... Wenn dies das bleibende Ergebnis der aufkommenden Unruhe unter unseren Studenten ist, dann dürfte das Jahr 1967 der Beginn eines neuen Abschnittes in der Geschichte der deutschen Universität sein."

Quelle: Dr. Erich Hoepfner, „Hamburgs Universität im Kreuzfeuer", Sonderdruck des „Hamburger Abendblatt", Januar 1968.

Dr. Heinrich Kupfer,

Erziehungswissenschaftliches Institut der TH Aachen über das Thema „Der junge Mensch in unserer Zeit", veröffentlicht in: „Information für die Truppe" – Hefte für Staatsbürgerliche Bildung und Innere Führung, hrsg. v. Bundesminister für Verteidigung, H. 3/1968, S. 186:

„... In diesem Klima beruht die Rebellion meist überhaupt nicht auf dem Entschluß eines einzelnen, sondern die Impulse, Ziele und Formen der Rebellion werden dem einzelnen von einer schon aktiven Gruppe bereitgestellt.
Dennoch sollte kein Zweifel daran herrschen, daß *der Jugendprotest teilweise einem berechtigten Unbehagen Ausdruck gibt und daher eine legitime Funktion hat.* Wenn auch jugendliche Demonstrationen, Reden und Aufrufe nicht ohne weiteres die Gesellschaft verändern können, so stellt dieser Widerstand doch einen zwar manchmal unerfreulichen, im ganzen aber notwendigen Beitrag der Jugend zur gesellschaftlichen Wirklichkeit dar. *Die Tatsache, daß überhaupt protestiert wird, ist ein Ausdruck dafür, daß in unserer Gesellschaft gewisse Spannungen vorhanden sind, die nicht verschwiegen werden dürfen.*"

Dr. h. c. Kurt Georg Kiesinger,

Bundeskanzler, in der 169. Sitzung des 5. Bundestages v. 30. 4. 1968:

„... Während des Wahlkampfes in Baden-Württemberg, in dem ich mich Studenten gestellt und mit ihnen an einer Reihe von Universitäten diskutiert habe – unter wenig erfreulichen Bedingungen, aber wir haben diskutiert –, ist es mir immer wieder geschehen, daß ich auf die Aufforderung: Nun sagt doch einmal, was euch nicht gefällt, z. B. an den Notstandsgesetzen, z. B. an der Entstehung und der Entwicklung des Krieges in Vietnam, z. B. da, z. B. dort? einfach keine Antwort bekam. Das Schlagwort, das reine Schlagwort regierte die Szene. Ich muß sagen, ich war darüber sehr enttäuscht; denn es gibt genug Dinge, über die sich – und zwar auch zu unseren Ungunsten – diskutieren läßt. Das gilt selbstverständlich nicht für alle, aber es gilt für eine große Anzahl von Studenten, die sich bei solchen Gelegenheiten durch große Lautstärke und auch durch große Arroganz auszeichnen ...
Es ist gar kein Zweifel: Jeder Ältere, jeder Vater, wird sich eingestehen, daß er ein wenig die Neigung zum Autoritären hat. Ob diese Neigung gerade in unserem Lande stärker ist als anderswo – manchmal wird das behauptet –, will ich nicht untersuchen. Aber ebenso sicher ist, daß die heutige junge Generation, in der Familie wie in der Gesellschaft wie im Staat, Widerstand gegen jeden Versuch der Älteren leistet, sich autoritär zur Geltung zu bringen. Deswegen wäre es grundfalsch, wenn wir diesen

Weg gegenüber denen, die keine Revolution, sondern eine Evolution wollen, beschreiten würden ...
Meine Damen und Herren, es wäre sinnlos für uns Ältere, wenn wir Verwirrung in der jungen Generation, Unbehagen gegenüber Institutionen und politischen Wirklichkeiten, die uns wert und teuer sind, nur beklagen oder gar tadeln ...
Das kann zu Überlegungen über institutionelle Änderungen führen, die die parlamentarische Demokratie für diese Jungen einleuchtender und akzeptabler machen. Das muß aber unter allen Umständen eine Aufforderung für uns alle sein, in ganz anderem Maße und mit viel größerer Intensität als bisher zu den Jungen zu gehen und uns mit ihnen über unsere parlamentarische Demokratie auseinanderzusetzen. *(Beifall bei den Regierungsparteien.)*
Das ist sicher nicht immer leicht. Ich habe den staatsbürgerlichen Unterricht an unseren Schulen nicht verfolgen können, aber das Ergebnis scheint mir zu zeigen, daß dieser staatsbürgerliche Unterricht doch wohl weithin in einer trockenen und sterilen Institutionenkunde steckengeblieben und daß er nicht wirklich zum Kern der Sache vorgestoßen ist. *(Beifall bei den Regierungsparteien.)*
Auch scheint unserer Jugend ein utopisches Bild der Demokratie gezeichnet worden zu sein, so daß sie zu dem Glauben verführt wurde, Demokratie sei etwas Vollkommenes, etwas, was mit Gloriole und Heiligenschimmer umgeben sei. Das ist das entgegengesetzte pädagogische Extrem und ebenso gefährlich wie das andere, nämlich das Steckenbleiben in der bloßen Institutionenkunde ...
Wenn uns auch heute von der Opposition wieder vorgeworfen wird, uns gehe es nur um Ordnung und Ruhe, dann sage ich: jawohl, uns geht es wie unserem ganzen Volk um Ordnung und Ruhe. Aber diese Ordnung und Ruhe schließen in keiner Weise eine lebendige und kritische Anteilnahme aller unserer Bevölkerungsschichten – auch der Jugend – an unserer Demokratie aus. *(Beifall bei der CDU/CSU.)*
Im Gegenteil, wir wären schlechte Sachwalter dieser Demokratie, wenn wir eine Ordnung und eine Ruhe wollten, die uns in unserer abgeschlossenen Sphäre wirken ließen, ohne daß wir durch Kritik – sei sie berechtigt oder unberechtigt – gestört würden ..."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 19 v. 8. 5. 1968.

Professor Dr. Carlo Schmid (SPD),

Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder, in der Bundestagssondersitzung zu Hochschulfragen, 175. Sitzung am 7. 5. 1968:

„... Nun noch ein letztes Wort über dieses merkwürdige neue Ding, genannt: außerparlamentarische Opposition. Ich habe mich immer gefragt:

Was ist denn das eigentlich so Neues? Das hat es doch immer gegeben! Was war denn die Presse – ein Teil wenigstens – anderes als außerhalb des Parlaments lebendig werdende Opposition? Was waren denn die Bürger, die sich, wie beim Osterspaziergang, zusammentaten und sagten: ‚nein, er gefällt uns nicht' der neue Bürgermeister!'? Das war doch außerparlamentarische Opposition, nicht nur Gemecker an Stammtischen, sondern eben das waren doch sehr ernsthafte Dinge, und die Regierungen, die Parteien haben darauf Rücksicht nehmen müssen und Rücksicht genommen.

Das Besondere an dem, was man heute außerparlamentarische Opposition nennt, ist die Selbstinstitutionalisierung *(Zurufe: Sehr richtig!)* derer, die glauben, daß die Parteien, daß das Parlament, daß diese Art Parlamentarismus nicht mehr tauglich seien, die Aufgaben zu lösen, die die Zeit uns aufgibt. Auch hier möchte ich sagen, daß es ganz gut ist, daß es so etwas gibt. Wir brauchen gelegentlich Leute, die uns zum Fenster hineinrufen, daß es Dinge gibt, an die wir noch nicht gedacht haben; oder daß manches, von dem wir geglaubt haben, wir hätten es ganz perfekt gemacht, eben nur sehr vorläufig gemacht worden ist und daß man sich so einmal darangeben müßte. Das tut uns gut. Denn bei all dem, was wir zu tun haben, verlieren wir oft den Blick für das eigentlich Wesentliche. Dieses Parlament ist bestimmt das fleißigste Parlament Europas, und vielleicht ist gerade das der Grund, warum es nicht immer auch das politischste Parlament Europas ist. *(Allseitiger Beifall.)*

Wir sollen, was uns die außerparlamentarische Opposition sagt – auch was sie uns ins Ohr schreit oder in uns hineinmarschieren will –, überlegen, wir sollen es in uns gären lassen, und wir sollen uns dann entscheiden, wie unser Gewissen es uns aufgibt, auch wenn man uns da und dort als dumme Spießer ansprechen sollte."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 20 vom 15. 5. 1968, S. 11.

Helmut Schmidt (SPD)

in der 154. Sitzung des 5. Bundestages v. 9. 2. 1968:

„. . . Vielerlei Kritik ist zutreffend, ob sie sich richtet gegen bestimmte Erscheinungen in der Justiz, im Pressewesen, in unserem Parlament, in der Armee oder wo immer in unserer Gesellschaft und in unserem Staat. Und wer auf zutreffende Kritik nicht hört und darauf nicht antwortet, ist möglicherweise eine Schlafmütze oder ein Reaktionär.

Außerdem aber – und noch wichtiger –: Wir alle und unsere Bürger müssen wissen, daß andere Bürger das Recht auch zu völlig unzutreffender und übertriebener Kritik haben. Das muß man aushalten können. *(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU/CSU.)*

Quelle: „Das Parlament", Jg. 18, Nr. 7 v. 14. 2. 1968.

Ernst Benda (CDU),

Bundesinnenminister, am 30. 4. 1968 vor dem Deutschen Bundestag im „Bericht zur innenpolitischen Situation":

„. . . Über alle Fragen der bloßen Technik hinaus . . . geht es ja auch um ein Stück Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Demokratie. Der oft nicht nur in der jungen Generation vorhandene antiparlamentarische Affekt gewinnt oder verliert in dem gleichen Maße an Anziehungskraft, in dem Parlament, Regierung und Verwaltung sich als unfähig oder als fähig erweisen, die Probleme einer sich wandelnden Zeit rasch, energisch und erfolgreich anzupacken und zu lösen. *(Beifall bei den Regierungsparteien.)*
Dabei bleibt die Entscheidung für unsere parlamentarische Demokratie unantastbar. Jede antiparlamentarische Aktion ist grundgesetzwidrig; ihr muß und wird mit Entschiedenheit begegnet werden. Dagegen kann eine außerparlamentarische Diskussion dem Parlamentarismus auch da nützlich sein, wo sie Parlament und Regierung in demokratischem Sinne herausfordert.
. . . In vielen Erscheinungen unserer Zeit ist zu spüren, daß sich ein Wandel zu Neuem ankündigt. Inhalt und Richtung dessen, was sich vor unseren Augen anbahnt, lassen sich noch nicht eindeutig erkennen und bestimmen; aber die Winde des Wandels regen sich. Was wir heute vielleicht erst undeutlich ahnen, wird in wenigen Jahren offenbar sein. Es gehört vielleicht zu dem gesunden Instinkt junger Menschen, daß sie den Wechsel eher spüren als mancher von uns . . ."

Quelle: „Das Parlament", Jg. 18, Nr. 19 v. 8. 5. 1968.

Rechtsanwalt Martin Hirsch (SPD),

einer der Notstandsexperten seiner Fraktion, im Schlußwort der 2. Lesung der Notstandsverfassung (175. Sitzung am 16. 5. 1968) zur nützlichen Wirkung der außerparlamentarischen Opposition:

„. . . Gestehen wir offen ein: dieses Parlament samt seiner Regierung und den Parteien ist nicht unschuldig daran, daß politische Willensbildung zu einem Scheinprivileg derer geworden war, die man seit langem schon ‚die da in Bonn' nannte oder heute im Neuesthochdeutsch ‚Establishment' nennt. Die öffentliche Diskussion um die Notstandsgesetze hat im Zusammenwirken mit der öffentlich gewordenen Erkenntnis verschiedener Bevölkerungsgruppen über partielle und allgemeine materielle Notlage – ich nenne den Bildungsnotstand nur als Beispiel – wesentlich dazu beigetragen, dieses Scheinprivileg zu brechen . . . Wir Parlamentarier müssen uns daran gewöhnen, daß dieses Volk nicht mehr bereit ist, seinen Repräsentanten vier Jahre unbedingt gültige Blankoschecks auszustellen; es will informiert und

beteiligt werden bei der politischen Beratung. Und die Diskussionsteilnehmer außerhalb des Parlaments werden sich daran gewöhnen müssen, daß politische Willensbildung die Einhaltung grundlegender Spielregeln und die Beachtung methodischer Grundbedingungen voraussetzt, wenn aus solcher Debatte ebenso repräsentativ wie sachlich sinnvolle Entscheidungen erwachsen sollen . . .
Wir aber, die wir für die Vorbereitung unserer Fraktions- und Ausschußberatungen verantwortlich waren, wissen, was wir Männern verdanken, die wie – ich nenne nur einen Namen – Jürgen Seifert oder wie meine Fraktionskollegen Matthöfer und Gscheidle, die ich auch nur beispielhaft nennen will, in ebenso leidenschaftlichen wie ernsthaften Reden heute wie in unserer Fraktion und in den Ausschüssen sowie schriftlich in ihren Papieren ihre kritische Meinung zum Ausdruck gebracht haben.
. . . Sie haben sich mit ihrem Wirken verdient gemacht, inhaltlich um den Schutz der rechtsstaatlichen Demokratie und zugleich um die Ausbildung demokratischer Methoden parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition. Sie stehen als beste, aber keineswegs einzige Beispiele für die Irrigkeit der Behauptung des Kuratoriums ‚Notstand der Demokratie', alle sachlichen Argumente seien bei den parlamentarischen Beratungen einfach vom Tisch gewischt worden.
Wenn dieses Beispiel der konstruktiven Mitarbeit Schule macht, dann kann die Entwicklung einer außerparlamentarischen demokratischen Opposition sogar ein echter Fortschritt in unserer aller Lernprozeß zur demokratischen Willensbildung werden . . ."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 22 v. 20. 5. 1968, S. 13.

Dr. Rainer Barzel (CDU),

Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, in der 169. Sitzung des Bundestages vom 30. 4. 1968:

„. . . Wir empfinden . . ., daß dieser Deutsche Bundestag herausgefordert ist. Er ist herausgefordert von prinzipiellen Gegnern, von Kritikern, auch von Zweiflern. Es wird behauptet, wir erfüllten unsere Pflicht nicht, wir arbeiteten zu langwierig, wir verschleierten die Konflikte und die Spannungen, wir seien beherrscht von Interessen, wir wichen dem Gespräch aus. Es wäre zu billig, einfach zu dementieren und zu sagen: dies ist nicht so. Wir müssen vielmehr durch unsere Arbeit und nicht nur einfach verbal dartun, daß dieses Parlament seinen Rang nicht nur theoretisch begreift, sondern ihm auch praktisch gerecht wird.
Ich meine, bevor wir uns an andere wenden und hier anderes zur Sprache bringen, müssen wir auch Fragen an uns selbst richten. Wir müssen uns zum Beispiel fragen, ob sich das Bild, das wir uns hier von unserer Arbeit und von unserer Politik machen, mit dem Eindruck, den andere von unse-

rer Arbeit und unserer Politik gewinnen, deckt. Wenn immer wieder zu hören ist, daß das nicht der Fall ist, müssen wir uns fragen, ob wir etwa in der Mühsal des demokratischen Prozesses oder in der Kleinarbeit des Tages den großen Blick verloren haben oder ob wir nur versäumt haben, uns besser zu erklären und uns besser ins Bild zu setzen.
Ich sage dies, weil ich glaube, daß es heute nicht genügt, auf die Demonstrationen draußen im Lande etwa mit einer Demonstration des Parlaments zu antworten. Dies wäre zuwenig. Es würde auch nicht genügen – und ich bin froh, daß die Bundesregierung sich nicht darauf beschränkt hat, das zu tun –, etwa die administrativen Maßnahmen der Ostertage zu erörtern und zu billigen. Es geht hier nicht nur um das, was auf den Straßen war, nicht nur um Polizei. Es geht um eine Herausforderung der Politik, die wir annehmen sollten . . ."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 19 vom 8. 5. 1968.

Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher

eine Sammlung der Kritiker „modernistischer" Theologie und politischen Engagements der Kirche, in einer halbseitigen Anzeige in den großen deutschen Tageszeitungen:

Kirche muß Kirche bleiben!

Wir wenden uns mit allem Ernst gegen die heute drohende Gefahr einer Politisierung unserer evangelischen Kirche. Je mehr die Kirche ihren Kredit für politische Engagements verbraucht, um so geringer wird ihre Autorität für die Verkündigung des Evangeliums. Besonders bedenklich erscheint es, wenn man versucht, Entscheidungen in Ermessensfragen außen-, wirtschafts-, sozial- oder gesellschaftspolitischer Natur durch das Evangelium zu legitimieren.

Kapitulation vor dem Wohlstandsdenken,
Versagen vor der Diktatur der Unanständigkeit,
Anpassung an westliche Fortschrittsideologien,
Schwärmerei für eine unwirkliche Weltgesellschaft,

Verherrlichung bindungsloser Vernunft,
Annäherung an die kommunistische Heilslehre,
Evangelische Akademien als Plattform für Revolutionäre,
Ev. Studentengemeinden als antiparlamentarische Opposition.

„Theologie der Revolution"

Mißachtung der eignen Nation und Geschichte,
Politische Demonstrationen sogar im Talar,
Lieblosigkeit gegen eigene Mitbürger,

Untergrabung staatlichen Selbsterhaltungswillens,
Verzicht auf die deutschen Ostgebiete und die Rechte ihrer Menschen
Politische Denkschriften ohne Sinn für die Realitäten.

Billigung fremder machtpolitischer Ziele und Interessen

Toleranz für Kanzelstürmer und Kirchenschänder,
Verharmlosung totalitärer Tendenzen,

Kirchentage mit Jazz und Tanz als politische Aktion,
als geistiger Wahn, das Diesseits zu meistern.

Politische Diskussion im Gotteshaus!?

Das ist das verwirrende Bild, das evangelische Gläubige mit Schmerzen von ihrer Kirche gewinnen.

Ist die Evangelische Kirche noch die Kirche Martin Luthers?

Die Frohe Botschaft zu verkündigen ist geistlichen Amtes, um dadurch der Welt zu helfen. Nur Ideologen wollen die Menschen durch Änderung der Verhältnisse bessern.

Quelle: Anzeige in: „Die Welt" v. 15. 3. 1968.

D. Friedrich Hübner,

Bischof der ev.-luth. Kirche in Kiel, auf dem 4. Schleswig-Holsteinischen Kirchentag „Bibel – Glaube – Glauben – Denken" am 4./5. 5. 1968 in Kiel zur Unruhe in der Kirche mit der Spannung zwischen moderner Theologie und konservativer Gläubigkeit:

„Erst wo die Anfechtung aufhört, verbreiten sich die Moderdüfte der Selbstsicherheit und die Friedhofsruhe des Establishments."

Quelle: Bericht „Unruhe auch in der Kirche" in „Die Welt" v. 6. 5. 1968.

b) Der Wunsch zum Gespräch

Willy Brandt (SPD),

Außenminister und SPD-Vorsitzender, bezieht sich in seiner Rede zum 1. Mai 1968 auf dem Platz der Republik in West-Berlin auch auf die Gegenkundgebung der ApO:

„. . . Wie ein Riß durch West-Berlin . . . bis zur Kluft vergrößert werden konnte, darüber muß . . . gesprochen werden: offen und mit dem Blick nach vorn. Es ist ein Riß, der mitten durch viele Familien geht. Ich schäme mich dessen nicht . . . Unsere Generation, die die Prüfungen der ersten Nachkriegsjahre zu bestehen hatte, braucht und wird sich ihre Leistungen und Erfahrungen nicht nehmen lassen. Aber wir müssen diejenigen ver-

stehen, die das, was ist, nicht messen an dem, was war, sondern die es messen an dem, was sein könnte ... Wir müssen um Frieden und Verständigung ringen, nicht nur nach außen, sondern auch nach innen. Das können wir nur, wenn wir eigene Unzulänglichkeiten eingestehen und bereit sind, uns selbst in Frage zu stellen. Reißen wir die Fenster auf, um frische Luft hereinzulassen ..."

Quelle: „Berliner Stimme", hrsg. v. Landesverband Berlin der SPD, Nr. 18 v. 4. 5. 1968.

Sebastian Haffner,

Publizist, im „Stern"-Artikel „Ist die Bundesrepublik zu retten?":

„... Kann das Gespräch fruchtbar sein? Gibt es etwas, worüber man sprechen kann? Vergangene Versuche schrecken. Auch der Berliner Bürgermeister Schütz hat ja anfangs ‚das Gespräch gesucht' – das heißt, er hat die Routinereden, mit denen das Berliner Abgeordnetenhaus sich gewohnheitsmäßig zufrieden gibt, zur Abwechslung einmal in zwei Berliner Hochschulen gehalten. Er war verwundert und verwundet, als er Hohn und Pfiffe erntete. Die Berliner Studenten ihrerseits waren beleidigt und in ihrer Intelligenz gekränkt, als er anfing, vor ihnen die bekannten Sprüche zu klopfen, die unseren Politikern so geläufig von den Lippen gehen und bei denen jeder Informierte und Denkende längst nur noch aus tiefster Brust aufstöhnen kann.

Die Regierenden sollten sich das Gespräch mit den Studenten nicht zu leicht vorstellen. Das sind intelligente junge Menschen, die hellhörig und auch – mit Recht – tief mißtrauisch geworden sind. Wenn man ihnen kein glaubwürdiges, positives Programm zur Rettung der Bundesrepublik, und der Demokratie in der Bundesrepublik, vorlegen kann, wird das Gespräch die umgekehrten Folgen haben, die man davon erhofft: Es wird auch die bisher noch nicht Verzweifelten endgültig zur Verzweiflung treiben."

Quelle: „Stern", Nr. 18 v. 5. 5. 1968.

Helmut Schmidt (SPD),

Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, auf dem SPD-Parteitag am 18. 3. 1968:

„... Keiner unter den heutigen Demonstranten hat bisher jemals vor der Entscheidung gestanden, zwischen seiner Gewissensmeinung oder dem Volksgerichtshof wählen zu müssen. Keiner von ihnen hat – ungleich Millionen der mittleren und älteren Generation – je mitten in einem Kriege, dessen Hintergrund für viele nur sehr unscharf erkennbar war, im Gewissen entscheiden müssen, ob er seine Pflicht als Soldat erfüllen müsse oder ob er mitten im Kriege die Pflicht habe, zu desertieren.

Aber Fragen dieser Art sind es doch, mit denen die mittlere und die ältere Generation belastet gewesen ist. Viele von uns tragen heute noch an solchen Lasten. Wir sind froh, daß der gegenwärtigen Jugend eine solche Prüfung erspart ist. Aber ich denke, die Jugend sollte sich auch selbst prüfen, ob sie in solchen Situationen wohl die innere Kraft hätte, sich ohne Rücksicht auf das eigene Leben eindeutig für weiß und eindeutig gegen schwarz zu entscheiden. Ich plädiere für die Versachlichung dieser Debatte. Wir sollten uns dabei nicht hinreißen lassen, über die Jugend im allgemeinen und ohne Differenzierung zu schelten, pauschal gegen sie zu polemisieren ...

Willy Brandts Vorschlag einer Konferenz mit der Jugend ist hier schon vielfach unterstützt worden. Wir werden uns dabei nicht onkelhaft in Positur zu setzen haben, sondern wir werden die 20-, die 25jährigen als gleichberechtigte Gesprächspartner zu nehmen haben. Aber es ist nicht so, daß die nur Fragen stellen und wir antworten; auch wir stellen Fragen, und sie werden sehen, daß es manchmal schwierig ist, zu antworten. Wir werden nicht mit Leuten ins Gespräch gehen, die an den Anfang des Gesprächs ihre Negation dieses Staates und seiner Verfassung setzen. Es kommt in der Demokratie nicht auf Schau-Diskussion an, wo es bei einigen nur um die Befriedigung des eigenen Geltungsbedürfnisses geht."

Quelle: Tatsachen und Argumente, hrsg. vom SPD-Bundesvorstand, Nr. 240/68, s. S. 17 ff.

Dr. Rainer Barzel (CDU),

Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, in der 169. Sitzung des Bundestages v. 30. 4. 1968:

„... Wir sind vor die Frage gestellt, wie eine demokratische Gesellschaft sich reformiert, und wir sind vor die Frage gestellt, ob wir die Kraft haben, uns zu reformieren. Die Antwort kann nur sein: eine demokratische Gesellschaft reformiert sich durch Diskussion, durch Gespräch, durch Entscheidung, durch Evolution. Sie reformiert sich nicht durch eine Revolution der Totalitären; denn dann bliebe keine Demokratie mehr übrig. Eine neue Stunde Null – das wäre Revolution. Fortschritt durch Werktagsarbeit – das heißt Demokratie ...

Wir wünschen auf Grund der Osterereignisse nichts zu dramatisieren. Ich gehöre nicht zu denen, die glauben, daß die wenigen, die in unserem Lande rufen: ‚Schafft viele Vietnams!', damit schon das meinen, was man hier und dort in östlicher Propaganda lesen kann, nämlich daß westliche Großstädte sehr wohl geeignet seien, die Rolle in Europa zu spielen, die Dschungel in Asien zu spielen. Ich glaube daran nicht, aber ich meine: wir alle miteinander sollten uns in unseren Sicherheitsvorkehrungen nicht nur mit

Gedanken an Atomschirm und andere Möglichkeiten des Konflikts in unsere Vorkehrungen einrechnen ...
Nicht nur Gewalt muß aufhören; der Respekt vor der anderen Meinung muß die Alltagswirklichkeit in unserem Lande bestimmen. *(Beifall bei den Regierungsparteien.)*
Es kommt manchem in unserem Lande zu leicht von den Lippen, wenn ein Andersdenkender da ist, zu sagen: Du bist ja ein Kommunist, oder: Du bist ja ein Faschist. Und kaum ist das von den Lippen, da gibt es natürlich eine Rechtfertigung, auch einmal mit Gewalt da draufzuschlagen. Nein, das, was die fundamentale Bedingung ist, ist der Respekt vor der anderen Meinung, ob sie nun gesagt, geschrieben, gedruckt oder gedacht wird. Demokratie heißt Mehrheitsentscheidung, heißt Führung durch die, welche in geheimer Wahl dazu bestimmt werden. Wer wie der SDS hier groß herumkritisiert und demonstriert und revolutionieren will, sich aber nicht zur Wahl stellt, der kneift, meine Damen und Herren. *(Beifall bei den Regierungsparteien.)* ..."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 19 v. 8. 5. 1968:

Joachim Raffert (SPD),

Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion, in der Aussprache über den Bericht des Bundeskanzlers „Zur Lage der Nation":

„... Es gibt Länder, in denen man demonstrieren darf. Unseres gehört dazu. Wenn man über die Grenzen sprechen will, die Demonstrationen und Gegendemonstrationen gezogen sind, kann man vielleicht am Berliner Beispiel sagen: Es darf dabei weder einem Springer ein Bein gestellt noch dem Teufel das Barthaar gekrümmt werden. Das zum Berliner Beispiel!...
Der demokratische Staat muß es sich gefallen lassen, daß er an den Idealen gemessen wird, die er selbst gesetzt hat oder die sich seine Staatsbürger, insbesondere die jungen, von ihm machen.
Hier gibt es nur eine Aufgabe, aber die ist sehr schwer: Ideal und Wirklichkeit einander anzunähern; man kann sie nicht deckungsgleich machen. Das ist eine Aufgabe, vor der die Politiker stehen, vor der aber auch die Kritiker unseres Systems stehen, die sich darüber klarwerden müssen, daß Ideale eben nur Ideale sind, und daß die Realität nur Annäherungswerte erzielen kann. Das haben wir bisher nicht klarmachen können. Das ist für viele junge Menschen sehr schwer zu verstehen.
Und weil das so ist, ist es auch dazu gekommen, daß sich viele von ihnen, mehr jedenfalls, glaube ich, als die meisten hier in diesem Hause zunächst zugeben mögen, denen angeschlossen haben, ihnen mindestens zuneigen, auf deren Parolen hören, die behaupten, daß eine objektive Wahrheit hier und in dieser Welt zu erreichen sei, jenen also, die sich an die Theorien von Marcuse halten, Marcuse, der ja behauptet, es gebe eine objektive Wahr-

heit hier in dieser Welt; man müsse sie nur ‚enthüllen', und wenn es nicht anders gehe, zur Not mit Gewalt. Wenn man das getan habe, finde das seine Rechtfertigung darin, daß im Besitz dieser Wahrheit tatsächlich für jedermann leicht erkennbar Gut und Böse, richtig und falsch, Recht und Unrecht voneinander unterschieden werden könnten ...

Viele junge Leute meinen, den Parteien fehle es heute einfach an Mut, dem Volk die Wahrheit über die politische Lage zu sagen. Deshalb sind Diskussionen, wie wir sie heute hier in diesem Hause führen, wo wir uns bemühen, der Wahrheit, so weit wie möglich nahezukommen, so wichtig. Junge Leute nennen als Beispiele dafür, wo die Wahrheit nicht gesagt wird, Themen wie ‚Oder-Neiße-Linie', ‚Wiedervereinigung', ‚Vietnam'. Das ist es, worüber wir hier auch sprechen. Aber, meine Damen und Herren, die jungen Leute sprechen untereinander auch ganz offen über die Art und Weise, in der nach ihrer Meinung das höchste Amt in unserem Staate ausgeübt wird. Für sehr viele von ihnen ist es sehr schwer, zu verstehen, wie sich hier Politiker so ganz anders verhalten, als junge Leute meinen, es erwarten zu dürfen ...

Meine Damen und Herren, ich will ganz real ein Angebot machen, daß wir uns der geistigen Auseinandersetzung in diesem Felde nicht entziehen wollen. Wir müssen natürlich auch wissen, daß wir dabei nicht einfach nur Reformwillen vortragen dürfen; denn der wird an uns bezweifelt. Wir haben vielmehr zu bekunden, daß wir den Willen umsetzen können; wir haben unsere Reformfähigkeit zu bekunden.

Ich muß leider noch eine Einschränkung machen. Dieses Gesprächsangebot darf natürlich nicht so empfunden werden, als liefen wir hinter denjenigen her, die uns jetzt ‚einen heißen Sommer' prophezeien oder die sagen, sie seien ‚gegen diesen Staat', und das einfach so stehenlassen. Diese haben sich zunächst, ehe sie nicht etwas anderes sagen, selbst aus der Diskussion ausgeschaltet, mit der effektiv etwas zu verändern ist. Aber im übrigen sind ja viele von uns seit langem im Gespräch. Wir haben jede mögliche Konfrontation angenommen ..."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 14 v. 3. 4. 1968, S. 7 ff.

Günter Grass,

Schriftsteller, am 1. Mai 1968 in Hildesheim:

„Vor wenigen Jahren noch gefiel sich die Bundesrepublik als neo-biedermeierliche Gesellschaft, die, zwischen emsigem Fleiß und politischer Lethargie, Ruhe, Ordnung und Sicherheit pflegte. Und nun auf einmal bewegt Unruhe die Deutschen ...

Doch wer meint, das Unbehagen der Jugend habe sich nur in der bekannten linken Ecke angesiedelt, der sei vor Trugschlüssen gewarnt. Auch ganz rechts, wo sich die alten Parteigenossen und Rehwinkels Milchpfennig-

Ideologen sammeln, findet sich Jugend ein. Diese Jugend ist apolitisch und politisch zugleich. Selbst voller Widersprüche, bewegt sie sich unsicher und überall anecken innerhalb einer Gesellschaft, die ihre Widersprüche nicht auszutragen wagt. Der Protest der Jugend hat die Unsicherheit unserer unzulänglich etablierten Demokratie offenbar gemacht. Dieser Erfolg ist zweideutig: Entweder veranlaßt er längst überfällige Reformen, von der Mitbestimmung über die Parlamentsreform bis zur Ablösung des bisherigen NATO-Vertrages durch eine gesamteuropäische Friedensordnung, die die Staaten des Warschauer Paktes miteinbezieht – oder es passiert, wie bisher, nichts; dann wird die nun offenbare Unsicherheit falschen Propheten einträgliche Märkte und Gratiswerbung frei Haus bieten.
Schon herrscht Sprachverwirrung: Studenten wollen Arbeiter aufklären und bekommen gelegentlich Prügel angedroht, weil die Studenten einen Jargon sprechen, den kein Arbeiter verstehen kann. Also bezieht man Frontstellung. Gewerkschafter und Sozialdemokraten, so in Berlin, mobilisieren Arbeiter gegen Studenten. Ein hilfloser Bundeskanzler bedauert, daß er nicht jetzt schon mit Hilfe der Notstandsgesetze Ordnung schaffen kann. Doch der stereotypen Anrufung der Ordnung wird stereotyp mit der Anrufung eines nordvietnamesischen Politikers geantwortet. Da irrationale Beschwörungsformeln nichts verändern, sondern nur, sobald sie Massen in Bewegung setzen, altbekannte, Aggressionsbedürfnisse freilegen, ist die Gewalttätigkeit in der Bundesrepublik wieder gesellschaftsfähig geworden. Die Massenblätter des Springer-Konzerns riefen monatelang zum Durchgreifen, zur tätigen Selbsthilfe auf und heuchelten nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke biedermännische Empörung. Die Aktionen einiger Studentenverbände, besonders des SDS, nach dem Mordanschlag auf Dutschke, setzten Gegengewalt frei ...
Nicht nur an den Schreibtischen der Springer-Redakteure wurden die Flugbahnen der drei Geschosse vorgezeichnet, das vorbereitende Arbeitsteam für bundesdeutsche Gewalttätigkeit war und ist größer: Warenhausbrände in Frankfurt, rhethorische Glanzleistungen, die, wenn nicht ein zweites, dann ein drittes Vietnam zwischen Elbe und Rhein forderten, die Aufkündigung der Toleranz und ihre handgreiflichen Folgen in Nürnberg, als sich zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Rechts- und Linksradikale mischten: all das war Schützenhilfe ...
Ich lasse mir den Blick nicht verstellen und das Urteil durch Entweder-oder-Thesen trüben. Denn es kommt darauf an, den berechtigten Protest der Jugend, der nicht nur ein Protest der Studenten ist, vor dem Einbruch des Irrationalismus zu bewahren, damit er politisch wirksam wird, damit nicht abermals eine Generation der apolitischen Resignation verfällt, nur, weil sich ihre utopischen Ziele nicht verwirklichen ließen ...
Wenn wir von den genannten totalitären Forderungen – einerseits ‚Enteignet Springer', andererseits ‚Verbot des SDS' – wegkommen wollen,

dann muß die Einsicht nicht nur beim Bundestag, nicht nur bei Herrn Springer beginnen, dann muß sich auch der Sozialistische Deutsche Studentenbund zur Einsicht bewegen lassen ...
Mein Vorschlag lautet: Der SDS möge sich, besonders in München und Berlin, wo er sich mitschuldig gemacht hat durch die Auslösung unkontrollierter Aktionen, aus seiner ohnehin fragwürdigen Führungsposition zurückziehen. Dem SDS sei geraten, die verantwortlichen Vorsitzenden seiner Gruppen in München und in Berlin zum Rücktritt zu bewegen. Denn wie man nach dem 2. Juni 1967 den Rücktritt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Albertz, des Innensenators Büsch und des Polizeipräsidenten Duensing zu Recht gefordert hat – und alle drei traten zurück – so muß der SDS zu seinen Fehlern stehen und Konsequenzen ziehen, es sei denn, er will unbelehrbarer und arroganter reagieren als das von ihm angegriffene Establishment ..."

Quelle: „Frankfurter Rundschau" v. 3. 5. 1968.

Prof. Dr. Ralf Dahrendorf (FDP),

Ordinarius für Soziologie an der Universität Konstanz und FDP-Abgeordneter im Landtag von Baden-Württemberg, auf der am 15. 4. 1968 in West-Berlin abgehaltenen Kundgebung „Macht einen neuen Anfang":

„Recht und Ordnung, überkommenes Recht und bestehende Ordnung werden bei uns zulande groß geschrieben, Fortschritt und Offenheit werden klein geschrieben, und je deutlicher wir die Regierenden an ihre Aufgaben erinnern, desto ängstlicher werden sie – ein Teufelskreis der Unbeweglichkeit, der Gewalt hervorruft ...
Sicher würden Millionen erleichtert sein, wenn Herr Springer sich aus dem Geschäft der Meinungsmacher gänzlich zurückziehen würde. Politik aber wird auch heute noch von den Bürgern und ihren Regierungen gemacht oder nicht gemacht. Hier erst wird der Teufelskreis der Ratlosigkeit bedrängend, und zwar in seinen beiden Hälften.
Die eine Hälfte, die der Regierungen, hat nun gezeigt, daß ihr auch im äußersten Fall nicht mehr einfällt als der Ruf nach der Polizei. Billige Erklärungen und Hinweise auf Recht und Gesetz müssen dazu herhalten, daß Gewalt gegen Demonstrierende angewendet wird ...
Ich kann nicht überprüfen, welche Gründe im einzelnen Herrn Schütz und Herrn Kiesinger zu ihren Erklärungen veranlaßt haben, nicht zu diskutieren und die Polizei der Länder zu mobilisieren, aber keiner von beiden hat auch nur mit einem Wort gezeigt, daß er versteht oder zu verstehen sucht, was in diesen Wochen und Monaten geschieht. Die andere Hälfte des Teufelskreises, die der Protestierenden, tut allerdings das ihre dazu.
Die Ganz-oder-gar-nicht-Parolen aber, die heute angeboten werden, wenn alles Übel der Welt auf Herrn Springer, die Großindustrie oder das Sy-

stem geschoben werden, taugen nicht mehr als die entsprechenden Parolen der Vergangenheit, die Herrn Hugenberg, den Rhein-Ruhr-Club oder die Protokolle der Weisen von Zion benutzten, um alles zu erklären. Mißtrauen Sie den Vereinfachern, den unbedenklichen Parolefindern, fragen Sie sie, woher sie eigentlich alles so genau wissen und wie es kommt, daß es ihnen nie an einer Antwort fehlt, mißtrauen Sie denen, die nicht an sich selbst zweifeln und nicht bereit sind, ihre simplen Thesen einmal abklopfen zu lassen, weil sie diese Thesen nur brauchen für Aktionen, deren Ziel von uns keiner kennt.

Nun weiß ich wohl, daß es nach den Ereignissen der letzten Tage nicht mehr ganz leicht ist, sich für einen solchen dritten Weg auch nur Gehör zu verschaffen. Die einen werden sagen: sollen wir es denn geschehen lassen, daß das Hab und Gut oder die Sicherheit der Bürger gefährdet und vielen durch Demonstranten die Lebensmöglichkeiten begrenzt werden? Die anderen werden sagen: gibt es irgendeine Garantie dafür, daß sich etwas verändert, wenn wir Ruhe geben und unsere Aktionen abbrechen? Es ist daher nötig, daß in absehbarer Zeit, aber auch sofort klare Zeichen eines Neubeginns der deutschen Politik gesetzt werden, und es ist wichtig, daß diese Zeichen in den politischen Einrichtungen gesetzt werden, wenn diese nicht so sehr verfaulen sollen, daß ihr Gestank auch ihre letzten Freunde noch vertreibt ...

Die Forderung nach einem dritten Weg in der deutschen Politik ist heute sicher der anstrengendste. Für ihren Erfolg gibt es keine Garantie – außer der, daß Sie alle mit uns nicht müde werden, ihn zu beschreiten."

Quelle: „Die Zeit", Nr. 16 v. 19. 4. 1968.

Heinrich Albertz (SPD),

Regierender Bürgermeister a. D., auf der am 15. 4. 1968 in West-Berlin abgehaltenen Kundgebung „Macht einen neuen Anfang":

„Ich spreche als einer, der viele Erfahrungen und viele Fehler gemacht hat. Ich spreche als einer, der versucht hat, aus seinen Erfahrungen und aus seinen Fehlern zu lernen. Ich spreche als einer, der, wenn er an das entsetzliche Attentat vom Gründonnerstag denkt, auch an einen anderen denken muß, der am 2. Juni 1967 erschossen wurde und für den er Mitverantwortung trägt. Ich spreche als einer, der viele bittere Enttäuschungen mit sich selbst und mit anderen erlebt hat und der trotzdem glaubt, daß noch nicht alles verloren ist ...

Da spricht immer einer vom anderen und nicht von sich selbst. Ich will es gleich an handfesten Beispielen deutlich machen, dem 18. und dem 21. Februar. Auf der Vietnamdemonstration am 18. Februar sind Plakate mitgetragen worden mit der Aufschrift: We need Lee Oswald. Wir brauchen einen L. O. Das konnte richtig verstanden doch nur heißen: Wir brauchen

das politische Attentat. Nun: Wir haben seit dem 18. Februar zwei politische Attentate erlebt. Dr. Martin Luther King wurde von einem Mörder niedergestreckt. Rudi Dutschke wurde von einem, der morden wollte, lebensgefährlich verletzt. Die Männer in politischer Verantwortung haben sich gerade über dieses Plakat besonders empört. Sie haben recht damit.
Am 21. Februar wurden auf dem Platz vor dem Rathaus Plakate gezeigt: Dutschke raus, Dutschke Volksfeind Nr. 1. Ein Plakat zeigte Dutschke an einem Galgen. Ein junger Mann, der Dutschke ähnlich sah, mußte vor seinen Verfolgern um sein Leben rennen. Die versammelte Prominenz auf den Rathausstufen sah das alles und schwieg. Jeder kritisiert den anderen, aber nicht sich selbst. Die Einäugigkeit ist scheinbar zum Prinzip geworden ...
Ich habe es selbst nach dem 2. Juni im Rathaus erlebt: die Briefe stapelten sich, in denen die Studenten als Verbrecher, die Polizei und ich als Mörder bezeichnet wurden. Dieselben Briefe wurden an jeden geschrieben, der Verantwortung trug und trägt: An Bischof Scharf, als er sich in großartiger Weise für Vernunft und Ausgleich einsetzte in dieser Stadt, an das Verwaltungsgericht, als es das Verbot der Vietnamdemonstration am 18. Februar aufhob, an die Stadträte Ristock und Beck, als sie sich an dieser Demonstration beteiligten. Das Gift der Hetze und der Gewalt in dieser Stadt, in diesem Land macht die Mutigen müde und die Feigen stark. Wie konnte es soweit kommen? ...
Ich habe am 15. September 1967, in der Woche vor meinem Rücktritt, vor einem widerstrebenden Abgeordnetenhaus darauf hingewiesen, daß der tiefe Konflikt zwischen den etablierten Gewalten und der jungen Generation in dieser Stadt vor allem auf den breiten Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Gesagtem und Getanem, zwischen Geschriebenem und Tatsächlichem zurückzuführen ist. Die halbe Stadt West-Berlin lebt im Vergangenen und Zukünftigen, aber nicht in der Gegenwart. Die politisch Verantwortlichen, also auch ich, haben es in verschiedenen Graden versäumt zu sagen, was ist, was sein und nicht sein kann, und sind damit auf weite Strecken unglaubwürdig geworden.
Wenn wir Älteren nicht einsehen, daß trotz allem, was wir im letzten Jahr und in den letzten Tagen erlebt haben, das erstemal in der Geschichte dieses Jahrhunderts in Deutschland endlich, endlich eine junge Generation uns gegenübersteht, die politisch engagiert ist, die moralische Maßstäbe hat, die Opfer zu bringen bereit ist, da haben wir vor der Geschichte versagt. Wenn die öffentlichen Gewalten nicht einsehen, daß zwar in Einhaltung der Gesetze die Grundlage des Zusammenlebens in unserem Staate ist, aber daß Polizei und Justiz niemals mit dem fertig werden können, was an Auflehnung und Empörung über uns gekommen ist, dann wird diese etablierte Gewalt zusammenbrechen. Wenn die jüngeren Mitbürger nicht einsehen, daß Steine, Brand und Aufruhr nur zu Reaktionen, zum Aus-

brechen faschistischer Gegenaktionen führen, dann werden sie noch einsamer, noch mißverstandener, noch gehetzter sein als jetzt."

Quelle: „Die Zeit", Nr. 16 v. 19. 4. 1968.

Helmut Schmidt (SPD),

Fraktionsvorsitzender, in der 169. Sitzung des Bundestages v. 30. 4. 1968:

„. . . Vielleicht gibt es doch eine ganze Menge junger Leute, die der heutigen Debatte zuhören und meinen, daß das eine oder andere Wort von dem, was wir hier sprechen, nicht umsonst gesprochen sei. Ich würde am allermeisten wünschen, daß sie wenigstens die Bitte hörten, gemeinsam mit uns nach einer gemeinsamen Sprache zu suchen . . ."

Quelle: „Das Parlament" v. 8. 5. 1968.

c) Appell zum Engagement

Professor Dr. Otto Stammer,

Ordinarius für Soziologie an der Freien Universität Berlin und Direktor des Instituts für Politische Wissenschaft; Otto Stammer war nach dem 1. Weltkrieg Mitbegründer und bis 1923/24 Vorsitzender des „Verbandes der Sozialistischen Studentengruppen Deutschlands und Österreichs". Vor dem Untersuchungsausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses zu den Studentenunruhen erklärte er am 22. 2. 1968:

„. . . Ich habe in den 50er Jahren festgestellt, daß der SDS sehr eindeutig auf eine Verlebendigung der Demokratie in der Bundesrepublik ausgerichtet war, daß es ihm darum ging, demokratische Lebensgewohnheiten in der Bundesrepublik zu festigen, daß es ihm darum ging, von der Verfassung aus nebenher verlebendigte *soziale* Demokratie aus dem Grundgesetz herauszuentwickeln und zugleich sich auseinanderzusetzen mit totalitären Bestrebungen außerhalb Deutschlands und in der Vergangenheit Deutschlands. Und von dieser Position aus habe ich den Verband versucht zu stärken . . . Ich bin, darf ich das ganz offen sagen, als diese Auseinandersetzung des Verbandes mit der SPD, der ich seit Jahrzehnten angehöre, dafür eingetreten, daß man die Unvereinbarkeitserklärung zurücknimmt, daß man den Verband nicht aus der SPD ausschließt . . . und zwar aus der Überzeugung heraus, daß die politischen Parteien . . . verpflichtet sind, sich mit ihrer Jugend auseinanderzusetzen, auch wenn diese Jugend even-

tuell Ideen entwickelt und vertritt, die nicht akkurat mit dem Programm der politischen Partei übereinstimmen, ich hielte es für die Verpflichtung meiner Partei, diese Auseinandersetzung weiterzubetreiben und habe damals wiederholt vorausgesagt, daß, wenn eine Trennung des Verbandes von der SPD erfolgen würde, ich mit einer wesentlichen Radikalisierung des Verbandes rechnen würde. Ich bedaure feststellen zu müssen, daß diese Radikalisierung inzwischen seit etwa 1960 eingetreten ist . . ."

Quelle: Rundfunkmitschnitt der Aussage.

Professor Dr. Carlo Schmid (SPD),

Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder, in der Bundestagssondersitzung zu Hochschulfragen, 175. Sitzung am 7. 5. 1968:

„. . . Doch wäre es denn nicht besser, daß außerparlamentarische Opposition, die sich also institutionalisiert hat, den Versuch machte, ins Parlament zu kommen *(Beifall bei den Regierungsparteien)*, also eine Partei zu werden und zu zeigen, daß sie die Kraft hat, es zu sein? *(Zuruf von der SPD: Das ist zu anstrengend, das riecht nach Arbeit!)* . . ."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 20 v. 15. 5. 1968, S. 11.

Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (CSU),

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeskanzler, in der Fragestunde des Bundestages, 171./172. Sitzung im April 1968 zu einer Anfrage der FDP über abwertende Äußerungen, die Bundeskanzler Kiesinger im Wahlkampf in Baden-Württemberg im April 1968 über die Aktivität des neuen FDP-Politikers, Professor Ralf Dahrendorf, Konstanz, gemacht hatte:

„. . . Es ist richtig, daß der Herr Bundeskanzler während des Wahlkampfes sogar mehrfach gesagt hat – ich zitiere –, ein in die Politik verirrter Professor – und er meinte damit Herrn Professor Dahrendorf – habe gesagt, in unserem Lande würden Recht und Ordnung zu groß geschrieben. Der Herr Bundeskanzler stützte sich bei diesem Zitat auf eine Wahlannonce der CDU in einer Zeitung. Als ihm auf einer Wahlversammlung in Konstanz der genaue Wortlaut des Zitats von Professor Dahrendorf mitgeteilt wurde, hat der Herr Bundeskanzler sofort erklärt – ich zitiere wiederum –:
Dann haben seine – nämlich Dahrendorfs – Äußerungen tatsächlich einen anderen Sinn. Der genaue Wortlaut des diesbezüglichen Zitates Professor Dahrendorfs aus seiner Rede in Berlin vom 15. April lautet:
Recht und Ordnung, überkommenes Recht und bestehende Ordnung werden bei uns zu Lande groß geschrieben. Fortschritt und Offenheit werden klein geschrieben . . .

Hans-Dietrich Genscher (FDP): Herr Staatssekretär, können Sie dem Hohen Hause bekanntgeben, was der Bundeskanzler sagen wollte, als er die Formulierung gebrauchte, Herr Professor Dahrendorf habe sich in die Politik verirrt?
Parlamentarischer Staatssekretär Freiherr von und zu Guttenberg: Ich glaube, Herr Kollege, daß dieses Zitat für sich spricht ..."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 20 v. 15. 5. 1968, S. 13.

Bruno Kreisky (SPÖ),

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, in einem Gespräch mit C. G. Ströhm:

„Das Beste wäre, den konstruktiven jungen Menschen, die ausgerüstet sind mit einer gesunden Portion Radikalismus in ihren Lebensauffassungen, neue Möglichkeiten der Aktivität im politischen Leben zu erschließen. Man muß eben den Mut haben, in jeder alten Partei eine junge politische Partei entstehen zu lassen, der man ganz bestimmte politische Aufgaben reserviert."

Quelle: „Christ und Welt" v. 24. 11. 1967.

Dr. Manfred Abelein (CDU)

in der 154. Sitzung des 5. Bundestages v. 9. 2. 1968:

„... Von den Studenten – das sind über zwei Drittel – wird auch gesagt, daß eine kleine Schicht innerhalb der einzelnen Parteien die Dinge beherrsche und daß es hier zu einer weitgehenden Demokratisierung nicht gekommen sei. Lassen Sie mich hier sagen, ganz still, nicht so laut nach draußen: Ich bin in diesem Punkt mit den Studenten weitgehend einig. *(Beifall bei den Regierungsparteien und bei den Abgeordneten der FDP.)*
Ich möchte den Studenten raten, das gleiche Mittel zu wählen, das etwa ich gewählt habe, nämlich in die politischen Parteien einzutreten, dort und im Parlament für ihre Ziele einzutreten. Das sind die Mittel, um Änderungen herbeizuführen, nicht aber illegale Aktionen. *(Beifall bei den Regierungsparteien.)* ..."

Quelle: „Das Parlament", Jg. 18, Nr. 7 v. 14. 2. 1968.

Professor Dr. Dolf Sternberger,

Professor für Politik an der Universität Heidelberg, in einem Leitartikel für die „FAZ":

„... Man kann gegen Springer, gegen Schütz, Kiesinger, Brandt und gegen sämtliche Bundestagsparteien auftreten und doch innerhalb der Verfassung bleiben. Man kann innerhalb der Verfassung die Pressekonzentra-

tion bekämpfen, die private Verfügungsmacht von Verlegern und anderen Eigentümern zu beschränken streben, wenn man das für gut hält. Dazu genügen freilich nicht die feindlichen Affekte. Zuletzt erweist jede Art Opposition ihr Recht und ihre Kraft dadurch, daß sie auch regieren will oder wenigstens zur Regierung beizutragen sucht. Die Frage steht auf Spitz und Knopf: Bist du für die Verfassung oder gegen sie? Daran entscheidet sich, ob wir eine außerparlamentarische Opposition oder eine außergesetzliche Revolte vor uns haben. Und nach der Antwort kann man unterscheiden. Es muß auf verbindliche Antwort gedrungen werden. Das ist der Gegenstand des Gesprächs, das hier zu führen ist . . ."

Quelle: „FAZ" v. 20. 4. 1968.

Jochen Steffen (SPD),

Landesvorsitzender der SPD in Schleswig-Holstein und Oppositionsführer im Kieler Landtag, zum französischen Beispiel der Solidarisierung von Studenten und Arbeitern:

„Haben nur die Franzosen unter dem Druck des Regimes begriffen, was die Stunde geschlagen hat? Dort zeigen die Arbeiterorganisationen, wer ihre Verbündeten in der Zukunft sein werden. Bei uns hat die IG Metall Ähnliches zaghaft versucht. Sie scheint die einzige große Arbeitnehmerorganisation zu sein, die ahnt, wie das Bündnis aussehen muß, das die Zukunft unserer Gesellschaft bestimmen kann.
Natürlich, die radikalen Studenten sind vielfach Anarchisten oder Syndikalisten. Ihre häufig verschwommenen Vorstellungen sind meist eher ein Fehler als ein Nutzen. Aber eine Arbeiterbewegung und eine sozialdemokratische Partei – wenn sie nicht in Ämterverteilung und Bürokratie erstickt sind – müssen begreifen, daß in den wirren Worten der ‚Radikalinskis' mehr von der sein sollenden Ordnung von morgen verborgen ist, als in den salbadernden Sprüchen der Reaktionäre von gestern fehlt . . ."

Quelle: „VZ-Kieler Morgenzeitung" v. 20. 5. 1968.

Berliner SPD: Für und wider die Mitgliedschaft von ApO-Angehörigen

Innensenator Kurt Neubauer (SPD),

stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner SPD, wendet sich gegen die Mitarbeit von ApO-Mitgliedern in der SPD:

„. . . Es ist erkennbar geworden, daß Kräfte von der Sozialdemokratischen Partei Besitz ergreifen wollen, die nicht Sozialdemokraten sind und es auch nie zu werden gedenken. Diese Kräfte wollen mit dem Namen und der Massenbasis der Sozialdemokratischen Partei das zu erreichen versuchen, was sie sonst nicht erreichen könnten. . . . Es ist auf die Dauer

undenkbar, daß Mitglieder bedenkenlos auf dieser Partei herumreiten. Wer in diese Partei geht, um sie besser bekämpfen zu können, mit denen muß sich die Partei auseinandersetzen ... Wir müssen uns davor sichern, daß wir aus mißverstandener Liberalität in der SPD Ausgangsbasen schaffen, über die wir uns dann, wenn die Entwicklung so weitergeht, bald sehr erschrocken unterhalten müßten ... Es darf nicht so sein, daß durch eine Brücke, die zu den Radikalen gebaut wird, zehn Brücken zur Gesamtbevölkerung abreißen ..."

Kultussenator Professor Dr. Werner Stein,

wie Neubauer stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner SPD, bezieht eine differenziertere Position:

„... Bei der fälligen Auseinandersetzung mit Mitgliedern der SPD, die auch bei weitherziger Auslegung der Grundsätze der Partei kaum noch als Sozialdemokraten zu bezeichnen sind, sollten wir uns vor starren Regeln und Festlegungen hüten. Ich habe von jeher die Ansicht vertreten, daß Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die lediglich von der *formalen* Zugehörigkeit zu anderen Organisationen oder Bewegungen ausgehen, nicht das geeignete Mittel sind, derartige Auseinandersetzungen zu führen. Kriterien für die Frage der Parteimitgliedschaft müssen vielmehr das persönliche Verhalten und die Äußerungen der einzelnen Parteimitglieder in der Öffentlichkeit, in anderen Organisationen und in der eigenen Partei sein. Wenn dabei vom einzelnen Mitglied Positionen bezogen ... werden, die mit den Grundsätzen der SPD unvereinbar sind, werden wir die Konsequenzen mit den Mitteln des Statuts zu ziehen haben ... Keiner wird sich aber der Illusion hingeben dürfen, daß wir mit administrativen Mitteln ... um die Auseinandersetzung in der Sache mit der kritischen jungen Generation herumkommen, deren politisches Engagement nur zu oft die Mängel der von uns nicht fortschrittlich veränderten gesellschaftlichen Ordnungen aufdeckt ..."

Quelle: „Berliner Stimme", hrsg. v. Landesverband Berlin der SPD, Nr. 18/19 v. 11. 5. 1968.

Klaus Schütz (SPD),

neu gewählter Landesvorsitzender der Berliner SPD und Regierender Bürgermeister von Berlin, trug vor dem 25. Landesparteitag der Berliner SPD am 25. 5. 1968 folgende fünf Bedingungen für eine Mitgliedschaft in der SPD vor, die vom Parteitag mit großer Mehrheit akzeptiert wurden:

„1. Mitglied kann nicht sein, wer einer anderen politischen Partei angehört.
2. Mitglied kann nicht sein, wer die parlamentarische Demokratie grundsätzlich ablehnt oder bekämpft.

3. Mitglied kann nicht sein, wer mit antidemokratischen Parteien oder Gruppen wie z. B. der NPD oder SED gemeinsame Aktionen plant und durchführt.
4. Mitglied kann nicht sein, wer die Gewalt als Mittel der Politik fordert und anwendet und wer zu ungesetzlichen Handlungen aufruft oder sich vorsätzlich an ihnen beteiligt.
5. Mitglied kann nicht bleiben, wer bewußt und wiederholt die Partei und ihre Repräsentanten in Formen und mit Aktionen bekämpft, die geeignet sind, unsere politische Gemeinschaft in der Öffentlichkeit unglaubwürdig zu machen."

Quelle: „Berliner Stimme", hrsg. v. Landesverband Berlin der SPD, Nr. 22 vom 1. 6. 1968, Beilage Sondernummer 4, S. 4.

Helmut Schmidt (SPD),

Stellv. Parteivorsitzender, in einem Interview:

Frage: „. . . Was soll in Zukunft mit SPD-Mitgliedern geschehen, die linksradikale Gruppen unterstützen?
Helmut Schmidt: Jemand, der beharrlich gegen das politische Interesse seiner eigenen Partei handelt, muß sich von dieser Partei trennen. Aber ich bitte das nicht mißzuverstehen: Ich halte nichts von einer Ausschlußmaschinerie . . ."

Quelle: „Die Welt" v. 11. 5. 1968.

d) Reformen in Theorie und Praxis

Dr. Rudolf Krämer-Badoni,

Schriftsteller, 1962 Generalsekretär des PEN-Zentrums der Bundesrepublik, schrieb nach den Osterunruhen einen „Brandbrief nach Bonn":

„Sie wissen: Jetzt sofort das Universitätsproblem lösen und die Bauern zufriedenstellen. Keine Reden und Diskussionen und Kommissionen und Gutachten mehr. Handeln. Sofort . . .
Glaubt jetzt nicht an die moralische Genugtuung über den täglichen arbeitsreichen Parlaments- und Ausschußtrott. Der ist in diesem Augenblick den Deutschen Hekuba. Hebt den Kopf aus der Routine, greift zum Skalpell und heilt die zwei virulenten Herde.

Holt alle Beteiligten zusammen, setzt ihnen einen Termin, und dann gebt Männern die Vollmachten, die neue Universitätsordnung zu machen. Werft alle Bedenken hinter euch, trefft eine Entscheidung, meinetwegen eine zu weitherzige, aber eine Entscheidung muß her.
Wenn Sie nicht sofort handeln, als Abgeordnete in Bonn, dann wachsen die radikalen autoritären Flügel weiter. Sehen Sie endlich die Zeichen an der Wand? Rafft Euch auf und macht die Revolution selbst!"

Quelle: „Die Welt" v. 7. 5. 1968.

Dr. Gerhard Stoltenberg (CDU),

Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, in der Bundestagssondersitzung zu Hochschulfragen, 175. Sitzung am 7. 5. 1968:

„. . . Wir müssen uns selbst fragen, was an der Kritik aus der jungen Generation an uns im Kern berechtigt ist, was an der unverfälschten politischen Realität der Bundesrepublik Deutschland Anlaß zur Enttäuschung und Unzufriedenheit sein kann . . .
Ist von Regierung, Parlament und Parteien die Aufgabe überhaupt schon überzeugend gemeistert, die spröden und komplexen Einzelfragen, die eben den Alltag der modernen Politik ausmachen, so zu diskutieren und öffentlich darzustellen, daß sie dem interessierten Bürger ganz deutlich werden und größere Chancen für ein qualifiziertes realistisches Engagement eröffnen? Sind die demokratischen Parteien und großen Verbände nicht immer noch weithin zu sehr durch geschlossene oligarchische Strukturen bestimmt, gefördert durch die betonte Distanz der meisten Bürger und der skeptischen Jugend zur praktischen Politik, aber jetzt herausgefordert von einem besonders kritischen und aktiven Teil der jungen Generation?
Diese und andere Fragen müssen wir uns stellen, *(Zuruf von der FDP: Die CDU!)* nicht in der Pose der Selbstanklage, aber in einer redlichen und gründlichen Gewissenserforschung, der sich niemand in falscher Selbstgerechtigkeit entziehen sollte. *(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der SPD.)* . . ."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 20 vom 15. 5. 1968, S. 2.

Dr. Berthold Martin (CDU),

Mitglied des Fraktionsvorstandes der CDU-Bundestagsfraktion, in der Debatte über den Bericht des Bundeskanzlers „Zur Lage der Nation":

„. . . Wir müssen uns die Frage stellen: Was müssen wir tun? Was haben wir über die Analyse hinaus zu tun? Ich glaube, dabei ist es interessant, daß bei den Studenten folgendes zu beobachten ist. Es gibt da nicht nur eine Theorie, die Theorie ist vielmehr so mit der Praxis verbunden, daß sie einen geschlossenen Handlungsentwurf darstellt. Daraus ist für uns die

Schwierigkeit erwachsen, daß die Diskussion, wie wir sie gewohnt waren, nicht eigentlich verfängt. Es ist so: Handlungen kann man nur mit Handlungen beantworten. Einem Handlungsentwurf kann man nur einen Handlungsentwurf gegenüberstellen. Weil das so ist, müssen wir zu ganz bestimmten Handlungen kommen. Wir müssen uns fragen: Was ist politisch richtig? Wenn es stimmt, daß die große Masse der Studenten evolutionär denkt und reformwillig ist, ist das Mittel, sie an sich zu binden oder sie vor der Solidarisierung mit der extremistischen Gruppe zu bewahren, die Entschiedenheit des Reformwillens. Je entschiedener der Wille zur Reform ist, desto größer ist die Chance, die Studentenschaft wieder an sich heranzubringen . . ."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 14 v. 3. 4. 1968, S. 12.

Peter-Heinz Müller-Link (FDP),

Vorsitzender der FDP-Bürgerschaftsfraktion in Hamburg, anläßlich der Kundgebung des Senats in der Bürgerschaftssitzung am 24. April 1968:

„. . . Die politische Wirklichkeit an vielen Orten der Welt und bei uns stimmt oft mit unseren Vorstellungen von einer freiheitlichen parlamentarisch-demokratischen Verfassung nicht überein. Mit Recht empfindet die Jugend das Spannungsverhältnis zwischen geschriebener Verfassung und Verfassungswirklichkeit. Verständlich, wenn auch häufig ungerecht, wirft sie der älteren Generation Unwahrhaftigkeit vor. Daraus erwächst einerseits Unruhe bei den jungen Menschen, andererseits Hilflosigkeit bei der Reaktion der Gesellschaft, die sich mancher Diskrepanz zwischen Wort und Tat wohl bewußt ist. Es ist unsere Sache, in Gesprächen und Auseinandersetzungen glaubhaft zu machen, daß ein Bruch zwischen geschriebener Verfassung und Verfassungswirklichkeit, wenn er besteht, nicht gewollt besteht und alles getan werden muß, um ihn aufzuheben. Darum wollen wir uns mit allen Fraktionen dieses Hauses und den der politischen Wirklichkeit kritisch gegenüberstehenden Gruppen bemühen . . ."

Quelle: Pressemitteilung der FDP-Fraktion v. 24. 4. 1968.

Walter Scheel (FDP),

FDP-Vorsitzender, in der 169. Sitzung des 5. Bundestages vom 30. 4. 1968:

„. . . Hier hat sich gezeigt, daß eine Unlust latent in weiteren Schichten unseres Volkes herrscht, als wir es bisher angenommen haben, und daß sich ein erschreckender Autoritätsverlust der politischen Institutionen breitgemacht hat.

Hüten wir uns nun, diese Feststellung mit allzu schnell gedrechselten Formeln zu beantworten; hüten wir uns, diese Feststellung damit zu beant-

worten, daß wir den Versuch machen, unser gouvernementales Werkzeug zu vervollständigen, wie es eben der Herr Innenminister mit dem Schwerpunkt seiner Rede uns vorgeschlagen hat. Es ist doch für den Beobachter bedrückend, wenn er sieht, daß plötzlich die Zusammenarbeit der Polizei über die Ländergrenzen hinaus ein aktuelles Problem ist und daß sie so intensiv betrieben wird, während bis zur Stunde, wenn es darum ging, den Bürger vor Verbrechen jedweder Art zu schützen, es aus föderalistischen Gründen offenbar unmöglich war, darüber zu diskutieren. Jetzt, wo Demonstrationen gegen die Regierung der Anlaß der Reflexionen sind, jetzt plötzlich scheinen wir Fortschritte zu machen. *(Beifall bei der FDP.)*
Es reicht nicht aus, das Instrumentarium der Exekutive zu erweitern, um dem Autoritätsverlust zu begegnen. Nur Leistungen dieses Parlaments und Leistungen dieser Regierung – Leistungen, wie sie die Regierung in ihrer eigenen Regierungserklärung sich selbst abverlangt hat – können hier einen Wandel schaffen. Keine Propaganda, keine noch so schöne Formulierung unserer Pressesprecher und unserer Pressestellen vermögen die Mittelmäßigkeit zu überdecken, die bisher von dieser Regierung sichtbar geworden ist, vermögen den Mangel an Leistung, den Mangel an Entschlußkraft zu kaschieren ... *(Beifall bei der FDP.)*
Die These des Anbiederns, die ich so häufig in der Öffentlichkeit höre, zeigt, daß derjenige, der sie vertritt, die Meinungsbefragungen sehr wohl gelesen hat, daß er selber wohl weiß, was die Mehrheit unserer Bevölkerung möchte und was sie fühlt. Die Meinungsumfragen zeigen, daß 95 %, ja mehr, unserer Bevölkerung vordergründig und gefühlsmäßig für Ordnung und für Sicherheit, auch für den Polizeieinsatz sind. Da liegt der Opportunismus; damit kann ich die große Menge ansprechen. Es ist heute eher ein Wagnis, über Reformen und über die Hintergründe der Unruhen als über den Polizeieinsatz in der Öffentlichkeit zu diskutieren. *(Beifall bei der FDP.)*
Aber der Politiker sollte dieses Wagnis auf sich nehmen, er sollte in dieser Frage nicht dem Opportunismus erliegen ..."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 19 v. 8. 5. 1968.

Jochen Steffen (SPD),

Landesvorsitzender der SPD in Schleswig-Holstein und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, auf dem Nürnberger Parteitag 1968 der SPD in den Parteivorstand gewählt, über eigene Versäumnisse:

„... Kürzlich beklagte sich ein Genosse darüber, daß ‚die Studenten' nicht wüßten, was sie wollen. Ihrem Verständnis von Politik fehle das Gespür für gesellschaftliche, wirtschaftliche, schlicht: soziale Zusammenhänge. Daran ist sicher etwas richtig. Aber: Können wir von Studenten eine Programmatik erwarten, die wir selbst nicht haben? ...

Jahrelang haben wir von der wachsenden ‚Gleichheit' in der Industriegesellschaft geredet. Haben wir nie die Entwicklung gesellschaftlicher Machtpositionen registriert? Was die Briten ‚Unterprivilegierte' nennen, haben wir offen zu ihnen gesprochen? Haben wir ihr kritisches Bewußtsein gestärkt, oder haben wir sie Axel Springers ‚Bild' überantwortet?
Jahrelang haben wir von der Dringlichkeit der Gemeinschaftsaufgaben gesprochen ... Und wie schmählich werden die Vorhaben der Bundesregierung zu den Gemeinschaftsaufgaben im Bundesrat beerdigt. Was haben wir bei uns getan, in unserer Partei, um das, worüber wir jahrelang redeten, politisch effektiv werden zu lassen?
Ich meine, in vielem, was uns an ‚außerparlamentarischer' Kritik begegnet, stecken auch die Aktien unserer politischen Versäumnisse. Wir können das ändern. Statt ‚Image'-Pinselei, können wir Analyse betreiben, politische Perspektiven zeichnen, Doktrinen entwickeln und Maßnahmen zur Verbesserung unwürdiger Verhältnisse vorschlagen. Das kann eine Partei. Was sie allerdings nicht kann, wenn sie ehrlich ist, ist, alle Interessen ‚des Volkes' zu vertreten. Sie muß dann schon sagen, welche Interessen, welchen Teil des Volkes sie zu dem ihren macht. Dann können auch Studenten sagen, was sie wollen. Und nicht nur sie."

Quelle: „Berliner Stimme" v. 9. 9. 1967.

Dr. Helmut Lemke (CDU),

Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, in der Bundestagssondersitzung zu Hochschulfragen, 175. Sitzung am 7. 5. 1968:

„... Auch wenn wir Unrecht nicht anerkennen, müssen wir die Wirklichkeit hinnehmen. Dann ist es aber ein Fehler, die Bundesrepublik Deutschland als ein ‚Provisorium der Unzulänglichkeiten' zu bezeichnen, zumal dieses angesichts der Tatsache unwahr ist, daß diese Bundesrepublik in den letzten Jahren für alle ihre Bürger Einmaliges geleistet hat. Auch unsere jungen Soldaten wollen wissen, was sie verteidigen.
Meine Antwort: Dank ihrer demokratischen Legitimation und ihrer außerordentlichen Leistungskraft ist die Bundesrepublik Deutschland zu dem freiheitlichen Kernstaat der deutschen Nation geworden.
Diese Bundesrepublik Deutschland hat unter anderem zwei hervorragende Aufgaben:
Erstens innenpolitisch: Die Sicherung und Vollendung des freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaates muß unter Beteiligung aller Gruppen – in politischen Auseinandersetzungen mit den Politikern – fortgeführt werden. In anstrengender Präsenz – nicht in der Zurückgezogenheit – der Gewählten muß sich erweisen, daß die parlamentarische Parteiendemokratie die optimale Staatsform ist, die die Grundrechte

der Menschen gewährleistet. Dann haben auch im Parlament nicht vertrene Minoritäten Chancen mitzuwirken, es sei denn, sie wollen die freiheitlich-demokratische Grundordnung überhaupt beseitigen.
Zweitens außenpolitisch: Die Bundesrepublik Deutschland muß ein entschiedener Vorkämpfer für die europäische politische Union sein. *(Sehr gut! in der Mitte.)*
Nur diese Kraft bietet im Hinblick auf die heterogenen Weltmächte den einzelnen europäischen Nationen die äußere und wirtschaftliche Sicherheit; nur so können auf Dauer die Freiheiten des Menschen in Frieden gesichert sein. *(Beifall bei den Regierungsparteien.)*"

Quelle: „Das Parlament", Nr. 20 vom 15. 5. 1968, S. 3.

Karl Moersch (FDP)

in der Bundestagssondersitzung zu Hochschulfragen, 175. Sitzung am 7. 5. 1968 zur Kritik an der Regierungsarbeit:

„... Das steht doch fest, daß die Bundesregierung in ihrem Apparat nicht für diese Dinge ausgerüstet ist. Es hindert doch niemand die Bundesregierung daran, einige überflüssig gewordene Stellen in anderen Ressorts zu streichen und sie auf das Wissenschaftsministerium zu übertragen. Es muß ja nicht immer eine Vergrößerung sein. Man kann auch Aufgaben abbauen. Ich könnte Ihnen ein paar nennen. Aber dann werden Sie auch nicht zufrieden sein, weil jeder von Ihnen sein Spezialressort hat, das er verteidigen zu müssen glaubt ...
Es fehlt in unserer wissenschaftlichen Selbstverwaltung die Öffentlichkeit. Es fehlt die Möglichkeit, die Entscheidungsargumente durch andere Wissenschaftler kritisch zu überprüfen und ihre Argumente genügend zu werten. Dieses Fehlen der kritischen Öffentlichkeit bringt die Gefahr mit sich, daß dieses Parlament zu Entscheidungen veranlaßt wird, die es selber gar nicht genügend beurteilen kann. Es fehlt meiner Ansicht nach auch die Klarheit über das, was eigentlich geschieht."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 20 vom 15. 5. 1968, S. 5.

Dr. Hildegard Hamm-Brücher (FDP),

Staatssekretär im Hessischen Kultusministerium, hatte für den Sternmarsch der Notstandsgegner auf Bonn Schülern der Klassen 11 bis 13 Beurlaubung am 11. 5. 1968 zugesichert, falls der jeweilige Erziehungsberechtigte das beantragt und die Durchführung des Unterrichts für die übrigen gesichert ist. Sie begründete diese umstrittene Maßnahme:

„... Diese Regelung ermöglicht es, daß das Ministerium einmal einen Überblick über die Zahl der Schüler erhält, die mit Einwilligung ihrer Eltern an dieser politischen Demonstration teilnehmen wollen, und zum

anderen versucht sie, damit den Vorwurf der Jugend zu entkräften, daß sie durch autoritäre Herrschaftsstrukturen gegängelt und in Unmündigkeit gehalten werde ..."

Quelle: Stellungnahme von Dr. Hamm-Brücher für „Die Welt" v. 10. 5. 1968.

Bischof D. Kurt Scharf

in einem Interview nach den Osterunruhen:

„... *Frage:* In staatlichen Stellungnahmen zu den jüngsten Unruhen wurde bisher besonders hervorgehoben, daß Ruhe und Ordnung gewährleistet sein müßten. Meinen Sie nicht, daß mit den polizeilichen Maßnahmen politische Schritte einhergehen sollten – und welche Konsequenzen müßten Ihrer Ansicht nach im Bereich der Politik gezogen werden?
D. Scharf: Polizeiliche Maßnahmen allein halte ich für unzureichend. Ich halte es auch für eine ungerechtfertigte Belastung der Polizei, ihr allein die Regelung dieser Dinge zu überlassen. In der Tat müßten politische Schritte erfolgen, zum mindesten sollten sehr schnell einige Ausschüsse gebildet und mit kurzfristigen Aufträgen zu den Sachfragen versehen werden. Dazu würde z. B. gehören: ein Ausschuß von Wissenschaftlern, Politikern, Psychologen, Werbefachleuten usw. über die Frage der Verflechtung von wirtschaftlicher Konzentration und Einfluß auf die Meinungsbildung...
Frage: Teilen Sie die Meinung von 23 Professoren der Freien Universität Berlin, ‚die gegenwärtigen Inhaber der politischen Machtmittel' seien für den Anschlag auf Rudi Dutschke und die Folgen mitverantwortlich, und ‚Verständnislosigkeit und Immobilität der Regierenden' hätten den Eindruck geweckt, nur drastischer Druck könne Verbesserungen erwirken?
D. Scharf: Die Antwort auf diese Frage möchte ich indirekt geben, um meinen Standort deutlich zu machen: bei dem bisherigen Ablauf der Dinge ist mir ganz persönlich ein Verständnis für die opponierende Jugend geweckt worden und gewachsen, in erster Linie nicht durch die Entwürfe, die sie vorgelegt hat, sondern genau durch die Erfahrung, auf die hier angespielt wird, nämlich daß jeder Versuch einer Änderung im Blick auf Studienreform, Hochschulreform, aber auch auf Verfestigung der Gesellschaft und der wirtschaftlichen Ordnung von vornherein auf ein starres Nein stößt. Diese Haltung hat meines Erachtens mit Schuld an der Verschärfung der Situation."

Quelle: „Berliner Sonntagsblatt – Die Kirche, Evangelische Wochenzeitung für Berlin-Brandenburg", Nr. 18 v. 5. 5. 1968.

Dipl.-Kaufmann Lieselotte Funcke (FDP)

in der Bundestagssondersitzung zur Hochschulreform (175. Sitzung am 7. 5. 1968):

„. . . Unter zahlreichen Zuschriften, die uns in der vergangenen Woche erreicht haben und auch jetzt erreichen, gerade von jungen Menschen, die viel Hoffnung auf die Diskussion in diesem Hause gesetzt haben, ist ein Wort der evangelischen Jugend. Sie fragt – und ähnlich fragen andere –:

Müssen nicht verschleppte Entscheidungen, versäumte Zielsetzungen, verhinderte Reformen unseres gesellschaftlichen Lebens junge Menschen in Verzweiflung oder in Resignation bringen?

Ja, wenn wir uns, nicht zuletzt am Ende der heutigen Diskussion, einmal vor Augen halten, was alles auf der kulturpolitischen Front im argen liegt, so müssen wir allmählich die Verzweiflung der jungen Menschen verstehen, die ihren Blick in das nächste Jahrhundert wenden. Denn ist es nicht zum Verzweifeln, daß mindestens zwei Länder in ihren Kulturverwaltungen und im Kulturausschuß des Landtags nahezu ein ganzes Jahr und mehr durch die Diskussion blockiert waren, endlich die konfessionelle Zwergschule zu beseitigen, anstatt großräumig wichtigere Probleme zu bewältigen, ein Problem, das wir schon vor 20 Jahren hätten endgültig erledigen können und nicht erst im Jahre 1968 oder später?

Man kann angesichts aller dieser verschleppten Fragen die Ungeduld der Jugend schon verstehen, und man kann auch verstehen – wenn auch nicht rechtfertigen –, wenn die Betroffenen einer so allzu langsamen Entwicklung das Abweichen von der Legalität mit der inneren Legitimation begründen, endlich mit für einen Fortschritt zu sorgen. *(Unruhe und Widerspruch bei der CDU/CSU)* – Ich weiß, daß es gefährlich ist, das auszusprechen, meine Herren und Damen, aber wollen wir einmal ganz ohne innere Erregung – und ich glaube, in diesem Hause erwarten zu können: auch mit dem richtigen Verständnis – feststellen, daß wir sofort hellwach sind, wenn Fensterscheiben eingeworfen werden und Autos umgestürzt werden, *(Zurufe von der CDU/CSU)* daß wir es aber jahrelang ertragen haben, daß in den Verhältnissen unserer Universitäten Jahr um Jahr Student um Student ein und zwei und drei Semester verloren hat – und das heißt Zeit und Geld und Karriere – wegen der unzureichenden Verhältnisse auf den Universitäten . . .

Sie sprechen von neuen Kommissionen. Du liebe Zeit, wieviel Kommissionen wollen wir denn eigentlich noch! Wir haben den Bildungsrat und den Wissenschaftsrat, und wir hatten den Deutschen Ausschuß, und nun haben wir noch gemischte Kommissionen. Meine Herren und Damen, durch Beraten kommen wir doch nicht weiter, wir wollen endlich Entscheidungen haben."

Quelle: „Frankfurter Rundschau" v. 14. 5. 1968.

Professor Dr. Carlo Schmid (SPD),

Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder, in der Bundestagssondersitzung zu Hochschulfragen, 175. Sitzung am 7. 5. 1968 über die soziale Situation der Studierenden:

„. . . Ich möchte zum hundertsten Male darauf hinweisen, daß es eine schlimme Sache ist, daß bei uns in der Bundesrepublik ganze 6 Prozent der Hochschulstudenten aus Arbeiterfamilien stammen. *(Beifall bei den Regierungsparteien.)*
Das ist nur ein Bruchteil dessen, was in England, in Amerika und in Frankreich an Studenten aus Arbeiterfamilien stammt. Ganz abgesehen von der beschämenden Ungerechtigkeit, die darin liegt, ist es doch schlechthin töricht, daß man offenbar meint, auf Begabungen, die wir haben könnten, verzichten zu können. *(Beifall bei den Regierungsparteien.)*
Es stünde uns gut an, wenn wir in Frankreich und England und Amerika auch von Staats wegen große Stipendienfonds anlegten, zu denen man sich den Zugang durch Leistung verdienen muß; aber wenn man sich den Zugang verdient hat, dann soll man ruhig ohne Sorgen und nicht als Bettelstudent seinen Studien nachgehen können. Das wird nicht nur dem guttun, den es getroffen hat; das wird der Nation guttun . . ."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 20 v. 15. 5. 1968, S. 10.

Prof. D. Dr. Wilhelm Hahn (CDU),

Kultusminister von Baden-Württemberg, in der Sondersitzung des Bundestages zu Hochschulfragen (175. Sitzung am 7. 5. 1968):

„. . . Es ist nicht so, daß wir erst im Jahre 1967 dadurch, daß die Studenten auf die Straße gegangen sind, mit diesen Reformen begonnen haben. *(Sehr richtig! in der Mitte.)*
Das Jahr 1960 und die vier Jahre, in denen wir die weitgespannten Vorschläge des Wissenschaftsrates wirklich erfüllt haben, was man damals an den Universitäten einfach für unmöglich gehalten hätte, waren schon ein sehr großer Schritt . . . Die Gründung von neuen Universitäten – ich nenne aus meinem Land Konstanz und Ulm –, die wirklich nicht die innere Hochschulreform übersehen haben, . . . und die heute richtunggebend für neue Universitäten sind, die beispielsweise in den USA und in Finnland gegründet werden, ist ein Beweis dafür.
. . . Wir geben alle zu, daß es nicht schnell genug gegangen ist. Auch wenn wir uns weitgehend darüber klar sind, daß wir schneller vorgehen müssen, daß wir sogar viel mehr investieren müssen, so sind wir uns doch darüber im klaren, daß, wenn wir auch in den nächsten Jahren die größten Anstrengungen unternehmen, es uns nicht gelingen wird, alle Wünsche zu befriedigen.

Ich habe die Erfahrung gemacht, und zwar gerade dadurch, daß ich in meinem Lande Reformen durchgeführt habe, daß jede Reform neue Probleme hervorbringt ... Ich habe die weitere Erfahrung gemacht, daß jeder Versuch, grundlegend einzugreifen und neue Strukturen zu schaffen, dazu führt, daß man auf die verschiedensten Interessen trifft, die dem entgegenstehen, und daß man infolgedessen auch sehr große Kämpfe führen muß.

... Wir als Deutsche lieben es, uns immer isoliert zu sehen. Aber es geht in Wirklichkeit allen vergleichbaren Ländern in dieser Frage ebenso wie uns, daß sie mit dem Massenproblem, das plötzlich an den wissenschaftlichen Hochschulen auf sie zugekommen ist, nicht fertig geworden sind und auch in absehbarer Zeit nicht fertig werden. Wir dürfen keine Wunder erwarten; sonst kommen wir zu ganz falschen Schlüssen.

... Wir müssen mit aller Nüchternheit Schritt für Schritt vorwärtsgehen. Es sind eine Reihe von Sofortmaßnahmen notwendig, zu denen wir uns bereitfinden müssen. Ich nenne immer wieder das eine entscheidende Problem: das sind tatsächlich die Massen der Studenten, die im Augenblick auf uns zukommen. Hier ist uns das Entscheidende noch nicht eingefallen.

... Es kommt darauf an, daß es uns gelingt, die richtigen Intentionen der Mehrheit der Studenten so zu lenken, daß sie wieder bereit werden, an der Hochschulreform im evolutionären Sinne weiter mitzuwirken ..."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 20 v. 15. 5. 1968, S. 11.

Professor Dr. Carlo Schmid (SPD),

Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder, in der Bundestagssondersitzung zu Hochschulfragen, 175. Sitzung am 7. 5. 1968:

„... Der Dialog zwischen Bund und Ländern und Universitäten muß öffentlich geführt werden. Die Besorgung alles dessen, was mit Bildung und Wissenschaft zusammenhängt, muß in öffentlichem Dialog besprochen werden, damit unser Volk weiß, worum es geht und warum manches nicht geht, das man sich gerne wünschen möchte.

Öffentlichkeit ist immer unbequem für die, die handeln müssen. Aber Demokratie besteht unter anderem auch darin, daß man es erträgt, daß Regieren eine unbequeme Sache ist; denn nur dann wird demokratisch regiert, wenn man es möglich macht, daß das Volk unmittelbar erfährt, worum es geht.

... Die gesamte Nation kann fordern, daß wir durch die Länder auf deren Gebiet und durch deren Tun ein Schulwesen und ein Hochschulwesen bekommen, daß es der Nation erlaubt, mit Aussicht auf Erfolg den Herausforderungen des Jahrhunderts, in dem wir stehen, gerecht zu werden. Ich erinnere mich eines Wortes aus dem Mund des langjährigen Botschafters der USA in Bonn, Mr. Conant, der einer der bedeutendsten, sagen wir

einmal: Wissenschaftsverwalter ist – ich bitte, das Wort richtig zu verstehen –, die es in Amerika und in der Welt gibt. Er sagte: Die deutsche Universität ist die beste Universität für das 19. Jahrhundert, aber nicht mehr für dieses Jahrhundert. Ich glaube, er hat hier recht. Wir sind vielleicht ein bißchen auf Lorbeeren eingeschlafen, die einmal grün waren. Es ist Zeit, sich neue Lorbeeren zu pflücken.

... Heute muß sich der Staat darum kümmern, daß sinnvoll studiert werden kann. Darauf kommt es an, nicht daß dieses und jenes, aber das, was studiert wird, sinnvoll studiert werden kann. Da kann einiges mehr getan werden. Da kann der Staat Perspektiven eröffnen, die dem einzelnen verborgen sind. Er kann bestimmte Trends kanalisieren. Er kann spezifische Wege öffnen. Insbesondere kann er Einrichtungen schaffen, die auf das rechte Studium hin orientieren und die die Möglichkeit einer Auslese gemäß dem Erreichten geben. *(Beifall bei den Regierungsparteien.)* ..."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 20 vom 15. 5. 1968, S. 10.

Werner Scherer (CDU),

Kultusminister des Saarlandes, in der Bundestagssondersitzung zu Hochschulfragen, 175. Sitzung am 7. 5. 1968:

„... Es galt über Jahrzehnte hinweg als Prinzip, daß die Wissenschaft unabhängig von gesellschaftlichen und politischen Bedürfnissen zu betreiben sei. Das inzwischen vor allem in der Jugend ausgeprägte Bewußtsein, daß der ökonomische und der politische Standard eine Funktion des wissenschaftlichen Fortschritts ist, begründet sehr konkrete Erwartungen an die Hochschule und macht deren eigene Struktur zum Gegenstand kritischer Analysen. Diese sehr kritische Auseinandersetzung geht bei vielen Studenten mit einem geradezu idealtypischen Demokratieverständnis einher und wird zusätzlich von einem Generationskonflikt überlagert, der sich in betontem Mißtrauen gegenüber der verantwortlichen wissenschaftlichen und tragenden politischen Generation artikuliert. Damit will ich sagen, daß mit einer formalen Änderung der Hochschulstruktur die uns bewegenden Probleme nur teilweise gelöst sein werden, daß es in der Folge vor allem der Bereitschaft bedarf, den durch die neuen Strukturen gesetzten Rahmen mit dem erkennbaren guten Willen auszufüllen, die erwähnten Spannungen im Bemühen um das gegenseitige Verständnis für unsere Gesellschaft fruchtbar zu machen. .."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 20 vom 15. 5. 1968, S. 4.

Carl-Heinz Evers (SPD),

Schulsenator des Landes Berlin, in der Sondersitzung des Bundestags zu Hochschulfragen (175. Sitzung am 7. 5. 1968):

„... Wenn wir herauswollen aus dem bekannten Circulus vitiosus von Zuständigkeitsfragen, müssen wir uns, Bund, Länder und Gemeinden, endlich zu einer konzertierten Aktion in der Bildungspolitik zusammentun und die gesellschaftspolitischen Sachfragen entschlossen anpacken. Ich möchte nicht, daß die fälligen Reformen, die seit längerem diskutiert werden, erst zustande kommen unter dem Druck direkter Aktionen, unter dem Eindruck von Go-ins und ähnlichen Maßnahmen. Ich möchte vielmehr, daß der demokratische Staat zeigt, daß er aus eigener Einsicht zu Reformen bereit und fähig ist, nicht nur in Reden, sondern in der Tat. *(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU.)*"

Quelle: „Das Parlament", Nr. 20 v. 15. 5. 1968, S. 11.

Dr. Ludwig Huber (CSU),

Kultusminister des Landes Bayern, in der Bundestagssondersitzung zu Hochschulfragen, 175. Sitzung am 7. 5. 1968, zur Reform des Bildungswesens:

„... Wir brauchen diese Reformen dringend, wir haben sie bitter notwendig aus dem Gebot der Sache heraus, und wir werden sie durchführen. Wir werden sie in einer evolutionären Weise durchführen; denn auch für den Hochschulbereich gilt, daß nicht die Revolution nach den taktischen Anweisungen von Lenin oder der Roten Bibel von Mao Tse-tung das Angemessene ist, sondern die evolutionäre Fortentwicklung zu Reformen, die wir Länder gemeinsam im Interesse unserer studierenden Jugend und der Zukunft unseres Landes durchführen müssen. *(Anhaltender Beifall bei den Regierungsparteien.) ...*"

Quelle: „Das Parlament", Nr. 20 vom 15. 5. 1968, S. 8.

Professor Dr. Carlo Schmid (SPD),

Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder, in der Bundestagssondersitzung zu Hochschulfragen, 175. Sitzung am 7. 5. 1968:

„... Das Problem ‚die Intellektuellen und der Staat' ist für uns in Deutschland immer ein Problem gewesen – nicht nur in Deutschland; freilich, aber wir haben diesem Problem zu allen Zeiten wenig innere Sicherheit entgegenzubringen vermocht. Was sind Intellektuelle? – Nun, das sind die Leute, die sich mit der uns umgebenden Wirklichkeit kritisch befassen und uns sagen, was sie dabei finden. Im alten Athen waren das die Sophisten, die Leute, die sagten: Der Staat ist ja nichts als ... Er war auch in der Tat auf manchen Gebieten nichts als ... Sie sind die Analytiker. Man sagt, sie zersetzten. Sie müssen zersetzen. Wenn man analysiert, muß man das Problem in seine Elemente zersetzen. Dabei allerdings muß man so vorgehen, daß die Elemente so sauber herauspräpariert werden, daß man daraus dann eine neue und reinere Wirklichkeit schaffen kann, das,

was Descartes die decompositio und die recompositio nannte. Aber zur gleichen Zeit wie den Protagoras und den Gorgias gab es doch einen anderen Intellektuellen: einen gewissen Sokrates, das Musterbild des Bürgers, der auch ein Intellektueller, ja, der geradezu der Intellektuelle gewesen ist, einer, der seinem Volke und seinem Staat von der Idee des Menschen aus dem Spiegel vorhielt. Das ist eine gute und notwendige Sache. Wir brauchen beide, und wir sollten es uns nicht verdrießen lassen, daß sie uns gelegentlich Dinge sagen, die wir als unfreundlich empfinden müssen. Wir sollten auf die Ehre, gelegentlich Zielscheibe sein zu dürfen, nicht verzichten. *(Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen.)*

Ich glaube, wir brauchen den Intellektuellen an unserer Seite und uns gegenüber – nicht um uns Sachverstand zubringen zu lassen. Davon haben wir leider vielleicht ein bißchen zuviel. Vor lauter Sachverstand werden wir gelegentlich betriebsblind für das Wesentliche. Wir denken zu sehr an die Mechanik und nicht an das, was bewegt werden sollte. Und da ist es gut, wenn man einen hat, der einem von Zeit zu Zeit zeigt, daß es falsch ist, zu glauben, was man pragmatisch zum Nutzen aller erreicht hat, sei schon das Aufgegebene. Das ist es nicht immer; meistens ist es nur ein Annäherungswert, und es ist gut, wenn uns einer das Gewissen wach hält und es uns schwermacht, uns mit dem, was wir erreicht haben, zu begnügen, als hätten wir damit das Notwendige schon geschafft.

Sicher gibt es bei den Intellektuellen Spreu und Weizen. Wo gibt es das nicht? Das gibt es auch bei uns. Aber ich meine, einige Weizenkörner können schon genügen, um uns gelassen einige Spreu mit in Kauf nehmen zu lassen.

Zur Kritik gehört aber nicht nur, daß man sagt: dies und jenes ist falsch und nicht richtig. Neben die Schelte des Ungenügenden gehört die Anerkennung des Guten, das da ist. *(Beifall bei allen Fraktionen.)*

Das gilt aber nur dann, wenn wir uns damit nicht begnügen, wenn wir wissen, daß dieses Wissen letztlich eine Aufforderung ist, nach den Dingen zu schauen, die wir nicht gut gemacht haben oder an die wir noch nicht herangekommen sind, vielleicht weil die Zeit dafür nicht reif war oder weil uns Umstände gehindert haben, deren wir nicht Herr werden konnten. Manchmal muß man eben zuerst aufräumen, ehe man anfangen kann zu bauen. *(Beifall bei den Regierungsparteien.)* . . ."

Quelle: „Das Parlament", Nr. 20 v. 15. 5. 1968, S. 10.

Dietrich-Wilhelm Rollmann (CDU),

MdB und Landesvorsitzender der Hamburger CDU, unter dem Motto „Was Frankreich uns lehrt“:

„Noch trägt die Protestbewegung in unserem Lande den Namen außerparlamentarische Opposition, aber der Kern, der die Führung übernommen hat, ist bereits antiparlamentarisch.
Dieser Kern ist festgelegt und läßt sich nicht überzeugen. Er lehnt die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik Deutschland ab und will die Räterepublik im marxistisch-leninistischen Sinne. Diesem Kern müssen wir dazu verhelfen, wieder das zu werden, was er einmal war: eine ideologische Sekte ohne nennenswerten Anhang. Das können wir erreichen, indem wir die Protestbewegung insgesamt ernst nehmen, uns der Auseinandersetzung mit ihr stellen und jene Reformen in Staat und Gesellschaft wirklich anpacken, die notwendig sind. Tun wir das nicht, dann wird die Protestbewegung zu einer Lawine heranwachsen und – wie in Frankreich und auf verschiedenen Gewerkschaftsjugendtagen bereits sichtbar – die Arbeiterbewegung mit sich reißen – mit allen unübersehbaren Folgen, die sich daraus für uns alle ergeben werden.“

Quelle: Leserbrief in: „Welt am Sonntag“ v. 2. 6. 1968.

Dr. Rainer Barzel (CDU),

Vorsitzender der CDU-Fraktion, in der 169. Sitzung des 5. Bundestages v. 30. 4. 1968 über erfolgte und eingeleitete Reformen:

„. . . Unser Land braucht Reformen und hier – wie schon vorher dargetan worden ist – nicht Reformen von nebulosen, sondern ganz konkreten Dingen. Deshalb nenne ich hier einige Reformen, auch an die Adresse der Opposition. Dabei sind ein paar Punkte, die wir mit Ihnen nicht haben schaffen können. Ich nenne eine Reform wie die Mehrwertsteuer, eine Sache von enormer reformerischer Wirkung. Ich nenne eine Sache wie unser wirtschafts- und finanzpolitisches Instrumentarium, das modernste der Welt. Da kann man natürlich nicht mit Phrasen ankommen, sondern da muß man über Paragraph zwölf Absatz drei sprechen und vielleicht einen Änderungsvorschlag machen. Das ist dann parlamentarische Arbeit und politische Verantwortung. Ich nenne die mittelfristige Finanzplanung, ich nenne das Parteiengesetz, ich nenne unser Kohlegesetz. Ich erinnere daran – den Herrn Bundeskanzler wird das freuen und beruhigen –, daß wir die Absicht haben, in den nächsten Wochen in den schwierigen Fragen der Verkehrsgesetzgebung eine sachliche Einigung herbeizuführen. Wir werden in der nächsten Woche die erste Lesung der Finanzverfassungsreform haben, eine Sache von weittragender Bedeutung für unser Land.

Es kann uns also keiner kommen und sagen, wir seien da nicht tätig. Vielleicht wollen andere etwas anderes oder nach dem Motto – ich glaube, Herr Ertl hat es soeben gesagt –: Unmögliches machen wir sofort, Wunder dauern etwas länger. Meine Damen und Herren, das Parlament ist weder für Unmögliches noch für Wunder kompetent. Das muß jeder sehen. Wir drängen seit langem auf die Universitäts- und die Studienreform. Wir sind dabei, das Strafrecht zu reformieren, das Prozeßrecht neu zu ordnen. Wir sind in allen Fraktionen dabei – wahrscheinlich gesondert, weil hier eine Übereinstimmung nicht so schnell zu erzielen ist, und warum soll auch alles ein Eintopf sein? –, auf dem Gebiet ‚Eigentum für jeden' neue Vorschläge zu machen. Hier ist eine reformerische Arbeit. Man muß sich nur die Mühe machen, hinzusehen und zuzuhören, und wir müssen uns die Mühe machen, besser zu argumentieren . . ."

Quelle: „Das Parlament", Jg. 18, Nr. 19 v. 8. 5. 1968:

Versuch einer Zwischenbilanz

Der bisherige Lernerfolg des Establishments

Als am 30. Mai 1968 der Deutsche Bundestag die Notstandsverfassung verabschiedete, die Bundesbürger sich für den Pfingsturlaub rüsteten und die letzten Aktionen von Gruppen der außerparlamentarischen Opposition zerbröckelten, trat eine Pause in der Auseinandersetzung zwischen Establishment und ApO ein. Auch wenn der Herausgeber dieser Dokumentation zweifelt, ob die objektiven Bedingungen eine längere Pause zulassen, so kann dennoch die Zäsur nach Verabschiedung der Notstandsverfassung zu einer vorläufigen Zwischenbilanz dienen. Dabei soll – ähnlich skizzenhaft wie in der Einleitung – gefragt werden, in welcher Art und Weise das Establishment, also unsere Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft, die Herausforderung durch die ApO aufgenommen hat und ob nach nunmehr einem Jahr der von den system-immanenten Reformern erstrebte gesellschaftliche Lernprozeß in Richtung größerer Offenheit und Demokratisierung unserer Gesellschaft wenigstens in Ansätzen sichtbar ist. Basis dieser Zwischenbilanz sind die hier zusammengestellten Stimmen aus dem Establishment sowie die Reaktionen, die der Herausgeber unter Studenten und anderen Bürgern gespürt zu haben glaubt.

Erhaltung der Ordnung als Erfolg

Unter den Bürgern dominiert der Wunsch nach Ruhe und Ordnung. Das äußert sich nicht nur in Umfrageergebnissen und Leserbriefen, sondern das zeigt sich auch daran, daß es im Bundestag bei Debatten über die ApO stets dann den stärksten Beifall gab, wenn Redner – gleich welcher Fraktion – harte Maßnahmen forderten. Dieser Beifall hat bei jenen Kritikern, die dem Bundestag in den letzten Monaten aufmerksam zugehört haben, vieles an Hoffnungen gedämpft, die durch verständnisvolle Äußerungen von Verantwortlichen erweckt worden waren. Kritischen Zuhörern schien dieses im Establishment geäußerte Verständnis manchmal wie Heuchelei. Bei der geistigen Verfassung unserer Gesellschaft ist es allerdings nicht erstaunlich, daß im Bundestag starke Kräfte den Wunsch vieler Bürger nach Ruhe für wichtiger hielten als die Möglichkeit, daß unter den Kritikern – also unter der Minderheit – ein stärkerer Solidarisierungseffekt und damit eine größere Gefahr für das Establishment

eintreten könnte. Im übrigen sollte die Konfliktsituation des einzelnen Abgeordneten nicht unterschätzt werden, der in einer Rede sowohl seinen Wählern als auch seinen intellektuellen Kritikern gerecht werden will.
Im Lernprozeß in Richtung einer demokratischeren Gesellschaft kann man nach einem Jahr der Herausforderung für die Polizei und die Rechtspflege als den beiden stärksten Sanktionsinstrumenten des Establishments eine relativ positive Bilanz ziehen. Die Polizei hat – trotz aller örtlichen Unterschiede – von Erich Duensings „Leberwurst-Taktik" anläßlich des Schah-Besuchs im Juni 1967 bis zur „weichen Welle" beim Sternmarsch der Notstandsgegner auf Bonn 1968 enorm gelernt, wenn man ungenügende Ausbildung und Tradition in Rechnung stellt. Noch mehr gilt das für die Rechtspflege. Wohl zum erstenmal in der deutschen Geschichte weigerte sich nach den Osterunruhen 1968 ihr Interessenverband, der Deutsche Richterbund, den Aufforderungen mancher von den Unruhen aufgescheuchter Politiker nachzukommen, durch Schnellverfahren, harte Urteile usw. den „Büttel" des Staates zu spielen. Statt dessen erinnerten die Richter die Politiker an ihre Verantwortung für die Lage.
Als weiteres Mittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung machten manche Vertreter des Establishments Vorschläge, das Studium zu straffen, zu entpolitisieren, – also nach Meinung der ApO den „Fach-Idioten" als manipulierbaren Untertan zu schaffen. Demgegenüber wird in allen Bildungsplänen der Länderkultusminister der mündige, engagierte, kritische Staatsbürger als Ziel der Bildungsbemühungen gefordert. Es ist zu erwarten, daß die ApO-Gruppen diesem Ziel weiter nachstreben. Das wird Anlaß zu weiterer Unruhe sein, die sich allerdings keineswegs immer gewaltsam äußern muß. Schließlich befinden sich auch die ApO-Gruppen in einem Lernprozeß. Es liegt mit an den Reaktionen des Establishments, ob auch künftig nur jener Gehör für seine Reformwünsche findet, der drastische, manchmal „ordnungswidrige" Maßnahmen anwendet, oder ob unsere Gesellschaft lernt, unvermeidliche Konflikte anzuerkennen und sie geregelt auszutragen, ob sie also offen wird.

Die schwierige Analyse der Ursachen

Bei der Frage nach den Ursachen der Unruhen hatten die Stimmen aus dem Establishment eine große Breite der Analyse und Argumentation gezeigt. Im Bundestag ist die „Drahtzieher"-Theorie energisch vertreten, aber auch fundiert widerlegt worden. Der Kritik am allzu kritischen Fernsehen stand die Kritik an Springer gegenüber. Am wichtigsten für den demokratischen Lernprozeß dürften jene vielen Stimmen sein, die selbstkritisch gefragt haben, ob heute noch Autorität ungeprüft hingenommen wird und ob sich unsere Verfassungswirklichkeit nicht zu weit von proklamierten demokratischen Idealen entfernt habe. Was jahrzehntelang von den Berufskritikern unseres Systems – in den Augen der ApO den unge-

fährlichen „Hofnarren" – gesagt worden ist, das wurde jetzt erstmals selbstkritisch von den Verantwortlichen selbst erörtert, und zwar in allen Gruppen und Parteien. Auch das ist eine neue Erfahrung für die deutsche Gesellschaft, die eine derart breite, öffentliche Selbstkritik in ihren Führungsgruppen noch niemals erlebt hat. Ob diese Selbstkritik anhält und fruchtbar wird, dürfte nicht zuletzt daran liegen, welche Kräfte in der ApO bestimmend sind. Wer derartige Selbstkritik als bloßes taktisches Lippenbekenntnis abtut, erleichtert es dem Establishment, sich hinter den Mauern der Macht zu verschanzen. Wer den demokratischen Lernprozeß wünscht, wird nur weiterkommen, wenn er den Kontrahenten beim Wort nimmt. Auf jeden Fall ist der Versuch des Establishments, die Herausforderung der ApO nicht nur mit Polizeimitteln, sondern geistig-politisch anzunehmen, eine keineswegs selbstverständliche Reaktion. Man braucht nur zu bedenken, daß das Establishment z. B. im Bundestag jahrelang durch Parteienverbote und Fünfprozentklausel von jeder radikalen Zugluft abgeschirmt war und dazu enorme Kraft für den Wiederaufbau verbraucht hat. Außerdem machen jene kleinen ApO-Gruppen, die nicht mehr an Reformmöglichkeiten glauben, es dem Establishment schwer, überhaupt gesprächsbereit zu bleiben, oder sie liefern ihm ein Alibi, das Gespräch wegen angeblicher Unfairneß abzubrechen. Hinzu kommt schließlich, daß viele Bürger ein derartiges Gespräch für nutzlos halten und daß manche Anghörige des Establishments auf Grund ihrer Denkweise gar keine Gesprächspartner sein können. Trotz all dieser Erschwernisse scheinen die Voraussetzungen dafür, daß aus der Herausforderung der ApO und der offenbar bisher vorhandenen Bereitschaft zur Antwort beim Establishment ein Fortschritt für die Demokratisierung unserer Gesellschaft entsteht, günstiger, als man es nach der Tradition und Struktur dieser Gesellschaft hätte erwarten können.

Zwischenbilanz der Reformen

Alle Offenheit, alles Verständnis, alle Selbstkritik in den Reihen des Establishments können nicht darüber hinwegtäuschen, daß neben der geistigen Auseinandersetzung vor allem die Verwirklichung der längst als notwendig erkannten Reformen die richtige Antwort auf die Herausforderung darstellt. Reformwilligkeit ist wichtig und auch vorhanden, wie die vielfältigen Stimmen zeigen. Entscheidend ist jedoch die Reformfähigkeit, das Durchsetzen von Entscheidungen auch gegen die stets vorhandenen Widerstände. Seit Bestehen der Großen Koalition weisen die ApO-Gruppen darauf hin, daß die Mehrheitsverhältnisse rein rechnerisch für die notwendigen Entscheidungen vorhanden sind. Bei den Antworten auf die Herausforderung haben politische Repräsentanten immer wieder betont, daß von der Stabilisierung der Konjunktur über Maßnahmen zur Bewältigung der Strukturkrise in der Energiewirtschaft (Kohle) bis zur

Rentenreform zahlreiche bedeutsame Entscheidungen getroffen worden sind oder, etwa im Bereich der Finanzreform und des Verkehrs, zur Entscheidung anstehen. Dennoch herrscht bei den ApO-Gruppen und bei vielen anderen Bürgern der Eindruck vor, das Establishment sei unbeweglich, nur ein „Kartell der Angst" (Dahrendorf), also nicht reformfähig. Die im letzten Abschnitt zusammengestellten, teilweise recht selbstkritischen Stimmen aus dem Establishment lassen zwei hauptsächliche Faktoren erkennen, auf denen die Annahme von der Sterilität unseres Regierungssystems basiert.

(1) In großartigen Formulierungen wird die Reformwilligkeit bekundet, ohne daß es zu greifbaren Reformanstößen käme. Typisch dafür war die Sondersitzung des Bundestages zur Hochschulpolitik am 7. 5. 1968. Es entstand der Eindruck, daß alle noch so guten verbalen Reformvorschläge im Getriebe des Kulturföderalismus versickern werden. Ähnlich ist der Eindruck bei der Kritik an der Amtseignung von Bundespräsident Lübke. Ehrenhafter Rücktritt und vorzeitige Neuwahlen sind im politischen Establishment kaum mehr umstritten. Daß die Frage dennoch verschleppt wird, läßt den Eindruck entstehen, daß man vor lauter Proporz-Klüngelei nicht zu der längst als notwendig erkannten Entscheidung kommen wird. Ähnliches gilt für die Fragen der Pressekonzentration. Ein wesentlicher Aspekt der Veränderung unseres politischen Klimas liegt darin, daß sich das Establishment künftig immer weniger das jahrelang geübte Ausweichen vor oder die Verschleppung von unangenehmen Entscheidungen leisten kann, wenn es die Herausforderung bestehen will.

(2) Der andere Faktor für die Annahme von der Unbeweglichkeit des Establishments, von seiner mangelnden Reformfähigkeit liegt nach der kritischen Selbstanalyse darin, daß politische Entscheidungen und Reformen in der Öffentlichkeit schlecht „verkauft" worden sind. Nicht erst der Streik der Bremer Schüler gegen die Fahrpreiserhöhung im Januar 1968 hat deutlich gemacht, daß unsere politischen Repräsentanten jahrelang ihre Entscheidungen nicht plausibel zu begründen brauchten. Die Mehrheit der Bürger nahm sie lange Zeit als von oben kommend, und damit richtig, hin. Beispielsweise konnte die notwendige Reform der Umsatzsteuer, die Mehrwertsteuer, kaum schlechter „verkauft" werden, als dies Ende 1967 geschah. Die so bedeutsame Entschärfung des noch aus dem Kalten Krieg stammenden politischen Strafrechts – eine wirklich demokratische Entscheidung – ist von Massenmedien und Bürgern kaum zur Kenntnis genommen worden, weil sie ganz im Schatten der gleichzeitig stattfindenden Notstandsberatungen erfolgte. Die Verabschiedung der Notstandsverfassung wirkte trotz aller gegenteiliger Beteuerungen der Großen Koalition auf den Beobachter wie ein ängstlich-trotziges Durchpeitschen. Unter diesem Eindruck gingen die tatsächlich erreichten, erheblichen Verbesserungen unter. Ein anderes Beispiel: Die Politik der Öff-

nung nach Osten, vorangetrieben von Außenminister Brandt, ist sowohl im Bundestag als auch vor seiner eigenen Partei in Nürnberg mit so viel vorsichtigen Verklausulierungen verpackt worden, daß sie weder die Verfechter einer Öffnung noch die Gegner – etwa repräsentiert durch die Vertriebenenverbände – zufriedengestellt hat. Selbstverständlich ist gute Public Relation kein Ersatz für Politik oder fehlende Entscheidungen. Wenn sich jedoch die Erläuterung der Politik auf stundenlange Monologe im Bundestag und sich widersprechende, abschwächende oder verschleiernde „Interview-Demokratie" beschränkt, so ist das weder einer demokratischen Gesellschaft angemessen noch als Antwort auf die Herausforderung der ApO geeignet. Die Einführung von „aktuellen Stunden" und „Hearings" ersetzt nicht die Parlamentsreform, wenn der Bundestag im Bewußtsein der Bürger wieder das zentrale Verfassungsorgan werden will. Ähnliches gilt für die Parteien, vor allem für die am meisten herausgeforderte SPD. Wenn sie die im vorletzten Abschnitt registrierten Mittel zur Unterbindung von innerparteilicher Kritik extensiv anwenden sollte, dann wird ihr alle verbale Gesprächsbereitschaft, wird ihr kein „Jugendkongreß" etwas nützen. Es dürfte nicht der schlechteste Aspekt der Herausforderung sein, daß es bei den Parteien künftig nicht mehr genügt, die Wähler mit einem Vater-Porträt in Sympathiefarben und dem Schlagwort „Sicherheit" anzusprechen.

Zum Abschluß dieser vorläufigen Zwischenbilanz läßt sich sagen, daß die Herausforderung der ApO-Gruppen sehr viel positivere Aspekte hat, als dies manche um Ordnung besorgte Bürger und Repräsentanten glauben. Auch im Bundestag ist ihr neuerdings mehrmals indirekt bescheinigt worden, sie habe sich um das Vaterland verdient gemacht. Das Establishment seinerseits hat die Herausforderung sehr viel schneller angenommen und bereitwilliger einen Lernprozeß begonnen, als man es hätte erwarten können, – wenn es auch manchen jungen Menschen noch längst nicht schnell genug geht. Ob dieser Lernprozeß dazu führt, bewußter mit Konflikten zu leben, Tabus zu zerbrechen und Reformen zur Bewältigung der Zukunft durchzuführen, wird für das Establishment existenzentscheidend sein. Die Verantwortlichen haben es mehrmals deutlich ausgesprochen, daß es an ihrer eigenen Reaktion liegt, ob die ApO-Gruppen als Protestbewegung anwachsen oder sich zu Reformbewegungen wandeln.

1. Rechtsnormen zur Sicherung des Systems

a) Aus dem Grundgesetz

Art. 5 [Recht der freien Meinungsäußerung]

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Art. 8 [Versammlungsfreiheit]

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Art. 9 [Vereinigungsfreiheit]

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten ...

Art. 18 [Verwirkung von Grundrechten]

Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Art. 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Art. 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Art. 8), die Vereinigungsfreiheit (Art. 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10), das Eigentum (Art. 14) oder das Asylrecht (Art. 16 Abs. 2) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Art. 21 [Parteien]

(2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.

Bisherige Regelung des Notstandes

Art. 91 [Abwehr von Gefahren für den Bestand des Bundes]

(1) Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann ein Land die Polizeikräfte anderer Länder anfordern.
(2) Ist das Land, in dem die Gefahr droht, nicht selbst zur Bekämpfung der Gefahr bereit oder in der Lage, so kann die Bundesregierung die Polizei in diesem Lande und die Polizeikräfte anderer Länder ihren Weisungen unterstellen. Die Anordnung ist nach Beseitigung der Gefahr, im übrigen jederzeit auf Verlangen des Bundesrates aufzuheben.

Neuregelung der Notstandsverfassung durch das siebzehnte Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, am 30. 5. 1968 vom Bundestag verabschiedet:

Art 9 [Vereinsfreiheit]

(3) ...
Maßnahmen nach den Artikeln 12 a, 35 Abs. 2 und 3, 87 a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Art. 10 [Brief- und Postgeheimnis]

(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Art. 11 [Freizügigkeit]

(1) ...
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen zum Schutz der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Art. 12 [Berufsfreiheit]

(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Art. 20 [Bundesstaatliche Verfassung]

(1) ...

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Art. 87 a [Streitkräfte]

(4) Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann die Bundesregierung, wenn die Voraussetzungen des Artikels 91 Abs. 2 vorliegen und die Polizeikräfte sowie der Bundesgrenzschutz nicht ausreichen, Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei und des Bundesgrenzschutzes beim Schutze von zivilen Objekten und bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer einsetzen. Der Einsatz von Streitkräften ist einzustellen, wenn der Bundestag oder der Bundesrat es verlangen.

Art. 91 [Abwehr von Gefahren für den Bestand des Bundes]

(1) Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes kann ein Land Polizeikräfte anderer Länder sowie Kräfte und Einrichtungen anderer Verwaltungen und des Bundesgrenzschutzes anfordern.

(2) Ist das Land, in dem die Gefahr droht, nicht selbst zur Bekämpfung der Gefahr bereit oder in der Lage, so kann die Bundesregierung die Polizei in diesem Land und die Polizeikräfte anderer Länder ihren Weisungen unterstellen sowie Einheiten des Bundesgrenzschutzes einsetzen. Die Anordnung ist nach Beseitigung der Gefahr, im übrigen jederzeit auf Verlangen des Bundesrates aufzuheben. Erstreckt sich die Gefahr auf das Gebiet mehr als eines Landes, so kann die Bundesregierung, soweit es zur wirksamen Bekämpfung erforderlich ist, den Landesregierungen Weisungen erteilen; Satz 1 und 2 bleiben unberührt.

b) Aus dem Strafgesetzbuch

Die mit einem * gekennzeichneten Vorschriften sind durch das erste Strafrechtsänderungsgesetz vom 30. 8. 1951, die mit zwei ** gekennzeichneten Vorschriften durch das dritte Strafrechtsänderungsgesetz vom 4. 8. 1953 geändert worden (Korea-Krieg, Auswirkungen des Kalten Krieges).
Zwischenzeitlich sind zahlreiche Reformvorschläge gemacht worden. Der letzte Gesetzesentwurf für die Reform des politischen Strafrechts soll noch 1968 verabschiedet werden.

*§ 80 * [Verfassungs- und Gebietshochverrat]*

(1) Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt
1. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland oder der Verfassung eines ihrer Länder beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern, ...

wird wegen Hochverrats, ... mit lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren, ... bestraft.

*§ 88 * [Begriff der Staatsgefährdung]*

(1) Im Sinne dieses Abschnitts ist eine Handlung auf die Beeinträchtigung des Bestandes der Bundesrepublik Deutschland gerichtet, wenn sie darauf hinzielt, die Bundesrepublik Deutschland ganz oder teilweise unter fremde Botmäßigkeit zu bringen, ihre Selbständigkeit sonst zu beseitigen oder einen Teil des Bundesgebietes loszulösen. Als Beeinträchtigung des Bestandes der Bundesrepublik Deutschland im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht die Teilnahme an einer Staatengemeinschaft oder einer zwischenstaatlichen Einrichtung, auf die die Bundesrepublik Deutschland Hoheitsrechte überträgt oder zu deren Gunsten sie Hoheitsrechte beschränkt.

(2) Verfassungsgrundsätze im Sinne dieses Abschnitts sind

1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
2. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
3. das Recht auf die verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
4. die parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung,
5. die Unabhängigkeit der Gerichte,
6. der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft.

Interpretation der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch das Bundesverfassungsgericht im SRP-Urteil vom 23. Oktober 1952:

„Es läßt sich die freiheitlich-demokratische Grundordnung als eine Ordnung bestimmen, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt.
Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen:
Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung,
die Volkssouveränität,
die Gewaltenteilung,
die Verantwortlichkeit der Regierung,
die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
die Unabhängigkeit der Gerichte,
das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition."

Quelle: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 2. Bd., Tübingen 1953, S. 12/13.

*§ 89 * [Verfassungsverrat]*

(1) Wer es unternimmt, durch Mißbrauch oder Anmaßung von Hoheitsbefugnissen

1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder

2. einen der in § 88 bezeichneten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen, wird wegen Verfassungsverrates mit Zuchthaus bestraft. In besonders schweren Fällen kann auf lebenslanges Zuchthaus erkannt werden.

(2) Wer ein bestimmtes Unternehmen des Verfassungsverrates vorbereitet, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Gefängnis nicht unter sechs Monaten erkannt werden.

...

*§ 90 * [Staatsgefährdende Störungen]*

(1) Wer in der Absicht, den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen, einen der in § 88 bezeichneten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen, außer Geltung zu setzen oder zu untergraben oder eine solche Bestrebung zu fördern,

1. eine Eisenbahn, die Post oder dem öffentlichen Verkehr dienende Unternehmen oder Anlagen,
2. eine öffentlichen Zwecken dienende Fernmeldeanlage,
3. eine der öffentlichen Versorgung mit Wasser, Licht, Wärme oder Kraft dienende Anlage oder einen für die Versorgung der Bevölkerung lebenswichtigen Betrieb oder
4. der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit dienende Dienststellen, Einrichtungen, Anlagen oder Gegenstände

durch Aussperrung, Streik, Störmaßnahmen oder sonstige Handlungen, die nicht nach den § 316 b, 317 strafbar sind, ganz oder teilweise außer Tätigkeit setzt oder den bestimmungsmäßigen Zwecken entzieht, wird mit Gefängnis bestraft.

...

§ 90 a [Verstoß gegen Parteiverbot des Bundesverfassungsgerichts]

(1) Wer eine politische Partei, die vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt ist, fortführt, ihren organisatorischen Zusammenhalt auf andere Weise aufrechterhält oder für sie eine Ersatzorganisation schafft, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Der Versuch ist strafbar.

(2) Wer sich an einer in Absatz 1 bezeichneten Partei oder an einer für sie geschaffenen Ersatzorganisation als Mitglied beteiligt, für sie wirbt oder sie unterstützt, wird mit Gefängnis bestraft.

(3) In besonders schweren Fällen ist die Strafe Gefängnis nicht unter sechs Monaten. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter zu den Rädelsführern oder Hintermännern gehört.

(4) Wer einer anderen Sachentscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die im Verfahren nach Artikel 21 Abs. 2 des Grundgesetzes erlassen ist, oder einer vollziehbaren Maßnahme zuwiderhandelt, die im Vollzug einer in einem solchen Verfahren ergangenen Sachentscheidung getroffen ist, wird mit Gefängnis bestraft. Dem in Satz 1 bezeichneten Verfahren steht ein Verfahren nach Artikel 18 des Grundgesetzes gleich.

(5) In den Fällen des Absatzes 1 Satz 2 und der Absätze 2 und 4 Satz 1 kann das Gericht bei Beteiligten, deren Schuld gering und deren Mitwirkung von untergeordneter Bedeutung ist, von Strafe absehen.

(6) In den Fällen der Absätze 1 bis 4 Satz 1 kann das Gericht die Strafe mildern oder von Strafe absehen, wenn der Täter sich freiwillig und ernstlich bemüht, das Fortbestehen der Partei, ihres organisatorischen Zusammenhalts oder der Ersatzorganisation zu verhindern. Erreicht er dieses Ziel oder wird es ohne sein Bemühen erreicht, so wird der Täter nicht bestraft.

§ 90 b [Verstoß gegen Vereinigungsverbot]

(1) Wer eine Vereinigung, die unanfechtbar verboten ist, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet, fortführt, ihren organisatorischen Zusammenhalt auf andere Weise aufrechterhält oder für sie eine Ersatzorganisation schafft, wird mit Gefängnis bestraft. Der Versuch ist strafbar.

(2) Wer sich an einer im Absatz 1 bezeichneten Vereinigung oder an einer für sie geschaffenen Ersatzorganisation als Mitglied beteiligt, für sie wirbt oder sie unterstützt, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.

...

*§ 91 * [Verfassungsverräterische Zersetzung]*

(1) Wer auf Angehörige einer Behörde, der Bundeswehr oder eines öffentlichen Sicherheitsorgans in der Absicht einwirkt, die pflichtmäßige Bereitschaft zum Schutze des Bestandes oder der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder der verfassungsmäßigen Ordnung des Bundes oder eines Landes zu untergraben, und dadurch Bestrebungen dient, die gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder gegen einen der in § 88 bezeichneten Verfassungsgrundsätze gerichtet sind, wird mit Gefängnis bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) In besonders schweren Fällen kann auf Zuchthaus bis zu fünf Jahren erkannt werden.

*§ 93 ** [Verfassungsverräterische Publikationen]*

(1) Wer Schriften, Schallaufnahmen, Abbildungen oder Darstellungen, durch deren Inhalt Bestrebungen herbeigeführt werden sollen, die darauf gerichtet sind, den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder zur Unterdrückung der demokratischen Freiheit einen der in § 88 bezeichneten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen, außer Geltung zu setzen oder zu untergraben,

1. herstellt, vervielfältigt oder verbreitet oder
2. zur Verbreitung oder Vervielfältigung vorrätig hält, bezieht oder in den räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes einführt,

wird mit Gefängnis bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar

*§ 96 * [Beschimpfung der Bundesrepublik usw.]*

(1) Wer öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften, Schallaufnahmen, Abbildungen oder Darstellungen

1. die Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder oder ihre verfassungsmäßige Ordnung beschimpft oder böswillig verächtlich macht,
2. ihre Farben, ihre Flagge, ihr Wappen oder ihre Hymne verunglimpft oder dazu auffordert, wird mit Gefängnis bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer eine öffentlich gezeigte Flagge der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder oder ein von einer Behörde öffentlich angebrachtes Zeichen der Hoheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder entfernt, zerstört, beschädigt oder unkenntlich macht oder wer beschimpfenden Unfug daran verübt. Der Versuch ist strafbar.

(3) Hat der Täter eine der in den Absätzen 1 und 2 genannten Taten in der Absicht begangen, Bestrebungen gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland oder gegen einen der in § 88 bezeichneten Verfassungsgrundsätze zu fördern, so ist die Strafe Gefängnis nicht unter drei Monaten.

§ 96 a [Verwendung von Kennzeichen verbotener Organisationen]

(1) Wer öffentlich, in einer Versammlung oder in von ihm verbreiteten Schriften, Schallaufnahmen, Abbildungen oder Darstellungen Kennzeichen

1. einer Partei, die gemäß Artikel 21 Abs. 2 des Grundgesetzes vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt ist,
2. einer Vereinigung, die gemäß Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes unanfechtbar verboten ist, oder
3. einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation

verwendet, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft. Ausgenommen ist eine Verwendung von Kennzeichen im Rahmen der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen und ähnlicher Zwecke.

(2) Kennzeichen im Sinne des Absatzes 1 sind insbesondere Fahnen, Abzeichen, Uniformstücke, Parolen und Grußformen.

...

*§ 97 * [Verunglimpfung von Staatsorganen]*

(1) Wer in der Absicht, Bestrebungen gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland oder gegen einen der in § 88 bezeichneten Verfassungsgrundsätze zu fördern, öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften, Schallaufnahmen, Abbildungen oder Darstellungen

ein Gesetzgebungsorgan, die Regierung oder das Verfassungsgericht des Bundes oder eines Landes

insgesamt oder in einem ihrer Mitglieder als verfassungsmäßiges Organ in einer das Ansehen des Staates gefährdenden Weise verunglimpft oder dazu auffordert, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft, soweit nicht in anderen Vorschriften eine schwerere Strafe angedroht ist.

(2) Die Tat wird nur mit Ermächtigung des betroffenen Staatsorgans oder Mitglieds verfolgt.

*§ 103 ** [Beleidigung ausländischer Staatsmänner]*

Wer ein ausländisches Staatsoberhaupt oder wer mit Beziehung auf ihre Stellung ein Mitglied einer ausländischen Regierung, das sich in amtlicher Eigenschaft im Inland aufhält, oder einen im Bundesgebiet beglaubigten Leiter einer ausländischen diplomatischen Vertretung beleidigt, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren, im Falle der verleumderischen Beleidigung mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

*§ 105 ** [Parlamentsnötigung]*

(1) Wer es unternimmt, ein Gesetzgebungsorgan des Bundes oder eines Landes auseinanderzusprengen, zur Fassung oder Unterlassung von Beschlüssen zu nötigen oder Mitglieder aus ihnen gewaltsam zu entfernen, wird mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder mit Einschließung von gleicher Dauer bestraft.

(2) Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Einschließung nicht unter einem Jahre ein.

*§ 106 ** [Hinderung von Parlamentsmitgliedern]*

(1) Wer ein Mitglied einer der vorbezeichneten Versammlungen durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung verhindert, sich an den Ort der Versammlung zu begeben oder zu stimmen, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Einschließung von gleicher Dauer bestraft.

(2) Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Einschließung bis zu zwei Jahren ein.

*§ 106 a*** *[Bannkreisverletzung]*

(1) Wer innerhalb des befriedeten Bannkreises um das Gebäude eines Gesetzgebungsorgans des Bundes oder eines Landes sowie des Bundesverfassungsgerichts an öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel oder Aufzügen teilnimmt und dadurch vorsätzlich Vorschriften verletzt, die über den Bannkreis erlassen worden sind, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bestraft.
(2) Wer zu Versammlungen oder Aufzügen auffordert, die unter Verletzung der im Absatz 1 genannten Vorschriften innerhalb eines befriedeten Bannkreises stattfinden sollen, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

*§ 106 b** *[Verletzung des Parlamentsfriedens]*

(1) Wer vorsätzlich gegen Anordnungen verstößt, die ein Gesetzgebungsorgan des Bundes oder eines Landes oder dessen Präsident über das Betreten des Gebäudes des Gesetzgebungsorgans oder des dazu gehörenden Grundstücks oder über das Verweilen oder die Sicherheit und Ordnung im Gebäude oder auf dem Grundstück allgemein oder im Einzelfall erläßt, wird mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, soweit nicht in anderen Vorschriften eine schwerere Strafe angedroht ist. Die Tat wird nur mit Ermächtigung des Präsidenten des Gesetzgebungsorgans verfolgt.
. . .

*§ 107*** *[Wahlbehinderung]*

(1) Wer mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt eine Wahl oder die Feststellung ihres Ergebnisses verhindert oder stört, wird mit Gefängnis, in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft.
(2) Der Versuch ist strafbar.

*§ 113**** *[Widerstand gegen die Staatsgewalt]*

(1) Wer einem Beamten, welcher zur Vollstreckung von Gesetzen, von Befehlen und Anordnungen der Verwaltungsbehörden oder von Urteilen und Verfügungen der Gerichte berufen ist, in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand leistet, oder wer einen solchen Beamten während der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes tätlich angreift, wird mit Gefängnis von vierzehn Tagen bis zu zwei Jahren bestraft.
(2) Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe ein.
(3) Dieselben Strafvorschriften treten ein, wenn die Handlung gegen Personen, welche zur Unterstützung des Beamten zugezogen waren oder gegen Mannschaften der bewaffneten Macht oder gegen Mannschaften einer Gemeinde-, Schutz- oder Bürgerwehr in Ausübung des Dienstes begangen wird.

§ 114 [Beamtennötigung]

(1) Wer es unternimmt, durch Gewalt oder Drohung eine Behörde, einen Beamten oder einen Soldaten der Bundeswehr zur Vornahme oder Unterlassung einer Amts- oder Diensthandlung zu nötigen, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.
. . .

§ 115 [Aufruhr]

(1) Wer an einer öffentlichen Zusammenrottung, bei welcher eine der in §§ 113 und 114 bezeichneten Handlungen mit vereinten Kräften begangen wird, teilnimmt, wird wegen Aufruhrs mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.
(2) Die Rädelsführer sowie diejenigen Aufrührer, welche eine der in §§ 113 und 114 bezeichneten Handlungen begehen, werden mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft; auch kann auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden.
...

§ 116 [Auflauf]

(1) Wird eine auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen versammelte Menschenmenge von dem zuständigen Beamten oder Befehlshaber der bewaffneten Macht aufgefordert, sich zu entfernen, so wird jeder der Versammelten, welcher nach der dritten Aufforderung sich nicht entfernt, wegen Auflaufs mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bestraft.
(2) Ist bei einem Auflauf gegen die Beamten oder die bewaffnete Macht mit vereinten Kräften tätlicher Widerstand geleistet oder Gewalt verübt worden, so treten gegen diejenigen, welche an diesen Handlungen teilgenommen haben, die Strafen des Aufruhrs ein.

§ 123 [Hausfriedensbruch]

(1) Wer in die Wohnung, in die Geschäftsräume oder in das befriedete Besitztum eines anderen oder in abgeschlossene Räume, welche zum öffentlichen Dienst oder Verkehr bestimmt sind, widerrechtlich eindringt, oder wer, wenn er ohne Befugnis darin verweilt, auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernt, wird wegen Hausfriedensbruchs mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.
(2) Ist die Handlung von einer mit Waffen versehenen Person oder von mehreren gemeinschaftlich begangen worden, so tritt Geldstrafe oder Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre ein.
(3) Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig.

§ 124 [Schwerer Hausfriedensbruch]

Wenn sich eine Menschenmenge öffentlich zusammenrottet und in der Absicht, Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen mit vereinten Kräften zu begehen, in die Wohnung, in die Geschäftsräume oder in das befriedete Besitztum eines anderen oder in abgeschlossene Räume, welche zum öffentlichen Dienst bestimmt sind, widerrechtlich eindringt, so wird jeder, welcher an diesen Handlungen teilnimmt, mit Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft.

§ 125 [Landfriedensbruch]

(1) Wenn sich eine Menschenmenge öffentlich zusammenrottet und mit vereinten Kräften gegen Personen oder Sachen Gewalttätigkeiten begeht, so wird jeder, welcher an dieser Zusammenrottung teilnimmt, wegen Landfriedensbruch mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.
(2) Die Rädelsführer sowie diejenigen, welche Gewalttätigkeiten gegen Personen begangen oder Sachen geplündert, vernichtet oder zerstört haben, werden mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft; auch kann auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter sechs Monaten ein.

§ 126 [Landzwang]

Wer durch Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens den öffentlichen Frieden stört, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

§ 127 [Bewaffnete Haufen]

(1) Wer unbefugterweise einen bewaffneten Haufen bildet oder befehligt oder eine Mannschaft, von der er weiß, daß sie ohne gesetzliche Befugnis gesammelt ist, mit Waffen oder Kriegsbedürfnissen versieht, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.
(2) Wer sich einem solchen bewaffneten Haufen anschließt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft.

§ 128 [Geheimorganisation]

(1) Die Teilnahme an einer Verbindung, deren Dasein, Verfassung oder Zweck vor der Staatsregierung geheimgehalten werden soll, oder in welcher gegen unbekannte Obere Gehorsam oder gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam versprochen wird, ist an den Mitgliedern mit Gefängnis bis zu sechs Monaten, an den Stiftern und Vorstehern der Verbindung mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahr zu bestrafen.
(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn die Verbindung eine politische Partei ist, die das Bundesverfassungsgericht nicht für verfassungswidrig erklärt hat.
(3) In den Fällen des Absatzes 1 gilt § 90 a Abs. 5 und 6 entsprechend.

§ 130 [Volksverhetzung]

Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, die Menschenwürde anderer dadurch angreift, daß er
1. zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt,
2. zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder
3. sie beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet,

wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe erkannt werden.

§ 131 [Staatsverleumdung]

Wer erdichtete oder entstellte Tatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

*§ 132 ** [Amtsanmaßung]*

Wer unbefugt sich mit Ausübung eines öffentlichen Amtes befaßt oder eine Handlung vornimmt, welche nur kraft eines öffentlichen Amtes vorgenommen werden darf, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 315 b [Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr]

(1) Wer die Sicherheit des Straßenverkehrs dadurch beeinträchtigt, daß er
1. Anlagen oder Fahrzeuge zerstört, beschädigt oder beseitigt,
2. Hindernisse bereitet oder
3. einen ähnlichen, ebenso gefährlichen Eingriff vornimmt,

und dadurch Leib oder Leben eines anderen oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet, wird mit Gefängnis bestraft.

...

§ 360

(1) Mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Deutsche Mark oder mit Haft wird bestraft,

. . .

8. [Falsche Namensangabe] wer gegenüber einer zuständigen Behörde, einem zuständigen Beamten oder einem zuständigen Soldaten der Bundeswehr über seinen Namen, seinen Stand, seinen Beruf, sein Gewerbe, seinen Wohnort, seine Wohnung oder seine Staatsangehörigkeit eine unrichtige Angabe macht oder die Angabe verweigert;

. . .

11. [Ruhestörender Lärm, grober Unfug]
Wer ungebührlicherweise ruhestörenden Lärm erregt oder wer groben Unfug verübt;

. . .

Aus dem Preußischen *Verwaltungsgesetz* vom 1. 6. 1931, dessen § 14 als Generalklausel nicht nur in den entsprechenden Gesetzen der ehemals preußischen, sondern in den aller Bundesländer verankert ist:

(1) Die Polizeibehörden haben im Rahmen der geltenden Gesetze die nach pflichtmäßigem Ermessen notwendigen Maßnahmen zu treffen, um von der Allgemeinheit oder dem einzelnen Gefahren abzuwehren, durch die die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bedroht wird.

. . .

2. Slogans und Kampfrufe der ApO

Bei Kundgebungen und Demonstrationen haben die zumeist aktuell bezogenen Wort- und Satzschöpfungen eine doppelte Funktion: einmal informieren sie die Öffentlichkeit in schlagwortartiger Kürze, wobei Auswirkungen der Schlagzeilentechnik der Boulevard-Zeitungen und der Texte der Werbung deutlich werden; außerdem versuchen sie eine sozialpsychische Strukturierung der Beteiligten selbst. In Form und Inhalt sind die Slogans und Kampfrufe in der Regel dem Demonstrationsobjekt und der jeweiligen Situation angepaßt. Von den einen als Satire verstanden und bewertet, erscheinen sie anderen wieder als grobe Beleidigung oder als Aufruf zur Gewalt:

Aus den Auseinandersetzungen in West-Berlin unter Bürgermeister Klaus Schütz 1968:

„Brecht dem Schütz die Gräten, alle Macht den Räten!"
„Zur Sache, Schützchen, nimm dein Mützchen!"
„Wir sind eine kleine radikale Minderheit!"
„Was wir wollen: Arbeiterkontrollen!"
„Helft euch selbst in dieser Stadt, bildet einen Mieterrat!"
„Oma, denk auch du daran, bald ist deine Miete dran!"
„Laßt euch das nicht bieten, keine Wuchermieten!"
„Wer hat uns verraten? – Sozialdemokraten!"
„Unser Bürgermeister, alle bescheißt er!"

Aus der West-Berliner Vietnam-Demonstration vom 18. 2. 1968:

„Alle reden vom Wetter, wir reden von Vietnam!"
„Oma, runter vom Balkon, unterstütz den Vietkong!"
„Laßt den Kaffee, laßt die Sahne, schnappt euch eine rote Fahne!"
„Macht aus Polizisten gute Sozialisten!"

Zum Landesparteitag der Berliner SPD am 25. 5. 1968:

„Brandt, Du hast den Marx gestohlen, gib ihn wieder her,
sonst wird Dich der Thadden holen mit der Bundeswehr."

Slogan der West-Berliner Kommune I:

„Wer zweimal mit derselben pennt, gehört schon zum Establishment!"

Von dem Anti-Notstands-Sternmarsch nach Bonn am 11. 5. 1968:

„Lüftet Euren faulen Arsch, reiht Euch ein in diesen Marsch!"
„Wir sind alle aus dem Osten, Ulbricht zahlt für uns die Kosten!"
„Wir sind alle ferngesteuert, Ulbricht hat uns angeheuert!"
„Bonner, holt die Kinder rein, jeder Linke ist ein Schwein!"
„Mädchen, schnell in eure Stuben, unten sind die roten Buben!"
„Wir sind alle ungewaschen; unsere Füße stinken, die rechten und die linken!"
„Kiesinger, der Gauner, ist ein alter Brauner!"
„Benda mit dem Notstandsknüppel haut das Grundgesetz zum Krüppel!"
„Wir drehen Benda durch den Wolf und spielen mit den Knödeln Golf!"
„Strauß und Benda sind sehr fleißig für ein neues Dreiunddreißig!"
„Einigkeit und Recht und Freiheit und die Pflicht zum Widerstand, danach laßt uns alle streben, brüderlich mit Herz und Hand!"
„Warte, warte nur ein Weilchen, dann kommt Benda auch zu Dir / mit dem kleinen Notstandsbeilchen und macht Hackefleisch aus Dir!"

„Notstands-Benda: Grundrechtsschänder!"
„SPD und CDU – laßt das Grundgesetz in Ruh!"
„Arbeiterrat statt Notstandsstaat!"

Der Sonderzug der DDR-Reichsbahn, der die West-Berliner Teilnehmer zum Sternmarsch nach Bonn fuhr, trug an der Lokomotive das Schild „Aurora" nach dem Kriegsschiff, das im November 1917 den ersten Schuß auf das Winterpalais in Petersburg abgefeuert hat. Andere Schilder besagten:

„Berliner Ferienkinder"
„Mit Wasserdampf zum Klassenkampf"

Grenzsoldaten der DDR wurden u. a. folgendermaßen angesprochen:

„Macht aus Stalinisten gute Sozialisten!"
„Dubček in die DDR!"

Bundeskanzler Kiesinger wurde beim baden-württembergischen Wahlkampf in Biberach am 22. 4. 1968 mit dem Lied gestört:

„Maikäfer flieg – in Vietnam ist Krieg – Mütter und Kinder brennen – die Deutschen aber pennen."

Zur feierlichen Rektoratsübergabe an der Universität Hamburg im November 1967 trugen zwei Studenten vor den einziehenden Magnifizenzen ein Schild:

„Unter den Talaren / Muff von tausend Jahren."

Wandspruch an der Universität Hamburg nach den Osterunruhen 1968 gegen den Innensenator:

„Ruhnau ist ein Hampelmann und der Springer zieht daran!"

Wandinschriften im von der ApO zeitweilig besetzten Germanischen Seminar der Freien Universität Berlin im Mai 1968:

„Die Professoren sind senile Toren."
„Durch Arbeiter- und Studentenrat wird Berlin bald Petrograd!"
„Laßt euch von Schwätzern nicht vertreten, selbst herrscht das Volk in seinen Räten!"

Zu dem umstrittenen Gottesdienst mit Professor H. Thielicke in der Hamburger Michaelis-Kirche am 13. 1. 1968 verteilte der SDS Hamburg Flugblätter mit folgender „säkularisierter" Form des Vaterunsers:

Das Kapitelunser

Kapital unser, das du bist im Westen / Armortisiert werde deine Investition / Dein Profit komme / Deine Kurse steigen, wie in Wall Street, also auch in Europen / Unser täglich Umsatz gib uns heute / Und verlängere uns unsere Kredite, wie wir sie stunden unsern Gläubigern / Und führe uns nicht in Konkurs, sondern erlöse uns von den Gewerkschaften, denn Dein ist die halbe Welt und die Macht und der Reichtum seit zweihundert Jahren / Mammon.

3. Neuere Stimmen der Herausforderung

Die im vorstehenden Kapitel zusammengestellten Slogans der ApO könnten bei unpolitischen Betrachtern einen ähnlich „karnevalistischen" Eindruck hinterlassen, wie es im Mai 1968 zuerst auch dem französischen Präsidenten Charles de Gaulle gegangen ist. Das Bestseller-Taschenbuch von Rudi Dutschke und die sonstige Literatur der ApO, wie sie in unserer Zusammenstellung registriert ist, können mit ihren Thesen stellenweise als utopisch, keinesfalls aber als karnevalistisch abgetan werden. Als Ergänzung zu dieser Literatur sind hier noch einige Stimmen der ApO aus jüngster Zeit angeführt. Sie reichen vom Wunsch nach grundsätzlicher Änderung des Systems (SDS) bis zur Forderung schneller Reformen (RCDS).

Dr. Johannes Agnoli,

Habilitand an der Freien Universität Berlin, Mitautor der bisher fundiertesten Kritik unserer Ordnung („Die Transformation der Demokratie", Berlin 1967) durch die ApO und einer ihrer einflußreichsten Theoretiker, in „Einige Bemerkungen über die außerparlamentarische Opposition":

„1. Außerparlamentarische Opposition ist grundsätzlich: in der Sache und im Begriff, nicht gleich antiparlamentarisch. Sie ist vielmehr die normale Form der Beteiligung unzufriedener Gruppen am politischen Leben gerade der parlamentarischen Demokratie, und zwar als Stütze und zugleich Verlängerung der Politik oppositioneller Parlamentsparteien. Sie stellt also die gesellschaftliche Potenzierung der Parlamentsfronten dar, freilich sofern diese vorhanden sind, das ist: sofern die Parlamentsfronten ihrerseits gesellschaftliche Fronten effektiv widerspiegeln.

2. Da gesellschaftliche Oppositionsgruppen und parlamentarische Vertretung sich nicht durchgängig decken, kann es jederzeit zu Konflikten zwischen außerparlamentarischer und parlamentarischer Opposition kommen (wie übrigens genausogut zwischen Herrschaftsgruppen und Mehrheiten mit der jeweiligen Parlamentsmehrheit, praktisch mit der jeweiligen Regierung). Ein solcher Konflikt kann sich auf das ganze Parlament ausdehnen, wenn er zu Auseinandersetzungen zwischen Öffentlichkeit und Staatsorganen führt: in solchen, seltenen Fällen übt die Öffentlichkeit, als Gesamtopposition zu den Verfassungsorganen (zu denen auch die Parteien gehören) einen Druck aus, der durchaus als „Parlamentsnötigung" funktionieren kann. Beispiel: In der Spiegel-Affäre zwang nicht der Bundestag den Minister Strauß zum Rücktritt, sondern die mobilisierte Öffentlichkeit erzwang vom Bundestag die Distanzierung vom Minister und am Ende dessen unrühmlichen Abgang. Ein weiteres Beispiel von Parlamentsnötigung: in der Telefongebühren-Affäre wurde der Bundestag von der ‚Bild-Zeitung' aus den Parlamentsferien zurück- und praktisch ‚einberufen'.

3. Es kann aber im Verlauf bestimmter politischer Prozesse zu einem Umschlag der außerparlamentarischen Opposition in einen offenen, antiparlamentarischen Kampf kommen. Daß die solcherart antiparlamentarisch gewordene Opposition als antidemokratisch bezeichnet wird, hängt teils mit der keineswegs gerechtfertigten Identifikation von Demokratie und parlamentarischem Formalismus zusammen, teils mit der Methode der Parlamentsparteien, sich selbst zu alleinigen Fundamenten des demokratischen Staats zu ernennen. Vielmehr: sofern Parlamente trotz demokratischer Wahlakte, aus denen sie hervorgehen, antidemokratisch funktionieren, muß der Kampf für die Demokratie in antiparlamentarischer Praxis geführt werden. Dies kann sich zuweilen auch auf Teilaspekte der Politik der Parlamentsparteien richten: ein Parlament muß als Ganzes kritisiert, im Falle der Passivität angegriffen werden, wenn z. B. sein Präsident öffentlich lügt ohne dafür parlamentarisch zur Rechenschaft gezogen zu werden. Hier zeigt sich übrigens, daß der Umschlag ins Antiparlamentarische eng verknüpft ist mit dem Scheitern parlamentarischer Oppositionsparteien.
4. Ist die Involution des parlamentarischen Regierungssystems zur autoritären Herrschaftsform schon weit gediehen (wie etwa in der Bundesrepublik), so gewinnt die außerparlamentarische Opposition die neue Qualität, die sich aus dem Konflikt mit der neuen Qualität des Parlaments ergibt. Sie besteht – negativ – in dem Verlust an der auch verfassungsmäßig vorgesehenen *Volks*vertretungsqualität, an der Kontrollfunktion und an der Öffentlichkeitsfunktion; positiv besteht die neue Qualität in der Wandlung des Parlaments zu einem Repräsentationsorgan der Herrschaft. Das nicht mehr vertretene Volk, zumindest die nicht mehr vertretenen Gruppen und Klassen müssen um der Demokratie willen zur Selbsthilfe greifen. Es ist ihr Recht, sich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Wird das Parlament zu einem Instrument, dieses ihre Rechte zu beschneiden, so bildet sich aus der außerparlamentarischen Opposition als Begleiterscheinung eines noch demokratisch sein könnenden Parlamentarismus das Gegengewicht zum antidemokratisch gewordenen Parlamentarismus.
5. Die Möglichkeiten der politischen Praxis sind für die außerparlamentarische Opposition von Gesellschaft zu Gesellschaft verschieden. Man denke an das Gewicht und an die Bedeutung der politischen Clubs in Frankreich, die sich inzwischen als anerkannte Gegner und Gegenspieler der offiziellen Organe etabliert haben, und den Republikanischen Club in West-Berlin, der zuweilen von den Vertretern der offiziellen Organe (und von der offiziösen Pressemacht) als Organisator des ‚Terrors' und – neuerdings – als Spionagezentrum bezeichnet wird. In vielen westlichen Ländern hat sich als Arbeitsprinzip der außerparlamentarischen Opposition durchgesetzt, in *Zentralkampagnen* solche politischen Ziele und Ideen zu vertreten, die in den Parlamenten kein Gehör finden oder

von den Parlamenten bekämpft werden. Eine Zentralkampagne dürfte in der Zukunft sich mit der Anerkennung der DDR beschäftigen.
Solche Zentralkampagnen haben indessen eine Schwäche: sie propagieren allgemeine Ideen und können nur allgemeine politische Interessen ansprechen und mobilisieren. Sie werden nur dann erfolgreich sein und konkrete Gegenmacht gegen antidemokratische Involutionstendenzen bilden, wenn sie sich mit der Vertretung materieller besonderer Interessen der Abhängigen verbinden. Auch hier geht der Weg der Idee zunächst den Weg der Bedürfnisse. Auch hier blamiert sich die Idee, wenn sie das Bündnis mit den materiellen Interessen scheut. Die Herrschenden scheinen dieses Verhältnis besser zu kennen als die „Rebellen" von West-Berlin. Während einige Gruppen der außerparlamentarischen Opposition sich immer noch an Marcuses Thesen der Marginalgruppen orientieren und die Arbeiterschaft politisch abgeschrieben haben, verlangt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) für seine Investitionsbereitschaft, daß der Westberliner Senat die Solidarisierung von Studenten und Arbeitern verhindere.
6. Und schließlich eine Bemerkung zu den Methoden der außerparlamentarischen Opposition. Gelingt es ihr, Massen in Bewegung zu setzen und dadurch zeit- und teilweise den Staatsapparat lahmzulegen oder zu irritieren, so wirft man ihr schnell vor, sie würde ‚die Straße' mobilisieren. Der ‚Druck der Straße' gerade auf frei gewählte Parlamente gilt bekanntlich als schweres Vergehen gegen Verfassung und Demokratie. Es fragt sich nur, wann ein Druck zulässig ist und akzeptabel erscheint. Jede Bevölkerungsgruppe muß mit den ihr eigenen Mitteln versuchen, sich Gehör zu verschaffen. Schreibt die außerparlamentarische Opposition an den Regierenden Bürgermeister einen Brief, so wird sie nicht beachtet. Keine Beachtung finden Studenten, die durch Petitionen parlamentarische Behandlung und Verwirklichung der Hochschulreform verlangen. Beachtung und Beantwortung findet aber jederzeit ein Brief des Herrn Fritz Berg oder eine Eingabe des BDI. Politisch ist aber der Druck eines BDI-Briefs (im Grunde ein postalisches Go-in) auf das Abgeordnetenhaus von West-Berlin ungleich stärker und einschneidender als ein Go-in von einigen Dutzend Studenten und sonstigen ‚Drahtziehern'. Es gehört mit zur Perfidie des Herrschaftsmechanismus, Druck der Oberschichten als noble Empfehlung, Druck von unten als pöbelhafte Nötigung auszugeben.
Der ‚Druck der Straße' ist das legitime Mittel einer außerparlamentarischen Opposition, deren geschäftsordnungsmäßig korrekte Eingaben permanent im Papierkorb des Parlaments und der Regierung enden."

Quelle: „Konturen" – Zeitschrift für Berliner Studenten, H. 31, 1968, S. 3 ff.

Wolfgang Lefèvre,

Mitglied des Polit-Komitees im Bundesverband des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes" (SDS), in der Berliner Hasenheide am Vorabend des 1. Mai 1968 zur „Politischen Situation Westberlins":

„Wer die politische Situation dieser Stadt in den letzten zwei, drei Jahren beobachtet hat, der wird sich vor allem über einen Umstand verwundert haben, und zwar über die Unmäßigkeit, mit der das offizielle Berlin auf eine unbewaffnete, nur locker organisierte und zahlenmäßig noch recht unbedeutende Oppositionsbewegung reagierte.
Diese Unmäßigkeit zeigte sich bereits zu einer Zeit, als die Studenten in der FU Auseinandersetzungen mit dem Rektorat führten, über deren Berechtigung heute niemand mehr Zweifel hegt. Schon damals bezeichnete man die Studenten als ‚Wirrköpfe' und ‚Söldner Ulbrichts'. Schon damals forderten die CDU und einzelne Personen aus dem Parteivorstand der SPD den Staatseingriff in die Universität.
Inzwischen hat die Berliner Regierung das klassische Repertoire staatlicher Unterdrückung von Oppositionen fast lückenlos durchgespielt. Da wurde versucht – entgegen allen Rechtsgrundsätzen – die Innenstadt für Demonstrationen zu verbieten. Da wurde versucht – im Widerspruch zum geltenden Recht – den Studentenvertretungen den Geldhahn abzudrehen. Da wurde ohne Rücksicht auf alle Verhältnismäßigkeit vom Schlagstock Gebrauch gemacht. Da wurden bei der politischen Polizei gigantische Karteien angelegt. Da ließ man die Polizei abenteuerliche Lügengeschichten an die Presse verbreiten. Da übergab der Regierende Bürgermeister der Universitätsgerichtsbarkeit schwarze Listen zur Aburteilung. Da wurden Privatklagen benützt, um die politische Polizei beim SDS Razzia machen zu lassen. Da wurde am 3. Juni 1967 nach der verbrecherischen Kesselschlacht vor der Oper – ohne gesetzliche Grundlage der Ausnahme- und Notstandszustand deklariert. Da ließ man die Justiz Exempel statuieren. Da wurde im Februar dieses Jahres versucht, den Studenten jede legale Versammlungsmöglichkeit zu nehmen, um sie als Illegale zerschlagen zu können, und da ließ sich schließlich die Regierung herbei, die bei ihr Beschäftigten auf einem Platz als ihre demokratische Legitimation zu versammeln und dort so zu verhetzen, daß es zu pogromartigen Ausschreitungen kam.
Wir brauchen uns hier nicht darüber zu unterhalten, daß damit die Regierenden dieser Stadt gezeigt haben, daß sie die Feinde von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und die Verfechter von Gewalt sind, als die sie uns so gern hinstellen möchten. Wir brauchen uns hier auch nicht darüber zu unterhalten, daß der Rücktritt des Senats, so selbstverständlich dieser Rücktritt ist, nicht ausreicht. Denn es ist uns nicht damit gedient, daß derselbe korrupte Parteienapparat ein paar Personen auswechselt. Uns interessiert vielmehr, was mit einer Gesellschaft los ist, die dermaßen hysterisch

und brutal auf Opposition antwortet. Es hilft uns bei dieser Frage wenig, auf die Macht des Springer-Konzerns hinzuweisen, denn wir müssen nach der Situation und den Verhältnissen fragen, die beide – Springer und den demokratiefeindlichen politischen Apparat – überhaupt möglich machen. Immer wieder verweisen uns die offiziellen Kommentatoren dieses Systems auf die ‚besondere Situation' West-Berlins, die durch die permanente Bedrohung der Stadt seitens der DDR und der UdSSR geschaffen werde, also auf die Situation einer belagerten Festung, in der man sich keine Uneinigkeit erlauben dürfe. Wenn das so einfach wäre, würde es ja wohl auch keine Uneinigkeit in dieser Stadt geben.
Warum sind wir, die außerparlamentarische Opposition, uneinig mit der Festungspolitik des Regierenden Apparats? Wir sind empört über den Verrat, den dieser politische Apparat an den Festungsbewohnern, an den arbeitenden Menschen dieser Stadt begangen hat und begeht.
Wenn es wirklich nur darum ginge, einen anderen Weg als die DDR einzuschlagen, wären wir uns einig. Aber welchen Weg hat der Regierende Apparat eingeschlagen? Er hat den Arbeitern, Angestellten und der Intelligenz weiszumachen versucht, wer nicht den Weg der DDR gehen will, müsse den Weg der Kapitalisten gehen. Er annullierte unter dem Druck der Alliierten alle wirklich sozialen Gesetze, die in Berlin zwischen 1946 und 1948 beschlossen worden waren:
Die Vergesellschaftung der wichtigsten Betriebe, die Abschaffung des Berufsbeamtentums, die Einrichtung einer umfassenden und einheitlichen Sozial-, Kranken- und Altersversicherung.
Er stoppte die demokratischen Reformpläne des Schul- und Universitätswesens. Er machte die Stadt, die traditionell für rot galt, zur schneeweißen Jungfrau, die zitternd der Initiative des freien Unternehmertums harrt.
Aber die Unternehmer hatten nicht so rechten Appetit auf diese Jungfrau, obwohl – Dank der vorbildlichen Berliner Gewerkschaftsspitze – die Berliner Arbeiter sich mit niedrigeren Löhnen zufriedengaben als die westdeutschen Arbeiter, obwohl der Staat ihnen die schönsten Gelegenheiten bot, die Staatskasse auszuräubern.
Warum bemächtigten sich die Unternehmer nicht mit ganz anderem Elan dieser Stadt. Sie hatten früher als die Arbeiter und Angestellten, als die Professoren und Studenten begriffen, daß mit West-Berlin als Vorposten des Westens langfristig keine sicheren Geschäfte zu machen sind. Sie hatten als erste die katastrophale Fehlkonstruktion der offiziellen Berlin- und Deutschlandpolitik begriffen.
Das offizielle westliche Wiedervereinigungskonzept, für das West-Berlin geradezu das Gütezeichen war, hatte den inneren Zusammenbruch der DDR und ihre Einverleibung ins westliche System zur Voraussetzung. Als sich herausstellte, und das war bereits vor zehn, zwölf Jahren, daß mit diesem Zusammenbruch nicht gerechnet werden kann, spätestens dann

hätte diese Deutschlandpolitik und damit die Berlinpolitik der Revision unterworfen werden müssen ...

Es hätten sich drei Grundsätze bei dieser Revision herausgestellt, von denen her die weitere Politik hätte geplant werden müssen: Erstens: West-Berlin will einen anderen Weg als die DDR gehen. Zweitens: West-Berlin ist offenkundig als Vorposten Westdeutschlands nicht lebensfähig. Drittens: West-Berlin ist als eigenständige Insel nicht lebensfähig. Das heißt aber: Für West-Berlin ist keine Lösung denkbar, ohne es entweder zu vergewaltigen oder austrocknen zu lassen, die mit den gegenwärtigen Verhältnissen zwischen den beiden deutschen Gesellschaften vereinbar ist. Um so leben zu können, wie die arbeitenden Menschen dieser Stadt es wünschen, ist West-Berlin gezwungen, die gegenwärtigen deutschen Verhältnisse in Frage zu stellen. Es kann nicht länger auf die westliche Lösung der Deutschlandfrage hoffen. Es kann niemanden die militärische Änderung der Verhältnisse empfehlen.

Es muß also überlegen, wie die versteinerten Verhältnisse, unter denen es erstickt, zum Tanzen gebracht werden können. Es ist kein Zweifel, diese Verhältnisse werden zu tanzen beginnen, und zwar so, daß niemand von denen, die für die jetzige Situation verantwortlich sind, zu lachen hat, wenn die Arbeiter, Angestellten und die Intelligenz in West-Berlin und in Westdeutschland beginnen, ihren eigenen Sozialismus zu machen, beginnen, die Bestimmung über ihr Leben und ihre Produktion in die eigenen Hände zu nehmen.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen hat Berlin keine Chance als die, ein Schrebergarten für Rentner und unfähige Politiker zu werden. Die Chance dieser Stadt liegt darin, daß sie zum Initiator und zum anstiftenden Lehrstück der deutschen sozialistischen Revolution wird, die all diese Verhältnisse von der Bühne fegen wird, die heute die Agonie der Stadt ausmachen.

Vor dieser langfristig allein realitätstüchtigen Perspektive fürchten sich der Regierende Apparat und das freie Unternehmertum zu Recht. Sie haben dabei alles zu verlieren, weil sie die Nutznießer der gegenwärtigen Misere sind. So ist es nur konsequent, wenn sie die wirkliche Situation verschweigen und jeden, der darauf aufmerksam macht, terrorisieren, wenn sie ihre privaten Konsequenzen aus der Misere der Stadt ziehen, wenn die freien Unternehmer ans Kriminelle grenzende Spekulationen mit den Berlinhilfegesetzen treiben, wenn sich die Manager des politischen Apparats um Posten und Pensionen erbitterte Unterholzgefechte liefern. Der Unterweltscharakter, mit dem hier Politik und Geschäfte gemacht werden, verrät den wirklichen Zustand; Bankrotteure prügeln sich um die Konkursmasse ihres gescheiterten Unternehmens.

Von Berlin aus die sozialistische Revolution in der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus „anzuzetteln", vor dieser Aufgabe möchte einem

der Mut sinken. Deswegen zum Abschluß noch etwas zu zwei augenfällig günstigen Bedingungen, die diese Stadt dafür bietet.
Zum einen hat sich der politische Apparat durch sein Festungsdenken weitgehend unfähig gemacht, unsere Opposition überhaupt richtig einschätzen zu können. Verfassungsschutz und CIA können den Politikern noch so oft versichern, daß unsere Fundamentalopposition offenkundig nicht vom Osten ferngesteuert ist. Der politische Apparat wird nur um so stärker vermuten, daß es sich dann eben um eine besonders raffinierte Fernsteuerung handelt, die halt nicht so leicht aufzudecken ist. Die gesamte staatliche und polizeiliche Maschine versagt zusehends an uns, weil sie nur darauf abgestellt ist, ferngesteuerte Subversion zu zerschlagen. Auf eine demokratische, von der politischen Verantwortung des einzelnen getragene Massenopposition ist dieser Apparat wenig vorbereitet. Er ist auf einen politischen Gegner eingestellt, der in derselben Weise Politik macht, wie er selbst: nämlich Menschen manipulierend und an Drähten ziehend. Der ‚harte Kern' der ‚Drahtzieher' in Senat, Parteien und DGB-Spitze sucht verzweifelt sein Ebenbild, wenn er nach dem „harten Kern" der ‚Drahtzieher' in der außerparlamentarischen Opposition sucht. Diese nicht ungefährliche Blindheit, die immer leicht in Blindwütigkeit umschlägt, ist eine strukturelle Schwäche des Regierenden Apparats, die wir freilich nur dann wirklich ausnützen können, wenn wir mit allergrößter Sorgfalt auf den vollkommen demokratischen und unbürokratischen Charakter unserer Zusammenarbeit achten.
Zum anderen hat das Versagen und Weglaufen der Kapitalisten für diese Stadt beinahe naturwüchsig eine Frage auf die Tagesordnung gesetzt: Ob nämlich alles Wirtschaften aufhören muß, wenn die Unternehmer damit aufhören, ob unbedingt erst ein Kapitalist aus der Ferne angelockt werden muß, bevor die Berliner Arbeiter den Produktionsapparat dieser Stadt weiter ausbauen können, ob diejenigen also, die tatsächlich bislang den Reichtum in dieser Stadt geschaffen haben, unbedingt verzweifelt nach einem profitmachenden Aufseher seufzen müssen, bevor sie weiterarbeiten können oder ob sie nicht viel mehr sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, unter eigener Anleitung und für die eigenen Bedürfnisse zu arbeiten und zu leben.
Das heißt: die Kapitalisten, die wie Ratten das für den Kapitalismus sinkende Schiff West-Berlin verlassen, stellen die arbeitenden Menschen dieser Stadt vor die Alternative des Verkümmerns oder des Vergesellschaftens der Berliner Wirtschaft. In solcher Situation können wir Vertrauen haben, daß die Arbeiter, Angestellten und die Intelligenz die richtige Entscheidung fällen werden."

Quelle: „Berliner Extradienst" v. 4. 5. 1968.

Karl Dietrich Wolff,

Bundesvorsitzender des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes" (SDS) auf der Kundgebung des Sternmarsches der Notstandsgegner in Bonn am 11. 5. 1968: *Quelle: „Berliner Extradienst" v. 18. 5. 1968.*

„. . . In der Konfrontation, der wir uns ausgesetzt sehen, sind wir stärker und schwächer zugleich geworden. Wir sind schwächer geworden: Der sozialdemokratische Parteiapparat hat mit der Tradition des demokratischen Widerstandes der Arbeiterbewegung endgültig gebrochen und ist heute ganz auf die Seite der Konterrevolution übergegangen. Wenn Otto Wels in seiner mutigen Rede 1933 bei der Verabschiedung der Hitlerschen Ermächtigungsgesetze noch sagen konnte: ‚Die deutsche Sozialdemokratie ist zwar wehrlos, aber nicht ehrlos', so könnte die heutige Parteiführung, wenn sie ehrlich wäre, nur das Gegenteil feststellen. Wir sind schwächer geworden: Wir haben die schleichende Militarisierung der Betriebe bei der Aufstellung von Werkschutz-Privattruppen nicht verhindert. Wir sind schwächer geworden: Genosse Otto Brenner und Kollege Rosenberg sind heute nicht bei uns, wo sie hingehören.
Wir sind auch stärker geworden: die Bewegung gegen die Wiederaufrüstung verlor ihre Kraft, nachdem die Wehrpflicht durchgesetzt war. Unsere Opposition wird weiter reichen als bis zur Verabschiedung dieser Diktaturgesetze. Wir sind stärker geworden: Wir sind heute hier mit Tausenden von Sozialdemokraten und Gewerkschaftskollegen zusammen, die ihre Verantwortung für ein demokratisches und sozialistisches Deutschland über Partei- und Verbandsloyalität stellen. Wir sind stärker geworden: Zum erstenmal seit 1848 steht die große Mehrzahl der deutschen Studenten und Schüler nicht auf der Barrikadenseite der Reaktion. Wir sind stärker geworden: Wir haben gelernt, unsere Forderungen nicht mehr nach dem auszurichten, was die Abs, Benda, Kiesinger & Co. uns im Rahmen von Rüstungswirtschaft, Devisenhilfe für den Krieg der Amerikaner in Vietnam, kapitalistischen Rezessionen zugestehen können. Wir haben gelernt, Forderungen an unsere ungeheuren historischen Möglichkeiten zu messen. Das ist nicht utopisch. Es ist eher utopisch, wenn die herrschende Clique meint, unsere Zukunft auf Dauer verhindern zu können . . ."

Carl L. Guggomos,

Chefredakteur des „Berliner Extradienstes" (z. Z. Auflage ca. 4000 Exemplare zweimal wöchentlich), der als eines der wichtigsten Publikationsmittel der ApO gilt. Guggomos war früher leitender Redakteur beim sozialdemokratischen „Vorwärts", dann hatte er für Augstein das inzwischen eingestellte Zeitungsprojekt „Heute" übernommen. In der Zeitschrift „Junge Wirtschaft" erläutert Guggomos ein wirtschaftspolitisches Konzept der ApO in Berlin:

„In West-Berlin erhebt die außerparlamentarische Opposition die Forderung nach sozialistischer Umgestaltung der Wirtschaft. Auf Verständnis oder gar Geneigtheit der herrschenden Schicht kann sie nicht hoffen; auch wenn jene sich als ‚junge, fortschrittliche Unternehmerschaft' geriert: hier kollidieren Interessen.
Wir wissen, daß unsere Vorstellung von einer sozialistischen Neuordnung der Wirtschaft die Interessen anderer berührt. Verletzt werden aber nur die Interessen einer bislang privilegierten Minderheit. Daß sie sich nun wehrt, ist legitim. Daß aber die Mehrheit diesen Widerstand bricht, auch. Wir glauben nicht mehr an die Ideologie der ‚Partnerschaft' zwischen Arbeit und Kapital; die Startchancen für die ‚Partner' sind zu ungleich. Karl *Marx* mag lange tot sein, aber es gilt immer noch sein Wort, daß die Lohnabhängigen nichts anderes anzubieten haben als ihre Arbeitskraft.
Das ist sicherlich nicht wenig. Aber die ‚Partner' haben mehr auf den Markt zu bringen: neben der eigenen Arbeitskraft, die sie dazu noch nicht einmal an andere verkaufen müssen, sondern allein für sich einsetzen können, noch flüssiges und angelegtes Kapital. Es ist nicht aus der Welt zu interpretieren, daß der im Vorteil ist, der über Produktionsmittel verfügt. Deshalb muß diese Welt verändert werden.
Es bedarf auch keiner Diskussion, daß diejenigen, die nur Lohn und Gehalt beziehen, mehr Werte schaffen, als sie an Gegenwert in Form von Lohn und Gehalt erhalten. Die Unternehmergewinne fallen schließlich nicht vom Himmel. Karl Marx mag also lange tot sein, aber es stimmt immer noch sein Wort, daß die Lohnabhängigen mehr Wert produzieren. Dafür stellen sie unentgeltliche Arbeitskraft zur Verfügung. Andersherum: sie opfern Freizeit für eine Tätigkeit, die zur Befriedigung ihrer eigenen materiellen Bedürfnisse nicht notwendig wäre.
Das gegenwärtige Wirtschaftssystem ist also alles andere als gerecht. Es bevorzugt die Besitzer von Produktionsmitteln. Es verletzt die Interessen der Mehrheit. Daß sich das noch nicht überall herumgesprochen hat, besagt nichts über den Wahrheitsgehalt dieser Feststellung. Schließlich sind auch die Produktionsmittel der Aufklärung, die Massenmedien, in privatem Besitz oder unter Kontrolle der ‚Partner' der Lohnabhängigen.
Wo Gerechtigkeit im Spiele ist, kann efficiency keine Rolle spielen. Aber sei der Einwand gebracht, daß Wirtschaft ohne private unternehmerische Initiative nicht funktionieren kann, er ist ohnehin längst widerlegt. Ein gutes Dutzend Staaten kommt schon ohne private Unternehmer aus. Es produziert Bemerkenswertes.
Nicht funktionieren jedoch kann auch ein sozialistisches Wirtschaftssystem ohne die schöpferische Initiative des einzelnen. Sie muß geweckt und gefördert werden, wird sich an den Bedürfnissen des einzelnen wie an denen des Gemeinwohls orientieren. Menschen, die sich heute zu den ‚jungen, fortschrittlichen Unternehmern' zählen, werden in einem sozialistischen

Wirtschaftssystem vermutlich eine hervorragende Rolle spielen: als Manager, Techniker, Erfinder, Rationalisierer. Eine sozialistische Wirtschaft braucht jeden Kopf. West-Berlin ist das schwächste Glied der kapitalistischen Ordnung Westeuropas. Es kann zum Modellfall werden. Die Umgestaltung der Wirtschaft des Stadtstaates müßte so aussehen:

1. Die öffentliche Subventionierung privater Unternehmungen wird eingestellt. Die dadurch frei werdenden Mittel werden zum Aufbau einer konkurrierenden staatlichen Wachstumsindustrie verwendet. Die damit vermutlich verbundene Unternehmensbereinigung dient der Rationalisierung und also der Steigerung und Verbilligung der Produktion.
2. Sowohl in den verbleibenden privaten als auch in den neu aufgebauten staatlichen Betrieben tritt der Unternehmensleitung (Management) gleichberechtigt ein Rat der Produzenten (Betriebsarbeiter und -angestellte) zur Seite. Er entscheidet über alle betrieblichen Fragen mit.
3. Neben das von allen Bürgern über 18 Jahre gewählte Parlament tritt ein ‚Parlament der Produzenten'. Es entscheidet in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen gleichberechtigt mit der ersten Kammer. Gewählt wird es nach dem Räteprinzip und besteht aus den Arbeitern und Angestellten der einzelnen Betriebe, der einzelnen Wirtschaftszweige und der regionalen Wirtschaftseinheiten.
4. Das Parlament der Produzenten schafft sich eine oberste Planungsbehörde, die das Wirtschaftsministerium ersetzt; diese Behörde plant Investitionen und Produktion nach langfristigen Leitlinien und Kennziffern. Leitlinien und Kennziffern werden im Parlament der Produzenten beraten und in den einzelnen Produktionsräten der Betriebe, Wirtschaftszweige und regionalen Wirtschaftseinheiten diskutiert und erst nach mehrheitlicher Zustimmung Gesetz. Gesetz kann nur werden, was mit den Bedürfnissen der Produzenten übereinstimmt.

Es ist sicherlich einsichtig, daß ein wirtschaftliches Neuordnungskonzept nicht in knapp hundert Druckzeilen vorgetragen werden kann. Es bestand lediglich die Absicht darzustellen, daß das politische Happening nicht die Hauptbeschäftigung der außerparlamentarischen Opposition darstellt zum ersten, und zum zweiten, daß der Begriff des Rätesystems mehr mit Demokratie, also Herrschaft des Volkes, zu tun hat, als das derzeitige System formaler politischer Demokratie, das die ökonomische Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit einschließt."

Quelle: „Junge Wirtschaft", Hrsg.: Junge Unternehmer der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer e. V., 16. Jg., H. 5, Mai 1968, S. 171 ff.

Jens Litten,

stellv. Bundesvorsitzender des „Sozialdemokratischen Hochschulbundes" (SHB) und 2. AStA-Vorsitzender der Universität Hamburg, in einem an den Nürnberger SPD-Parteitag 1968 adressierten Beitrag „Studentische Unruhe, studentische Pläne":

„... Die Mangelsituation der deutschen Universität zeichnet sich aus durch
- das Fehlen einer verbindlichen Didaktik;
- das Fehlen transparenter und exemplarischer Studiengänge;
- weitgehend irrationale Prüfungsverfahren;
- einen engstirnigen, an Fachgrenzen abblendenden Lehrbetrieb und eine damit verbundene Scheuklappenmentalität gegenüber Nachbardisziplinen;
- einen apolitischen Modellplatonismus (d. h. substanzlose Theorien, die zu abstrakt-steriler Modellklempnerei erziehen);

die Orientierung auch stark berufsbezogener Studienrichtungen – wie etwa Nationalökonomie – an veralteten Berufsbildern, die unkritisch beibehalten werden;
- den mangelnden Öffentlichkeitscharakter der Wissenschaft (einerseits professorale Geheimpolitik in den universitären Selbstverwaltungsgremien und andererseits unkontrollierte Fremdbestimmung der Forschung im Wege privat initiierter und finanzierter Auftragsforschung bzw. Akkumulation von Herrschaftswissen in privater Hand);
- die unbestrittene, aber sachlich ungerechtfertigte Omnikompetenz von Zunftherren (Professoren);
- die weiterhin ‚proletaroide Existenz' der Assistentenschaft, d. h. den Ausschluß des sogenannten Mittelbaus von der Verfügung über die wissenschaftlichen Betriebsmittel;
- die administrativ verfügte Unmündigkeit der Studentenschaft, d. h. die praktische Objektstellung des Studenten im Wissenschaftsprozeß ...

Nun wäre die Forderung nach Demokratisierung, und das heißt Abbau direkter persönlicher Herrschaftsbeziehungen, zu eng gesehen, wenn etwa von der Studentenschaft primär eine Kabinetts- statt einer Strukturreform gefordert würde. Unter Kabinettsreform ist die Forderung nach der Drittelparität in allen bestehenden akademischen Gremien zu verstehen. Denn wer von einer quantitativen Gleichbesetzung aller vorhandenen universitären Gremien durch die zur Zeit an der Universität vertretenen Personengruppen eine umfassende Demokratisierung der Universität erhofft, der übersieht, daß

1. durch die gleichmäßige Besetzung von Entscheidungsgremien allenfalls eine universitätsinterne Kompetenzverteilung, nicht aber die notwendige Öffnung in die Gesellschaft zu erreichen ist;
2. im Zuge einer Strukturreform neue homogene und zugleich flexible Personengruppen sich bilden werden;

3. die Repräsentation bestimmter Gruppen auch in wichtigen Entscheidungsgremien nicht automatisch bestehende Abhängigkeitsverhältnisse abbauen hilft;
4. die Legitimation zur Teilhabe an Entscheidungsprozessen vorzüglich an einer *nachprüfbaren* Sachkompetenz sich zu orientieren hat.

Abgesehen davon, daß für kontinuierliche Arbeit in allen Universitätsgremien kaum genügend sachkompetente Studenten zur Verfügung stehen werden, da ja deren zeitlich gebundenes Studienziel nur zu leicht mit dem Erfordernis eines strapaziösen Arbeitsaufwandes für die Selbstverwaltung der Universität kollidiert, ist zu fragen, ob die studentischen Interessen nicht besser dadurch zu vertreten sind, daß statt der quantitativen eine qualitative Regelung angestrebt wird. Darunter wäre etwa zu verstehen ein für alle Entscheidungsprozesse – soweit Beteiligung nicht vorgesehen ist – verbindliches Verfahrenskontrollrecht mit dem Sanktionsmittel des ‚suspensiven Vetos' und – soweit Beteiligung vorgesehen ist – eine quantitative Abstufung der Beteiligung entsprechend dem materiellen Kompetenzrahmen eines Entscheidungsgremiums. Schließlich wäre die Allgruppenparität (z. Z. Drittelparität) exemplarisch vorzusehen für Reformzwecken dienende Dauerinstitutionen, wie Hochschul- und Studienreformkommissionen, die einen Testfall für die Struktur der Willensbildung in gruppenbestimmten Selbstverwaltungsgremien abgeben könnten.

Wenn wir im Unterschied zur Kabinettsreform von der Strukturreform sprechen, dann meinen wir nicht das Laborieren an Detailfragen. Es geht also nicht um kurzsichtige Rationalisierungsmaßnahmen nach Art des Dahrendorf-Planes, die nur den Zweck haben, die Umschlagskapazität des Wissenschaftsbetriebes zu optimieren, sondern um ein neues Konzept, das die Organisation des Wissenschaftsprozesses nicht etwa allein am Ziel eines quantifizierbaren Outputs orientiert, sondern vielmehr an der von institutionell gesetzten Schranken ungehinderten Entfaltung eines im wissenschaftlichen Forschungsrahmen entstandenen Problemfeldes . . .

Die Bedingung für die bewußte Teilnahme am Wandel der Gesellschaft ist eine Vermittlung von Informationen, die neue Entscheidungsspielräume als Freiheitsräume eröffnet. Anders ausgedrückt: Freiheit ist offenbar eine Bedingung nicht etwa der programmierten, sondern der geplanten Gesellschaft, und zwar sowohl in einem mentalen als auch in einem Handlungssinn. Freiheit im mentalen Sinne ist Ausdruck der Fähigkeit, in Entscheidungsalternativen zu denken und schöpferisch neue Entscheidungsspielräume zu entwickeln. Im Handlungssinne bedeutet Freiheit, daß Aktionsabläufe alternativ oder variabel vorgestellt und entsprechend einem Konsens eingegeben werden. Das heißt, die spontane Handlung richtet sich auf einen im voraus geplanten Spielraum, in dem der einzelne handelnd tätig werden kann.

Das setzt jedoch einen hochkomplexen technologischen Apparat voraus,

der, von scheinbarer Naturwüchsigkeit freigestellt, der ständig lernenden Gesellschaft zur allzeitigen Benutzung zur Verfügung steht. Es setzt zum anderen voraus, daß wir diese komplexe Welt durchschauen und planen. Wir dürfen nicht wieder auf Irrwege geraten, die von der alten, naturwüchsigen Welt in eine Fluchtwelt führen, weil wir nicht in der Lage sind, in einer freien geplanten und planenden Welt zu leben.
Die Kosten dieser neuen Freiheit sind die ständige ‚Verunsicherung' eines etablierten Normensystems und eingelebter Verhaltensmuster, die dem permanenten Lernen und Entdecken im Wege stehen. Auszugehen hat dieser Prozeß der ‚Verunsicherung' von einer Universität, die aus einer Zuchtanstalt funktioneller Eliten zum Mittelpunkt eines gesellschaftlich gewollten und verantworteten Fortschritts sich wandeln muß."

Quelle: „Die neue Gesellschaft" – Sonderheft zum Parteitag der SPD in Nürnberg, 15. Jg., März 1968, S. 31 ff.

Wulf Schönbohm, Jürgen-Bernd Runge, Peter Radunski,

dem „Ring-Christlich-Demokratischer-Studenten" (RCDS) nahestehend, zu den politischen Möglichkeiten in unserer Demokratie:

„. . . Wenn die Studenten es mit der Durchsetzung ihrer Forderung ernst meinen, müssen sie mit den vorgefundenen Institutionen arbeiten. Unsere Gesellschaft ist eine gegebene Tatsache. Im großen und ganzen hat sich die Demokratie in der Bundesrepublik als ein System bewährt, das mit dieser Gesellschaft zurecht kommt. Gesellschaftliche Reformen, die man für notwendig erachtet, führt man am besten mit diesem demokratischen System durch. Habermas stellte schon Ende der 50er Jahre bei den Studenten einen ‚Topos der Frustration' in dem studentischen Stoßseufzer fest, man müßte eine neue Partei gründen. Heute verlangen sie nach einer anderen Staatsform, einer neuen Gesellschaft und nach neuen Menschen.
Ihre beiden Hauptziele, Beteiligung an der Gestaltung der Universität und an der politischen Willensbildung, erreichen die Studenten nur über die bestehenden Institutionen. Dutschke und der SDS predigen die Irrlehre von der Status-quo-Demokratie, in der sich nichts verbessern lasse. Die rechtsstaatliche Demokratie lehnt allerdings die revolutionäre Entwicklung ab. Aber sie ist für den reformerischen Weg offen und hat das häufig bewiesen. Sie verlangt das kritische Überdenken des Erreichten. Demokratie geht von der Verbesserungsfähigkeit der Welt aus. Sie setzt menschliche Fehlerhaftigkeit voraus und hat ein System von Kräften und Institutionen geschaffen, die zur Korrektur von fehlerhaften Entwicklungen geeignet sind. Karl Schiller nennt das ‚die Alltagshumanität der demokratischen Freiheit'.

Die Studenten müssen in den demokratischen Institutionen der Bundesrepublik diese Instrumente zur Verwirklichung ihrer kritischen Ansätze erkennen. Sie dürfen sich nicht auf Protestadressen an die politischen Institutionen beschränken. Vielmehr müssen sie hartnäckig in diesen Institutionen Einfluß suchen und kritischen Geist hineintragen ..."

Quelle: W. Schönbohm u. a.: „Die herausgeforderte Demokratie ...", Mainz 1968, S. 115.

4. Zeittafel

Bis zum Tod von B. Ohnesorg am 2. 6. 1967 werden als Beispiel für Eskalation innerhalb einer Universität vor allem die Ereignisse an der Freien Universität Berlin registriert.

7\. 5. 65 Der AStA der FU Berlin veranstaltet anläßlich des 20. Jahrestages der Kapitulation Deutschlands eine Podiumsdiskussion u. a. mit Erich Kuby. Zuvor hatten etwa 500 Studenten in der FU gegen Rektor Prof. Lüers protestiert, der das Hausverbot für Kuby aus dem Jahre 1960 nicht aufgehoben hatte.

16\. 7. 65 Auf einer Studenten-Vollversammlung der FU wegen der Entlassung des Assistenten Dr. Ekkehart Krippendorff, an der 800 Studenten teilnahmen, wird der Rücktritt des FU-Rektors Prof. Lüers gefordert. Krippendorff hatte sich einen Monat zuvor kritisch zu Maßnahmen des FU-Rektors im „Spandauer Volksblatt" geäußert.

5\. 2. 66 SHB und LSD führen eine polizeilich genehmigte Demonstration gegen die Vietnam-Politik der USA durch, an der sich etwa 2000 Personen beteiligen. Anschließend kommt es zu Krawallen vor dem Amerika-Haus. Als die Demonstranten die amerikanische Flagge auf halbmast setzen und Eier gegen die Fassade des Hauses werfen, schreitet die Polizei ein.

16\. 2. 66 Der Akademische Senat der FU Berlin beschließt, für politische Veranstaltungen der Studenten keine Räume der Universität mehr zur Verfügung zu stellen.

22\. 6. 66 3000 Studenten inszenierten – nach amerikanischem Vorbild – erstmals an der FU Berlin ein „sit-in", einen Sitzstreik, gegen den Akademischen Senat. Dieser hebt seinen Beschluß wieder auf.

24\. 8. 66 Der SDS inszeniert Protestaktionen gegen den italienischen Film „Africa Addio".

26\. 11. 66 Etwa ein Dutzend SDS-Anhänger – mit „Mao-Abzeichen" an den Revers – sprengt eine Diskussion zwischen FU-Rektor Prof. Lieber und 600 Studenten, die vom AStA der FU veranstaltet worden war. In den verteilten Flugblättern werden die Dozenten als „professorale Fachidioten" bezeichnet und der AStA der „Kollaboration" mit den Autoritäten bezichtigt.

1\. 12. 66 Bildung der Großen Koalition in Bonn.

17\. 12. 66 Studenten veranstalten auf dem Kurfürstendamm einen sog. Protestspaziergang gegen das angeblich brutale Einschreiten der Polizei anläßlich der Vietnam-Demonstration am 10. 12. 66. Von der Polizei werden 86 Personen zwangsgestellt.

27\. 1. 67 Etwa 1000 Studenten protestieren auf einer Versammlung des AStA der FU Berlin gegen die Durchsuchung des SDS-Büros und die Beschlagnahme der SDS-Kartei auf Grund der Strafanzeige einiger FU-Professoren gegen Unbekannt wegen Beleidigung.

28. 1. 67 Etwa 1000 Studenten demonstrieren auf einer vom AStA der FU organisierten Protestversammlung anläßlich der Einweihung des John-F.-Kennedy-Instituts in Berlin-Dahlem gegen die angeblichen Übergriffe der Polizei. Der Regierende Bürgermeister Albertz wird mit Mißfallenskundgebungen bedacht. Am Nachmittag demonstrieren etwa 1500 Studenten mit polizeilicher Genehmigung auf dem Kurfürstendamm erneut gegen die „Polizei-Willkür".

5. 4. 67 Die Mitglieder der Kommune I werden in polizeilichen Gewahrsam genommen, weil sie für den darauffolgenden Tag einen Angriff auf die Person des US-Vizepräsidenten Humphrey mit Puddingpulver u. a. geplant hatten.

14. 5. 67 Nach Räumung einer Kundgebung in der FU durch Polizei am 19. 4. und fristloser Kündigung der AStA-Funktionäre als stud. Hilfskräfte am 22. 4. sprechen in Urabstimmung 4652 Studenten ihren Vertretern das Vertrauen aus, 4265 Studenten stimmen dagegen (1026 ungültige Stimmzettel).

24. 5. 67 Flugblatt der „Kommune I": „Wann brennen die Berliner Kaufhäuser."

31. 5. 67 Nach einer Feierstunde anläßlich des 125jährigen Bestehens des Ordens Pour le Mérite in der FU Berlin demonstrieren Studenten gegen Bundespräsident Lübke mit „Buh"- und „Faßbinder"-Rufen, Sprechchören „Ho Chi Minh" und Klappern mit Blechbüchsen, in denen Geld für die Vietkong gesammelt wird.

2. 7. 67 Während des Besuches des Schahs von Persien in der BRD (27. 6. bis 4. 7.) kommt es in mehreren Städten zu Protestaktionen. In West-Berlin wird bei Tumulten vor der Deutschen Oper der Student Benno Ohnesorg von einem Polizeibeamten erschossen.

9. 7. 67 Neben Kundgebungen an fast allen Universitäten findet die offizielle Trauerfeier für Ohnesorg mit zahlreichen prominenten Rednern in Hannover statt. Die DDR hatte dem Trauer-Kondukt, in West-Berlin von 15 000 Menschen begleitet, Durchfahrt ohne Kontrollen gewährt.

5.–9. 6. 67 Israelisch-arabischer Krieg.

18. 6. 67 Erster Kongreß des am 26. 2. mit Unterstützung des SDS gegründeten „Aktionszentrums unabhängiger und sozialistischer Schüler" (AUSS) in Frankfurt/M.

20. 6. 67 Ev. Kirche in Berlin-Neuwestend zieht Erlaubnis für Hungerstreik von 300 Studenten zugunsten der Freilassung des Kommunarden Fritz Teufel zurück.

21.–24. 6. 67 Evangelischer Kirchentag in Hannover unter dem Motto „Der Friede ist unter uns" mit noch nie erlebter Anteilnahme jüngerer und kritischer Teilnehmer.

1. 7. 67 Konvent der FU bittet Westalliierte in Offenem Brief, die geplante Notstandsregelung nicht für West-Berlin zu übernehmen.

7. 7. 67 Deutscher Bildungsrat legt erste Empfehlung vor: Verdoppelung der Ausgaben für das Schulwesen bis 1970. Westdeutsche Rektorenkonferenz sieht Notwendigkeit für Ausdehnung des Numerus Clausus. Der Wissenschaftsrat kommt in seinem am 20. 7. dem Bundespräsidenten übergebenen Gutachten zum selben Ergebnis.

24. 7. 67 Bundeskanzler Kiesinger entschuldigt sich brieflich beim Schah von Persien, nachdem dieser in Note vom 13. 7. Bestrafung der Demonstranten gefordert hatte.

9. 8. 67 Über 2000 Selbstanzeigen von Anti-Schah-Demonstranten registriert die am 31. 7. gegründete „Aktionsgemeinschaft § 103!"

10. 8. 67 Nach zahlreichen Protesten wird der Kommunarde Fritz Teufel aus West-Berliner Untersuchungshaft entlassen.

19. 8. 67 Anti-Vietnam-Demonstration bei einer amerikanischen Militärparade in West-Berlin werden von Zuschauern verprügelt.

25. 8. 67 Stellv. Regierungssprecher Conrad Ahlers rechtfertigt Streichung der jährlichen 30 000 DM Subvention für die Zeitschrift „Liberal" damit, daß sie in ihrer Juni-Nummer die Große Koalition diffamiert habe.

26. 8. 67 Protestaktionen von Studenten und Gewerkschaftlern gegen die probeweise Verlängerung der Ladenöffnungszeit in der West-Berliner City erzwingen die vorzeitige Schließung zweier Kaufhäuser.

9. 9. 67 SDS-Delegiertenkonferenz in Frankfurt/M. unter Vietkong-Flagge eröffnet. Beschluß über Fortsetzung außerparlamentarischer Aktionen.

18. 9. 67 Untersuchungsausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses über die Zwischenfälle beim Schah-Besuch empfiehlt im ersten Abschlußbericht u. a. Abberufung von Polizeipräsident Erich Duensing und Senatsrat Hans-Joachim Prill. Innensenator Wolfgang Büsch tritt am 19. 9. zurück.

28. 9. 67 West-Berliner Senat unter Heinrich Albertz tritt zurück, nachdem sich SPD nicht auf neuen Innensenator einigen kann. Am 19. 10. wird Klaus Schütz zum Regierenden Bürgermeister gewählt; Innensenator: Kurt Neubauer.

1. 10. 67 Direktoren-Vereinigung der deutschen Gymnasien warnt auf Tagung in Wiesbaden vor radikalen Einflüssen des SDS auf Schülermitverwaltung.

8. 10. 67 Tagung der „Gruppe 47" in Pulvermühle von Waischenfeld – unterbrochen durch Go-in-Versuche von Studenten – beschließt Boykott von Publikationen des Springer-Konzerns.

12. 10. 67 Konferenz der Innenminister der Länder erklärt Wiedergründung der KPD für möglich, falls deren Ziele nicht verfassungswidrig sind.

14. 10. 67 Studenten demonstrieren auf der Frankfurter Buchmesse gegen Stände des Springer-Konzerns und Griechenlands.

21. 10. 67 Demonstrationen gegen den amerikanischen Vietnam-Krieg in West-Berlin, anderen Städten Westeuropas und in Washington.

26. 10. 67 Senat der FU Berlin gibt das Audimax für die Gründungsversammlung der von Studenten und Assistenten organisierten „Kritischen Universität" frei, obwohl er am 18. 9. beschlossen hatte, keine Räume zur Verfügung zu stellen. Der AStA hatte am 12. 7. ein erstes Programm für die „KU" vorgelegt, das im Wintersemester an anderen deutschen Universitäten in ähnlicher Form durchgeführt wird.

30. 10. 67 Nach Protesten von Pädagogen und Politikern gegen die antiquierte und autoritäre „Schülersatzung" für die Oberschulen des Saarlandes kündigt Kultusministerium neue Satzung an.

9. 11. 67 Bei der feierlichen Rektoratsübergabe an der Hamburger Universität kommt es zu Zwischenfällen (Plakat: „Unter den Talaren – Muff von tausend Jahren").

10. 11. 67 Die Gemeinde der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in West-Berlin schließt die sieben evang. Studentengemeinden, die das Gotteshaus bisher benutzt hatten, aus.

10. 11. 67 Protestkundgebung eines Kuratoriums „Schutz der Demokratie" mit Studenten, Gewerkschaftlern und Angehörigen sonstiger Parteien gegen den gleichzeitig in Hannover beginnenden NPD-Parteitag.

12. 11. 67 Kurt Barthel (gen. KUBA), früher Sekretär des Schriftstellerverbandes der DDR, stirbt in Frankfurt/M. während des Gastspiels des Rostocker Volkstheaters zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution am Herzschlag, als maoistische Studenten die Revolutionsrevue zu stören suchen.

17. 11. 67 Bundestagsdebatte über Hochschulreform. Das Kabinett hatte am 11. 10. den ersten Bildungsplanungsbericht verabschiedet.

20. 11. 67 SDS-Mitglieder unterbrechen vor Fernsehkameras durch ein „Go-in" die Vorlesung von Prof. Carlo Schmid an der Universität Frankfurt/M.

21. 11. 67 Der Berliner Kriminalbeamte Heinz Kurras wird freigesprochen, da ihm kein Verschulden am Tode von Benno Ohnesorg nachzuweisen sei.

13. 12. 67 Deutscher Presserat kritisiert zwei Fälle falscher Berichterstattung der „Bild"-Zeitung. Die Redaktion bedauert.

19. 12. 67 Reg. Bürgermeister Klaus Schütz scheitert bei Versuch, an der FU Berlin mit den Studenten zu diskutieren (Transparent auf der Bühne: „Brecht dem Schütz die Gräten. Alle Macht den Räten").

24. 12. 67 In der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche wird Rudi Dutschke bei dem Versuch, mit anderen Studenten vor dem Weihnachtsgottesdienst gegen den Vietnam-Krieg zu demonstrieren, von einem Gottesdienstbesucher niedergeschlagen. Ähnliche Studenten-Demonstrationen bei Weihnachtsgottesdiensten in Hamburg, Münster und anderen Städten. Bundeskanzler Kiesinger muß das Bonner Münster durch eine Seitentür verlassen. 30 Pastoren der Bremer Ev. Kirche fordern in Telegramm vom 28. 12. Gemeinderat in Berlin auf, sich bei Dutschke zu entschuldigen.

6. 1. 68 Rudi Dutschke verursacht Tumulte in Baden-Baden, wo die Stadt dem SDS das Kurhaus als Tagungsort verweigert hatte. Kommunarden stören am 7. 1. in West-Berlin den Juristen-Ball.

8. 1. 68 Gegen die vom Ratsvorsitzenden der Ev. Kirche in Deutschland, Bischof D. Dietzfelbinger, in der Weihnachtsansprache verkündeten Warnung vor politischem Engagement der Kirche bezeichnet es der Hannoversche Landesbischof Lilje als Pflicht, politisch Stellung zu nehmen.

12. 1. 68 Senat der FU Berlin verzichtet aus Sorge vor Störungen auf die traditionelle feierliche Rektoratsübergabe.

13. 1. 68 Zu einer Predigt von Prof. H. Thielicke in der Hamburger Michaelis-Kirche erscheinen auf Empfehlung des Generals Hermann Wulf etwa 50 Offiziere in Zivil zum Schutz vor Studenten-Störungen. SDS-Studenten beten „Kapital unser".

14. 1. 68 Zum Auffangen der im Herbst 1967 außerhalb der SPD gegründeten Arbeitskreise sozialdemokratischer Gewerkschaftler konstituiert sich in Mainz „Landesausschuß für Arbeitnehmerfragen in der SPD".

24. 1. 68 Romanisches Seminar der FU Berlin vorübergehend geschlossen, da Studenten auf Diskussion der Lehrveranstaltungen bestehen.

24. 1. 68 Bremer Senat gibt in öffentlicher Versammlung Senkung der Verkehrstarife bekannt, die im Januar mit der Begründung der Mehrwertsteuer erhöht worden waren. Studenten und Schüler hatten seit dem 18. 1. mehrmals durch Protestaktionen den Verkehr zum Erliegen gebracht. In Bochum, Oberhausen und anderen Städten kommt es zu ähnlichen Aktionen von Tausenden von Schülern und Studenten.

25. 1. 68 Bundesinnenministerium verneint in „Staatsschutzbericht 1967" trotz NPD-Erfolge und Studentenunruhen Radikalisierungstendenz.

29. 1. 68 Prof. Ralf Dahrendorf diskutiert am Rande des FDP-Parteitages in Freiburg öffentlich mit Rudi Dutschke und nennt ihn in einer Replik „Fachidiot des Protestes".

30. 1. 68 Großoffensive der Kommunisten in Südvietnam.

31. 1. 68 An der FU Berlin sprengen Studenten während einer Sitzung der Philosophischen Fakultät die Tür.

31. 1. 68 Eine Versammlung zum 35. Jahrestag von Hitlers Machtübernahme im Deutschen Museum München wird durch NPD-Anhänger gestört, wobei einer der Demonstranten am Herzschlag stirbt.

1. 2. 68 Nach einer Veranstaltung des Arbeitskreises „Springer-Tribunal" an der TU Berlin mit Lehrfilm über Bau von Molotow-Cocktails werden nachts bei verschiedenen Filialen des Springer-Konzerns Fenster eingeworfen.

4\. 2. 68 Im „Goldenen Buch“ der Universität Bonn schreibt ein Student bei einem Go-in im Rektorat neben den Namenszug des Bundespräsidenten „KZ-Baumeister“. Diskussion unter Bonner Professoren, ob der Bundespräsident ohne Klärung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe Ehrensenator bleiben könne.

6\. 2. 68 Innenminister von Schleswig-Holstein, Hartwig Schlegelberger, kritisiert Beschluß der Kieler Universität, in ihrem Bereich Aktivität des Verfassungsschutzes als Denunziantentum zu betrachten. In Kiel waren ähnlich wie in Gießen Fälle von Bespitzelung bekannt geworden.

8\. 2. 68 Berliner Abgeordnetenhaus debattiert Studentenunruhen.

9\. 2. 68 Vorlesungsstreiks gegen den Entwurf eines neuen Hochschulgesetzes in Baden-Württemberg erhalten von einigen Betriebsräten Solidaritätserklärungen.

9\. 2. 68 „Aktuelle Stunde“ des Bundestages mit harter Kritik an Gewaltaktionen der ApO.

17./18. 2. 68 Internationaler Vietnamkongreß in der Berliner TU. Das am 16. 2. vom Berliner Senat wegen zu erwartender Unruhen erlassene Demonstrationsverbot wird vom Verwaltungsgericht am 17. aufgehoben. Über 10 000 demonstrieren am 18. durch die City. Zuschauer versuchen vergeblich Provokationen. Senat, Parteien und Gewerkschaften rufen am 19. zur Gegenkundgebung auf.

20\. 2. 68 Staatssekretär Wetzel vom hessischen Innenministerium tritt zurück, weil er für die Versuche des Landesverfassungsschutzes verantwortlich war, an der Universität Gießen Studenten zur Beobachtung des SDS anzuwerben. Debatten zu dieser Frage im Hessischen Landtag am 14. 12. 1967 und 7. 3. 1968.

21\. 2. 68 Offizielle Freiheitskundgebung vor dem Schöneberger Rathaus mit Ausschreitungen gegenüber Gegendemonstranten und Personen, die wie oppositionelle Studenten aussehen.

17.–21. 3. 68 SPD-Parteitag in Nürnberg. Demonstranten versuchen, die eintreffenden Vorsitzenden zu provozieren. Vorsitzender Willi Brandt kritisiert am 18. Unterstützung der Gewerkschaften für radikale Gruppen. Der von der West-Berliner SPD am 15. 3. beschlossene Ausschluß der Stadträte Ristock und Beck wegen der Teilnahme an der Vietnamkundgebung am 18. wird durch die neue Satzung gegenstandslos. Berliner Reg. Bürgermeister Klaus Schütz scheitert bei den Wahlen zum Vorstand.

23\. 2. 68 Gedenkfeier im Lichthof der Münchener Universität für den Widerstandskreis „Weiße Rose“ wird von Studenten gestört, weil sich ehemalige Nazis an der Feier beteiligt hätten.

25\. 2. 68 Werner Höfer lädt trotz Intervention des Bundespresseamtes „Stern“-Chefredakteur Henri Nannen zum Fernseh-Frühschoppen über Präsidentenprobleme. Nannen hatte Lübkes Verhalten polemisch kritisiert.

4.–9. 3. 68 Mitgliederversammlung des VDS in München verlangt u. a. Rücktritt von Bundespräsident Lübke, Anerkennung der DDR, Rückzug der Amerikaner aus Vietnam und Unterstützung für amerikanische Deserteure in der BRD. Einige Hochschulen wollen den VDS wegen dessen Linkstendenz verlassen.

8.–13. 3. 68 Studentenunruhen in Warschau und anderen polnischen Städten werden niedergeschlagen.

11. 3. 68 Vertreter des Ringes-Christlich-Demokratischer-Studenten (RCDS) verlassen das von der FDP in Bonn veranstaltete Notstandshearing, weil sie dem ebenfalls geladenen VDS das politische Mandat absprechen.

20. 3. 68 Gründung eines „Sozialistischen Lehrerbundes" (SLB) in Frankfurt/Main als Art Parallelgruppe zur AUSS der Schüler.

22. 3. 68 Der durch Studentenunruhen im Winter ausgelöste Demokratisierungsprozeß in der Tschechoslowakei führt zum Rücktritt von Staatspräsident Novotny: „Prager Frühling".

22. 3. 68 Die „Kommunarden" Fritz Teufel und Rainer Langhans werden in West-Berlin freigesprochen, da ihr Flugblatt Satire, aber keine Aufforderung zur Brandstiftung sei (s. Mai 67).

28. 3. 68 Landeselternschaft der höheren Schulen von Nordrhein-Westfalen fordert in acht Thesen u. a. Interessenvertretung der Schüler.

1. 4. 68 Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt/M. beschließt mit knapper Mehrheit, sich nicht parlamentarisch zu engagieren. Danach stattfindende Brandstiftungen in zwei Frankfurter Kaufhäusern werden anfangs dem SDS zur Last gelegt.

6. 4. 68 In West-Berlin finden für den am Vortage ermordeten amerikanischen Negerführer Martin Luther King Trauerfeiern einmal mit dem Bürgermeister, zum anderen mit Vertretern der außerparlamentarischen Opposition statt.

11. 4. 68 Mordversuch an Rudi Dutschke durch den nazistisch beeinflußten Josef Bachmann in Berlin. Abends erste Unruhen vor dem Berliner Springer-Hochhaus. Zwei Demonstranten von Auslieferungswagen überfahren und schwer verletzt. Mehrere Wagen werden in Brand gesetzt.

12. 4. 68 Reg. Bürgermeister Klaus Schütz lehnt Gespräch mit Vertretern der ApO ab, nachdem diese auf Tonbandmitschnitt bestehen.

12.–14. 4. 68 Osterunruhen bei den Versuchen, von Hamburg über Eßlingen bis München die Auslieferung von Springer-Zeitungen zu verhindern. Am 17. 4. sterben als Opfer der Auseinandersetzungen in München Pressefotograf Klaus Frings und Student Rüdiger Schreck.

15. 4. 68 Der neue Intendant des SFB, Franz Barsig, erklärt sich zu Verhandlungen über Sendezeit für außerparlamentarische Opposition bereit.

17. 4. 68 Bundeskabinett, Innenausschuß des Bundestages und Innenminister der Länder beraten in Bonn die Unruhen und machen den SDS für Ausschreitungen verantwortlich. Bundesinnenminister Benda findet Kritik, als er Änderung der Strafprozeßordnung zur Diskussion stellt, um „Rädelsführer" bei Wiederholungsgefahr vorbeugend inhaftieren zu können.

18. 4. 68 Zwei Münchner Studenten, die mit Polizeiuniformen aus einem Kostümverleih am 10. 1. Vorlesungen in der Münchener Universität gesprengt hatten, erhalten neun bzw. vier Monate Gefängnis ohne Bewährung.

21. 4. 68 Griechen und Deutsche demonstrieren in mehreren Städten zum 1. Jahrestag des Militärputsches in Griechenland.

23. 4. 68 Studenten des Instituts für Publizistik an der FU Berlin streiken, weil die Fakultät sich seit drei Jahren nicht über die Neubesetzung des Lehrstuhls einigen konnte. Erst daraufhin wurde ein Nachfolger für Prof. Eberhardt berufen.

25. 4. 68 Nach Hamburg kommt es auch in Nordrhein-Westfalen zum Streik an den Ingenieurschulen, weil der Studienabschluß in der EWG keine Anerkennung findet.

28. 4 .68 Landtagswahlen in Baden-Württemberg bringen der SPD schwere Verluste. NPD 9,8 %, Demokratische Linke 2,3 %.

30. 4. 68 Bundestagssondersitzung über Osterunruhen. Innenminister Benda hält SDS-Verbot für möglich, aber nicht opportun. Fortsetzung der Sondersitzung am 7. 5. über Hochschulfragen.

1. 5. 68 Neben den offiziellen Mai-Kundgebungen veranstaltet die ApO in Hamburg und zahlreichen anderen Städten eigene Versammlungen. In West-Berlin beteiligen sich etwa 80 000 an der offiziellen und etwa 40 000 an der ApO-Feier.

4. 5. 68 CSU-Vorsitzender Franz Josef Strauß warnt auf Parteiversammlung in Bad Tölz vor Plänen, aus West-Berlin eine Räte-Republik zu machen.

5. 5. 68 Bei den Feiern zum 150. Geburtstag von Karl Marx in Trier findet neben der UNESCO-Veranstaltung mit Außenminister Willi Brandt eine Gegenveranstaltung mit Prof. Wolfgang Abendroth in Anwesenheit von Vertretern des Ostblocks und des sowjetischen Botschafters in Bonn, S. Zarapkin, statt.

8. 5. 68 Nach dem Vorschlag des VDS beginnen vor amerikanischen Kasernen Aktionen, um Fahnenflucht zu erleichtern.

10. 5. 68 Verschiedene Studentengruppen an der TU Berlin beschließen „Anti-Kiesinger-Kampagne", weil nach der These des Hauptredners Günter Grass K.'s Vergangenheit die NPD gesellschaftsfähig gemacht habe.

10. 5. 68 In Paris entwickelt sich aus Studentenunruhen eine Straßenschlacht zwischen 20 000 Studenten und der Polizei. Unter den festgenommenen befinden sich auch zwei Deutsche. Verbände der Lehrer und Professoren erklären sich mit Studenten solidarisch. Am 13. 5. rufen die vier großen Gewerkschaften aus Solidarität den Generalstreik aus. Staatspräsident de Gaulle beendet am 18. 5. vorzeitig seinen Besuch in Rumänien.

11. 5. 68 Über 30 000 Teilnehmer beim Anti-Notstands-Sternmarsch auf Bonn. Kritiken für die Fahrterlaubnis eines DDR-Sonderzuges für die Teilnehmer aus West-Berlin und am hessischen Kultusministerium, das Schülern auf Antrag der Erziehungsberechtigten schulfrei gegeben hatte. DGB veranstaltet in Dortmund mit 10 000 Teilnehmern eigene Kundgebung. Schon am 8. 5. hatten 500 evangelische Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter in Bonn demonstriert.

12. 5. 68 Bundeskongreß der Jungsozialisten in Frankfurt/M. fordert von seiner Partei notfalls Bruch der Großen Koalition, falls CDU/CSU weiterhin hemmend wirken sollte.

15./16. 5. 68 Zweite Lesung der Notstandsgesetze. Vorlesungsstreiks an zahlreichen Universitäten.

15. 5. 68 Protestkundgebung des Deutschen Richterbundes in Bad Godesberg. Die am 29. 4. vorgeschlagene Unterbrechung der Gerichtsverhandlungen für eine halbe Stunde wird nur an einigen Gerichten durchgeführt.

16. 5. 68 Bundesinnenministerium muß in Fragestunde des Bundestages zugeben, daß das vom Minister während der Sondersitzung am 30. 4. gegebene Zitat über die Gewaltsamkeit des SDS auf „Fehlinformation" beruht.

18. 5. 68 „Tag der NPD" in mehreren Städten am Widerstand von ApO-Gruppen und Gewerkschaften gescheitert; in West-Berlin verboten.

18. 5. 68 Delegiertenkonferenz der SPD lehnt Fortsetzung der Großen Koalition in Baden-Württemberg ab.

19. 5. 68 SDS-Zentrale in West-Berlin nachts überfallen und verwüstet; zwei im Büro schlafende Studenten verletzt. Junge NPD-Angehörige als Täter geständig.

19. 5. 68 DGB-Bundesvorstand lehnt Generalstreik gegen Notstandsgesetze ab, obwohl er von einigen Gewerkschaftsgruppen gefordert wird.

20. 5. 68 Westberliner SED-Zeitung „Die Wahrheit" lehnt Forderung der linken ApO-Gruppen nach einem Rätesystem ab.

24. 5. 68 Der aus Deutschland stammende französische Studentenführer Daniel Cohn-Bendit, nach den Unruhen vom 13. 5. am 22. 5. ausgewiesen, versucht bei Saarbrücken vergeblich mit Hilfe mehrerer tausend Studenten wieder nach Frankreich einzureisen; später gelingt ihm Einreise illegal.

26. 5. 68 Westberliner Landesparteitag der SPD beschließt u. a. Richtlinien für die Unvereinbarkeit von Mitgliedschaft und radikalen Aktionen.

28. 5. 68 Prominenz aus Wissenschaft, Publizistik und Kunst protestiert im Großen Sendesaal des Hessischen Rundfunks gegen Notstandsverfassung. Diskussion wird durch ein Go-in des SDS beendet.

29./30. 5. 68 3. Lesung der Notstandsverfassung im Bundestag. Proteste, Streiks und „Besetzung" von Instituten an zahlreichen Hochschulen. Demonstrationen und Unterbrechung von Theateraufführungen in verschiedenen Städten.

30. 5. 68 Trotz öffentlicher Proteste wird die Leipziger Universitätskirche gesprengt. Zehn Studenten werden nach dem Protest religiert.

31. 5. 68 Polizei durchsucht SDS-Büro in Frankfurt/Main, nachdem bei der Besetzung des Rektorats der Universität Akten u. ä. entwendet worden waren.
Die Besetzung des romanischen Seminars an der FU Berlin wird abgebrochen. Auch hier sind Akten, Siegel usw. verschwunden.

1. 6. 68 Bundesminister Herbert Wehner wird auf dem Pommerntreffen in Köln zum Abbruch seiner Rede gezwungen.

2. 6. 68 Der CDU-Sprecher Rathke wendet sich im Namen seiner Partei gegen die von Bundesjustizminister Heinemann erwogene Amnestie für die Beteiligten der Osterunruhen.

5. Literaturhinweise

Adam, Heribert: Studentenschaft und Hochschule. Möglichkeiten und Grenzen studentischer Politik, Frankfurt/M. 1965.

Agnoli, Johannes und Peter *Brückner:* Die Transformation der Demokratie, Berlin 1967.

Ahlberg, René: Die politische Konzeption des Sozialistischen Studentenbundes („Aus Politik und Zeitgeschichte", Beilage 20/68 zur Wochenzeitung „Das Parlament" vom 15. Mai 1968).

AStA der Freien Universität (Hrsg.): Von der Freien zur Kritischen Universität – Geschichte der Krise an der FU Berlin, 2., völlig überarbeitete Auflage, Berlin o. J. (1967[2]).

Bedingungen und Organisation des Widerstandes. Der Kongreß in Hannover (Voltaire Flugschrift 12), Berlin 1967.

Bergmann, Uwe, Rudi Dutschke, Wolfgang Lefèvre und Bernd Rabehl: Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, rororo-aktuell 1043, Reinbek 1968.

Das Ende der Utopie – Herbert Marcuse diskutiert mit Studenten und Professoren West-Berlins an der Freien Universität Berlin über die Möglichkeiten und Chancen einer politischen Opposition in den Metropolen in Zusammenhang mit den Befreiungsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt, Berlin 1967.

Februar 1968 – Tage, die Berlin erschütterten (res novae provokativ), Frankfurt/M. 1968.

Fraenkel, Ernst: Universität und Demokratie, Stuttgart u. a. 1967.

Habermas, Jürgen, Ludwig von Friedeburg, Christoph Oehler und Friedrich Weltz: Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten, Soziologische Texte, Bd. 18, Neuwied und Berlin 1967[2].

Häußermann, Hartmut, Niels Kadritzke und Knut Nevermann (Hrsg.): Die Rebellen von Berlin, Köln und Berlin 1967.

Hermann, Kai: Die Revolte der Studenten (Die Zeit-Bücher), Hamburg 1967.

Hofmann, Werner: Universität, Ideologie, Gesellschaft. Beiträge zur Wissenschaftssoziologie (edition Suhrkamp 261), Frankfurt/M. 1968.

Kalischer, Wolfgang: Die Universität und ihre Studentenschaft. Universitas magistrorum et scholarium. Versuch einer Dokumentation aus Gesetzen, Erlassen, Beschlüssen, Reden, Schriften und Briefen (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Jahrbuch, 1966/67), Essen-Bredeney 1967.

Kursbuch 12, hrsg. v. Hans-Magnus Enzensberger: Der nicht erklärte Notstand – Dokumentation und Analyse eines Berliner Sommers, Frankfurt/M. 1968.

Kursbuch 13, hrsg. v. Hans Magnus Enzensberger: Die Studenten und die Macht, Frankfurt/M. 1968.

Larsson, Bernhard: Demonstrationen. Ein Berliner Modell (Voltaire Flugschrift 10), Berlin 1967.

Leibfried, Stephan (Hrsg.): Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule, Stimmen zur Zeit 6, Köln 1967[3].

Lummer, Heinrich: Unsere Demokratie und ihre Kritiker – Eine Denkschrift zu den Ursachen und Problemen studentischer und intellektueller Kritik an Staat und Gesellschaft unter besonderer Berücksichtigung Berlins, Berlin o. J. (1967).

Mager, Friedrich und Ulrich Spinnarke: Was wollen die Studenten? Fischer-Bücherei, Frankfurt/M. 1967.

Neidhardt, Friedhelm: Die junge Generation. Jugend und Gesellschaft in der Bundesrepublik (Grundheft 6 der Reihe Struktur und Wandel der Gesellschaft), Opladen 1967.

Nevermann, Knut: Der 2. Juni 1967 – Studenten zwischen Notstand und Demokratie. Dokumente zu den Ereignissen anläßlich des Schah-Besuches; hrsg. v. Verband Deutscher Studentenschaften, Köln 1967.

Nitsch, Wolfgang, Uta Gerhardt, Claus Offe und Ulrich K. Preuss: Hochschule in der Demokratie. Kritische Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universität, Neuwied und Berlin 1965.

Schoeps, Hans-Julius und Christopher Dannenmann (Hrsg.): Die rebellischen Studenten – Elite der Demokratie oder Versuch eines linken Faschismus? München 1968.

Schönbohm, Wulf, Jürgen Bernd Runge u. Peter Radunski: Die herausgeforderte Demokratie – Deutschlands Studenten zwischen Reform und Revolution, Mainz 1968.

Seeliger, Rolf: Die außerparlamentarische Opposition, München 1968.

Staffa, Rangmar: Aufruhr genügt nicht. München-Innig 1968.

Student und Politik im geteilten Deutschland. Ergebnisse einer Diskussion. Hrsg.: Kuratorium Unteilbares Deutschland, Bad Godesberg, o. J. (1967). Protokoll einer gemeinsamen Tagung von Kuratorium und VDS im Juli 1967 in Berlin.

Universitätstage 1967: Universität und Demokratie. Veröffentlichung einer Vortragsreihe der Freien Universität Berlin am 19. und 20. Januar 1967, Berlin 1967.

Wilfert, Otto: Lästige Linke – Ein Überblick über die außerparlamentarische Opposition der Intellektuellen, Studenten und Gewerkschaftler, Mainz 1968.

6. Register